

Bürgerliche Massenpresse und Sozialtechnik

Zur Kritik technischer Auffassungen der bürgerlichen
Ideologie

Inaugural - Dissertation

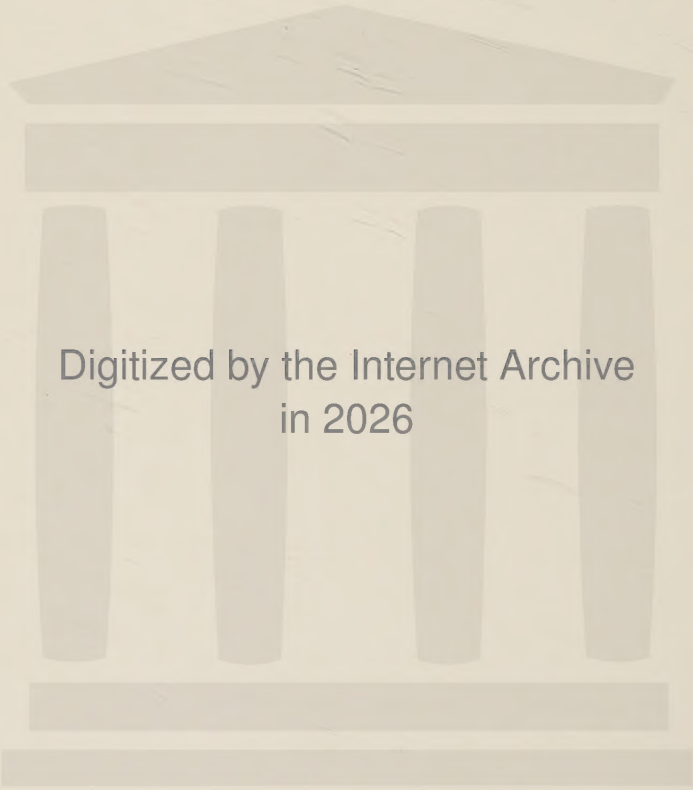
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
der Philosophischen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Detlef Michel
aus Türkheim

und

Götz Schmidt
aus Lodz

Berlin 1973



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550802_0081

Bürgerliche Massenpresse und Sozialtechnik

Zur Kritik technischer Auffassungen der bürgerlichen
Ideologie

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
der Philosophischen Fakultät
der Freien Universität Berlin



vorgelegt von
Detlef Michel
aus Türkheim

und

Götz Schmidt
aus Lodz

Berlin 1973



Erster Referent: Prof. Dr. Wolf Lepenies

Zweiter Referent: Prof. Dr. Gerhard Bauer

Tag der mündlichen Prüfung: 23. August 1973

EINLEITUNG	6
I. THEORIEN ÜBER MANIPULATION	11
1. Konservative Vorstellungen über die Sprache der Massen	11
a. Zum Streit zwischen Sprachkritik und Sprachwissenschaftlern	11
b. Theorien über die Identität von Zeitung und Leser	18
a.a. Vergleiche zum Gebrauch des Wortes "Arbeiter"	20
b.b. Vergleiche zum Gebrauch des Wortes "Gewerkschaften"	21
c.c. Vergleiche zum Gebrauch des Wortes "Kapitalist"	23
2. Kritik an den Massenmedien als Manipulationsinstrumente	27
a. Die Gemeinsamkeiten liberaler, sozialdemokratischer und revisionistischer Manipulationstheorien	27
b. Der Manipulationsbegriff der Frankfurter Schule und seine Funktion in der Studentenbewegung	32
II. TECHNISCHE ILLUSIONEN DER SOZIALWISSENSCHAFTEN	40
1. Das Untersuchungs"instrument" als bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis	40
a. Teilnehmende Beobachtung	40
b. Interview	43
c. Enqueten	48
2. Versuche der Arbeitswissenschaften zur Substitution der Gewerkschaften	49
a. Taylor und Mayo	49
b. Zur Funktion der Gewerkschaften	57
c. Der Zusammenschluß der Arbeiter als Funktion des Kapitals	59
d. Der Begriff des mit sich identischen Individuums	62
3. Mystifikation und Sozialtechnik	66
III. BÜRGERLICHER JOURNALISMUS	74
1. Die Nachricht	74
a. Herausbildung des Nachrichtenverkehrs	74
b. Nachrichten als allgemeine Bedingung der Warenzirkulation	77
2. Öffentliche Meinung	81
a. Marx' Kritik der Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit	81
b. Funktion der bürgerlichen Öffentlichkeit im Kampf um den Normalarbeitstag	86
3. Die organisatorische Gestalt der Presse	90
a. Zur Ideologie der Trennung von "Geschäft" und "Gesinnung" (Habermas)	90
b. Die Rechtsform der Presse	94

IV. ZUR GESCHICHTE DER MASSENPRESSE	96
1. Allgemeine gesellschaftliche Bedingungen für die Entstehung der Massenpresse	96
a. Aufhebung staatlicher Entwicklungsformen der allgemeinen Zirkulationsbedingungen	96
b. Annoncen als Resultat der vermehrten Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital	99
c. Warenhäuser und Generalanzeiger	101
2. Verhältnis der Sozialdemokratie zur Generalanzeigerpresse	103
a. Auswirkungen des Sozialistengesetzes auf die sozialdemokratische Presse	103
b. Schnelle Entwicklung der Generalanzeiger unter dem Sozialistengesetz	107
c. Kritik der revolutionären Linken in der sozialdemokratischen Partei an der Generalanzeigerpresse und am Opportunismus in der Partei	111
3. Entstehung der Massenpresse im Krieg	113
a. Pressekonzentration und Zensur	113
b. Einführung neuer Vertriebsformen, Spezialisierung der journalistischen Arbeit, Zeitungsinhalt und Umbruch	115
4. Entwicklung der Presse in der Bundesrepublik	118
a. Prinzipien der Lizenzpolitik	118
b. Pluralistische Organisation der Herausgeber-gremien	124
c. Voranschreiten der Pressekonzentration durch die Lizenzpolitik	126
d. Institutionalisierung des Abhängigkeitsverhältnisses der Journalisten von den Verlegern	128
e. Abschluß der Lizenzierungsmaßnahmen	129
f. Kritik an revisionistischen Interpretationen der Resultate der Lizenzpolitik	131
5. Zur Entwicklung der Massenpresse in der Bundesrepublik	133
a. Auflagenbewegung und Leserstruktur der Nachrichtenpresse und der bürgerlichen Massenpresse	133
b. Entwicklung der "Bild-Zeitung"	137
V. STRAIGHT NEWS UND HUMAN INTEREST	146
1. Die human-interest-story als Darstellung eines unmittelbaren gesellschaftlichen Zusammenhanges	146
a. Die "untangible substance" der Nachricht	146
b. Die Bearbeitung des Materials durch die human-interest-story	150
c. Das "Menschliche" in der human-interest-story	160
d. Der redaktionelle Produktionsprozeß	163
2. Untergang der Nachrichten	166
a. Warum gibt es keine Nachrichtenpresse für Arbeiter?	166
b. Enthüllungen der kommunistischen Presse	167
c. Presse in der Volksrepublik China	172

VI. DIE MASSENPRESSE ALS ORGANISATIONSFORM DER LESER	178
1. Reformismus und Massenpresse	178
a. Das technische Mißverständnis der Zeitungs- form	178
b. Pressekampagnen	180
c. Das Verhältnis von Massenpresse und Sozial- politik	188
d. "Kleiner Mann" - "große Welt"	192
2. Rückkehr zu den Formen der Generalanzeigerpresse	197
a. Der Streik als Zerstörung der Gesellschaft	197
b. Administrative Maßnahmen zur Verhinderung des Streiks	201
c. Die Folgen des Streiks	202
d. Formen der Darstellung	204
a.a. Metallarbeiterstreik 1963	204
b.b. Pariser Mai 1968	205
c.c. Septemberstreiks 1969	209
ANMERKUNGEN	215
LITERATURVERZEICHNIS	252

EINLEITUNG

Gegenstand dieser Arbeit sind nicht die Wissenschaften, wie sie der unmittelbaren Ausübung von Herrschaft dienen sollen. Wenn wir den Begriff der Sozialtechnik gebrauchen und kritisieren werden, dann steht er für alle Maßnahmen, die unter verschiedenen Titeln wie "Bewußtseinsmanipulation", "Geheime Verführer" etc. eine weite Publizität gefunden haben. Mit unterschiedlichen Vorzeichen versehen, versuchen diese Begriffe die nur vermittelt gewaltttätigen Formen der Ausübung von Herrschaft zu beschreiben. Wir werden in dieser Arbeit eine Kritik dieser Bestimmungen geben. Jedoch nicht deshalb, weil wir die Realität, die diese Bestimmungen meinen, für ein Blendwerk hielten. Nötig ist allerdings eine materialistische Analyse des gesamten Phänomens. Sie zielt auf eine andere praktische Konsequenz als die Aufklärung des einzelnen Bewußtseins.

Allgemeinstes Merkmal aller bisherigen Darstellungen des Gegenstandes ist das Schwanken zwischen einem wie immer auch beurteilten Instrumentarium der Unterdrückung einerseits und der Kritik der Opfer andererseits. Zum einen ist die Sozialtechnik Ursache der Erniedrigung des Volkes. Zum anderen passen sich diese Techniken lediglich dem Volk an, reproduzieren "niedrige Instinkte", "falsches Bewußtsein" etc.¹⁾ Die Sozialtechniken sind so Folge und Ursache zugleich. Beide Varianten der Theorien über die Manipulation machen Aussagen über das Objekt der Sozialtechniken, die aus der Struktur dieser Techniken selbst gefolgert werden.

Neben der Reklame ist die bürgerliche Massenpresse, besonders die BILD-ZEITUNG, bevorzugter Gegenstand zahlloser Abhandlungen. Ununterscheidbar gehen in ihnen Zeitung und Leser durcheinander. So heißt es bei Franz Knipping:

Springer liefert den wohl nachhaltigsten Beweis, wie ein Pressemonopol die Volksmeinung erstickt und jeden Einfluß des Volkes auf die Presse ausschaltet. Die Verfügungsgewalt eines extremen Reaktionärs über den Großteil der Presse eines Landes stellt zudem eine permanente Bedrohung des Friedens dar. Dutzendfach läßt sich belegen, wie die Konzernpresse Springers - und keineswegs nur BILD -

den geistigen Nährboden für Neofaschismus, Neonazismus und Revanchismus bereitet. (2)

Als Belege führt der Autor Schlagzeilen der BILD-ZEITUNG an. Diese Methode geht von der ungeprüften Voraussetzung aus, daß die Ideologie, wie sie sich in der bürgerlichen Massenpresse niederschlägt, identisch ist mit dem Bewußtsein des Zeitungslesers. Konsequenz spitzt sich die Methode in dem Urteil zu:

Wie lange noch wollen Westdeutschlands Werktätige dem tatenlos zusehen? Wie lange noch gedenken sie - direkt oder indirekt - an der Befestigung dieses Bollwerks gegen Frieden, Entspannung und europäische Sicherheit mitzuwirken? (3)

Angesichts solch eines Urteils überrascht es nur wenig, daß sich der Autor an die Seite von Karl Jaspers stellt:

Wird hier nicht bereits praktiziert, was Karl Jaspers befürchtet: die Bundesbürger als "eine zur Schlachtbank getriebene Herde, geführt von den letzten Politikern der nationalen absolutistischen Denkart?" (4)

Auch Horst Keßler, der Verfasser des Kapitels "Imperialistische Ideologie im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem" in dem Buch "Der Imperialismus in der BRD"⁵⁾ wendet diese Methode an. Aus den Materialien der bürgerlichen Massenkultur interpretiert er die Absichten der Manipulateure und schließt daraus bruchlos auf den Stand des Bewußtseins des Volkes. Er konstatiert einen "Abbau der Denk- und Kritikfähigkeit"⁶⁾. Wir werden in dieser Arbeit die Kritik solcher Vorstellungen am Beispiel der bürgerlichen Massenpresse durchführen.⁷⁾

Wir gebrauchen diesen Begriff in einer von der Publizistik abweichenden Form. Die dort gebräuchlichen Begriffe Abonnementzeitung und Straßenverkaufszeitung machen sich an der Form des Vertriebes fest. Als Straßenverkaufszeitungen erfaßt die Statistik solche Organe, die mehr als die Hälfte ihrer verkauften Auflage im Einzelverkauf absetzen, als Abonnementzeitungen entsprechen solche, die mehr als die Hälfte ihrer verkauften Auflage über Abonnements absetzen.⁸⁾ Diese Begriffe geben nicht präzise die klassenmäßige Trennung der Presse an. Die bürgerliche Massenpresse wird wesentlich im Einzelverkauf abgesetzt, doch gibt es darüber hinaus Straßenverkaufszeitungen, die nicht mehrheitlich in den Konsum der Arbeiter eingehen.

Das grundlegende Problem jeder Arbeit über diesen Gegenstand ist die Relevanz ihrer Aussagen über die Objekte der Sozialtechniken. Die Kommunikationsforschung hat den Effekt der bürgerlichen Massenpresse auf die Verhaltensweisen ihrer Leser grundsätzlich in Zweifel gezogen, ohne jedoch eine Erklärung für deren tatsächlichen Einfluß geben zu können.⁹⁾ Die alltäglichen Erfahrungen nämlich gegen einer Kulturkritik und der sozialpsychologischen Forschung Nahrung, die die Macht der Presse über die Seelen der Menschen mit Analogien aus der Technik beschreibt. Ein drastisches Beispiel dafür ist der Bankräuber Vicenik. Die Nachrichtenpresse gab über ihn und seine Verkehrung der wirklichen Machtverhältnisse einen amüsierten Bericht: Die als Geiseln von den Bankräubern genommenen Polizisten

Hammacher und Kraus konnten die Gangster unterwegs mehrmals bluffen. Obwohl ein Kölner Kripokollege viele Kilometer lang vor dem Transit in einem PKW fuhr, redeten sie den Verbrechern ein, es handele sich um ein Journalistenfahrzeug. Vor den Reportern und ihren Kameras hatten die Gangster mehr Angst als vor der Polizei. Eine Furcht, die Hammacher und Kraus geschickt zu schüren wußten. (10)

Ein ähnliches Schicksal teilen die Einbrecher und Mörder, die sich in den Redaktionen der bürgerlichen Massenpresse "stellen"¹¹⁾ und ihren Illusionen über das Verhältnis von Zeitung und Justiz Ausdruck geben.

In solchen Beispielen scheint die Selbstdarstellung dieser Presse Wirklichkeit geworden zu sein. Es ist deutlich, daß die Macht der bürgerlichen Massenpresse nicht bloßer Schein ist, der durch das Aussprechen der Wahrheit zerbricht. An der Oberfläche der Zeitung mischen sich ununterscheidbar Selbstdarstellung der Zeitung, Illusion der Leser über ihre Macht und die Illusionen der Wissenschaft über den Leser, die Arbeiterklasse. So wird die bürgerliche Massenpresse zu einem Demonstrationsobjekt der ganzen Epoche.

Hauptaufgabe dieser Arbeit ist es deshalb, eine Analyse der bürgerlichen Massenpresse zu geben, die den Leser nicht aus der Zeitung deduziert, sondern die Zeitung als Klassenprodukt bestimmt. Die Frage muß beantwortet werden, warum der proletarische Leser eine Zeitung liest, die vom Klassenstandpunkt der

Bourgeoisie geschrieben ist. Die bisherigen Antworten lauteten, psychische Dispositionen des einzelnen Arbeiters seien die Einbruchstellen für ein gegensätzliches Klasseninteresse. Wir werden demgegenüber darstellen, daß in solchen Bestimmungen, wie sie von der sozialpsychologischen Literatur gegeben werden, die Klassenverhältnisse verschwinden. Nur in der Gewaltausübung gegen den einzelnen, z.B. der Folter, ist es dem Kapital und seinem Staat möglich, die Arbeiter als Naturgegenstand zu behandeln. Doch dies ist nicht das Verhältnis der Klassen zueinander. Politische Bestimmungen sind deshalb notwendig, Bestimmungen also, die den ideologischen Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse aus dem historisch bestimmten Verhältnis der Klassen zueinander erklären. Wir werden darstellen, daß die reformistische Grundlage der bürgerlichen Massenpresse das Geheimnis ihres Einflusses ist.

Die bürgerliche Massenpresse hat nicht mehr ihre Rhapsoden gefunden wie noch die Generalanzeigerpresse.¹²⁾ Man ist angewiesen auf zufällige, selber journalistische Berichte.¹³⁾ Während die Lehrbücher der Generalanzeigerpresse noch offen die redaktionellen Produktionsprinzipien aussprechen und ihre zivilisatorische Sendung preisen, hat die bürgerliche Massenpresse ihre redaktionellen Produktionsprinzipien nicht mehr in lehrbare Regeln verwandelt. Dies bringt die Gefahr mit sich, daß die Analyse den von der Zeitung hervorgebrachten Schein lediglich verdoppelt. Die Lehrbücher lehrten, wie dieser Schein hervorgebracht werden muß. Sie sind insofern ein Bruch mit der Zeitung und geben wertvolle Hinweise auf die Zusammenhänge zwischen äußerer literarischer Gestalt und organisatorischem Ablauf der Produktion. Diese Zusammenhänge sind einem interpretatorischen Verfahren nicht zugänglich. Die Versenkung in den Stoff kann in ihm subjektive Intentionen entziffern, wie sie z.B. der politischen Vergangenheit einzelner Redakteure entspringen. Der klassenmäßige Gehalt der Zeitung jedoch bleibt verschlossen.

Die auf den ersten Blick disparat erscheinenden Teile der Arbeit haben hierin ihren Grund. Notwendig ist die begriffliche Entwicklung der Elemente der bürgerlichen Massenpresse, vor

allem der human-interest-story und ihr Zusammenhang mit der Nachricht. Historische Illustrationen sollen dies belegen. Das Thema dieser Arbeit ist deshalb nicht als im engeren Sinne publizistisches mißzuverstehen. Die Kritik technischer Auffassungen der bürgerlichen Ideologie wird lediglich an einem bisher im engeren Sinne als publizistisch aufgefaßten Gegenstand durchgeführt.

I. THEORIEN ÜBER MANIPULATION

1. Konservative Vorstellungen über die Sprache der Massen
- a. Zum Streit zwischen Sprachkritik und Sprachwissenschaftlern

Auf dem Umschlagbild einer von der amerikanischen Militärregierung herausgegebenen Broschüre ist der Bleistift eines Zensors zu sehen, der die Wörter "Blut und Ehre", "Führerprinzip", "Herrenvolk" und "Lebensraum" ausstreicht.¹⁾ Die seit 1945 in der Zeitschrift "Die Wandlung" erscheinenden Sprachglossen (später zusammengefaßt unter dem Titel "Aus dem Wörterbuch des Unmenschen") sind dieser Methode gefolgt. Sie beabsichtigen jedoch mehr, als ein Verbot vermag: die Darstellung der Sprache des "Unmenschen" soll "uns diese Sprache fremd machen"²⁾, die "Zungen schamhaft machen und ihnen schließlich ihre natürliche Geläufigkeit"³⁾ zurückgeben. Die Auswahl von Wörtern, in denen die Autoren den "eigentümlichen" Wortschatz des Faschismus zu erkennen glauben, besteht zum großen Teil nicht aus dem "Blut und Boden"-Wortschatz, der in späteren Untersuchungen zum Charakteristikum einer faschistischen "Sprache" werden sollte, sondern dem Wortschatz der Verwaltung und Organisation von Massen. Der Erfolg des Buches ist in dieser Auswahl begründet. Einerseits waren die Autoren dadurch gezwungen, die Kontinuität einer gesellschaftlichen Bewegung festzustellen, die nicht erst mit 1933 beginnt und mit 1945 endet; andererseits ermöglichte der abstrakte Begriff von Verwaltung und Organisation eine Anwendung, die den Antifaschismus in Antikommunismus verwandelte.

Einer der Autoren, Dolf Sternberger, hat in der in den sechziger Jahren einsetzenden Diskussion mit Sprachwissenschaftlern die Zielrichtung dieser Kritik zusammengefaßt. Sie kehrt sich gegen eine Sprache, in der das "dialogische Element ausgetilgt ist"⁴⁾, eine Sprache, die "ungesellig ist, kein Gesellschaftsverhältnis ausspricht noch herstellt"⁵⁾. Die Nominalisierung des Verbausdrucks "verrät" ihm die "Liquidation der menschlichen Person"⁶⁾. In dem Satz: "Der Bezug der Aktien erfolgt börsenumsatzsteuerfrei" ist "niemand mehr da, der 'bezieht', und an der Stelle, wo das Subjekt begraben liegt, erscheint

ein anonymer, apersonaler, automatisch abrollender Vorgang: der 'Bezug'"⁷⁾. Sternberger fordert zu sprachlichem Widerstand gegen solche "Verdinglichung"⁸⁾ auf. Er versucht eine "Rückübersetzung" des "verdinglichten" Satzes. Durch die Auflösung der nominalen Umschreibung in: "Wer diese Aktien bezieht, braucht keine Börsenumsatzsteuer zu bezahlen" verspricht sich Sternberger die Wiederherstellung des "Dialogs", "ein unmittelbares Gesellschaftsverhältnis zwischen der Bank und ihrem Kunden"⁹⁾.

Von Sprachwissenschaftlern sind gegen solche Formen der Sprachkritik Einwände erhoben worden (Tschirch, Polenz, Betz, Kolb). Tschirch hat (in Anlehnung an Daniels) dargestellt, daß die nominale Umschreibung "unentbehrlich ist für die Sprache einer komplizierten Verwaltungsbürokratie, wie sie die moderne Massengesellschaft für ihr ordnungsmäßiges Funktionieren entwickelt hat."¹⁰⁾ Die nominale Umschreibung weist gegenüber dem einfachen Verb auf einen besonderen Aspekt eines Vorganges. Nicht Verfall, sondern "Wachstum"¹¹⁾ der Sprache sieht er darum in der Nominalisierung. "Analytische Auffächerung"¹²⁾ des synthetischen Verbums ermöglicht eine "Verfeinerung und Präzision", die "das auf sich gestellte einfache Verbum durchaus begrenzter und also unvollkommener mittels adverbialer Zusätze andeuten könnte"¹³⁾. Tschirch stellt sich entschlossen auf den Boden der bestehenden Gesellschaft; er rät dem Sprachkritiker, sich zu "zwingen"¹⁴⁾, die Funktionalität der Gegenwartssprache einzusehen. Er muß dies tun, wenn "er ernst genommen werden, wenn er gehört werden, wenn er mitreden will"¹⁵⁾. Die hier noch kenntliche Mühe bei der Anpassung ist in den Arbeiten von Polenz verschwunden. Die Gesellschaft teilt sich ihm in verschiedene "Lebensbereiche"¹⁶⁾, das Hochsprache-Ideal hat in ihnen keine allgemeine Geltung. In Lebensbereichen, in

denen es nicht um den Ausdruck von Gedanken und Empfindungen geht, sondern allein um nüchterne, sachdienliche Mitteilungen, (...) wo Geistigkeit garnicht beabsichtigt ist, kann nur nach Nützlichkeit und sachlicher Angemessenheit gewertet werden. (17)

Der Sprachwissenschaftler hat nach Polenz die Aufgabe, den "Benennungserfordernissen der modernen Welt"¹⁸⁾ nicht entgegenzutreten, sondern

dabei zu helfen, veraltete Normen und gewisse Unstimmigkeiten des Sprachsystems zu überwinden, und die sich neu entwickelnden sprachlichen Verfahrensweisen vor falschen und systemwidrigen Verwendungen zu schützen. (19)

Die Auseinandersetzung über Sprachkritik ist in diesen Gegensätzen festgeworden. Wenngleich auch von Seiten der Sprachwissenschaftler Versuche gemacht werden, die Gegensätze aufzuheben, etwa dadurch, daß die Wissenschaft den Sprachkritikern wichtige Hinweise verdanke²⁰⁾, so ist doch festzuhalten, daß sich hier historisch verschiedene Formen der Wissenschaft gegenüberstehen. Die angeführten Sprachkritiker stehen in der Tradition konservativer Kulturkritik. Sternberger übernimmt von Marx den Begriff der "Verdinglichung"²¹⁾ unter völliger Entstellung seines Sinnes. Die Topoi konservativer Kulturkritik wie "Entfremdung", "Entpersönlichung", "Vermassung" etc. implizieren Gegenbilder, die auf eine Sphäre jenseits der materiellen Reproduktion verweisen. Doch deren Macht erkennt der Kulturkritiker in den neuen Wörtern der "Massengesellschaft". Wörter, die ihre "Bereiche" überschreiten, die er selbst zu sprechen beginnt. Darum fängt er an, seine Nerven zu verteidigen²²⁾, seinen Abscheu gegenüber Erscheinungsformen dessen auszudrücken, dem er doch seine eigene Existenz als "Privatmann" verdankt: "Ringsum wimmelt es von Erfassern, Betreuern, Durchführern und Gestaltern, und alle strecken sie ihre klapperdürren Finger aus, um uns die Kehle zuzudrücken."²³⁾

Polenz und Betz weisen mit Recht darauf hin, daß es im "Verwaltungs- und Wirtschaftsleben"²⁴⁾ um "sachliche Notwendigkeiten"²⁵⁾ geht, daß keine Umformulierung des Satzes "Der Bezug der Aktien erfolgt börsenumsatzsteuerfrei" ein persönliches Verhältnis zwischen der Bank und ihrem Kunden herzustellen vermag. Unbegriffen jedoch bleibt in dieser Aufteilung der Gesellschaft in "menschliche" und "sachliche" "Lebensbereiche"²⁶⁾, daß es Menschen sind, die in beiden "Bereichen" ihr Leben betätigen, daß "sachliche" Verhältnisse in "dinglicher Hülle"²⁷⁾ versteckte menschliche Verhältnisse sind. Die Methode dieser Sprachwissenschaft ist von kritischer Bedeutung gegenüber dem abstrakten Begriff des "Menschlichen" bei den Sprachkritikern. Sie ist es jedoch nur insofern, als sie dem Schein, den die

kapitalistische Produktionsweise über sich breitet, unmittelbar nachgibt. Sie vermag nicht mehr, als Bedürfnissen der "Industriegesellschaft" Ausdruck zu verleihen und sie gegen Ansprüche entrüsteter Konservativer zu legitimieren. Im selben Moment werden sie ideologisch. Polenz spricht davon, daß das "Unheil über Deutschland" nicht die "Rationalisten der Verwaltung, Wirtschaft und Technik" gebracht haben, "sondern die Demagogen, Ideologen und politischen Romantiker mit ihren 'schönen' Worten"²⁸⁾. Er beschwört die "stilistische Zucht und Selbstbeschränkung" der Verwaltungssprache als Bollwerk gegen die "hintergründigen Emotionen"²⁹⁾. Der abstrakten Einheit der Sprache der Sprachkritiker wird so gegenübergestellt eine zerrissene gesellschaftliche Realität, in deren verschiedenen Machtbereichen einzig "Nützlichkeit und sachliche Angemessenheit" herrscht.

Mittelbergs Arbeit über "Wortschatz und Syntax der BILD-ZEITUNG" ist bestimmt durch diese Forschungssituation. Der Verfasser will

nicht sogleich im Sinne der normativen Grammatik werten, sondern zuvor die publizistische 'Wirkungsabsicht' bedenken, d.h. die angestrebte Einflußnahme auf psychische Reaktionen der Leser berücksichtigen und die sprachliche Anpassung an die soziale Zusammensetzung der Leserschaft untersuchen. (30)

Mittelberg hat mit diesen Einleitungssätzen den Inhalt seines Buches erschöpfend charakterisiert. Die Prämisse Einflußnahme/Anpassung wird nicht entfaltet, sondern in dem disperatesten Material wiedererkannt. Kurze Sätze "gängeln" den Leser in "Denkschrittchen"³¹⁾, Tropen sollen den Leser "erregen, Spannungsgipfel erstreben, beeinflussen, lenken und unterhalten"³²⁾, Ausrufesätze, rethorische Fragen seien von "starker Überredungskraft"³³⁾. Die Sprache der BILD-ZEITUNG ist "evokativ"³⁴⁾, wendet sich mehr "an die Emotionen als an das logisch distanzierte Denken ihrer Leser"³⁵⁾, sie ist eine "packende und energisch beeinflussende Sprache"³⁶⁾. Sie ist dies jedoch nur "im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung der Leserschaft"³⁷⁾. Der Sprache des Lesers, der aus der "unteren Unterschicht bis mittleren Mittelschicht"³⁸⁾ stammt, paßt sich die BILD-ZEITUNG an. "Volkstümliche, umgangssprachlich vulgäre,

selten originelle Bilder und Metaphern kommen Lesern entgegen, die gern in konkretisierenden, anschaulichen Bildern denken."³⁹⁾ "Konzessionen an die Umgangssprache"⁴⁰⁾ "erleichtern (...) das Denken der Leser radikal."⁴¹⁾ Das Ziel der "Einflußnahme" auf den Leser bleibt unklar, das Verhältnis von "Einflußnahme" und "Anpassung" ist indifferent. Ist die Anpassung an den Leser das Mittel zum Zweck der Beeinflussung? Es ist der Affekt, den diese Sprache hervorrufen will und an den sie sich zugleich anpaßt um ihn hervorzurufen. Affekte schlechthin sind Ursache und Folge, Mittel und Zweck zugleich. Mittelberg versucht, diese undurchdringlichen Verschlingungen in endlose Attribut-Reihen zu bannen:

Am Ende zählen wir noch einmal aufs Äußerste gerafft die wesentlichen Attribute der Steno- (Morse-, Mini-, Hack-)Syntax auf: rigoros verkürzt, simplifiziert, parataktisch, sukzessiv gängelnd, energisch appellierend, spannungssteigern, aufrüttelnd, affektisch und leidenschaftlich kundgebend, kontakstiftend, künstlich akzentuiert und aufgeputscht, hastig und mitreißend, vom Verb bestimmt, direkt aktivisch, indikativisch, aufgelockert und naturalisiert im Sinne gesprochener Sprache, umgangssprachlich nachlässig, konzis, brüchig und ellipsenreich (...). (42)

Solche Reihungen finden sich durchgehend im ganzen Buch. An verschiedene grammatische Kategorien werden assoziativ Charakteristiken angeknüpft, die Sache wird nicht durchdrungen, sondern zum Anlaß der Assoziationstätigkeit des Verfassers. Die Umgangssprache ist das Problem, das Mittelberg nicht lösen kann. Er kann sie weder mit den Regeln der normativen Grammatik konfrontieren, noch ihre gesellschaftliche Bedeutung, ihre Mystifikationen, ihre isolierende Darstellung der Wirklichkeit etc. analysieren. So schwankt er zwischen Bewunderung und Verurteilung der Umgangssprache: im Wortschatz findet Mittelberg den Gegensatz differenzierender und stereotyper Ausdrücke⁴³⁾; in der Syntax die "Diskrepanz zwischen geschickt genutzten Ausdruckswerten verschiedener Satzglieder und Satzformen und klischeeartig verwendeter Redeeinheiten"⁴⁴⁾. Die unendlichen Attribut-Reihen sind viele Namen für eine unbegriffliche Realität, in der sich einerseits die BILD-ZEITUNG an die Umgangssprache und verschiedene Fachsprachen anpaßt, sie jedoch ande-

rerseits künstlich vervorzubringen sucht. Es entsteht eine Verwirrung, in der sowohl die Sprache der BILD-ZEITUNG als die Umgangssprache dunkel bleiben.

Joachim Stave hat in verschiedenen "Sprachplaudereien" die Grundeinsicht formuliert, von der sich auch die wissenschaftliche Untersuchung Mittelbergs nicht entfernen konnte: Der BILD-Reporter "schreibt nicht so, wie ihm, sondern wie seinen Lesern der Schnabel gewachsen ist. Er schreibt vom Dialog her, in der Art wie kleine Leute sprechen"⁴⁵⁾.

Was er in die Maschine tippt, ist "hautnah" (...). "Hautnah" kann nicht als literatischer Begriff verstanden werden, sondern nur als eine Sache des Kundendienstes. Nicht hautnah worüber, sondern hautnah für wen? Auf diese Weise geraten die literarischen Kategorien unaufhaltsam in Verfall, denn da über alles, was in der Welt bedeutend oder unbedeutend ist, immer nur für Leute geschrieben wird, die ein Gesicht wie BILD-Leser haben, kann von einer dem Gegenstand jeweils angemessenen sprachlichen Eigenart nicht mehr die Rede sein. (46)

Die idiosynkratische Grundlage der Darstellungen der Massenkommunikationsmittel tritt in solchen Ausführungen deutlich hervor. In einer Dissertation über die "Zeitungssprache" finden sich folgende Bemerkungen:

Die innere Armut der Bilderzeitung bei äußerlichem Glanz entspricht der geistigen Verfassung, der trostlosen Leere des heutigen Menschen. (...) Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß durch Film und Bilderzeitung die meditative Fähigkeit des Menschen vollständig zerstört wird. (47)

Der Verfasser resümiert seine Untersuchungen: "So schlimm wie heute kann es früher niemals gewesen sein."⁴⁸⁾

Diesen Darstellungen entspricht die Selbstdarstellung der BILD-ZEITUNG. Sie nennt sich ein "Abbild dieser Zeit", "ein Spiegel des Lebens und der Menschen, so wie wir sind. Nicht wie wir scheinen."⁴⁹⁾ Sie ist interessiert an der Identität von Zeitung und Leser, sie spricht in Annoncen von dieser Identität:

Unsere Zeit - Kirchenglocken läuten und Atombomben krachen. Brücken werden gebaut und Fluten reißen sie wieder fort. Helden werden

geboren und Mord macht sich breit. So ist unsere Zeit. So ist auch BILD. Unser Leben - ein Haus mit vielen Zimmern. In dem einen die sinnliche Liebe. Im anderen der Haß. Im dritten Geburt. Im vierten der Tod. Wand an Wand. Das ist unser Leben. So ist auch BILD. Der Mensch - nie ganz gut und nie ganz böse. Nie ganz glücklich und nie ganz unglücklich. Traum und Wirklichkeit hart nebeneinander. So ist der Mensch. So ist auch BILD. Von alledem redet BILD täglich. Süß und bitter. Hart und versöhnlich. Kurz und anschaulich. In Buchstaben und Bildern. Aber immer menschlich. Wir berichten nur. Wir belehren nicht. Denn wir alle sind nur Menschen - Sie und wir. So echt wie das Leben, so bunt wie die Zeit werden wir auch in Zukunft bleiben - das versprechen wir. Ein immer neues Zwiesgespräch zwischen Ihnen und uns. So war BILD, so will es sein. (50)

Andere Kritiker haben diese Identität nicht nur angeprangert, sondern sie als bedrohlich empfunden. Als Beispiel stehe hier Dovifat, den schon 1929 die unmittelbare Abbildung der Realität, wie sie die Massenpresse vorgibt zu sein, schockierte. "Zeitungen sind zunächst einmal Spiegel der Zeit. Das ist ihr Wesen und ihre Aufgabe. Sie sollen sagen, wie es um die Dinge bestellt ist (...)"⁵¹⁾ Diese Aufgabe soll jedoch dort ihre Grenze finden, "wo zu reinen Geschäftszwecken weit über das 'öffentliche Interesse' hinaus in die Sphäre des privaten Lebens rücksichtslos eingebrochen wird"⁵²⁾. Dovifat fordert daher,

zu verhüten, daß sich die Presse durch Überspitzung der Geschäftemacherei im Sensationsjournalismus, durch mangelnde Sorgfaltspflicht gegenüber dem Persönlichen und Privaten, durch gänzlichen Verzicht auf kritische Prüfung und Führerschaft in Sensationsfällen, durch plummes Nachgeben gegen jeglichen Masseninstinkt um ihre öffentliche Rolle bringt. (53)

Erkennbar ist in dieser Kritik die alte Klage der Konservativen über die "Massengesellschaft", über ihre drohende Identität von Norm und gesellschaftlicher Realität. In der Diskrepanz zwischen genereller Norm und dem als plastisch und chaotisch aufgefaßten menschlichen Wesen sehen sie die Legitimation der Herrschaft. Zerfall ist ihnen, wenn sich die Norm aus der gesellschaftlichen Realität selbst bildet und nicht mehr unapplizierbar einer undurchdringlichen Realität gegenübersteht.

b. Theorien über die Identität von Zeitung und Leser

Welche Angaben macht die Statistik über den Leser? Der

durchschnittliche männliche BILD-Leser ist ein junger Mann von ungefähr 25 Jahren, der Volksschule und Lehre absolviert hat, als Arbeiter in der Industrie zwischen 400 und 600 Mark netto verdient und in der Regel schon verheiratet ist. (...) Er bewohnt die Kleinen Städte zwischen 2 000 und 200 000 Einwohnern, vorzugsweise in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, dort wiederum eher die protestantischen als die katholischen Gegenden. (...) In der Hauptsache liest er nur BILD, das allerdings aufmerksam von vorn bis hinten, entweder schon am Arbeitsplatz oder erst zu Hause, sehr viel weniger unterwegs im Pendelverkehr. (54)

Dieser Industriearbeiter ist weder der Produzent der Zeitung, noch ist der größte Teil der Zeit, in der er sein Leben verbringt, die Fabrikarbeit, Gegenstand der Zeitung. Solche einfachen Tatbestände sind von den oben angeführten Kritikern nie ernst genommen worden, vielmehr hat diese Kritik, mit umgekehrten moralischen Vorzeichen versehen, voller Abscheu verurteilt, was die Boulevardpresse triumphierend als ihr eigenes Wesen verkündet.

Es kann hier keine umfassende Kritik der Sprachwissenschaften gegeben werden. Hier nur ein Hinweis, der sich aus dem Material, das die Sprachwissenschaften bearbeiten, selbst ergibt: Die wenigen Gelegenheiten, die sich der Sprachwissenschaft in ihrer gegenwärtigen Verfassung bieten, um die Lage der arbeitenden Klassen kennenzulernen, sind zu bevorzugten Gegenständen sprachwissenschaftlicher Forschung geworden: die allgemeine Wehrpflicht, Sport, Massenmedien etc. ermöglichen die Erforschung der "Sprache" des Militärs, Sports, der Massenmedien etc. Verkörpert in ihm ungewohnte Sprechweisen erscheinen dem Sprachwissenschaftler Ausschnitte eines fremden Lebens. Unverbunden stehen hier nebeneinander Teile des Lebens einer anderen Klasse. Die Aufhebung dieser Parzellierung, die Rekonstruktion eines Zusammenhanges ist in der Sprachwissenschaft bislang nur durch Kompilationen in Lexika der Umgangssprache gelungen. Daß ein und derselbe Mensch verschiedene Sprachen sprechen kann, daß ein genauer Zusammenhang zwischen diesen bestehen könnte:

z.B. daß etwa die "Sprache" des Sports gesprochen wird⁵⁵⁾, um der "Sprache" der täglichen Arbeit zu entrinnen, dies ist noch nicht Gegenstand sprachwissenschaftlicher Forschung geworden.

In Mittelbergs Untersuchung findet sich exemplarisch diese Auflösung in eine Pluralität von Sprechweisen. Sie verfällt deshalb vollständig der Selbstdarstellung der Zeitung. Die Zeitung wird - ähnlich dem Vergleich der Zeitung mit einem vielzimmrigen Haus - die Addition von Fetzen der Realität. Unlösbar bleibt, ob diese Zerrissenheit der Realität ihr treues Ebenbild oder Resultat der Bearbeitung durch die Presse ist.

Dieses Problem kann schon durch den Vergleich der Sprache des Lesers und der "Sprache" der BILD-ZEITUNG in einer vorläufigen Weise gelöst werden. Wir vergleichen im folgenden die Verwendung der Wörter "Arbeiter", "Gewerkschaften" und "Kapital" in der Sprache des Lesers der BILD-ZEITUNG mit ihrer Verwendung in der BILD-ZEITUNG. Als Beleg für die Sprache des Arbeiters soll hier gelten die Untersuchung von Popitz und Bardt. Wir stimmen dem Ansatz dieser empirischen Untersuchung nicht zu und geben auch in einem späteren Zusammenhang eine Kritik. Wenn wir sie hier als Beleg verwenden, dann wegen ihrer schwankenden Position, die sie gegenüber der Sprache des Arbeiters einnimmt. Ähnlich wie Basil Bernstein gibt Popitz der "Faszination des Wissenschaftlers" über die Sprache des Volkes Ausdruck.⁵⁶⁾ Er berichtet, wie er versucht war, an eine "sprachliche Sonderbegabung des einfachen Volkes" zu glauben, wie diese, von ihm selbst "romantisch" genannte Empfindung im nächsten Augenblick durch eine Phrase jedoch gestört wurde. So stellt Popitz ein "Nebeneinander von sprachlicher Laschheit und Schilderungskraft"⁵⁷⁾ fest. Diese Unentschiedenheit ist das eigentlich Produktive der Untersuchung. Sie schlägt sich nieder in ausführlichen Wiedergaben der Antworten der befragten Arbeiter. Als Grundlage für die Wortwahl in der BILD-ZEITUNG benutzen wir die Streikberichterstattung des Blattes von 1963 bis 1967.⁵⁸⁾

a.a. Vergleiche zum Gebrauch des Wortes "Arbeiter"

Im Zusammenhang der Ende der fünfziger Jahre anhebenden soziologischen Literatur über die "Integration" der Arbeiterklasse in die Konsumgesellschaft⁵⁹⁾ hat Heinz Kluth⁶⁰⁾ einen Bedeutungswandel des Begriffs "Arbeiter" festgestellt: er bezeichne heute einerseits den unqualifizierten Arbeiter, den Hilfsarbeiter, und andererseits alle Menschen, die arbeiten. In dieser gleichzeitigen Einschränkung und Ausdehnung des Wortes sei der traditionelle Gehalt des Wortes verschwunden. Demgegenüber konnte Popitz in seiner Untersuchung feststellen, daß sich die befragten Arbeiter "nur in wenigem so einheitlich verhalten wie in der Anwendung des Wortes 'Arbeiter'"⁶¹⁾. Qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter sprechen von sich als "Arbeiter". Es bedeutet gerade nicht eine Berufsbezeichnung. Wenn vom Beruf die Rede ist, verwendet jeder die Bezeichnung: Dreher, Walzer, Schmelzer etc. Ausdrücke wie "die Arbeiter", "die Arbeiterschaft", "der Arbeiter" oder "wir Arbeiter" werden stets

in dem Augenblick verwendet, in dem das Gespräch die spezielle Sphäre des Berufs und der Arbeitsstätte überschreitet und von größeren Zusammenhängen die Rede ist: (...) von der Industrie, von der gesamten Gesellschaft und von Politik. (62)

Die Personengruppe der Arbeiter wird als Kollektiv gedacht, mit diesem Kollektiv identifizieren sich so gut wie alle bei Popitz Befragten. Die häufig benutzte singularische Form "der Arbeiter" betont besonders die Einheit des Kollektivs und ermöglicht die Redensart: "Der Arbeiter ist sich nicht einig."

In der BILD-ZEITUNG findet sich gegenüber diesem einheitlichen Gebrauch des Wortes "Arbeiter" eine große Vielfalt von Bezeichnungen: "Arbeiter", "Arbeitnehmer", "Metallarbeiter", "Beschäftigte", "Belegschaft", "Tarifpartner", "Bürger", "Arbeitskräfte", "Bevölkerung", "Mitarbeiter", "kleiner Mann", "Monteur", "Schlosser" etc. Die Reihenfolge dieser Aufzählung gibt grob die abnehmende Häufigkeit der Wörter an. "Arbeiter" und "Arbeitnehmer" sind hervorragend häufig. Sie werden in zwei festgelegten Bedeutungsfunktionen verwendet. Der Rest der Wörter ordnet sich diesem Gebrauch unter und ist teilweise austauschbar mit einem der beiden Wörter.

"Arbeiter" ist in der BILD-ZEITUNG eine Berufsbezeichnung: an die Stelle der Formel "der Arbeiter X sagte zu BILD" kann treten: "der Schlosser X" oder "der Monteur X sagte zu BILD". In Aufzählungen über Entlassungen, Streiks oder Aussperrungen wird immer "Arbeiter" verwendet: "3000 Arbeiter streikten", "die Metallarbeiter fordern" etc. "Arbeitnehmer" wird immer dann gebraucht, wenn die Arbeiter in bestimmte Verhältnisse zur gesamten Gesellschaft versetzt werden sollen. Arbeitnehmer, Tarifpartner oder Mitarbeiter werden niemals entlassen, sie streiken nicht, sondern: "Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben begonnen, sich zusammenzuraufen."⁶³⁾ Die BILD-ZEITUNG folgt dem allgemeinen Sprachgebrauch, der in dem Begriffspaar Arbeitnehmer/Arbeitgeber Nehmen und Geben verwechselt. Das Kapital erscheint als Subjekt, es setzt bestimmte Verhältnisse, an denen der Arbeiter proportional teilhat ("Mitarbeiter", "Tarifpartner"), oder denen er ganz und gar unterliegt ("kleiner Mann"). Die Sprache jedoch, in der die Arbeiter diese Verhältnisse ausdrücken, hat in der BILD-ZEITUNG keinen Platz. Die Arbeiter definieren sich nicht als Moment des Kapitals, sondern als die "menschliche Arbeit", die das "tote Kapital" erst in Bewegung setzt.⁶⁴⁾ Stehende Redewendungen wie: "Auf unseren Knochen können sie erst ihr Geld verdienen"⁶⁵⁾ oder: "Die Arbeiter sind es, die alle Werte schaffen"⁶⁶⁾ bestimmen die Arbeit der Arbeiter als "eine Funktion, die für die anderen, für die Gesellschaft, eine fundamentale Voraussetzung ihrer Existenz schafft"⁶⁷⁾. Die BILD-ZEITUNG spricht davon nichts aus. Wo sie das Wort "Arbeiter" verwendet, kennzeichnet sie ein behandeltes Objekt oder eine besondere gesellschaftliche Macht, die die Rechte der Allgemeinheit verletzt. In dem Wort "Arbeitnehmer", das Arbeiter nicht verwenden, stellt sie ein Verhältnis von Arbeiter und Gesellschaft dar, das dem Bewußtsein der Arbeiter widerspricht.

b.b. Vergleiche zum Gebrauch des Wortes "Gewerkschaften"

Mit "Bonze" bezeichneten in der Weimarer Republik die Arbeiter sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.⁶⁸⁾ In der Assoziation des "buddistischen Priesters oder bigotten Pfaffen"⁶⁹⁾ artikuliert sich der Protest gegen die Entfrem-

dung des Funktionärs von den Massen: sie sehen ihre Interessen in ihm ebensowenig repräsentiert wie in jenen. "Bonze" meint den "der Masse (...) entfremdeten Funktionär"⁷⁰⁾. Die Nationalsozialisten übernahmen "im Kampf gegen den Marxismus 'Bonze' als Fahnenwort"⁷¹⁾ und bezeichneten mit ihm "den sozialdemokratischen Parteibeamten"⁷²⁾. Gleichwohl wurden sie selbst von den Massen nicht anders genannt⁷³⁾, und ebenso heißt der Funktionär in den Parteien der BRD "Bonze".⁷⁴⁾

In der BILD-ZEITUNG tritt nur die Spitze der Gewerkschaft auf. Sie wird stets personalisiert: "IG-Metall-Chef Brenner"⁷⁵⁾, "Gewerkschaftschef Kluncker"⁷⁶⁾, "der Chef der Gewerkschaft Bau, Steine und Erden, Georg Leber"⁷⁷⁾. Die BILD-ZEITUNG macht aus dem Funktionär einen "Chef". Er ist damit nicht mehr der entfremdete Vertreter der Interessenorganisation der Arbeiterklasse, er ist nicht mehr der Arbeiter, der "Vater und Mutter nicht mehr kennt"⁷⁸⁾, sondern die herrschende Klasse selber. Das Wort "Bonze" charakterisiert in Analogie zur religiösen Sphäre das Resultat der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung: wie dort die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte selbständige Gestalten zu sein scheinen, so hier im Klassenkampf die Vertreter der Arbeiterklasse. Die spontane Kritik des Arbeiters am Gewerkschaftsfunktionär reicht "vom Vorwurf der Servilität, Vergeßlichkeit, Ausnützung guter Beziehungen bis zur massiven Behauptung der Käuflichkeit und des Verrats"⁷⁹⁾. Die Arbeiter wachen darüber, ob ein zum Betriebsrat Gewählter "der Alte bleibt", obwohl er in andere Verhältnisse gerät.⁸⁰⁾ Sie sind sosehr Materialisten, daß sie sich nicht vorstellen können, daß jemand sich anders verhält, als es ihm die Umstände nahelegen (beim Betriebsrat: Freistellung von körperlicher Arbeit, bei Wohlverhalten spätere Übernahme in ein Angestelltenverhältnis).⁸¹⁾ Nicht ein antibürokratischer Affekt, der in Organisation schlechthin schon den Verrat erkennt, ist die Grundlage der Kritik an der Gewerkschaft, sondern die in verschiedenen Erscheinungsformen erkennbare Funktion der Gewerkschaft bei der Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse. Der Sprachgebrauch der Arbeiter unterscheidet die gewerkschaftliche Funktion vom Verrat des Gewerkschaftsfunktionärs.

Wenn ich so sehe, wie sie (die Betriebsräte, d.V.) auf den Feiern und Jubiläen mit den Herren saufen, dann weiß ich schon genug. Neulich war ich auf einem Jubiläum, wo ein Betriebsrat sich mit einer Reihe der Herren dutzte. Da müßte doch eine kalte Wand zwischen sein. (82)

Demgegenüber schildert die BILD-ZEITUNG einen Gewerkschaftskongreß:

"Noch ein bißchen Rehrücken, mein Herr?" Zuvorkommend verbeugte sich der Gastkellner, beflissen fischte er nach Ananas und Braten. Er bediente am erstklassigen kalten Bufett des DGB im Hotel Berlin. Zwei Dutzend Ober flitzten durch das abendliche Treffen. Die Gäste der Gewerkschaften ließen sich Orangensaft (frisch gepreßt) mit Sekt mischen. Heiter standen die Gruppen von Kongreßdelegierten und Journalisten durcheinander, das Gespräch ging zuerst um Politik, aber auch um bevorstehenden Urlaub und Fußball. Keine Krawatte gab's, die nicht von weißer Hemdbluse leuchtete. Es war ein harmonisches Zusammensein bis auf die Qual der Wahl: hole ich mir nun schon Käse oder erst Obstsalat? Etwa 20 % der Anwesenden blieben übrigens gleich am Tisch sitzen oder nippten nur wie Spatzen von den kalten Platten. Sie hatten keinen Hunger.

Und gestern: dreißig Minuten nach Eröffnung des Kongresses bewilligten sich die Delegierten erst einmal einstimmig die Spesen. (83)

Die Darstellungen der Gewerkschaft durch die BILD-ZEITUNG enthalten nicht den historischen Verrat am Kampf der Arbeiterklasse, wie ihn das Wort "Bonze" verkörpert. Unterscheidungen zwischen Vertrauensleuten, Betriebsräten, Gewerkschaftsvorsitzenden bestehen nicht. Die Gewerkschaft tritt vielmehr auf als die Organisation, in der sich die Herrschenden zusammenfinden.

c.c. Vergleiche zum Gebrauch des Wortes "Kapitalist"

In seiner Untersuchung kommt Popitz zu dem Schluß: "Es ist unverkennbar, daß die Vorstellung einer Zweiteilung, einer Aufspaltung der Gesellschaft in ein 'Oben' und ein 'Unten' weit verbreitet ist."⁸⁴) In den Stereotypen, die den Kapitalisten bezeichnen, artikuliert die Sprache des Arbeiters diese "Aufspaltung der Gesellschaft"⁸⁵):

die Herren
die Obersten
die Kapitalisten
die Anderen
die da oben
die hohen Herren (ohne Beiklang der Ehrerbietung)

Mit diesen Wörtern sind jedoch keine Eigenschaften von Menschen mit Fleisch und Blut bezeichnet. Sie werden synonym zu dem Begriff "Kapital" gebraucht.

Das Kapital wird immer stärker sein. (86)
Die Fabrikanten und Unternehmer, die das Geld haben, werden mächtiger sein. (87)
Das Kapital hält wie Pech und Schwefel zusammen. (88)
Sie stecken alle unter einer Decke. (89)

Die Kapitalisten werden von den Arbeitern als Funktionäre des Kapitals begriffen, ihre Herrschaft ist nicht abhängig vom guten oder bösen Willen der einzelnen Kapitalisten. In der Formulierung: "Das Kapital ist darauf bedacht, zu verdienen. Die gehen über Leichen"⁹⁰⁾, die "Kapital" und "Kapitalist" synonym gebraucht, wird deutlich, daß der Kapitalist die Charaktermaske eines gesellschaftlichen Verhältnisses ist.

Als bewußter Träger dieser Bewegung (der Zirkulation des Geldes als Kapital, d.V.) wird der Geldbesitzer Kapitalist. Seine Person, oder vielmehr seine Tasche, ist der Ausgangspunkt und der Rückkehrpunkt des Geldes. Der objektive Inhalt jener Zirkulation - die Verwertung des Werts - ist sein subjektiver Zweck, und nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operationen, funktioniert er als Kapitalist oder personifiziertes, mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital. (91)

Im Gesellschaftsbild des Arbeiters erscheint das Verhältnis des Kapitals und seiner Funktionäre zum Arbeiter als Gewaltverhältnis. Keine Äußerung läßt daran zweifeln, daß sich Ausbeutung und Unterdrückung gewaltsam durchsetzen:

Die Aktionäre jagen den Betriebsrat zum Teufel. (92)
Man will wieder wie früher aus dem Arbeiter Kapital rausschlagen. (93)
Der Arbeiter muß kleingehalten werden. (94)
Wer rebelliert, der wird rausgekantert. (95)

Im Begriff Kapital ist diese Gewalt fixiert. Sie erscheint nicht als allmächtig, als göttlicher Ausdruck der widersprüchlichen Wirklichkeit, nicht als Gewalt schlechthin, sondern als Ausdruck eines bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisses. Die Gesellschaft erscheint deshalb dem Arbeiter nicht als undurch-

dringliche Realität, der man nicht Herr zu werden vermag, sondern sie wird als "autonom, beherrschbar und lenkbar verstanden"⁹⁶⁾. Beherrscht wird sie vom Kapital, und dessen Macht erscheint im Gesellschaftsbild des Arbeiters als Ausdruck der eigenen Schwäche: der Arbeiter weiß, daß "die Mächtigen die Welt so willkürlich beherrschen, wie es die Gegenwehr der Schwachen irgend zuläßt"⁹⁷⁾. In diesem Bewußtsein ist die Vorstellung von der Veränderbarkeit der Herrschaftsverhältnisse enthalten.

Die Gewerkschaften werden unter diesem Aspekt von den Arbeitern kritisiert:

Die Gewerkschaft verliert an kämpferischem Schwung. (98)
In den zwanziger Jahren da war noch Schwung und Idealismus in der Gewerkschaft. (99)
Die Gewerkschaft hat geschlafen. (100)
Die Gewerkschaften hätten mehr rangehen sollen. (101)
Die Gewerkschaften hätten sich mehr für uns einsetzen sollen. (102)
Da wäre noch ganz was anderes rauszuschlagen gewesen. (103)
Ich finde, daß die Gewerkschaften eine viel größere Durchschlagskraft hätten, wenn sie ein Block wären. (104)
Wenn die Gewerkschaften einen einheitlichen Block bildeten, dann könnten sie für alle Berufsgruppen etwas herausholen. (105)

Diese spontane Kritik argumentiert, die Herrschaftsverhältnisse seien zu verändern, indem die Arbeiterorganisationen sich die Eigenschaften aneignen, die dem Kapital zugeschrieben werden: Einigkeit, Zielstrebigkeit, Klugheit und Macht. Sie verlangt nach einer Strategie, die sich an dem Bild orientiert, das der Arbeiter sich vom Kapital macht. Wie der Kapitalist aus dem Arbeiter Kapital "rausschlägt", so soll die Gewerkschaft etwas aus dem Kapitalisten "rausschlagen".

In der BILD-ZEITUNG finden sich in den herangezogenen Streik- und Tarifkonfliktberichten nicht ein einziges Mal die Begriffe Kapital oder Kapitalist. In einem Bericht über die Auswirkungen des Streiks auf eine Stadt findet sich in dem Zitat eines Arbeiters das Stereotyp "die da oben". Häufiger wird das Wort "Unternehmer" verwendet. (Die Arbeiter, die Popitz interviewte, gebrauchten dieses Wort nie, außer zur Kennzeichnung der vom Konzern abhängigen Zuliefererbetriebe.)¹⁰⁶⁾ "Arbeitgeber" je-

doch ist die feststehende Bezeichnung der BILD-ZEITUNG, mit ihr wird nicht nur der Kapitalist unter dem Aspekt des "Tarifpartners", sondern auch der bezeichnet, der aussperrt und entläßt. Synonym verwendet werden kann der Firmenname oder selten "Industrieller". Die Industriellenverbände treten in der BILD-ZEITUNG folgendermaßen auf:

Vertreter der Arbeitgeber, Herbert van
Hüllen (107)
Herbert van Hüllen, Vorsitzender des Arbeit-
geber-Verbandes Gesamtmetall (108)
Präsident des Arbeitgeber-Verbandes Gesamt-
metall, van Hüllen (109)

Die Wörter "Vertreter", "Vorsitzender", "Präsident" charakterisieren die Kapitalistenvereinigungen als demokratische Institutionen. Der Kapitalist ist zu einem durch demokratische Willensbildungsprozesse legitimierten Repräsentanten von Gruppeninteressen stilisiert, die mit Macht und Gewalt nichts zu tun haben. Tarifkonflikte werden ausgetragen zwischen "Otto Brenner, Chef der IG-Metall"¹¹⁰⁾ und "einem Vertreter der Arbeitgeber-Delegation"¹¹¹⁾. Das Verhältnis von Gewerkschaft und Kapitalverband erscheint hier auf den Kopf gestellt. Die Kapitalisten scheinen sich als Individuen oder in "Arbeitgeberverbänden" Organisierte gegen den "Betrieb" Gewerkschaft und ihren "Chef" behaupten zu müssen. Die Gewerkschaft "fordert", "will", "will durchsetzen", "Kampfmaßnahmen erwägen" etc. "Gewerkschaftsführer droht nach Krach mit dem Innenminister: 'Wir werden großen Ärger machen!' Weihnachten ohne Gas und Licht?"¹¹²⁾ Die Gewerkschaft ist es, die mit ihrem Auftreten stets die von ihr abhängigen Massen bedroht.

Deutlicher als bei den Wörtern für "Arbeiter" und "Gewerkschaft" unterscheidet sich die BILD-ZEITUNG bei den Wörtern für "Kapital" vom Sprachgebrauch der Arbeiter. Hier treten nicht einmal mehr formale Überschneidungen auf (wenn von dem nicht zu verallgemeinernden Gebrauch von "Unternehmer" abgesehen wird). Diese wenigen Belege müssen vorläufig genügen, um die Analysen zurückzuweisen, die das Spezifische der BILD-ZEITUNG zu erklären suchen durch die Annahme: Die Zeitung spräche die Sprache ihrer Leser. In dem für das Arbeiterbewußtsein entscheidenden Verhältnis von Arbeiter/Gewerkschaft/Kapital spricht sie nicht die Sprache der Arbeiter, die "Dichotomie" des Arbeiterbewußtseins

wird aufgelöst, sie erscheint nur noch in demagogischer Verschiebung im Verhältnis Arbeiter/Gewerkschaft. Diesem Ergebnis widerspricht nicht, daß die BILD-ZEITUNG Elemente dessen enthält, was die Sprachwissenschaft mit den Begriffen Umgangssprache und Fachsprache zu beschreiben versucht. Es ist richtig, daß die BILD-ZEITUNG Wörter in die "Schriftsprache" einführt, die sonst kaum literarische Verwendung finden. Die "Sprache" des Sports, des Militärs, der Technik, der Gauner etc. wird in der BILD-ZEITUNG angewendet. Doch diesen Tatbestand festzustellen, sagt noch nichts über den Zweck, den diese Mischung verschiedener Sprechweisen verfolgt. Mittelberg z.B. analysiert die Vermischung nicht mittels eines Begriffs der Zeitung, sondern durch den "Ausdruckswert", die "denkfunktionale Leistung" und die "Herkunft" der verschiedenen Wörter.¹¹³⁾ Die Wörter und Wendungen sollen für sich selber sprechen, der Zusammenhang jedoch, in dem diese erst zur Sprache kommen, ist der Analyse vorausgesetzt: er besteht in dem statistischen Faktum der Schichtzugehörigkeit des Lesers der Zeitung.¹¹⁴⁾

2. Kritik an den Massenmedien als Manipulationsinstrumente

a. Die Gemeinsamkeiten liberaler, sozialdemokratischer und revisionistischer Manipulationstheorien

Neben dieser konservativen Betrachtungsweise der Massenmedien ist eine unübersehbare Literatur entstanden, die die Massenmedien unter dem Titel der Manipulation abhandelt. Gemeinsam ist diesen Darstellungen, daß sie in der Manipulation die Ursache dafür sehen, daß die Volksmassen entgegen ihren eigenen objektiven Interessen handeln. Quer durch politische Lager finden sich Stereotype, mit denen die Techniken und der Effekt der Manipulation beschrieben werden sollen. Wir werden im folgenden eine kurze Darstellung anhand dieser Stereotype geben. Wir folgen also nicht der Selbstdarstellung der einzelnen Autoren und haben auch nicht, bis auf eine Ausnahme, das Ziel, mittels der Einschätzung des jeweiligen Begriffs der Manipulation eine Charakteristik der verschiedenen politischen Linien zu geben, die die Autoren vertreten. Die Darstellung wird zeigen, daß an

den zentralen Stellen, über die sie die Stereotype bilden, ihre Unterscheidungen verlorengehen.

Von hervorragender Bedeutung ist das Stereotyp: Manipulation ist das Ergebnis bewußter, wissenschaftlicher Planung.

Es ist ein schwer durchschaubares, sorgsam getarntes und deshalb auch nicht einfach begreifbares System, das den Bundesbürger manipuliert (...). Denn wer das Geheimnis kennt, ist in der Lage, der Gefahr, die mit dieser neuen Technik des Regierens verbunden ist, zu begegnen. (115)

Wohl dosiert, raffiniert und geschickt abgestimmt auf die Erfordernisse der imperialistischen Politik in der jeweiligen Etappe, werden die Massen von der Großbourgeoisie geistig gesteuert. (116)

Mit den zahllosen technischen Hilfsmitteln und wissenschaftlichen Methoden, die der Bourgeoisie heute zur Verfügung stehen, ist die Bewußtseinsmanipulierung für sie zwar sehr kostspielig, aber ihrem System am besten dienlich. (117)

Die Gesellschaftswissenschaften (...) entwickeln sich immer mehr zu einem Instrument der Steuerung der ganzen Gesellschaft durch das Monopolkapital. (...) Die Steuerung des Bewußtseins durch das Monopolkapital stützt sich heute vorwiegend auf die neuen Methoden soziologischer und massenpsychologischer Untersuchungen über die Verhaltensweise, Denk- und Lebensgewohnheiten bestimmter Menschengruppen. (118)

Auf der Grundlage des hohen Entwicklungsstandes der Kommunikationsmittel und unter Mißbrauch moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse wird falsches Bewußtsein gegenwärtig "planmäßig" reproduziert und verbreitet. (...) (119)

Massenmedien sind somit wesentliche Instrumente eines journalistischen Krisenmanagements, das mit Hilfe ausgeklügelter Befriedigungsstrategien dem bestehenden System ökonomischer Herrschaft und politischer Gewalt die Loyalität der abhängigen Massen sichert. (120)

Diese Art des Wohlergehens, der produktive Überbau über der unglücklichen Basis der Gesellschaft, durchdringt die "Medien", die zwischen den Herren und ihren Dienern vermitteln. Ihre Reklameagenten modeln das Universum der Kommunikation, in dem das eindimensionale Denken sich ausdrückt. (121)

Das Resultat dieser Maßnahmen:

(...) die Springer-Presse (macht, d.V.) ihre Leser dumm wie die Hühner und blutdurstig wie die Wölfe (...) (122)

Die Presse erzeugt die fortgesetzte Verpöbelung des Geschmacks, des Intellekts, des Urteils.

(...) Mit der geistigen Verarmung und moralischen Verrohung ihres Publikums allerdings gefährdet die Presse eben jene Grundlage, auf der sie im ganzen ruht. Ein geistig verkümmertes Publikum bringt schließlich auch die relativ "intellektuelle" Leistung des Lesens nicht mehr auf. (123)

(...) inmitten einer Umwelt, in der die Mehrheit unseres Volkes auf die Stufe der schauerlichsten Unwissenheit herabgekommen ist und auf dem Niveau einer "Bild"-Presse, d.h. des geistigen Analphabetentums, verhardt (...) (124)

Bildzeitungen aber sind für Menschen, die weder denken noch lesen können. (125)

Die Millionen Menschen, welche die auf sie zugeschnittene Massenkultur konsumieren, die sie eigentlich erst zu Massen macht, haben kein in sich einheitliches Bewußtsein. (126)

Der Maßstab der imperialistischen Presse in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ist das Groschenblatt, mit Bildern und Artikel-fetzen gefüllt, die nur niedrige Instinkte aufpeitschen und den Menschen degradieren. (...) Sittliche Entartung und chauvinistische Lügenhetze gegen den sozialistischen deutschen Friedensstaat wachsen an einem Stamm. (127)

Die Wirkung dieser Bewußtseinsmanipulation wird noch verstärkt durch die Ablenkungs- und Verdummungsmethoden der "Groschenpresse" und der "Publikumszeitschriften", die mit Sensationen und seichter Unterhaltung, mit der Verherrlichung von Vorurteilen, mit der Pflege von Wunschträumen und mit der Förderung eines lese- und denkunlustigen und sich mit Schlagzeilen und Bildern sättigenden Halbanalphabetentums Geschäfte machen. (128)

Das Resultat ist die "geistig-seelische Proletarisierung", die Fritz Vilmar, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hauptvorstand der IG-Metall, 1963 so gekennzeichnet hat: "Ein Lebensstil der Fremdbestimmung, der Unselbständigkeit bar jedes lebendigen, über Quizwissen hinausgehenden Kontaktes zur ästhetischen, geistigen und geistlichen Kultur des 'christlichen Abendlandes'." (129)

Mit alledem aber hilft die Zeitung einen Menschentyp zu formen, (...) der sich nach Belieben ausbeuten und knechten, unterdrücken

und gängeln, in die Kaserne und in den Krieg schicken läßt. (130)

Durch die raffinierten Methoden der Außenlenkung (...) wurde die stark verbreitete apolitische Bewußtseinshaltung noch gefördert. (...) Die Apelle an die unterschwelligen "heroischen" Erziehungsaffekte haben (...) den Blick für die realen gesellschaftlichen und politischen Zustände verschleiert. (131)

Die immer tiefer dringende Irreführung und Täuschung der öffentlichen Meinung, wie sie von der modernen Bewußtseinsindustrie mit dem Springer-Konzern an der Spitze praktiziert wird, droht die Demokratie zu ersticken. (132)

Das Mittel, durch das sich die Interessen der Menschen nicht mehr auf Befreiung richten:

Die Absicht, die mit diesem Leitbild (des Playboys, d.V.) verbunden ist, besteht darin, das Konsumverhalten breiter Schichten der Bevölkerung zu manipulieren und die antagonistischen Klassengegensätze mit Hilfe der Konsumideologie zu verschleiern. (133)

Es besteht heute eine "soziale Pflicht" zum Verbrauch der für die Freizeit bestimmten Konsumgüter und Unterhaltungsmittel. Dadurch wird aber die Möglichkeit zu einer größeren individuellen Freiheit innerhalb der verlängerten Freizeit aufs ganze gesehen von vornherein unmöglich; zwar vermögen kleine Gruppen und einzelne sich diesem sozialen Druck zu entziehen, jedoch für die Gesellschaft aufs ganze hat sich damit die Situation um keinen Deut geändert. (134)

Nach den Befunden der Analyse der Massenmedien und des Konsumverhaltens zu urteilen, scheint es fast so, als würde die Mehrzahl der Menschen eine solche Situation herbeiwünschen, wo sie unter dem sanften, "eingängigen" Druck der Konsumgüterproduktion und Reklame gegängelt werden. (135)

Obwohl er (der Mensch, d.V.) einen hohen Lebensstandard halten kann, fühlt er sich angesichts der von den Massenmedien propagierten neuen Konsummöglichkeiten ständig im Zustand der Bedürftigkeit. Seine konformistische Haltung und die Meinung der gleichartig denkenden Gruppe drängen ihm jeden neuen Trick der Konsumgüterindustrie auf. (136)

Der Kampf gegen die Manipulation:

Geistige Freiheit würde die Wiederherstellung des individuellen Denkens bedeuten, das jetzt durch Massenkommunikation und -schulung aufgesogen wird, die Abschaffung der "öffentlichen Meinung" mitsamt ihren Herstellern. (137)

(...) eine Art permanenter Gehirnwäsche, aus der es (...) nur für Minderheiten die Möglichkeit des Entrinnens gibt (...) (138)

Mit diesem Arbeitsheft wollen wir den jungen Funktionären unserer Gewerkschaft die Möglichkeit geben, die vielfältigen Formen und Methoden der Abhängigkeit im Freizeitbereich kennenzulernen. Wenn Einsicht zur Mündigkeit und dadurch zum Handeln führt, dann haben wir das beste zur Immunisierung der "Massenlenkung" getan. Die Massenlenkung der modernen Bewußtseinsindustrie kann unwirksam gemacht werden, wenn die Menschen über Ursachen und Zusammenhänge genügend informiert sind. (139)

Besonders in der BRD hat sich das kapitalistische System durch besondere Zugeständnisse, wie soziale Sicherheiten, bestimmte Freiheitsrechte, relativ hoher Lebensstandard usw. wieder verfestigt. (...) Angesichts dieser (...) Situation, die dem einzelnen ein gewisses Gefühl von Freiheit und Wohlstand gibt und wo er selbst nicht mehr merkt, daß er in Wirklichkeit nur Objekt der Konsumindustrie geworden ist, kann man bei relativ unpolitisch denkenden Arbeitnehmern nicht mehr erwarten, daß sie, ohne intensive Aufklärung, das von der kapitalistischen Gesellschaft ausgehende Unrecht und die sich aus ihr entwickelnden Gefahren erkennen. (140)

Die Reihe der Beispiele läßt sich beliebig fortsetzen. Wir würden dabei jedoch nur Nuancen einem Schema hinzufügen, das sich schon so deutlich abzeichnet: Die Menschen handeln entgegen ihren objektiven Interessen scheinbar aufgrund des planmäßigen Zugriffs bestimmter Instanzen. Resultat dieser Maßnahmen soll die Verdummung der Massen sein. Als Mittel gilt der Konsum, als Hebel zur Befreiung die Aufklärung über die Techniken der Unterdrückung. Die Eintönigkeit, mit der dieses Schema in der einschlägigen Literatur wiederkehrt, ist jedoch kein Hinweis auf wissenschaftliche Einheit über diesen Gegenstand. Die Schriften, die im Umkreis der SED/DKP entstanden sind, geben Anwendungen von Theoriebestandteilen der Theorie des "Staatsmonopolistischen Kapitalismus", besonders der Bestimmung der Tätigkeit des Staatsapparates bei der "Krisenregulierung". Die gewerkschaftlichen Darstellungen halten fest an der sozialdemokratischen Vorstellung vom "Politischen Lohn", der Kaufkraft als treibendes Wirtschaftsprinzip etc.

Keine der Theorien über Manipulation gibt also eine Entwicklung aus dem Begriff. Sie sind Illustrationen für abstrakt aufgefaßte Theoriebestandteile. Hervorzuheben ist, daß die Begriffe der Frankfurter Schule wie ein Medium fungieren, indem die unterschiedlichsten Theoriebestandteile assoziierend bis zur Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft fortgesponnen werden. Ein verschwörerisch agierendes Subjekt und die Volksmassen als vollständig unterworfen ist der Preis, den diese Theorien zahlen, um verschiedene Erscheinungsformen mit dem Wesen ihrer Theorie zu verbinden.

b. Der Manipulationsbegriff der Frankfurter Schule und seine Funktion in der Studentenbewegung

In unserer Aufzählung der Stereotype des Manipulationsbegriffs haben wir Äußerungen der Studentenbewegung nicht zitiert und dies, obwohl die Studentenbewegung sämtliche dieser Illusionen teilte und sie in breitesten Umlauf brachte. Für die Studenten stand der Begriff der Manipulation anfangs dafür ein, daß die Arbeiter ihre unerträglichen Verhältnisse noch aushielten. Ihre Unwissenheit schien die Schranke, die sie an der Revolte hinderte. Doch hinter dem einheitlichen Begriff von Manipulation verbergen sich politische Linien, die sich erst später als gegensätzliche herausstellen sollten. Es wäre deshalb falsch, eine Charakteristik der Studentenbewegung durch eine Interpretation der Implikationen des Manipulationsbegriffs zu geben. Manipulation, zusammengefaßt in der BILD-ZEITUNG, bildete das Erkennungszeichen einer Bewegung, in der große Teile der kleinbürgerlichen Intelligenz, bisher Reservoir faschistischer Bewegungen, sich auf die Seite des Proletariats schlugen. Dies ist die Hauptseite der Studentenbewegung, ihr Manipulationsbegriff muß unter diesem Gesichtspunkt analysiert werden.

Was war das Rationelle an den studentischen Vorstellungen über Manipulation? Welche wirklichen Schwierigkeiten kamen in diesem Begriff zu einer verzerrten Darstellung? Sozialpsychologische Theorien sind vielen Studenten als die einzig legitime "Bewältigung" des Faschismus erschienen. In den theoretischen Produk-

tionen, die den Beginn der Studentenbewegung einleiteten¹⁴¹⁾, trat die Sozialpsychologie an die Stelle einer Analyse der Geschichte der Arbeiterbewegung, als es darum ging, die Niederlage der Arbeiterklasse durch den Faschismus zu erklären. Die Frage, warum die Arbeiter entgegen ihren klassenmäßigen Interessen handelten, als sie dessen Machtergreifung nicht verhinderten, diese Frage konnte mit sozialpsychologischen Theorien in einer vieldeutigen Weise beantwortet werden.

In den Theorien, die in der Studentenbewegung Anklang fanden, denen Reichs und der Frankfurter Schule, erklärten individuelle Abwehrtechniken den Widerspruch zwischen den wirklichen Handlungen und denen, die aufgrund der Stellung im Produktionsprozeß den Arbeitern eigentlich zukommen müßten. Reichs Theorie der "Schere" zwischen ökonomischer Basis und Ideologie¹⁴²⁾ ebenso wie die Frankfurter Schule¹⁴³⁾ setzen das autonome, mit sich identische Individuum an die Stelle, an der sich allgemeines Klassenbewußtsein mit dem besonderen des einzelnen vermittelt. Das regredierte, Ich-schwache Individuum wird zum Einfallstor all der Interessen, die den klassenmäßigen widersprechen. Ich-Identität erst soll es den einzelnen gestatten, die Bedingungen ihrer Existenz zu erkennen, sie auszuhalten oder ihnen den Kampf anzusagen.

Für Adorno ist die propagandistische Produktion des Faschismus nicht mehr mit dem Begriff der Ideologie zu fassen.¹⁴⁴⁾ In der faschistischen Propaganda spricht sich nicht mehr objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewußtsein aus, sondern sie ist für Adorno "manipulativ ausgedacht, bloßes Herrschaftsmittel"¹⁴⁵⁾. Sie erhebt keinen Anspruch auf "Autonomie und Konsistenz", zu analysieren sei deshalb einzig einerseits das *cui bono* und andererseits "auf welche Dispositionen in den Menschen sie spekuliert, was sie in diesen hervorzubringen trachtet"¹⁴⁶⁾. Die faschistische Propaganda ist hier nicht mehr das sich selbst unklare Bewußtsein, das sich "blind, anonym aus dem gesellschaftlichen Prozeß herauskristallisiert", sondern sie ist "wissenschaftlich auf die Gesellschaft zugeschnitten"¹⁴⁷⁾.

In dieser Konstruktion ist der "Geist" etwas ephemeres, ohnmächtiges und zugleich das universelle Herrschaftsmittel. Die Theorien der Frankfurter Schule implizieren ein Subjekt, das die Gesellschaft zu überschauen und regeln vermag. Die Person, die sich dem geschlossenen System des Verblendungszusammenhangs widersetzen könnte, hat selber keine Realität außer in der Kontemplation des Kritikers. Der Blick auf die Techniken der Unterdrückung, ihre ständig repetierte Darstellung ist das einzige Leben, das sich dem Verblendungszusammenhang entzieht.

Die Vieldeutigkeit solcher Theorien besteht darin, daß mittels ihrer ebenso die Niederlage der Arbeiterbewegung wie der Zusammenbruch der bürgerlichen Kultur bewältigt werden sollte. Das untergegangene bürgerliche Individuum schien in der wissenschaftlichen Tätigkeit selbst wieder aufzuerstehen. Sei es im Akt der Interpretation¹⁴⁸⁾ oder in den Versuchen der "Befreiung von psychischen Zwängen", wie sie im Gefolge der Reich-Rezeption aufgenommen wurden¹⁴⁹⁾ - die Psychoanalyse sollte zu einem Instrument gemacht werden für die Restitution der bürgerlichen Ideale, nachdem die ganze Gesellschaft diese verraten hatte. Die Psychoanalyse im Gewand der Sozialpsychologie erfüllte eine Doppelfunktion: sie war wissenschaftliche Methode ebenso wie Lebensweise. "Stellvertretend" für das Proletariat hielt der Kritiker und der an seiner individuellen Befreiung Interessierte dem transzendenten Sinn der Geschichte die Treue. In der Realität selbst gab es nichts, mit dem man sich hätte verbünden können. Das Proletariat erschien als das restlos Unterworfenene, und selbst der Widerspruch gegen das Bestehende verwandelte sich mittels der Manipulation in dessen Affirmation.

Dieser Begriff von Manipulation impliziert einen realen Gesamtkapitalisten. Manipulation steht als Zeichen für eine historische Epoche, in der sich die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr hinter dem Rücken der Menschen durchsetzen, sondern durch planmäßige Verfügung über die Menschen durchgesetzt werden. Der gesellschaftliche Zusammenhang wird so zu einem unmittelbaren Tatbestand. Die Menschen erfahren den gesellschaftlichen Charakter ihrer privaten Arbeiten nicht mittels der gesellschaftlichen Eigenschaften ihrer Waren, d.h. ihrem Tausch-

wert, sondern so, als seien sie direkt assoziiert. Der Begriff der Manipulation tritt an die Stelle des Wertgesetzes.

Es ist wichtig zu sehen, daß sich eine solche Kritik lediglich durch die moralischen Vorzeichen von den an der Unterdrückung interessierten Zirkulationsagenten unterscheidet. Beiden erscheint das Proletariat als widerstandsloses Objekt, das sich ein imaginäres Subjekt mittels der Zugriffs auf "psychische Dispositionen" zu willens macht. Die "Qualitative Analyse der BILD-ZEITUNG", die 1966 vom Springer-Konzern herausgegeben wurde, um seinen Inserenten den Leser als vollständig beherrschten anzupreisen, diese Analyse versammelt vollständig das Instrumentarium der Kritischen Theorie. Es ist deshalb kein Wunder, wenn Horst Holzer noch 1971 die Ergebnisse dieser Analyse als Beweismittel seiner Kritik zitiert.¹⁵⁰⁾ Wir werden im II. Kapitel die Illusionen der Sozialwissenschaften herausarbeiten. Hier soll nur auf den Erfahrungsschatz sozialpsychologischer Theorien hingewiesen werden. Marcuse gibt an, daß

man sich das durchschlagendste Beweismaterial dadurch (verschafft, d.V.), daß man einfach ein paar Tage lang jeweils eine Stunde das Fernsehprogramm verfolgt oder sich das Programm von AM-Radio anhört, dabei die Reklamesendungen nicht abstellt und hin und wieder den Sender wechselt. (151)

Auf der Grundlage dieses Materials sollen allgemeine Aussagen getroffen werden über den Bewußtseinszustand der Massen. Der Klassencharakter solcher "Empirie" wird jedoch deutlich, wenn man die offenen Agenten der Unterdrückung über die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse sprechen läßt. Wir wählen als Beispiel einen Gerichtsvollzieher und seine Vorstellungen über die notwendigen Lebensmittel der Arbeiterklasse.¹⁵²⁾

Die Zivilprozeßordnung bestimmt als der Pfändung nicht unterworfenen Sachen

die dem persönlichen Gebrauch oder dem Haushalt dienenden Sachen, insbesondere Kleidungsstücke, Wäsche, Betten, Haus- und Küchengerät, soweit der Schuldner ihrer zu seiner Berufstätigkeit und seiner Verschuldung angemessenen, bescheidenen Lebens- und Haushaltsführung bedarf; (...) (153)

Über diese generelle Regelung hinaus gibt es keine Detailbestimmung darüber, welche die Gegenstände aufführt, die allgemein als notwendige Lebensmittel unpfändbar sind. Vielmehr ist es Aufgabe des Gerichtsvollziehers, im einzelnen Fall zu prüfen, wann der Tatbestand der "bescheidenen Lebens- und Haushaltsführung" erfüllt ist. Die Pfändungspraxis ist nicht nur von Stadt zu Stadt, nicht nur von Stadtteil zu Stadtteil, sondern tatsächlich von Fall zu Fall verschieden. Auch die Zivilgerichte entscheiden nicht generell, sondern nur jeweils für den zur Verhandlung stehenden Fall, ob die Pfändung eines Gegenstandes unrechtmäßig war. Einen Fernsehapparat wird der Gerichtsvollzieher nur dann pfänden, wenn er davon überzeugt ist, daß der Schuldner auch ohne das Gerät "ausreichend am kulturellen Leben teilnehmen kann"¹⁵⁴⁾, einen Kühlschrank nur dann, wenn der Gerichtsvollzieher sich davon überzeugt hat, daß es dem Schuldner im Rahmen der "bescheidenen Lebens- und Haushaltsführung" möglich ist, seine Lebensmittel in einem nahegelegenen Geschäft "ohne unzumutbaren Zeitaufwand"¹⁵⁵⁾ zu kaufen. Ist er z.B. gehbehindert, oder sind die Geschäfte weit verstreut, so wird der Gerichtsvollzieher den Kühlschrank nicht pfänden. Ebenso ist ein Auto nur dann pfändbar, wenn der Gerichtsvollzieher zu der Überzeugung gekommen ist, daß es dem Schuldner zugemutet werden kann, für die Wegezeiten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz öffentliche Transportmittel zu benutzen. Nur über sehr wenige Gegenstände herrscht eine generelle Ansicht. Dazu gehören als unpfändbar Sonntagskleidung, Radioapparat, Badeofen, Badewanne.¹⁵⁶⁾

Diese Ausführungen sind barbarisch, aber sie stehen wenigstens auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft. Hier wird nicht allgemein über falsche und richtige Bedürfnisse gesprochen, nicht das Auto als Konsumgut, seine "vom Klassenkampf ablenkende Macht" ist das Thema, sondern das Auto wird detailliert daraufhin überprüft, wann es als Lebensmittel fungiert und wann nicht. Nicht die Waren sind Ausgangspunkt, sondern die "bescheidene Lebensführung", sprich die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft des Gepfändeten. Manipulationstheorien zeigen sich an solchen Erörterungen uninteressiert. Mit Selbstverständlichkeit gehen sie davon aus, daß die Aufrechterhaltung der Ar-

beitsfähigkeit heute gewährleistet ist und gehen dann dazu über, in den "überflüssigen" Waren Mächte zu entdecken, die den Arbeitern den Kopf verdrehen.

Die grenzenlose Unwissenheit, die aus solchen Theorien spricht, mußte zu starken Widersprüchen führen bei den Studenten, die in den Formen des Wissens die Mächte der Geschichte selbst anschauten. Der Manipulationsbegriff der Kritischen Theorie wurde unter ihnen mächtig als Komplement einer bestimmten Aufklärungstechnik. Die Studentenbewegung provozierte den Staatsapparat und demonstrierte ihre blutenden Köpfe als Beweis. Als Opfer des Terrors sagten sie etwas aus über den Charakter dieses Terrors. Dies war eine Aufklärungstechnik, die nur etwas taugte, wenn sich die Studenten darstellten als Material für eine Konsequenz, die sie selbst nicht zogen. Die Studentenbewegung war ein Symptom, das der Interpretation bedurfte. Der SDS, selbst zum großen Teil identisch mit der Studentenbewegung, wies eine sozialistische Perspektive dieser Kämpfe. Die bürgerliche Presse, insofern sie Sprachrohr bestimmter Teile des Monopolkapitals war¹⁵⁷⁾, nahm die Studentenbewegung zum Anlaß für Reformen. Der Schutz ihrer Publizität, den sie lieb, gründete auf das Interesse an der Reformierung des Ausbildungssektors, der in seiner traditionellen Gestalt den Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht mehr entsprach.

Die BILD-ZEITUNG spiegelte diese widersprüchliche Bewegung als einen natürlichen Tatbestand wieder. Die Macht der Studenten, die teils auf der Uneinigkeit der Kapitalfraktionen, teils auf der gemeinsamen Furcht vor einer sozialistischen Bewegung beruhte, erschien in der BILD-ZEITUNG als die natürliche Macht der Studenten und wurde von diesen als die "Macht ihrer Leiber" ideologisiert. Ihre "Gefährlichkeit", d.h. die Bewegung, die sie in Überbaubereichen anstieß, erschien als Resultat ihrer entwickelten individuellen Fähigkeiten, z.B. keine sexuellen Tabus zu kennen, die Klassenschranken niederzureißen etc. Die BILD-ZEITUNG trieb damit die kleinbürgerlichen Illusionen der Studenten auf die Spitze und wurde zu einem Ferment der Spaltung. In der Konfrontation mit den Arbeitern hatten die Studenten jedoch die Chance, ihre Macht als Illusion der

eigenen privilegierten Stellung zu erkennen. Real war diese Macht nur als Moment einer Kapitalfraktion, irreale jedoch, wenn sie gemessen wurde mit dem Maßstab der proletarischen Situation. Hier reichte die Agitation der Studenten gerade bis zur ideellen Verdoppelung der Lage der Arbeiter. Die Studenten mußten feststellen, daß ihre umstürzende Erkenntnis von der Ausbeutung der Arbeiterklasse dieser nicht unbekannt war. Die Arbeiter waren nicht interessiert an dieser Erkenntnis, sondern reagierten mit Spott und Aggressivität darauf, sie behandelten diejenigen, die die Wahrheit bloß aussprechen, als die gemeinsten Vertreter der herrschenden Klasse. "Geht doch lieber arbeiten" - dieser tausendfach in den Ohren jedes Studenten hallende Ruf war die Wahrheit der Demagogie, der BILD-ZEITUNG. Durch sie wurden die Studenten genötigt, ihre Klassenzugehörigkeit zu überprüfen. Die Frage nach dem gesellschaftlichen Charakter wissenschaftlicher Arbeit, ihres Nutzens für die Umwälzung des Kapitalismus, stellte sich nicht mehr in den Kategorien einer Aufklärung, die sich dem Proletariat als Objekt der Fürsorge nähert.

Die Veränderung des praktischen Verhältnisses von Studenten und Arbeitern veränderte auch die alten Vorstellungen von der Manipulation. Die Studenten, die den praktisch-revolutionären Kampf fortsetzten, konnten erkennen, daß das Problem der Arbeiter nicht ihre Unwissenheit, sondern ihre Ohnmacht ist. Diese Studenten setzten sich so zu ihren eigenen theoretischen Vorstellungen in einen praktischen Widerspruch. Sie erkannten sich im praktischen Kampf als die Bundesgenossen derselben Arbeiter, die sie in ihrer theoretischen Arbeit als die ganz und gar Unterworfenen, Angepaßten, Außengeleiteten, Regredierten etc. zu behandeln wußten. Dem Studenten, der auf der Straße den Arbeiter gegen die BILD-ZEITUNG aufwiegeln wollte, und dem dieser als Leser antwortete, spitzte sich dieser Widerspruch aufs Äußerste zu.

Sowohl bei den konservativen als bei den sozialpsychologischen Theorien über die Massenmedien ist feststellbar, daß mit der Kritik der bürgerlichen Massenzeitung das Erscheinen der Massen selber bewältigt werden sollte. Im Gegensatz zur Abwehr, wie

wir sie bei den konservativen Theorien analysierten, ist die Hauptseite der sozialpsychologischen Theorien, insofern sie durch die Studentenbewegung aufgenommen wurden, der Versuch der Annäherung an die Situation der Arbeiterklasse. Die Zeitung war ein Medium der Erfahrung der Massen. Die Studenten hofften, im Namen der Massen zu sprechen, als sie die Massenzeitung kritisierten. Die Manipulationstheorien faßten die Degradation der Arbeiter, wie sie durch das Kapitalverhältnis hervorgebracht wird, nur in Formen des Wissens. Der reale Prozeß, in dem der Arbeiter in seiner bloßen Leiblichkeit dem Kapital als der Verkörperung sämtlicher Produktionsbedingungen gegenübergestellt wird, erscheint hier als Bewußtseinsproblem des Arbeiters. An die Stelle eines gesellschaftlichen Verhältnisses tritt ein technisches. Die Wissenschaft soll das Mittel sein, mit dessen Hilfe sich selbst der Widerstand der Arbeiter gegen ihre Lage in Unterdrückung verwandelt.

Eine Darstellung der Funktion der bürgerlichen Massenpresse hat deshalb gründlich mit den Illusionen der Intellektuellen über die Macht oder die Ohnmacht der Wissenschaft zu brechen. Im II. Kapitel wird eine kritische Darstellung der Sozialwissenschaften gegeben, insofern sie sich selbst als ein Mittel darstellen, das richtig oder falsch angewandt der Befreiung oder Unterdrückung dienen kann. In diesen technischen Illusionen verschwinden die wirklichen gesellschaftlichen Mächte. Warum das Kapitalverhältnis die Form von Zweck/Mittel-Verhältnissen, von "Sozialtechniken" annehmen kann, soll in diesem Kapitel angegeben werden. Das Material dieser Untersuchung sind nicht methodologische Erörterungen der Sozialwissenschaften, sondern ihre praktische Anwendung.

II. TECHNISCHE ILLUSIONEN DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

1. Das Untersuchungs"instrument" als bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis

a. Teilnehmende Beobachtung

Robert Bain hat versucht (während einer soziologischen Untersuchung einer Wäscherei), seine "Rolle" als Forscher innerhalb der Hierarchie des Betriebes zu bestimmen. Bain bemühte sich, sowohl dem Mißtrauen der Betriebsleitung, als auch dem der Arbeiter zu begegnen und einen "freundlichen, vertrauenswürdigen und unparteiischen Forscher zu spielen"¹⁾. Bain arbeitete mit den Arbeitern mehrere Wochen, er beschäftigte sich aber auch mit ihren Personalakten. Als die entscheidende Schwierigkeit seiner Untersuchung hebt er hervor, es zuwege zu bringen, "sowohl mit der Betriebsleitung als auch mit den Arbeitern Kontakt zu behalten"²⁾. Seine methodischen, wissenschaftlichen Anstrengungen gelten dem Ziel, weder als Spitzel zu erscheinen, noch als jemand, der sich in den Augen der Betriebsleitung "kein 'richtiges Bild' von den Verhältnissen macht"³⁾. Bain beruft sich keinesfalls auf seine eigene unpolitische Einstellung, um dieses "unparteiische" Verhalten zu rechtfertigen. Die Untersuchung selbst ist es, die ihn zu diesem Verhalten zwingt: es bedarf der Erlaubnis der Betriebsleitung, um die Untersuchung aufzunehmen, es bedarf der Reverenz an die Arbeiter, um überhaupt zu Material zu kommen. So kam Bain, als er seine Rolle innerhalb des Betriebes bestimmen wollte, zu dem Ergebnis, daß er dem Empfangsfräulein am nächsten kam: "Sie war zu allen freundlich, ohne mit irgendeiner Gruppe eng verbunden zu sein; sie verkehrte mit Hoch und Niedrig, ohne sich um die besondere Gunst von irgend jemand zu bemühen."⁴⁾ Bain hat dieses Ideal nie erreicht; während er die "Dauer ihrer Interaktionen maß"⁵⁾, wurden Arbeiter in der dem Koreakrieg folgenden Krise entlassen. Die nun ausbrechende offene Feindschaft der Arbeiter hat er nicht mehr besänftigen können. Als er seine eigene Erregung und Schuldgefühle entdeckt, zieht er sich zurück und macht sich selbst zum "Material" der Untersuchung.⁶⁾ Die "Objektivität" des Forschers ist in Bains Darstellung das nie erreichte Resultat verschiedener Vermeidungsrituale. Schon

als Empfangsfräulein zieht er sich aus der Realität der Fabrik zurück, als "Material" seiner Untersuchung strebt er sogar danach, ein gesellschaftliches Nichts zu werden.

Bei den meisten Sozialforschern finden sich gleichlautende methodische Ausführungen. René König spricht von der "Gefahr", daß der Beobachter während lang andauernder Untersuchungen der zu untersuchenden "Erscheinung 'integriert' ist"⁷⁾. Darum rät er: "Wenn der Beobachter Partei wird, ist die Arbeit unverzüglich einzustellen."⁸⁾ Auch König sucht nach einer gleichnishaften Bestimmung des Forschers. Er beschreibt ihn als Diplomaten. Er muß "diplomatische Beziehungen" zu der zu beobachtenden Gruppe aufnehmen und ausbauen, er muß sich "zwischen verschiedenen Parteiungen hindurchwinden, ohne sich an die bestehenden Kontroversen zu verlieren"⁹⁾. Ebenso erklärt Jahoda: "Je nach seiner besonderen Aufgabe wird es wünschenswert sein, daß er gute Beziehungen zu vielen Schichten der Bevölkerung unterhält", mit keiner jedoch identifiziert wird.¹⁰⁾ Zu dem Fall, daß ein Forscher in ein Liebesverhältnis mit einem Dorfbewohner verwickelt wird, äußert Florence Kluckhohn: "Untersuchungen, die unter solchen Umständen durchgeführt werden, besitzen zwar ebenfalls einen gewissen Wert, jedoch ist ihre Objektivität mit Recht anzuzweifeln."¹¹⁾ Die dauernde Distanzierung einer behavioristischen Untersuchung erscheint ihr andererseits ebenso ungeeignet. "Objektivität" bestimmt sie als weder dauernde Identifizierung noch dauernde Distanzierung.¹²⁾ Zander weist auf die Schwierigkeiten hin, die entstehen, wenn der Beobachter als "eine neutrale, im psychologischen Sinne unsichtbare Person" aufgefaßt wird.¹³⁾ "Beobachter, die in einem Sommerlager herumstreiften und die man den Lagerinsassen als neutrale Personen vorgestellt hatte, welche die Verhältnisse im Lager verbessern wollten"¹⁴⁾, riefen "feindselige Gefühle" hervor. "Man gelangte darum zum Schluß, daß sich die Beobachter menschlicher, herzlicher und umgänglicher verhalten sollten. Nach dieser Änderung wurden sie dann in der Tat nicht mehr abgelehnt."¹⁵⁾

Zu welchem Zweck haucht sich der Forscher menschliches Leben ein? Kluckhohn stellt dar, daß der Forscher sich menschlich

gibt, um sein Untersuchungsobjekt zur Sache zu machen. Kluckhohn hebt die Vorteile der "teilnehmenden Beobachtung" gegenüber der Technik des Interviews folgendermaßen hervor: Man müsse bei

Befragungen die interviewten Personen als Menschen behandeln (...), selbst wenn dies geheuchelt ist. Man darf niemals von seinen eigenen Interessen so besessen sein, daß man eine Gewährsperson veranlaßt, mehr zu sagen, als sie zu äußern wünscht. (16)

Bei der teilnehmenden Beobachtung falle dieses Hemmnis weg.¹⁷⁾ Bain gerät bei seiner Untersuchung in diese Schwierigkeiten, er wird mit einer "Partei" identifiziert und sucht dieser Schwierigkeit zu entgehen, indem er einen "Forscher spielt". Warum muß er einen Forscher "spielen", wenn er selbst einer ist? Warum diese Verdoppelung? Ein Naturwissenschaftler, der einen Naturwissenschaftler spielt, mag dies aus Eigensinn tun, bei der Bewältigung seiner Probleme wird ihm diese Rolle wenig nützen. Dem Sozialforscher dagegen scheint diese Rolle konstitutiv zu sein. Sie ist Teil einer generellen Verstellung, die als Instrument der Forschung erscheint.

In der epochemachenden Untersuchung der Arbeitslosen Marienthals von Jahoda et. al. trat keiner der Wissenschaftler "in der Rolle des Reporters und Beobachters" auf, sie hatten sich vielmehr "durch irgendeine, auch für die Bevölkerung nützliche Funktion in das Gesamtleben natürlich einzufügen"¹⁸⁾. Sie veranstalteten eine Kleidersammlung; dem Vertrauen, das sie sich durch diese Tätigkeit erwarben, verdankten sie viele Arbeiterbiographien. Politische Mitarbeit, Schnittzeichenkurse, ärztliche Behandlung, ein Mädchenturnkurs, Erziehungsberatung, Preisausschreiben etc. waren weitere Teile eines Rollenspiels, das der "Beschaffung von Material"¹⁹⁾ diene. Das Untersuchungs-"instrument" hat hier schon einen sehr verstrickenden Charakter. Von der Seite der Untersuchten betrachtet wird die wissenschaftliche Untersuchung zu einer bestimmten Form ihres kollektiven Lebens. Die Wissenschaftler übernahmen Funktionen des Gemeinwesens, derer die einzelnen eben in dem Augenblick bedurften, in dem sie durch die langandauernde Arbeitslosigkeit apathisch wurden.²⁰⁾ Das Untersuchungs-"instrument" der Wissenschaftler ist der Schein verschiedener Selbsthilfeorganisationen der Arbeitslosen von Marienthal.

Die doppelte Gestalt, in der wir den Forscher Bain auftreten sahen, enthüllt hier ihre Entstehungsgeschichte: der "unparteiische Wissenschaftler", den er spielt, ist solange ein Untersuchungsinstrument, wie die Arbeiter keine unmittelbaren Nachteile von diesem unparteiischen Verhalten zwischen Kapital und Arbeit erwarten müssen. Entlassungen setzen dieser Methode ein Ende. Bain mußte seine Hoffnung auf ein vertrauliches Verhältnis zu den Arbeitern aufgeben. Die Wissenschaftler der Hawthorne-Experimente mußten feststellen, daß während der Weltwirtschaftskrise "die Furcht und die Angst so vollständig die experimentell eingeführten Veränderungen überschatteten, daß sie es für das beste hielten, das letzte Jahr der Experimente nicht auszuwerten"²¹⁾. Die Krisen des Kapitals erscheinen den Forschern wie die Störung aus einer Außenwelt, die ein Verhältnis, das auf Harmonie angelegt ist, auflösen.

b. Interview

Goode und Hatt haben fast gleichlautend zu unserer obigen Formulierung das Interview bestimmt als Forschung lediglich von der Seite des Forschers aus betrachtet. Für den Untersuchten jedoch sei es ein "process of social interaction"²²⁾. Unter social interaction begreifen sie dann lediglich, daß der Interviewer Intuition haben muß, um die latenten Gedanken aufzufassen, die etwa hinter einem "Ich weiß nicht" stehen können.²³⁾ Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß der Kontakt zum Interviewten, die verschiedenen Methoden, ihn herzustellen, ein hervorragendes Element des Interviews sind.²⁴⁾

In den Beschreibungen der alltäglichen Praxis finden sich jedoch Hinweise auf ein Verhältnis zwischen Interviewer und Interviewten, die über das quasi natürliche Verhältnis zweier Menschen hinausgehen. Wie soll sich der Interviewer kleiden? Wie soll er sprechen? Soll er einen Overall anziehen, wenn er Arbeiter interviewt? Soll er "lower class grammar"²⁵⁾ sprechen? Goode und Hatt stellen dar, daß die Antwort solcher Fragen abgeleitet werden muß von der "sozialen Rolle" des Interviewers.²⁶⁾ Sein Status sei der der Mittelklasse. Sowohl "overdressing" als

auch ein Overall würden mit diesem Status nicht übereinstimmen. In der Wahl seiner Kleidung solle er sich von der Absicht leiten lassen, weder das andere Geschlecht anzulocken noch Mitleid zu erregen. Als Repräsentant eines Forschungsinstitutes habe er sich den hiermit verbundenen Vorstellungen anzupassen: korrekte Grammatik, "alertness", "confidence" und "seriousness".²⁷⁾ Eine Einschränkung dieser Mittelklassenrolle sehen Goode und Hatt lediglich dann, wenn es darum geht, Schwarze oder Streikende zu interviewen. Ein "white collar"-Interviewer würde hier auf Argwohn stoßen und eine besonders hohe Pro-Management-Haltung ausfindig machen.²⁸⁾

Noelle-Neumann charakterisiert den Beruf des Interviewers damit, kein Beruf zu sein: "Die Leistung eines Interviewers (wird, d.V.) durch Erfahrungen nicht verbessert, sondern eher beeinträchtigt werden."²⁹⁾ Der Interviewer, der sich Gedanken macht, beginnt "selektiv" zu hören, wähnt sich als halber Spezialist der Sozialforschung "und setzt mit einer aus der nicht-statistischen Perspektive stammenden Methodenkritik ein; seine Rolle führt dann leicht zur Frustration"³⁰⁾. Noelle-Neumann zieht daraus die Konsequenz, das Interviewen nur als Nebenberuf zuzulassen, die Interviewer ständig zu wechseln, sie nicht zu schulen, sondern sie nach bestimmten Kriterien auszulesen, um sie schon beim "ersten und vielleicht noch ganz unsicheren Anzeichen (ihres, d.V.) Abweichens von den Vorschriften" entlassen zu können.³¹⁾ Dieselbe Vorsicht gilt auch dem Befragten. Er sollte nicht mehr als zweimal im Jahr befragt werden³²⁾, er darf mit dem Interviewer nicht bekannt oder verwandt sein, in einer Familie darf lediglich eine Person befragt werden etc. Interviewer und Befragter sind nach Noelle-Neumann "das schwächste Glied in der Kette"³³⁾, sie müssen von jeder "nicht unbedingt notwendigen Anstrengung intellektueller, psychologischer, sprachlicher und technischer Art entlastet werden"³⁴⁾.

Was ist das Ziel all dieser Vermeidungsrituale, welche Situation soll durch sie aufrechterhalten werden? Der "gezwungene, irreal und emotional unbefriedigende"³⁵⁾ Charakter des Interviews wird deutlich, wenn man etwa auf den Gedanken kommt, die Fragen einem Freund vorzulegen. Die Gesprächselemente, die es

enthält (Überleitungen, umgangssprachliche Wendungen etc.), haben nicht die Funktion, ein Gespräch vorzuspiegeln, dennoch sollen sie dazu dienen, das Vertrauen des Befragten zu gewinnen. Welche Situation also soll zwischen Interviewer und Befragtem hergestellt werden? Die Irrealität der Situation macht sich schlagend geltend, wenn es darum geht, Emeuten und revolutionäre Umwälzungen vorherzusagen. Im "British Journal of Sociology" erschien im September 1966 eine Untersuchung über das "Betriebsklima" der englischen Autowerke Vauxhall. Diese Studie konnte bei 77 % der Arbeiter eine "kooperationsfreundliche" Einstellung zum Management feststellen. Einen Monat nach der Veröffentlichung stürmten die Arbeiter die Büros der Betriebsleitung und kämpften mit der Polizei auf dem Betriebsgelände.³⁶⁾ Die Mai-Revolte in Frankreich demonstrierte dieselbe Unfähigkeit der empirischen Sozialforschung, Aussagen über gesellschaftliche Veränderungen zu machen. Keine Differenzierung in der Erhebungstechnik vermag an dieser Unfähigkeit etwas zu ändern.

Zu unterscheiden sind hiervon "falsche" Vorhersagen von Wahlen für die repräsentativen Instanzen des Staates. Die berühmte falsche Gallup-Vorhersage zu den Präsidentschaftswahlen 1948, die Kommentatoren in einen Triumph des freien, unvorherberechenbaren Amerikaners verwandelten, konnten die Meinungsforscher mit Recht als Resultat des Ungenauigkeitsgrades der Methode und der Ununterscheidbarkeit der beiden amerikanischen Parteien erklären.³⁷⁾ In der weiteren Entwicklung hat sich die Genauigkeit solcher Vorhersagen gesteigert, der Adenauerregierung z.B. wurden sie zum unentbehrlichen Regierungsmittel (Allensbacher "Bonnberichte"). Im Gegensatz zu revolutionären Umwälzungen scheint die Wahlsituation der Situation im Interview zu entsprechen. Wir müssen klären, in welcher Beziehung sie zueinander stehen. Im "Gruppenexperiment"³⁸⁾ findet sich ein Hinweis auf das, was die Teilnehmer einer Befragung von dieser erwarten: sie hoffen, daß "die da oben" auch einmal die Meinung der Bevölkerung hören. Die Umfrage wird verstanden als eine Form der "politischen Willenskundgebung". Obwohl außerhalb der Instanzenordnung der repräsentativen Demokratie, folgt sie genau deren Schema. Das Klasseninteresse wird zum

individuellen Wunsch, der von den zuständigen Instanzen erst interpretiert werden muß, um gesellschaftliche Realität zu werden.

Damit ist die Umfrage kein Mittel der Beobachtung, mithilfe dessen sich das Umfrageinstitut als abstraktes Subjekt quasi natürliche Verhältnisse überschaubar macht. Die Agenten der Umfrage-Institute treffen nicht auf Inhalte kursierender Meinungen, sondern auf Menschen, die mit der Form der Umfrage ein bestimmtes Interesse verbinden. Die Institute messen im Grunde die Erwartungen, die verschiedene Klassen in die gesellschaftliche Macht der Umfrage setzen. Die Umfrage ist in diesem Sinne keine wissenschaftliche Methode, sondern sie bringt eine durch die gesellschaftlichen Verhältnisse erzwungene politische Verhaltensform einzelner Individuen zum Ausdruck. Sie befördert das Interesse am Ausdruck der eigenen Ohnmacht und gleichzeitig das Desinteresse an der Organisation, die diese Ohnmacht brechen könnte. Sie ist interessiert lediglich an solch einem Ausdruck der wirklichen Verhältnisse, der auf kollektiven Kampf zu deren Veränderung nicht mehr hinweist. Die Umfrage kann die Verwirklichung von Interessen nur durch deren Interpretation durch die Herrschenden versprechen; dennoch beläßt sie den Interessen als Meinungen den Schein von Autonomie. Insofern ist sie notwendiges Moment einer repräsentativen Demokratie.

Die Taktik der westlichen Alliierten zeigt einige Elemente der repräsentativen Demokratie wie in einem Lehrstück: die britische Pressekontrolle verwarnte das WESTDEUTSCHE VOLKSECHO folgendermaßen: "Sie müssen aufhören, über die Bodenreform zu schreiben. Sie dürfen diesen Wunsch zum Ausdruck bringen, aber nichts fordern."³⁹⁾ Einen Wunsch lediglich "zum Ausdruck bringen" gilt als Zeichen der Objektivität und Unabhängigkeit. Daß die Androhung von Gewalt die Basis dieser Objektivität ist, ist in dieser Verwarnung noch gegenwärtig. Die empirische Sozialforschung partizipiert an einem durch solche Maßnahmen aufrechterhaltenen gesellschaftlichen Zustand; indem sie von den Gewaltverhältnissen abstrahiert, eine Situation herstellt, die diese Verhältnisse hingenommen hat, stellt sie dar, wieweit es dem einzelnen gelingt, in seinen Antworten solche Formulierungen

zu wählen, die sich diesen Zustand zur ungeprüften Voraussetzung machen. So wird deutlich, warum all ihre Aussagen hinfällig werden, wenn die Massen beginnen, die Verhältnisse umzuwälzen. Das Interview ist nicht das Instrument "Geheimer Verführer", das Geheimnis seiner Macht verdankt es der Hoffnung der Befragten, in ihm eine Organisationsform ihrer eigenen Interessen zu finden.

In früheren empirischen Untersuchungen wird dies offen ausgesprochen. Levenstein hielt es für wenig sinnvoll, Untersuchungen unter organisierten Arbeitern anzustellen.

Der gewöhnliche Weg, mit Hilfe der Gewerkschaften vollwichtige Resultate zu erzielen, wurde bald aufgegeben, ebenso der Versuch, die Formulare in Versammlungen zu verbreiten und einzusammeln. In letzteren schwindet zumeist die bewußte Persönlichkeit, die bekannte Kollektivseele bildet sich, die dem Gesetz der geistigen Einheit der Massen unterliegt. Zunächst war es in diesen Massenversammlungen immer wieder von Interesse zu beobachten, wie die Massenphantasie gleichförmig gebildet wurde. Irgendwoher tauchen bestimmte Thesen auf, die von Mund zu Mund suggeriert - das Resultat ein überaus großer Eingang gleichlautender Antworten. (40)

Levenstein hat deshalb eine andere Erhebungsmethode angewandt, die die Arbeiter als einzelne faßt:

Hat man den einzelnen vor sich, so darf man im allgemeinen hinreichende Differenzierung seiner Seelenkräfte voraussetzen, die den Versuch rechtfertigt, zunächst auf seine Gefühle zu wirken. (41)

Durch Erhebungsformulare, die die Arbeiter zu langen Briefen anleiten sollten, trat Levenstein mit einzelnen Arbeitern in Beziehung. Er berichtet, daß er bei den klassenbewußten Arbeitern nur höhnisches Lachen erntete, auch die Furcht, daß er ein Spitzel sei, konnte er nicht ganz zerstreuen. Doch für viele Arbeiter bot Levenstein die Möglichkeit, sich "einmal richtig auszusprechen"⁴²⁾. Als Mittelpunkt eines auf tausende anwachsenden Korrespondenzsystems suchte Levenstein auf die "Gefühle der Arbeiter zu wirken"⁴³⁾ Die wissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse sind so ein bestimmter Niederschlag einer praktischen Organisationsform, mit der er den Arbeitern Hoffnungen machte.

c. Enqueten

In Frankreich sind im 19. Jahrhundert neben den wenigen vom Staat durchgeführten oder initiierten Enqueten solche "teils von sozialen Organisationen (sociétés de bienfaisance, associations de prévoyance, de secours mutuel usw.) und von Sparkassen inauguriert, teils von Philantropen oder humanitären Ärzten selbständig unternommen" worden.⁴⁴⁾

Diese Arbeiten dienen zur Aufzeigung der wohl-tätigen Wirkung der sozialen Einrichtungen aller Art, von den Sparkassen über die Pfandhäuser (Monts de Piété) zur gruppenmäßigen Aussiedlung von Arbeitern aufs Land, deren Unterstützung von Staat und Gemeinden gefordert wird. Gleichzeitig richten sie sich (...) gegen die aufsteigende Arbeiterbewegung und deren sozialistischen Theorien, gegen alle von der Arbeiterklasse unternommenen Versuche zu ihrer Emanzipation, gegen Produktivgenossenschaften wie gegen Gewerkschaften. (45)

Hilde Weiß hat die klassenmäßige Stellung dieser Untersuchungen mit großer Klarheit dargestellt: "In ihren Plänen, Rat-schlägen, Reformversuchen wenden sie sich an beide Klassen: sie empfehlen den Unternehmern mehr Überlegung in ihrem Produk-tionseifer, den Arbeitern moralischen Lebenswandel und Gebur-tenbeschränkung."⁴⁶⁾ Eine Enquete gibt als ihr Ziel an: "Es sollen die Mittel angegeben werden, mit denen man wahre Bedürf-tigkeit erkennt und das Almosen sowohl zum Nutzen derjenigen, die es geben, wie derjenigen, die es empfangen, verwendet."⁴⁷⁾ Verglichen mit dem bescheidenen Agenten eines Umfrageinstitutes traten die damaligen Forscher mit großem Pomp auf. Le Play etwa bediente sich bei einem Besuch in einer Arbeiterfamilie "der Empfehlung einer sorgfältig ausgesuchten Autorität"⁴⁸⁾, er zahlte sogar kleine Entschädigungssummen oder verteilte Ge-schenke. Er empfiehlt: man soll "mit Unterschied die Klugheit der Männer, die Grazie der Frauen, das Wohlverhalten der Kinder loben und in gescheiter Weise an alle kleine Geschenke vertei-len"⁴⁹⁾. Hier sind alle Momente offen ausgesprochen, die wir oben nur mittels der Analyse der Vermeidungsrituale der forma-lisierteren Sozialwissenschaften darstellen konnten. Die empi-rische Sozialforschung ist hier eingestandenermaßen Element einer sozialreformerischen Praxis, sie bringt den Arbeiter zum

Sprechen, um ihn als Objekt dem Staat, der Fürsorge, Kreditgebern etc. zu empfehlen. Die Wissenschaft ist in dieser Darstellung nicht das allmächtige Mittel, das die Massen entgegen ihren objektiven Interessen handeln läßt, sie unterwirft die Massen nicht in einer indifferenten und schrankenlosen Weise den Manipulateuren, sondern sie sucht die Massen in ein ganz bestimmtes, nämlich sozialreformerisches Verhältnis zum Kapital zu setzen. Ihre Macht empfängt sie nicht, weil sie Geheimwissen ist, das durch Öffentlichkeit gebannt werden könnte. Der Manipulator hat keinen privilegierten Einblick in Bedingungen der Existenz der einzelnen, die er nun gegen diese selbst kehrt.

Die Punkte, an denen die Untersuchungsmethoden eine Schranke finden, sind von großem Interesse. Arbeiter in Gewerkschaftsversammlungen waren keine Untersuchungsgegenstände für Levenstein, Entlassungen schufen bei Bains Untersuchungen Mißtrauen, das er nicht mehr überwinden konnte. Die Weltwirtschaftskrise setzte den auf viel größerer Stufenleiter operierenden Projekten von Mayo ein Ende.⁵⁰⁾ Gesellschaftliche Verhältnisse, in denen das Verhältnis von Kapital und Arbeit zugespitzt hervortritt, und nicht die "kritische Rationalität" des einzelnen brachen die Macht der Manipulation. Wir ziehen hieraus die Konsequenz, daß alle Verallgemeinerungen über den Begriff der Manipulation ausgehen müssen vom Kapitalverhältnis. Denn dies Verhältnis ist es, das in einem anderen Licht erscheinen soll und das diesen Schein zugleich bricht. Bevor wir also zu einer Analyse der Massenpresse übergehen, ist es notwendig, die Wissenschaft dort in ihrer Aktion darzustellen, wo sie mit Bewußtsein auf den Widerspruch von Kapital und Arbeit trifft: in der sogenannten Arbeitswissenschaft.

2. Versuche der Arbeitswissenschaften zur Substitution der Gewerkschaften

a. Taylor und Mayo

Die Hoffnung vieler Manager, daß die Sozialwissenschaften ihnen bei der Unterdrückung der Gewerkschaften helfen könnten, legte eine sichere Grundlage für die Anwendung der Sozialwissenschaften. (51)

Ende des 19. Jahrhunderts, als die Arbeiterklasse ihre Macht zu spüren begann, trat das "Menschenproblem" (in Deutschland "Arbeiterfrage" genannt) ins Blickfeld des Kapitals. Es wuchs zu einer nicht "geringeren Bedeutung als das 'Maschinenproblem' und das 'Absatzproblem'"⁵²⁾. Der Präsident einer Stahl-Kompagnie formulierte 1926: "Menschen sind ein viel wertvolleres Material als Stahl."⁵³⁾ The Management Review gab 1928 den Kapitalisten folgenden Hinweis: "Behandle die Arbeiter als menschliche Wesen. Zeige, daß du dich für ihre persönlichen Erfolge und ihr Wohlergehen interessierst."⁵⁴⁾ 1930 war, so konnte Bendix feststellen, die "Anerkennung der Arbeitnehmer als 'menschliche Wesen' bei den amerikanischen Unternehmern weit verbreitet"⁵⁵⁾.

Der Arbeiter, der hier als "Mensch" auftritt, ist derselbe, dem alle Anstrengungen gelten, mit wissenschaftlichen Methoden mehr Arbeit abzupressen. Wie konnte es zu dieser Verkehrung kommen, in der das Objekt der Unterwerfung als "Mensch" gepriesen wird? Wir beginnen unsere Untersuchung mit einer Analyse Taylors, dem epochemachenden wissenschaftlichen Agenten des Kapitals. Die alten Klagen der Kapitalisten darüber, daß die Arbeiter nicht soviel arbeiten wie sie könnten, sind der Anstoß zu Taylors Untersuchungen über den Arbeitsprozeß gewesen. Er versprach Regeln der Leitungstätigkeit, die es den Offizieren und Unteroffizieren der Fabrik ermöglichen sollten, ihre alte Tätigkeit anders auszuüben als in der bisherigen diktatorischen Art. Er hatte eingesehen, daß es nicht genügt, mit unmittelbarem Zwang zu schnellerer Arbeit anzutreiben. In seiner eigenen Vergangenheit als traditioneller Antreiber hatte er gelernt, daß der Widerstand der Arbeiter gegen die Intensivierung der Arbeit nicht zu brechen ist, solange die Kenntnisse über die technische Seite des Produktionsprozesses allein in Händen der Arbeiter sind.⁵⁶⁾ Die erste Grundregel Taylors wurde deshalb:

Das Management muß alle Kenntnisse besitzen, die in vergangenen Zeiten nur auf der Seite der Arbeiter waren. (...) es muß sich die große Menge des überkommenen Wissens aneignen, das in vergangenen Tagen in den Köpfen der Arbeiter, in ihrer Handfertigkeit und in ihren Kunstgriffen durch jahrelange Erfahrung und tägliche Übung angesammelt worden war. (57)

Es galt die geschickteste Ausübung eines Arbeitsvorganges bis in seine kleinsten Elemente zu zergliedern und die jeweils schnellsten Bewegungsformen zu ermitteln. Taylors zweite Grundregel war es, die so in Besitz des Kapitals übergegangenen Kenntnisse des einen Arbeiters aufzuspalten in verschiedene Spezialverrichtungen, die jetzt von verschiedenen Arbeitern ausgeführt wurden. Die Summe der Erfahrungen, über die der Arbeiter verfügte, die nicht unmittelbar dem Kommando der Aufseher unterstand, vielmehr gegen diesen Widerstand leisten konnte, sollte zur Spezialverrichtung verschiedener Arbeiter und damit widerstandsloser dem Kommando des Kapitals unterworfen werden. Die lebendige Einheit der Erfahrungen des Arbeiters wird so vergegenständlicht zur Einheit der Produktionsbedingungen, die der Arbeiter als fremde vorfindet. Die Aufgabe des Aufsehers sollte jetzt zunehmend darin bestehen, "den richtigen Mann an den richtigen Platz" zu stellen. Der Aufseher hatte es um so mehr mit dem einzelnen Arbeiter zu tun, je mehr dessen Arbeitskraft entwertet wurde. Konsequenterweise durchgeführt konnte nach Taylor das scientific management nur noch mit einer Schwierigkeit zu kämpfen haben: mit den Arbeitern, die "durchaus arbeitsfähig, aber arbeitsunwillig sind"⁵⁸⁾. Hier kehrt das Problem wieder, von dem Taylor ausgegangen war: der Widerstand des Arbeiters gegen die Intensivierung der Arbeit. Doch es erscheint als das Problem eines einzelnen, der "objektiven", d.h. vom Kapital gesetzten Arbeitsbedingungen nicht entspricht. Doch dies waren vorläufige Siege des Kapitals über die Arbeiterklasse, sie riefen neue Widerstandsformen hervor. Die Gewerkschaften der unqualifizierten Arbeiter übertrafen an Kampfbereitschaft die traditionellen Berufsverbände.

Elton Mayos Bedeutung im Kampf des Kapitals gegen die Arbeiterklasse besteht darin, daß er den Widerstand der Arbeiter gegen die Intensivierung der Arbeit in ein produktivitätssteigerndes Element zu verwandeln suchte. In den Hawthorne-Werken der Western Electric Company wurden seit 1924 Experimente veranstaltet, die Korrelationen zwischen Beleuchtung und Produktivität überprüfen sollten. Es wurde erwartet, daß die Produktivität mit der Erhöhung der Beleuchtung in der Testgruppe steigen mußte. Unerwartet jedoch war, daß in der Kontrollgruppe, in der

das Licht gleich geblieben war, ebenfalls die Produktivität anstieg. Die Lichtstärke wurde nun verringert, doch die Produktivität stieg weiterhin. Erst als das Licht die Stärke des Mondlichtes erreichte und die Arbeiter nicht mehr sehen konnten, was sie taten, sank die bis zu diesem Punkt ständig angestiegene Produktivität. Die Forscher waren festzustellen gezwungen, daß ihre Experimente, die zweieinhalb Jahre währten, mißlungen waren. Das Management jedoch war fasziniert von dieser ständig ansteigenden Produktivität. Es beschloß, weiter nach den Ursachen suchen zu lassen.

Weil das Management darauf insistierte, Antworten auf die Forschungsprobleme zu finden, entwickelten sich die Forschungen von einer Phase zur anderen, das Experiment entwickelte sich (mushroomed) von seiner anfänglich simplen Konzeption in die vielleicht komplizierteste Industrieuntersuchung, die jemals durchgeführt wurde. (59)

Ab 1927 begannen sorgfältiger vorbereitete Experimente, die Korrelationen verschiedener Variablen mit der Arbeitsproduktivität zu testen. In den Testräumen konnte die Temperatur und die Feuchtigkeit gemessen werden; ein Wissenschaftler, inmitten der Testpersonen sitzend, protokollierte ihre Gespräche. Verschiedene Veränderungen der Arbeitsbedingungen, wie Pausen, andere Entlohnungssysteme, Arbeitszeitverkürzung etc. ließen gleichermaßen wie die Zurücknahme dieser Veränderungen die Produktivität ständig steigen. Offensichtlich reagierten in diesen Experimenten die Testpersonen auf Veränderungen ihrer Arbeitsverhältnisse, die nicht in der Absicht der Experimentatoren lagen. Mayos Folgerung war: Die Versuchspersonen waren zu einer Gruppe geworden.

Ihre Kommentare wurden angehört und diskutiert; einigen ihrer Einwände wurde stattgegeben. Die Gruppe entwickelte unzweifelhaft einen sense of participation in the critical determinations und wurde zu etwas wie einer sozialen Einheit. (60)

Das Experiment selbst hatte Beziehungen zwischen den Arbeiterinnen gesetzt, die diese zu größeren Arbeitsleistungen anspornten. Die "Gruppe" als Resultat des formalen Arrangements der Wissenschaft wurde zum Ausgangspunkt aller Sozialwissenschaften, die sich den "human problems" des Produktionsprozesses widmeten. Menschliche Beziehungen, in denen Taylor immer eine Gefahr für

die Mehrwertabpressung spürte, erschienen hier plötzlich als Triebkräfte der Profiterhöhung. Die vulgäre Vorstellung über das Verhältnis von Wissenschaft und Kapital, "zweckfreie Forschung" und ihre "Verwertung", erscheint hier auf den Kopf gestellt. Nicht die verwertbaren Hinweise, die das Kapital von der Wissenschaft erwartet, sondern die Form der Wissenschaft wurde in den Hawthorne-Experimenten als ihr praktisches Geheimnis entdeckt und ausgesprochen. Die weitere Geschichte der Sozialwissenschaften war damit nur noch an der Oberfläche mit der Verfeinerung von Erhebungstechniken, Formalisierungen etc. beschäftigt. Wie sie wirklich voranschritt, wird aus den Konsequenzen kenntlich, die aus den Hawthorne-Experimenten gezogen wurden.

Was ist eine Gruppe? Ab 1931 begannen in Hawthorne Experimente, die diese Frage genauer beantworten sollten. Eine Gruppe von Arbeitern wurde beobachtet, die weder in einen Testraum gesetzt, noch Veränderungen ihrer Arbeitsbedingungen unterworfen wurde. Die Produktivität dieser Arbeiter stieg während der Beobachtungszeit nicht an, vielmehr mußten die Wissenschaftler entdecken, daß die Gruppe sich ihre Arbeit selbst einteilte und bestimmte, was ein "gerechtes Tagewerk" sei. "Der output-Kurve mangelte jede Individualität, sie näherte sich einer horizontalen Linie."⁶¹⁾ Die Arbeiter mit den größten Fähigkeiten und einer adäquaten Ausbildung gehörten zu den langsamsten Arbeitern der Gruppe.

Die Folgerung aus diesen Experimenten war, daß die Arbeit dieser Männer in keinem Verhältnis zu ihren Fähigkeiten stand, daß die Gruppe imstande war, durch die Verhältnisse, die sie zwischen den einzelnen Arbeitern errichtete, die Produktivität zu regulieren und selbst den Wunsch des einzelnen nach höheren Löhnen brechen konnte. Es war dieselbe Kraft, die Vereinigung der Arbeiter, die hier die Produktion einschränkte, bei den Arbeiterinnen im Testraum jedoch ständig steigen ließ. Obwohl Mayo noch das "Bremsen der Produktion" in alter Manier interpretierte, es "irrational" nannte, zog er eine andere praktische Konsequenz, als Taylor dies tat. Wie war es möglich, die Reaktionen der Arbeiterinnen des Testraumes bei der ganzen Be-

legschaft hervorzurufen? War es möglich, daß das Management, wenn es die Ziele bestehender Gruppen nicht brechen konnte, neue Gruppen bildete, deren Ziele dem Management entsprachen?

Es ist auffällig, daß Mayo noch nicht imstande war, die Resultate seiner Analyse in ein praktisches Programm zu wenden. Allgemein sprach er mit "partizipation" schon das Grundprinzip erst später mächtig werdender human-relation-Techniken aus. In den Hawthorne-Werken wurden im Zusammenhang mit den Experimenten Vorformen davon ausgebildet. Sehr teuer für das Kapital und daher schnell zu verändern war das "counseling". Während der Interviews stellten die Interviewer fest, daß sie die Arbeiter nicht an den vorgegebenen Fragestellungen festhalten konnten. Die Arbeiter wollten über Dinge sprechen, die sie selbst interessierten. Es wurde beschlossen, diesem Wunsch nachzugeben. Interviewte Arbeiter sagten nach dieser Veränderung des Programms, die Arbeitsbedingungen hätten sich verbessert, ein Arbeiter glaubte sogar wahrnehmen zu können, daß die Löhne seit dem Beginn der Interviews angestiegen seien. Die Wissenschaftler erkannten, daß das ungelenkte Interview, das sie an die Stelle der traditionellen Frage-Antwort-Technik gesetzt hatten, den Arbeitern gestattete, "Dampf abzulassen", eine "emotional catharsis" bewirkte. 1936 konnte Mayo mit diesen Erfahrungen das Management dazu bringen, "personnel counseling" zum Programm zu machen. Von 1936 bis 1955 wurden über 500 000 Arbeiter interviewt. 1954 waren 64 counselors angestellt, die Kosten für sie und die ausgefallenen Arbeitsstunden der interviewten Arbeiter betrugen in einem Jahr (1949) 326 000 Dollar. Trotz dieses Aufwandes machten ein Drittel der Arbeiter niemals Gebrauch vom counseling. 1956 wurde das Programm aus Gründen, über die das Management keine Auskunft gab, abgebrochen.

Die Arbeiter waren weniger beeindruckt von den tatsächlichen Veränderungen der Arbeitsbedingungen, als von dem Vorgang des Interviews selber. "Nach einem Interview schienen die Arbeiter glücklicher zu sein."⁶²) Sympathische Zuhörer ("gentle Harvard men") gaben den Arbeitern die Gewißheit, daß ihre Klagen gehört wurden. Später wurden die counselors aus der Mitte der Arbeiter genommen. In ihren Abteilungen besonders beliebte Arbeiter, die

man schon für Vorarbeiterposten vorgemerkt hatte, wurden zu counselors ausgebildet. Die Verfahrensweise der Interviews war therapeutisch. Die counselors wurden darauf hingewiesen, "die Haltungen (attitudes) zu Problemen, nicht die Probleme selbst" zu berücksichtigen.⁶³⁾ Sie sollten nicht argumentieren oder einen Rat geben, sondern nur zuhören und versuchen, Enttäuschungen abzuschwächen, indem dem Arbeiter geholfen wurde, "konstruktiv" zu denken. Wichtig war gleichermaßen die Spitzelfunktion: die counselors sollten auf Zeichen der Unruhe achten, Spannungen zerstreuen, bevor sie in Aktionen ausbrachen. Die Manager erhofften sich, mit dem counseling ein Mittel gefunden zu haben, um die entdeckten "produktionsbremsenden" informellen Gruppen zu bekämpfen und über die beschränkten Techniken Taylors hinauszukommen.

Wir haben oben entwickelt, was Taylors Techniken waren: die Aneignung der technischen Kenntnisse der Arbeiter durch das Kapital. Er hoffte, den Widerstand der Arbeiter brechen zu können, wenn er sie als einzelne einem Monopol an Produktionsmitteln gegenüberstellte. Die Rationalisierung des Arbeitsprozesses, verbunden mit "hohen Löhnen" war eine historisch bestimmte Form des Klassenkampfes der Kapitalisten, die sich gegen den teils noch ständisch organisierten Widerstand qualifizierter Arbeiter richtete. Taylor erachtete Arbeiter, die sich zusammenschlossen, als dem Management feindlich gegenüberstehende. Er war interessiert am isolierten einzelnen, der ständig auf höhere Löhne drängt.⁶⁴⁾ Mayo dagegen erkannte, daß dem so Isolierten neue Formen des Widerstandes zur Verfügung standen. Folgerichtig war er nicht mehr daran interessiert, jeden Zusammenschluß der Arbeiter zu zerschlagen, sondern den Schein des Zusammenschlusses hervorzubringen.

In den Befragungen, die Popitz in der Hüttenindustrie durchführte, wurden in keiner speziellen Frage die Arbeiterorganisationen zum Gegenstand. Dennoch kamen 44 % der Befragten auf die Gewerkschaften ausdrücklich zu sprechen, abgesehen von bloßen Erwähnungen.⁶⁵⁾ Folgt man der Darstellung von Roethlisberger, so sind in den Hawthorne-Interviews die Gewerkschaften nicht einmal erwähnt worden. In den 40 000 Beschwerden, die

1929 entgegengenommen wurden, fanden die Wissenschaftler keine einzige, die eine ungünstige Meinung über die Kompagnie im allgemeinen aussprach.⁶⁶⁾ Dies ist umso erstaunlicher, als die Western-Electric zwischen 1933 und 1936 mehr als 28 000 Dollar für Detektive ausgab.⁶⁷⁾ Die Nichterwähnung der unions stieß später auf Verwunderung. Baritz berichtet von einem Erklärungsversuch, der zwei mögliche Ursachen anführte⁶⁸⁾: Erstens, daß es in Hawthorne keine unions gab, eine Ursache, die nicht für wahrscheinlich gehalten wurde; zweitens, daß Gewerkschaftler Interviews zu vermeiden wußten. So erfahren wir, daß das counseling Teil der "open shop" Kampagne war, Teil des in vielen Großbetrieben seit 1914 erfolgreich geführten Kampfes gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter.

Kritiker der "Mayo-Schule" haben den human-relation-Techniken seit den vierziger Jahren vorgeworfen, anti-gewerkschaftlich zu sein. Im Zuge der Roosevelt-Administration, ihrer Legalisierung der unions, hat eine später mächtig werdende Richtung der Sozialwissenschaften die Gewerkschaften als einen unentbehrlichen Faktor der bestehenden Gesellschaftsform hervorgehoben. Die Gesellschaft erscheint als eine "society of accomodated conflict, rather than universal collaboration"⁶⁹⁾, die Gewerkschaft als Regler dieser Konflikte, "centers for workers loyalty"⁷⁰⁾. In dieser Kritik kündigt sich keinesfalls Parteinahme für die Arbeiterklasse an - eine alt gewordene Haut der Kapitalherrschaft wird abgeworfen, die Gewerkschaften, vor denen Taylor sich noch vor Ekel schüttelte, werden als Organisationen in Anspruch genommen, deren eine "Industriegesellschaft" bedarf, um ihre komplizierten Verhältnisse zu regeln.⁷¹⁾ So entsteht der Eindruck scharf voneinander abgesetzter Formen der Sozialtechniken. Wenn Mayo anti-gewerkschaftlich auftrat, so partizipierte er lediglich an einem gesellschaftlichen Zustand, in dem die Gewerkschaften effektiv verfolgt wurden. Die spätere Legalisierung und Integration der Gewerkschaften hatte dasselbe Ziel, das Mayo durch seine illusionären Formen des Zusammenschlusses hervorzubringen suchte. Wir müssen uns jedoch erst Klarheit über die Funktion der Gewerkschaften verschaffen, um das in den verschiedensten Formen der Sozialtechniken verfolgte gemeinsame Ziel darstellen zu können.

b. Funktion der Gewerkschaften

Zum Erstaunen der englischen Ökonomen opferten viele Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen großen Teil ihres Lohnes zugunsten der bloßen Aufrechterhaltung der Gewerkschaften, die doch nur zwecks des Lohnkampfes errichtet worden waren. "Gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie (die Arbeiter, d.V.) als die des Lohns."⁷²⁾ Auf diese Weise antworteten die Arbeiter praktisch auf die schulmeisterlichen Rat schläge der Ökonomen, die sie darauf hinwiesen, daß "die Kosten, die sie (die Assoziationen, d.V.) den Arbeitern verursachten, meist größer als die Gewinnerhöhung, die sie erlangen wollen"⁷³⁾, waren. Im bürgerlichen Vorurteil stifteten die Arbeiter Assoziationen, um einen an und für sich ausreichenden Lohn etwas aufzubessern. Demgegenüber ist es den Arbeitern klar, daß sie ohne Gewerkschaften "verraten und verkauft"⁷⁴⁾ wären, daß es Resultat des Zusammenschlusses der Arbeiter ist, wenn sie überhaupt einen Lohn bekommen, mit dem sie ihre Arbeitskraft reproduzieren können.

Beim Tausch von Kapital und Arbeit berufen sich beide auf die Gesetze des Warentausches. Der Kapitalist, "wie jeder andre Käufer, sucht den größtmöglichen Nutzen aus dem Gebrauchswert seiner Ware herauszuschlagen"⁷⁵⁾. Rücksichtslos wird er alle moralischen und physischen Schranken niederreißen, um soviel als möglich Arbeit aus dem Arbeiter herauszupressen. Den einzelnen Kapitalisten kümmert dabei nicht, daß er mit der Verwüstung der Arbeitskraft die lebendige Quelle des Profits vernichtet. Er geht von dem Grundsatz aus: Nach mir die Sintflut.⁷⁶⁾ Der Arbeiter dagegen beruft sich ebenso auf die Gesetze des Warenaustausches, wenn er sich der Verwüstung seiner Arbeitskraft erwehrt. Dem Kapitalisten gehört wohl der Gebrauch der täglichen Arbeitskraft. Aber der Arbeiter muß diese auch mittels des täglichen Verkaufspreises täglich reproduzieren und daher von neuem verkaufen können.⁷⁷⁾ So pocht er lediglich auf sein Recht als Warenverkäufer, wenn er fordert, daß seine einzige Ware, die Arbeitskraft so angewandt wird, daß sie ihm zeit seines Lebens erhalten bleibt. Bei der Fest-

legung der Länge des Arbeitstages muß deshalb das Recht des Arbeiters mit dem des Kapitalisten kollidieren:

Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. (78)

In dem Kampf um die Länge des Arbeitstages unterliegt der Arbeiter als einzelner. Wenn er auf dem Markt dem Kapitalisten gegenübertritt, muß er sich den Bedingungen dessen fügen, der alle Bedingungen der Verwirklichung der Arbeitskraft in Händen hält. Als bloße Fähigkeit zur Arbeit, die einem Monopol der Produktionsbedingungen gegenübersteht, muß der einzelne Arbeiter in seine eigene Zerstörung einwilligen, nur um den nächsten Tag zu überleben. Nur durch ihren Zusammenschluß können die Arbeiter diesen Angriff auf ihre Gesundheit und Lebensdauer abwehren.

Ohne den Widerstand durch die Trade-Unions erhält der Arbeiter nicht einmal das, was ihm nach den Regeln des Lohnsystems zusteht. Nur die Furcht vor den Trade-Unions kann den Kapitalisten zwingen, dem Arbeiter den vollen Marktwert seiner Arbeitskraft zu zahlen. (79)

Die Arbeiter brechen mit diesem Kampf nicht die Gesetze des Warenaustausches, sondern setzen diese gegen die Kapitalisten durch.⁸⁰⁾ Ihr Widerstand gilt der Zerstörung ihrer Ware Arbeitskraft, er schafft allererst die Bedingungen, mit den Kapitalisten über ihren Preis zu markten.

Insofern setzt der Kampf der Arbeiter die immanenten Gesetze des Kapitals gegenüber den einzelnen Kapitalisten durch. Das Kapital bedarf der regelmäßigen Zufuhr von Arbeitskraft, und zwar von ausreichender Güte. Hohe Verschleißkosten, also die vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft, sind, die ganze Kapitalistenklasse betrachtet, ein Verlust, so sehr sich auch einzelne Kapitalisten daran bereichern. Die "wundervolle Entwicklung" der Industrie von 1853 bis 1860, nach der

Festsetzung des Zehnstundentages, "Hand in Hand mit der physischen und moralischen Wiedergeburt der Fabrikarbeiter, schlug das blödeste Auge"⁸¹⁾. Zugleich jedoch im Kampf um die Durchsetzung normaler Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft, im Kampf um die Durchsetzung des Lohnsystems bilden sich die Voraussetzungen zur Abschaffung des Lohnsystems. Die Vereinigung der Arbeiter zur Aufrechterhaltung des Lohnes, notwendiges Moment der Bewegung des Kapitals, konstituiert das Proletariat als Klasse, die den Bürgerkrieg gegen die Kapitalisten aufzunehmen beginnt.⁸²⁾ Die Vereinigung der Arbeiter ist notwendig zur Aufrechterhaltung und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sie hindert die Kapitalisten daran, die Quelle des lebendigen Reichtums zu vernichten und schafft gleichzeitig den Keim des Unterganges dieser Produktionsweise.

c. Der Zusammenschluß der Arbeiter als Funktion des Kapitals

Kehren wir wieder zurück zu dem Punkt unserer Analyse, an dem wir feststellten, daß die Sozialwissenschaften Unterstützung leisten sollen für den Kampf des Kapitals gegen die sich zusammenschließenden Arbeiter. Wie ist es möglich, daß die Wissenschaft den gewalttätigen Kampf ergänzt, ja ihn zu ersetzen sucht? Welche Kräfte setzt sie in Gang? Wir haben oben dargestellt, daß es das Spezifische der von den Hawthorne-Experimenten ausgehenden human-relation-Techniken ist, nicht wie noch Taylor, die Arbeiter zu isolieren, sondern einen Schein des Zusammenschlusses hervorzubringen. Auf der Grundlage des über die Gewerkschaften Entwickelten können wir nun genauer bestimmen, was wir mit "Schein des Zusammenschlusses" meinen. "Schein" stand bisher nur in einem vagen Sinne dafür ein, daß dies kein "wirklicher" Zusammenschluß sein konnte.

Der Zusammenschluß im gewerkschaftlichen Kampf dient dem Widerstand gegen den maßlosen Bereicherungstrieb des Kapitals, der Aufrechterhaltung des Lohnes, der zur Reproduktion der Arbeitskraft ausreicht. Demselben Zwecke dient, was den Kapitalisten als "Bremsung der Produktion" erscheint. Mit Recht haben sie darin eine Auswirkung des "unionism" erkannt, denn die Fest-

setzung eines "gerechten Tagewerkes" dient ebenso wie Lohnforderungen dem Schutz der Arbeitskraft. Der Zusammenschluß ist hier notwendig, weil für die ganze Fabrik, oder mindestens für eine ganze Abteilung bestimmt werden muß, wieviel an jeder Arbeitsstelle produziert werden darf. Die Macht des Zusammenschlusses der Arbeiter erweist sich darin, wieweit es ihnen gelingt, die von ihnen selbst festgelegten Produktionsziffern auch gegen solche Arbeiter durchzusetzen, die dem Schein des Arbeitslohnes erliegen, die glauben, daß "ihre Arbeit" bezahlt wird und nicht sehen, daß ihr Lohn bestimmt ist durch den Preis der Lebensmittel, die sie brauchen, um arbeiten zu können. Einzelne können sich deshalb nicht schützen, weil der Akkordsatz bestimmt wird durch den Arbeiter, der am meisten dazu bereit ist, seine Arbeitskraft zu zerstören. Aufrechterhaltung der Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft ist der Zweck des Zusammenschlusses.

Das counseling erweckte in dem interviewten Arbeiter die Gewißheit, daß seine Arbeitsbedingungen sich verbessert hätten, ja bei einem sogar den Eindruck, der Lohn sei gestiegen. Die "gentle Harvard men" und später die aus der Mitte der Abteilung zu counselors Bestimmten erschienen als Organe der Arbeiter, die sie gegenüber dem Kapital vertraten. Dabei ist es das ausgesprochene Ziel dieser Maßnahmen, die informellen Gruppen, die "Bremsung der Produktion" zu brechen und die Arbeiter als einzelne dem Kapital gegenüberzustellen. Das counseling enthält den Widerspruch, einerseits als Form des Zusammenschlusses zur Aufrechterhaltung des Werts der Arbeitskraft zu erscheinen, andererseits jedoch den Arbeiter zu vereinzeln, der Maßlosigkeit des Kapitals auszuliefern. Es ist dieser Widerspruch, diese bestimmte Form des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, das den Arbeiter entwaffnet.

Die verschiedenen Techniken der participation sind Fortentwicklungen der in den Hawthorne-Experimenten gemachten Erfahrungen. French⁸³⁾ berichtet über die Auswirkungen auf den output durch unterschiedliche Grade der "Beteiligung". Das Management hatte das Problem, daß bei Änderungen der Arbeitsmethoden die Produktivität der Arbeiter nach der Umstellung stark sank und selbst

nach längerer Zeit nicht das alte Niveau erreichte. Das übliche Verfahren in dem untersuchten Betrieb war, daß den Arbeitern vor der Umstellung die Notwendigkeit der Umstellung und die neuen Stücklöhne mitgeteilt und Fragen beantwortet wurden.

Bei der ersten experimentellen Gruppe führte man einen höheren Grad demokratischer Teilnahme ein. Nicht nur erklärte man ihr mit mehr Einzelheiten und in eindrücklicher Weise die Notwendigkeit einer Änderung, sondern die Gruppe durfte auch Vertreter wählen, die sich an der Planung der neuen Arbeit, an der Festsetzung des neuen Stücklohnes und später an der Ausbildung der übrigen Gruppenmitglieder beteiligten. Durch dieses Verfahren entstand bei den Vertretern der Gruppe ein so starkes Gefühl des Beteiligtseins, daß sie die neue Arbeit und den Stücklohn als "ihre Arbeit" und "ihren Stücklohn" auffaßten. (84)

Die Produktion dieser Gruppe sank zwar unmittelbar nach der Umstellung stärker als bei der Kontrollgruppe, erreichte jedoch schon nach 14 Tagen den Stand vor der Umstellung und stieg später sogar leicht darüber an.

Bei anderen Experimentalgruppen vergrößerte man die "demokratische Teilnahme": nicht nur Vertreter, sondern alle Mitglieder der nun etwas kleineren Gruppen beteiligten sich an der Planung der neuen Arbeit und der neuen Stücklöhne. Schon nach zwei Tagen erreichten diese Gruppen den alten Produktionsstand und überschritten ihn dann um 15 %. ⁸⁵⁾ Solche Experimente und ihre zynische Darstellung haben den Vorzug der Deutlichkeit. Hier wird klar, daß "participation" ein Angriff des Kapitals auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse ist. ⁸⁶⁾ Eine der größten Errungenschaften der Arbeiterbewegung: der Kollektivvertrag, der es den Arbeitern überhaupt erst ermöglichte, dem Kapital Bedingungen aufzuerlegen - der Kollektivvertrag wird durch "Verträge" zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem Kapital ersetzt. Participation erzeugt ebenso wie das counseling den Schein des ökonomischen Kampfes bei gleichzeitiger Vereinzelung, d.h. Auslieferung an die Maßlosigkeit des Kapitals.

Wir können jetzt allgemeiner das Gemeinsame der human-relation-Techniken formulieren: sie haben den Zweck, den ökonomischen Kampf der Arbeiter zu ersetzen, und sie erreichen dies, indem

sie die Sicherung der Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft dem Zusammenschluß der Arbeiter entreißen und zu einer Funktion des Kapitals machen. Sozialtechniken sollen den ökonomischen Kampf ersetzen, um das darüber Hinaustreibende, den politischen Kampf zu verhindern. Der Schein des Zusammenschlusses verhüllt die tatsächliche Vereinzelung des Arbeiters. Die Niederlagen, die so der Arbeiter notwendig erleiden muß, sucht ihm die Sozialtechnik als ebensoviele Siege über sein Schicksal als Arbeiter vorzuspiegeln.

d. Der Begriff des mit sich identischen Individuums

Wie stellen sich in den so entwickelten Verhältnissen die Probleme der Sozialpsychologie und des von ihr aufgestellten Manipulationsbegriffs dar? Ist die Lage des Arbeiters faßbar in Begriffen wie "Anpassung", "Außenlenkung" etc., also Begriffen einer ihrer selbst noch nicht mächtigen Person? In der sogenannten "Industriellen Revolution" versuchte das Kapital, den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen, der in den zunftmäßigen Verhältnissen der Manufaktur überdauerte. Die billige Arbeitskraft von Frauen und Kindern entwertete die Arbeitskraft des Mannes, warf ihn auf die Straße oder zwang ihn, sich zu Bedingungen zu verkaufen, die den baldigen Ruin seiner Arbeitskraft bedeuteten. Dennoch erscheint hier die Zerstörung der Arbeitskraft als Werk der Arbeiter selbst. Sie gingen freiwillig Kontrakte ein, die den Arbeitstag bis zur völligen physischen Erschöpfung ausdehnten. Die Arbeiter verkauften ihre Kinder an die Fabrikherren und erkauften sich mit der physischen und moralischen Degradation eine Aufbesserung ihres eigenen Lohnes. Noch nicht arbeitsfähigen Kindern wurden Opiate eingeflößt, damit sie stillhielten. Das Erschrecken der Fabrikinspektoren, die hier sahen, wie Säuglinge "in kleine alte Männchen ver-rumpeln"⁸⁷⁾, signalisierte Verhältnisse zwischen den Menschen, die auf anderen Gesetzen als denen der individuellen Selbstverwirklichung beruhen.

Popitz⁸⁸⁾ berichtet von Kranführern in der Hüttenindustrie, deren besonders hoher Lohn bedingt ist durch die aus den Öfen

aufsteigende Hitze, der sie bei ihrer Arbeit in außergewöhnlichem Maße ausgesetzt sind. Ein Teil dieser Kranführer ist gegen die Einführung einer Klimaanlage, weil sie zu Recht befürchten, daß dies mit einer Lohnkürzung verbunden ist. Hier wie in den vorhergehenden Beispielen (die sich beliebig fortsetzen ließen) ist es der Lohn, dem die Arbeiter ihre Gesundheit preisgeben. Doch es lassen sich Beispiele finden, an denen deutlich wird, daß es nicht allein materielle Interessen sind, für die Arbeiter bereit sind, ihre Existenz zu zerstören. Jahoda berichtet von Arbeitslosen, die längere Zeit schon auf einen Garten als eine ihrer wichtigsten Subsistenzquellen angewiesen sind und die dennoch dazu übergehen, Blumen statt nahrhafter Pflanzen anzubauen. Mit zunehmender Aussichtslosigkeit auf Besserung ihrer Lage beginnen sogar einige, das wenige Geld, das sie noch erhalten, gegen Farbdrucke von Venedig und andere irrationelle Dinge einzutauschen.⁸⁹⁾

An solchen Verhaltensweisen des Proletariats hat sich eine Meinung gebildet, die in folgendem Urteil über das Proletariat zusammengefaßt ist: Die Arbeiter sind außerstande zu Triebaufschub, sie können ihre unmittelbaren Bedürfnisse nicht durch spätere, auf Umwegen zu erreichende Befriedigung hintanhalten. Seit Freuds "Unbehagen in der Kultur" ist in breitesten Umlauf gekommen, daß die Versagung der unmittelbaren Bedürfnisse der Preis sei, der für "Kulturleistungen" zu zahlen ist. In diesem Zusammenhang unerheblich ist die unterschiedliche Konsequenz, die konservative und "linke" Theoretiker aus dieser Voraussetzung ziehen, ob sie also hieraus, wie Gehlen, Schelsky etc., die Legitimation der Herrschaft und Unterwerfung als Grundtatsachen der menschlichen Existenz, oder aus der Versagung den dialektischen, auf Befreiung zielenden Gang der Geschichte folgern. Wichtig ist hier vielmehr, daß diese Theorien analog gebildet sind zu den Profittheorien der seit 1830 entstehenden Vulgärökonomie. Profit des Kapitalisten ist in diesen Theorien "Vergütung für Enthaltung". Nassau W. Senior ersetzt das Wort Kapital durch das Wort Abstinenz. Denn: die "einfache Erhaltung eines Kapitals erheischt beständige Kraftanstrengung, um der Versuchung zu widerstehen, es aufzuessen"⁹⁰⁾. Die Entbehrung also, die sich der Kapitalist auferlegt, indem er seine

Produktionsmittel an die Arbeiter "ausleiht", statt ihren Wert in Luxus und anderen Konsumtionsmitteln zu verprassen, diese Entbehrung soll es sein, die den Arbeitsprozeß vorantreibt, statt seine Früchte unproduktiv zu konsumieren.

Nun ist sicher, daß der Profit nicht bestimmt ist durch das Verhältnis von persönlicher Arbeit zu persönlichem Nichtkonsum des Kapitalisten, sondern durch das Maß, in dem er fremde Arbeitskraft aussaugt und dem Arbeiter Entsagung aller Lebensgenüsse aufzwingt.⁹¹⁾ Die Abstinenztheorien sind selbst von bürgerlichen Nationalökonomen verabschiedet worden. Für die ideologische Selbstdarstellung der Bourgeoisie, ihre Moral und historische Bestimmung jedoch, ist die "Entsagung" nach wie vor ein wichtiger Bestandteil.

Im Gegensatz zu dieser Ideologie entdeckte die bürgerliche Industriesoziologie andere als unmittelbar materielle Interessen im Arbeiter. So heißt es bei Elton Mayo, einem der Begründer der Industriesoziologie:

Der Wunsch, sich mit seinen Kameraden gut zu stehen, der sogenannte menschliche Gemeinschaftsinstinkt, überwiegt bei weitem das ausschließlich individuelle Interesse und die Logik der Vernunft. (92)

Verfolgung von Selbstinteressen ist nach Mayo die letzte Zuflucht, wenn "die soziale Gemeinschaft sich als erfolglos erwiesen hat"⁹³⁾. Erst in Notlagen, wenn die Individuen in ihrem Bemühen, die "üblichen zwischenmenschlichen Umgangsformen für sich zu entwickeln, einen Fehlschlag erlitten hatten"⁹⁴⁾, erst dann begannen sie mit dem berechnenden Verfolgen ihres Selbstinteresses.

Mit hilfloser Entrüstung registrierten die amerikanischen Gewerkschaften alle Versuche des Kapitals, im Arbeiter einen anderen zu erkennen als den, der nur aufs Geld sieht. Sie protestierten dagegen, daß die Kapitalisten darangingen, im Bunde mit der Wissenschaft die Arbeiter durch andere Bedürfnisse als durch hohe Löhne zur Arbeit anzutreiben. Ein cartoon in einem Gewerkschaftsmagazin zeigt ein an der Wand hängendes Schild, unterzeichnet durch "Boss", auf dem steht: "Auch wenn wir dei-

nen Lohn kürzen und dich kaputt machen durch Beschleunigung der Arbeit, so lieben wir dich doch."⁹⁵⁾ Die Gewerkschaften berichten über die Tätigkeit eines Betriebspsychologen:

Dr. Robert McMurry teilt mit, daß Arbeiter ihm ständig sagen, daß sie in die Gewerkschaft eingetreten seien für größere Sicherheit des Arbeitsplatzes und höheren Lohn; doch McMurrys Psychologen entschieden, daß das wirkliche, wenn auch unbewußte Motiv der Arbeiter gewesen sei das 'Flehen (craving) nach einer Verbesserung der emotionalen Umgebung ihrer Arbeit'. Deshalb, so folgert der Praktiker, wenn Psychologie anwendbar ist, um den Arbeitern, 'emotional release' und 'ego involvement' zu geben, dann werden sie ihren Lohn vergessen. (96)

Auf den ersten Blick verblüffend ist es, daß die Sozialtechniken als Ziel formulieren, was die Kritiker der Manipulation als deren Gegenbild betrachten: das Individuum. Was die Sozialtechniken mit allen Mitteln hervorzubringen suchen, den Arbeiter, der einen individuellen Vertrag mit dem Kapitalisten abschließt, der sich nicht mit seinen Klassengenossen zusammenschließt, sondern an individuelle Selbstverwirklichung glaubt - diesen Arbeiter sehen die Kritiker als den einzig freien.⁹⁷⁾

Was bedeutet der Begriff des Individuums in einer Situation, die einschließt, das vierzehn Stunden Arbeit zu erlauben das selbe bedeutet wie dazu zu zwingen? In den "reports" der englischen Fabrikinspektoren wird festgestellt, daß der einzelne Arbeiter nicht in der Lage ist, sich selbst zu schützen.

Zum Schutz gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in den Tod und Sklaverei zu verkaufen. (98)

Um ihre unmittelbaren Bedürfnisse zu stillen, ist der Zusammenschluß der Arbeiter notwendig, um sich selbst vor der eigenen Zerstörung oder der durch das Kapital, was hier identisch erscheint, zu schützen. Der bürgerliche Begriff des Individuums erweist sich gegenüber dieser Realität als idealistisch. Er zeigt den Arbeitern keine Zukunft, sondern ist vielmehr ihre schlechte Gegenwart. Die Kritik, die statt auf die assoziierten Produzenten auf ein das Allgemeine denkende Individuum zielt, hat abgesehen von der Moral die Grundlagen gemeinsam mit all den Anstrengungen, die die Arbeiterklasse zer-

schlagen wollen. Die Sozialwissenschaften werden nicht vom Kapital angewendet, um vergehende Formen des Bewußtseins, tradierte Stereotype umzuinterpretieren (wie Marcuse meint), sondern um mitzuhelfen, den ständig durch die gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgerufenen Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu zerstören. Selbstzerstörung ist nicht Resultat mangelnder Ich-Identität, sondern Resultat mangelnder Organisation als Klasse.

3. Mystifikation und Sozialtechnik

Ist es ein Zufall, daß die counselors der Hawthorne-Werke nicht als Rechtsberater auftraten? Welche Konsequenzen hätte es bedeutet, wenn die Beratung auf ein juristisches Verhältnis zwischen Arbeiter und Kapital gezielt hätte? Kann das Kapital überhaupt daran interessiert sein, ein juristisches Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu propagieren? Die Beantwortung dieser Frage gibt Auskunft über die besondere Form des Überbaus, die die Sozialtechniken herzustellen beabsichtigen.

Paschukanis hat dargestellt⁹⁹⁾, daß gesellschaftliche Verhältnisse nur unter bestimmten Bedingungen einen rechtlichen Charakter annehmen:

Wir können nicht bestreiten, daß es auch bei den Tieren ein kollektives Leben gibt und daß dieses auch dort auf die eine oder andere Art geregelt wird. Es wird uns aber nicht einfallen, zu behaupten, daß die Beziehungen der Bienen oder Ameisen rechtlich geregelt werden. (...) Auch in der bürgerlichen Gesellschaft (können, d.V.) Dinge, wie z.B. die Organisation des Post- und Eisenbahndienstes, des Militärs usw. nur dann gänzlich in den Bereich der rechtlichen Regelung verwiesen werden, wenn man sie sehr oberflächlich betrachtet und sich von der äußeren Form der Gesetze, Statuten und Verfügungen beirren läßt. Der Eisenbahnfahrplan regelt den Zugverkehr in einem ganz anderen Sinne als, sagen wir, das Gesetz über die Haftbarkeit der Eisenbahn die Beziehungen derselben zu den Absendern von Frachtgut regelt. Die erste Art der Regelung ist vorwiegend technisch, die zweite vorwiegend rechtlich. (100)

Das Rechtsverhältnis regelt gesellschaftliche Verhältnisse, die sich durch Tauschakte konstituieren. Das Rechtsverhältnis ist der willentliche Vollzug des Warentauschverhältnisses, es ist insofern weder bloßes Reflexionsprodukt, noch aus der Natur des Menschen entspringende Ordnung, also weder willkürliche Norm noch natürliche Form des Zusammenlebens.

Eine grundlegende Voraussetzung der rechtlichen Regelung ist somit die Gegensätzlichkeit privater Interessen. (101)

Der Streit, der Interessenzusammenstoß, erzeugt die Rechtsform, den rechtlichen Überbau. Im Rechtsstreit, d.h. im Prozeß treten die wirtschaftlichen Subjekte bereits als Parteien, d.h. als Beteiligte an dem juristischen Überbau auf. (102)

Im Gegensatz zu früheren Produktionsverhältnissen, in denen der Austausch sporadisch und durch verschiedene Formen der unmittelbaren Gewalt gesichert war, schafft sich die den Warenverkehr universell entwickelnde kapitalistische Gesellschaft eine Sicherung des Warenverkehrs, die das objektive Gesamtinteresse aller Warenbesitzer darstellt.¹⁰³⁾ Als die den Warentausch sichernde Gewalt tritt der Staat gegen diejenigen besonderen Interessen auf, die sich den Regeln des Äquivalententauschs widersetzen.

Die Rechtsform als Ausdruck der Universalität des Warentauschs verschleiert jedoch dessen wesentliches Verhältnis. Der Tausch zwischen Kapital und Arbeit unterscheidet sich formal in nichts von jedem anderen Tausch. Dadurch wird unkenntlich, daß der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft, diese von allen anderen Waren unterscheidet: er ist die lebendige Quelle aller Warenwerte.

Das Verhältnis des Austausches zwischen Kapitalist und Arbeiter wird also nur ein dem Zirkulationsprozeß angehöriger Schein, bloße Form, die dem Inhalt selbst fremd ist und ihn nur mystifiziert. Der beständige Kauf und Verkauf der Arbeitskraft ist die Form. Der Inhalt ist, daß der Kapitalist einen Teil der bereits vergegenständlichten fremden Arbeit, die er unaufhörlich ohne Äquivalent aneignet, stets wieder gegen größeres Quantum lebendiger fremder Arbeit umsetzt. (104)

Die Lohnarbeit verbirgt, daß nur der Form nach Äquivalente getauscht werden, sie spiegelt vor, daß der "Wert der Arbeit"

ersetzt wird.

Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie. (105)

Durch die Möglichkeit des Wechsels des Lohnherren, durch Schwankungen im Marktpreis der Arbeitskraft erhält sich der Arbeiter die Illusion, als Warenbesitzer wie jeder andere deren Gesetzen zu unterfallen. Der klassenmäßige Zwang zum Selbstverkauf, der sich aus dem Monopol an Produktionsmitteln in den Händen der Kapitalisten ergibt, verbirgt sich so hinter dem Schein der individuellen Freiheit und Gleichheit. Das Recht ist einerseits die allgemeine Darstellung des Warenaustauschverhältnisses, andererseits aber verbirgt es die Abpressung des Mehrwerts. Diese widersprüchliche Einheit, die richtig und falsch zugleich die Realität spiegelt, macht den ideologischen Charakter des Rechts aus. In den Versuchen, die Produktionsphäre selbst der rechtlichen Regelung zu unterwerfen (Betriebsverfassungsgesetz), den Inhalt des Tausches zwischen Kapital und Arbeit als einen Äquivalententausch darzustellen, in diesem Versuch ist der Höhepunkt der Mystifikation zu sehen, zu dem die Rechtsform imstande ist.

Warum ist das Kapital nicht zufrieden mit den Mystifikationen, die den Produktionsverhältnissen selbst entspringen? Warum unternimmt es seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts Versuche, diese Mystifikationen durch wissenschaftlich angeleitete Täuschung und Erpressung zu ergänzen? Wir haben oben dargestellt, wie der Widerstand der Arbeiterklasse, durch die Maßlosigkeit des Kapitals hervorgerufen, zur Verteidigung der Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft wird und wie dieser Widerstand in den Kampf gegen das Lohnsystem selbst übergeht. Der Stücklohn, eine Lohnform, die vollkommen den Schein hervorruft, daß durch den Lohn der "Wert der Arbeit" ersetzt wird, befördert gleichzeitig die Möglichkeit, den Warencharakter der Arbeitskraft zu durchschauen. Indem die Mehrleistung über den normalen Satz nicht proportionell vergütet wird, und weiterhin in allen Fällen, in denen diese Mehrleistung den Normalsatz regelmäßig

überschreitet, der Akkordsatz heraufgesetzt wird, wird offenbar, daß nicht die Arbeit den Lohn bestimmt, sondern das Quantum Lebensmittel, das notwendig ist, um die Arbeitskraft zu normaler Güte zu reproduzieren. Die Forderung nach einem "gerechten Lohn" beweist, daß sich die beginnende Einsicht der Arbeiterklasse in das Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse anfangs in Rechtsformen ausdrückte und in ihnen den Kampf gegen das Kapital aufnahm. Diese Tendenz, die im Reformismus der europäischen Arbeiterbewegung hervortrat, bedeutet den Verzicht auf die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht aber die Aufgabe permanenter Lohnkämpfe. Die Rechtsform ist der aufgehobene Interessengegensatz zwischen zwei Warenbesitzern - im Austausch zwischen Kapital und Arbeit jedoch steht Recht gegen Recht. So wird ein Kampf, der sich in rechtlichen Formen bewegt, zu einem unendlichen. Der Kleinkrieg gegen Symptome des Systems der Lohnarbeit bedurfte der Rechtsform zu seiner Legitimation.

Der Überbau des Rechts bedeutet keine sichere Institutionalisierung des Klassenkampfes. Hinter den Parteien dieses "Rechtsstreites" enthüllt sich nicht das gemeinsame Interesse der Warenbesitzer am Tausch, sondern der Widerspruch zwischen dem Räuber und dem Beraubten, der im Tausch zwischen Kapital und Arbeit eine vorübergehende historische Form fand. Der Arbeiter, sollte er noch mit den Vorstellungen der Freiheit und Gleichheit die Fabrik betreten haben, kommt ohne diese Illusionen aus ihr heraus.

Auf dem Markt trat er als Besitzer der Ware "Arbeitskraft" andren Warenbesitzern gegenüber, Warenbesitzer dem Warenbesitzer. Der Kontrakt, wodurch er dem Kapitalisten seine Arbeitskraft verkaufte, bewies sozusagen schwarz auf weiß, daß er frei über sich selbst verfügt. Nach geschlossenem Handel wird entdeckt, daß er "kein freier Agent" war, daß die Zeit, wofür es ihm freisteht, seine Arbeitskraft zu verkaufen, die Zeit ist, wofür er gezwungen ist, sie zu verkaufen, daß in der Tat sein Sauger nicht losläßt, "solange noch ein Muskel, eine Sehne, ein Tropfen Bluts auszubeuten". (106)

Diesem Arbeiter gelten die Sozialtechniken. Wenn das Kapital die permanenten Streiks, den Widerstand der Arbeiter nieder-

schlagen will, muß es mit seiner eigenen Ideologie brechen und an die Stelle des sich selbst noch im Recht aussprechenden Interessengegensatzes einen für Arbeiter und Kapital gemeinsamen Zweck setzen.

Die counselors der Hawthorne-Werke haben unzufriedenen Arbeitern nicht geraten, gegen die Betriebsleitung zu prozessieren. Zur Verschleierung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit verweisen sie nicht auf eine Form, in der die Versöhnung das Resultat sich widerstreitender Interessen ist. Sie sprechen auch keine Tröstungen aus, die sich in einem vermittelteren Sinne dem Markt verdanken. Vom religiösen Himmelreich, der moralischen Pflicht bis zum gesellschaftlichen Aufstieg des Tüchtigen sind alle Versprechungen verabschiedet, die auf ein Jenseits verweisen. Der counselor "gibt niemals einen Rat. Er hat die Funktion eines Katalysators."¹⁰⁷⁾ Der Produktionsprozeß selbst ist das Vernünftige, der counselor verspricht keine jenseitige Tröstung, die die bestehenden Widersprüche aufrechterhält, sondern praktische Veränderbarkeit. In den "therapeutischen" Interviews ist der gesellschaftliche Zusammenhang ein unmittelbarer Tatbestand, der nur in Erinnerung gerufen werden muß. Das Bild des gesellschaftlichen Zusammenhangs entspringt nicht mehr dem Warentausch, sondern dem praktischen Schein der direkt assoziierten Produzenten.

Hilde Weiß hat am Beispiel von Ford und Abbé bei Zeiss/Jena gezeigt, wie der Monopolprofit Bedingung der Entwicklung der ersten Sozialtechniken war. Die große Produktivitätssteigerung, die Ford durch die Einführung des Bands allen anderen Autoproduzenten voraushatte, ermöglichte die Bezahlung "hoher Löhne", jener unerhörten fünf Dollar, darüber hinaus die Einrichtung von Werkswohnungen, Spitzeldiensten, Krankenversorgung etc.¹⁰⁸⁾ Wenn Ford mit dem einzelnen Arbeiter einen Vertrag schloß und ihm so die Aufrechterhaltung seines Lohnes garantierte, erklärte er den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse um ihren Lohn für überflüssig. Doch schon der Tatbestand der hohen Fluktuation ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Politik der "hohen Löhne" nicht die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft zum Ziel hatte. Gerade der frühzeitige Ruin der Arbeitskraft war und ist

auch heute noch die Folge der Intensivierung der Arbeit, wie sie durch das Band möglich geworden war. Beispielhaft zeigt Fords Politik der "hohen Löhne" die Elemente jeder Sozialtechnik: an der Oberfläche die materielle Besserstellung gegenüber allen anderen Arbeitern, Garantierung der Bezahlung der Ware Arbeitskraft zu ihrem Wert durch das Kapital selbst - in Wirklichkeit jedoch Vereinzelung des Arbeiters, Bezahlung unter Wert.

Mit der Ausbreitung der bei Ford entwickelten produktiveren Arbeitsmethoden auf andere Kapitale derselben Branche machte sich jedoch der Fall der Profitrate geltend. Das Kapital mußte sich auf andere, billigere Methoden der Sozialtechniken werfen, die den Schein des durch das Kapital selbst garantierten Lohnes hervorbringen sollten. Unsere Darstellung der Hawthorne-Experimente, den participation-Techniken, war ein Hinweis auf diese "Geschichte" der Sozialtechniken. Getrieben durch die Notwendigkeit, Kosten zu sparen, finden sich immer neue Variationen der alten Muster.¹⁰⁹⁾ Auf dieser Grundlage können wir jetzt beantworten, warum ein gesellschaftliches Verhältnis als ein technisches erscheinen kann.

1. Das Ziel der Sozialtechniken: Das Wesentliche an z.B. einer betrieblichen Prämie ist nicht die "Bestechung" des Arbeiters, sondern ihre jederzeit mögliche Streichung. Je nach Geschäftslage werden Sozialleistungen, Erfolgsbeteiligungen etc. ausgeteilt oder nicht. Dem Kapital gelingt es so, Teile des Lohnes aus dem kollektiven Vertrag zwischen den Kapitalisten einer Branche und der Gewerkschaft auszugliedern und zum Gegenstand einer betrieblichen Vereinbarung zwischen dem Betriebsrat und dem einzelnen Kapitalisten zu machen. Ohne den kollektiven Widerstand der Arbeiterklasse fürchten zu müssen, ermöglicht die einzeln ausgehandelte Vereinbarung, den Anteil des variablen Kapitals den Verwertungsbedürfnissen des einzelnen Kapitals anzupassen. Regelung der Zufuhr und Bezahlung der Arbeitskraft nach den Bedürfnissen des einzelnen Kapitals ist das Ziel aller sozialpolitischen Maßnahmen. Nicht Bestechung oder Täuschung, sondern Erhöhung des Profits lautet die Parole. Es ist von grundlegender Bedeutung, dies treibende Prinzip in jeder sozialtechnischen Maßnahme zu erkennen; nur so wird verständlich, warum das Kapital in der Krise alle seine Illusionen preisgibt.

2. Das Mittel der Sozialtechniken: Die materielle Besserstellung ist das hervorstechende Merkmal jeder Sozialtechnik. Sie erscheint als das Mittel, das die Betäubung des Arbeiters über seine wirkliche Lage hervorbringen soll. Doch dies ist keine Analyse, die den Lohn auf der Basis des Wertgesetzes untersucht. Das Wesen der materiellen Besserstellung wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der tariflich ausgehandelte Lohn nicht mehr ausreicht, um den Wert der Ware Arbeitskraft zu ersetzen. Selbst nach den Zahlenangaben der Gewerkschaften, die sich auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes stützen, ist das Existenzminimum für einen vierköpfigen Arbeiterhaushalt 1971 ca. 1 089 DM. Der tariflich abgesicherte Nettolohn jedoch beträgt 715 DM.¹¹⁰⁾ Teile des Lohnes, ohne die eine Arbeiterfamilie garnicht leben kann, werden nicht mehr zum Gegenstand der Tarifikämpfe, sondern dem Ermessen der einzelnen Kapitalisten überantwortet. Vereinbarungen zwischen dem Betriebsrat und dem einzelnen Kapitalisten sind der Garant, daß der Lohn wenigstens annähernd ein Äquivalent der notwendigen Lebensmittel ist.

Auf dieser Differenz zwischen Tariflohn und Effektivlohn bauen sämtliche sozialtechnischen Maßnahmen im Betrieb auf. Krankenkassen, Pensionsfonds, Einstufung in "Härtefälle", Stipendien für die Kinder, medizinische Versorgung, Prämien, Erfolgsbeteiligungen, Haustarife, Vereine, Fortbildung etc. sind die Maßnahmen, mit denen sich der einzelne Kapitalist propagiert, als garantiere er die "Aufrechterhaltung der Arbeitskraft unserer Mitarbeiter"¹¹¹⁾. Um das bisher Dargestellte in eine Formel zu fassen: Sozialtechniken sind Reformen des einzelnen Kapitals. Sie sind deshalb notwendigerweise widersprüchliche Maßnahmen. Sie suchen den gewerkschaftlichen Kampf zu ersetzen und die Sicherung der Arbeitskraft zu übernehmen. Sie tun dies, indem sie diese Sicherung an die Verwertungsbedingungen des einzelnen Kapitals binden. Sie dienen damit der Senkung des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert.

In Kleinbetrieben oder bei Heimarbeit, wo weit unter Tarif bezahlt wird, ist bis auf den heutigen Tag noch kein "Sozialtechniker" aufgetreten. Die Vereinzelung, die hier durch die Form des Produktionsprozesses hervorgebracht wird, erlaubt dem Kapi-

tal die unverhüllte Form der Ausbeutung. Der Widerstand der Arbeiter der großen Industrie jedoch ruft die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Arbeits- und Zahlungsbedingungen der Arbeitskraft hervor.

Die Kritiker, die die Tätigkeit der Sozialtechniken als technische mißverstehen, gehen davon aus, daß die Arbeitskraft von alleine zu ihrem Wert bezahlt wird, die Sozialtechniken deshalb einen zusätzlichen Betrag an Geld oder bestimmter Lebensmittel als Köder auswerfen, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. In dem Abschnitt über die Funktion der Gewerkschaft haben wir dargelegt, daß dies eine falsche Auffassung von der Lage der Arbeiterklasse ist. Die Bezahlung der Arbeitskraft zu ihrem Wert muß sich die Arbeiterklasse durch ihren Zusammenschluß erzwingen. Die Wissenschaften wirken mit, wenn auf der Ebene des einzelnen Kapitals die übertarifliche Zahlung an die Verwertungsbedingungen des einzelnen Kapitals gebunden wird. Von der Errechnung der Lohn- und Gehaltsrelationen eines Werkes bis zu den verschiedenen sozialen Maßnahmen ist es ihre Aufgabe, die Entlohnung an den Schein der Bezahlung der "Arbeit", der "Leistung" zu binden. Der Tatbestand der Differenz zwischen Tarif- und Effektivlohn ist nicht ihr Erfolg, sondern Bedingung ihrer ganzen Tätigkeit.

Die Differenz zwischen Tarif- und Effektivlohn ist Ausdruck einer Niederlage der Arbeiterklasse. An der Vergrößerung dieser Differenz ist der Niedergang der Gewerkschaften ablesbar. Die Gewerkschaften haben den Kampf um den Wert der Arbeitskraft aufgegeben. Die historische Ursache für diesen Niedergang ist nicht im Verrat einiger Gewerkschaftsführer zu suchen, sondern in den Konsequenzen aus dem Fall der Profitrate, die sich für einen nur gewerkschaftlichen Standpunkt ergeben.¹¹²⁾ Diese Niederlage ist eine politische, d.h. eine Niederlage der gesamten Arbeiterklasse, die ihr von der Klasse der Bourgeoisie zugefügt wurde. Die Manipulationstheorien verharmlosen diesen Zusammenhang, setzen Aufklärung des einzelnen an die Stelle, wo der politische Kampf, der Kampf Klasse gegen Klasse notwendig ist. Im folgenden werden wir am Beispiel der bürgerlichen Massenpresse eine genauere Analyse einer Sozialtechnik geben.

III. BÜRGERLICHER JOURNALISMUS

1. Die Nachricht

a. Herausbildung des Nachrichtenverkehrs

Die Analyse der Nachricht bietet beträchtliche Schwierigkeiten. Ähnlich dem Wertbegriff erscheint die Nachricht als natürlicher Tatbestand des gesellschaftlichen Lebens. In einem Geschichtslehrbuch findet sich folgendes Bild der Kommunikationsformen der Urmenschen:

Am Feuer lagerte eine Horde. Hier konnten sich die Jäger endlich etwas wärmen und trocknen. (...) Männer und Frauen legten fest, wie die Beute aufgeteilt werden sollte (...). Die Angehörigen der Horde verständigten sich auch darüber, wie am nächsten Tag neue Nahrung beschafft werden sollte. Eine Nachricht setzte alle in große Erregung. Männer hatten in der Nähe des Sumpfgeländes große Tiere gesehen (...). (1)

Ebenso wie die Größe oder das Gewicht der Tiere ist hier die Nachricht ein natürlicher Tatbestand. Der Duden bestimmt die Nachricht kurz als "Mitteilung von Ereignissen oder Zuständen"²⁾ oder als "bestimmte, objektive Kenntnis, die man von einem Sachverhalt oder Ereignis erhält oder jemandem mitteilt (...)"³⁾. Der Große Brockhaus nennt die Nachricht einen "Sachbericht in Kurzform"⁴⁾.

Diesen Bestimmungen, wie sie aus dem Alltagsgebrauch entspringen, scheint die Definition zu widersprechen, die die publizistische Literatur zu geben versucht. Traub bezeichnet die Nachricht als die "punktuelle Unterbrechung des gegenwärtigen Geschehens"⁵⁾. Hagemann erklärt, es sei "alles Regelwidrige, Variable und Un-'gewöhnliche', auch wenn es sich im nicht-öffentlichen Bereich vollzieht, mindestens potentiell geeignet für die publizistische Aussage"⁶⁾. Koszyk und Pruys definieren: "Nachrichten sind durch die Massenmedien (oder Einzelpersonen) in die Gesellschaft (oder auf das Individuum) projizierte regelwidrig auftretende Tatsachen und Ereignisse, die Anspruch auf Interesse in der Öffentlichkeit (oder bei einer bestimmten Person) erheben dürfen."⁷⁾ Zur Nachricht wird nicht die Regierung, sondern der Regierungswechsel, nicht die Ausbeutung, sondern der Streik, nicht der Tarif, sondern die Tarifänderung. Gleiches gilt für

jene vorgeblich unpolitischen Zeitungsinhalte, die in den Generalanzeigern um so mehr Platz finden, als diese in den Konsum der Arbeiter eingehen: Nicht der Sport wird zur Nachricht, sondern der Rekord, nicht das Recht, sondern das Verbrechen, nicht der Verkehr, sondern der Unfall. "Die Nachricht über einen Diebstahl" findet keinen Widerspruch. "Die Nachricht über ein Eigentum" gilt als falsche Wortwahl. Was jene Definitionen als Regel, Geschehen oder Gewöhnliches umschreiben, ist die kapitalistische Gesellschaft selbst, und die Nachricht die Darstellung einer Störung dieser Regel. So tritt der Kapitalismus auf als eine von unendlichen, täglich sich erneuernden Störungen bedrohte Ordnung; so ewig die Ordnung selbst, so aktuell ist ihre Störung.

In den ersten Beispielen, die aus dem Alltagsgebrauch herkommen, war Nachricht synonym mit menschlicher Kommunikation gebraucht, lediglich nähere Bestimmungen unterscheiden sie von anderen Formen der Kommunikation. In den publizistischen Definitionen jedoch scheint die menschliche Kommunikation der Nachricht vorausgesetzt. Die Nachricht ist hier ein Bericht über eine Störung der normalen menschlichen Kommunikation. Dieser Widerspruch ist im folgenden zu erklären.

In einer bekannten Anekdote über Cecil Rhodes wird das Geheimnis seiner ersten Kapitalanhäufung folgendermaßen dargestellt: Cecil Rhodes war dabei, als Fischer in Australien einen Haifisch an Land zogen, ihn ausschlachteten und aus seinen Gedärmen eine Zeitung zogen. In der Zeitung befand sich die Nachricht, daß in Amerika der Bürgerkrieg ausgebrochen war. Schneller als durch die übliche Schiffspost war Rhodes so in den Besitz dieser Nachricht gelangt. Er zog daraus die Konsequenz, sich Geld zu beschaffen, die gesamte Wollernte Australiens aufzukaufen und sie wegen des zu erwartenden steigenden Bedarfs an Uniformstoff mit großem Extraprofit wieder loszuschlagen. In dieser Anekdote ist die Nachricht nicht mehr das natürliche Element der menschlichen Kommunikation, dennoch trifft die publizistische Definition keinesfalls auf sie zu. Das wesentliche an dieser Form der Kommunikation ist, daß die einzelnen verschiedenen Konsequenzen aus ihr ziehen: Cecil Rhodes andere

als die Fischer oder sonst irgend jemand, der in Besitz der Zeitung aus dem Haifischbauch gelangt wäre. Die Etymologie hilft in diesem Fall bei der Aufklärung des Sachverhalts. "Nachricht" stellt eine im 17. Jahrhundert vollzogene Kürzung von "Nachrichtung" dar. Die "Nachrichtung" war eine "Mitteilung zum Danachrichten"⁸⁾. Diese Bestimmung der Nachricht läßt erkennen, daß sie eine historisch besondere Form der menschlichen Kommunikation ist.

Der Nachrichtenverkehr weitete sich aus mit dem Warentausch, dessen Bedürfnissen er entsprungen war. Es waren lokale, bzw. staatliche Verwaltungsorgane und Kaufmannschaften, die regelmäßige Botenkurse einrichteten. Händler und Fürsten benötigten detaillierte Kenntnisse über die allgemeinen Bedingungen des Warentausches; das Wissen über die Ankunft einer Flotte war ebenso wichtig wie das über die Sicherheit der Handelswege. Jede Veränderung der politischen Verhältnisse eines Territoriums tangierte die staatlichen Tätigkeiten und konnte damit über Gewinn und Verlust der Geschäfte, über Sieg oder Niederlage in der Kriegsführung entscheiden. Die Zeitung blieb das 17. und 18. Jahrhundert hindurch ein Nachrichtenblatt. Wie zuvor die Stadtwirtschaft, so wurde unter dem Merkantilismus die Volkswirtschaft durch die Gewerbepolitik in den landesherrlichen Territorien gefördert. Der gezielten Förderung der Warenproduktion entsprach die Ausgestaltung des Nachrichtenverkehrs. Allmählich wurden die städtischen Botenlinien durch staatliche abgelöst; am Ende des 17. Jahrhunderts konnte der Staat den von Städten organisierten Nachrichtenverkehr unterbinden und zu seinem Monopol umgestalten. Eine andere staatliche Entwicklungsform wurde in den Intelligenzanzeigern⁹⁾ gefunden. Mit ihnen sicherte sich der Staatsapparat das Anzeigenmonopol zum Zwecke der Ausbreitung des Warentausches und ein allgemeines Organ zur Bekanntgabe der amtlichen Verfügungen. Das Abonnement der Intelligenzanzeiger war obligatorisch für Behörden und Angehörige der höheren Stände, in den Bierschenken und Kaffeehäusern mußten sie für jedermann ausliegen. Pläne zur Einführung von Intelligenzblättern waren von den Kameralisten gemacht worden. Als in Preußen die ersten Lehrstühle für Kameralistik eingeführt wurden, übernahm zur gleichen Zeit der Staat das Intel-

lizenzwesen. Es gibt Berichte über die Schwierigkeiten, den Intelligenzanzeiger auch unter den Bauern zu verbreiten. Teilweise wehrten sie sich erfolgreich gegen das Zwangsabonnement, trotz angedrohter Polizeieinsätze.¹⁰⁾ Diese Entwicklung verlief uneinheitlich. Vielfach widersetzten sich die einzelnen Kaufleute der Veröffentlichung von Handelsnachrichten. Wo keine allgemeinen Bedingungen der Konkurrenz herrschten, konnten sie mit der Unterdrückung von Nachrichten die Chance des Extraprofits verbinden. So waren es die lokalen und später staatlichen Verwaltungen, die gegen die Einzelinteressen der Warenbesitzer die allgemeine Zugänglichkeit zu den Nachrichten durchsetzten.

Das Raisonement bildete sich erst heraus, als das Bürgertum sich als Klasse zu konstituieren begann und seine Klasseninteressen gegen den absolutistischen Staat formulierte. Abgesondert von den Zeitungen findet es Ausdruck in den ohnehin weitaus geringerer Zensurbeschränkung unterworfenen Zeitschriften. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts, begleitet vom Bankrott vieler Zeitschriften, nimmt die Tagespresse das Raisonement neben den Nachrichten auf: In der Zeitung erscheint der Leitartikel. 1850 wird das Anzeigenmonopol des Staates beseitigt, und gerade aus vielen Intelligenzblättern entwickeln sich Generalanzeiger. In ihnen findet schließlich die von feudalen Fesseln befreite bürgerliche Presse ihre Gestalt. Zusammengefaßt erscheinen im Generalanzeiger Nachricht, Kommentar und Annonce, die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in getrennten Organen publiziert wurden.

b. Nachrichten als allgemeine Bedingung der Warenzirkulation

Das Kapital benötigt Kenntnisse über die allgemeinen und besonderen Bedingungen, unter denen die Waren zirkulieren. Gingen in der frühen Phase des Tauschs Raub und Handel in eins, so bedurfte der Tausch mit seiner fortschreitenden Durchsetzung als allgemeines Verhältnis notwendigerweise des Zustandes der Rechtssicherheit. Märkte, Messen und Handelsplätze wurden allmählich mit besonderen Privilegien ausgestattet, die diesen Zustand herstellen und aufrechterhalten sollten. Ein besonderes

Recht gewährte dem Kaufmann freies Geleit und sicherte die Verträge der Tauschenden. Die staatliche Gewalt garantierte die Warenzirkulation. Wie durch die Maßregeln des Staates ist die Ausweitung oder Beschränkung der Zirkulation bedingt durch den Stand der Naturbeherrschung (Katastrophen, Epidemien etc.), durch die Qualität und Sicherheit der Transport- und Kommunikationsmittel selbst (Schiffbrüche, Eisenbahnunfälle etc.), durch die Form des Klassenkampfes (Streiks etc.). Will das Kapital seine Waren losschlagen, so benötigt es die Kenntnisse dieser Bedingungen der Zirkulation. Es sind die Nachrichten, die ihm diese Kenntnisse vermitteln. Nachrichten gehören zu den allgemeinen Bedingungen der Warenzirkulation.

Das einzelne Kapital orientiert seine Geschäftigkeit an den Kenntnissen, die ihm die Nachrichten vermitteln. Es richtet sich nach ihnen. Ein Katalog der Associated Press instruiert die Korrespondenten der Agentur darüber, was einer Nachricht wert ist.¹¹⁾ Zunächst werden alle Veränderungen in den Verhältnissen des Staatsapparats und in den internationalen Beziehungen der Staaten zu Nachrichten. "Kabinettswechsel müssen mit kurzen Angaben der Ursachen gemeldet werden."¹²⁾ Ebenso: "Wichtige Ereignisse, die amerikanische Beamte, Behörden, sowie auswärtige Diplomaten betreffen, müssen gekabelt werden."¹³⁾ Weiter folgen: Feuerschäden, Bankrotte, Schiffbrüche, Unterschlagungen, Streiks, Stürme, Erdbeben, Eisenbahnunfälle, "Untersuchungsverfahren und Prozesse gegen Staatsbeamte und Amerikaner"¹⁴⁾, Epidemien "wenn möglich unter Angabe der ersten Fälle und deren getroffenen Vorsichtsmaßnahmen, um die Verbreitung zu verhüten"¹⁵⁾. All dies bildet jedoch nur Material für den Korrespondenten, sofern es eine besondere Bedingung erfüllt: "Stürme von außergewöhnlicher Stärke sollen gekabelt werden, sobald sie viele Menschenopfer oder Eigentumsverluste im Gefolge haben."¹⁶⁾ Stereotyp kehrt diese Bedingung wieder: "Erdbeben sollen kurz gemeldet werden, falls nicht große Opfer an Menschenleben oder Eigentumsverluste vorliegen. (...) Eisenbahnunfälle mit schweren Menschenverlusten und Materialschäden sollen gekabelt werden."¹⁷⁾ Dieser Katalog versammelt Bedingungen der Warenzirkulation nach dem Maß ihrer scheinbar sachlichen Eigenschaften. Quantitativ sucht der Katalog "wert-

volle" Nachrichten von "wertlosen" daran zu unterscheiden, ob Verluste "groß", "schwer", "viel" sind oder nicht. "Feuerschäden und Bankrotte dürfen nur von einer Million Dollar ab gekabelt werden."¹⁸⁾ In solchen Angaben kommt deutlich zum Vorschein, was hinter dem "Nachrichtenwert" steckt, den die publizistische Literatur immer wieder zu bestimmen suchte.¹⁹⁾ Die sachlichen Eigenschaften der Ereignisse, die zu Nachrichten werden sollen, sind vermittelt durch die Interessen der Warenbesitzer, deren Geschäfte durch diese Ereignisse beeinflusst werden können. Der "Wert" einer Nachricht mißt sich an der Zahl der Kapitale, die sie betrifft. Die sachlichen Eigenschaften der Ereignisse gelten als deren Maß.

Schon frühzeitig, zuerst in der Gestalt der *scrittori d'avvisi* Venedigs, erwerbsmäßiger Nachrichtenhändler, wurde die Nachrichtenbeschaffung zu einem besonderen Erwerbszweig. Die Fuggerzeitungen der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts sind ein Beispiel dafür, welch ausgedehntes Korrespondentennetz ein Handelshaus organisieren mußte, um über umfassende Kenntnisse zu verfügen und seine Händel nach ihnen vorzunehmen. Wenn der Nachrichtenhändler die Aufgabe ausführt, Kenntnisse über die allgemeinen Bedingungen der Warenzirkulation zu beschaffen, übernimmt er damit im Prozeß der fortschreitenden Arbeitsteilung einen Teil der Funktionen des Kaufmanns, später des Kapitalisten. Die Nachrichtenbeschaffung kostet das Kapital "Zeit und Arbeitskraft, aber nicht um Wert zu schaffen, sondern um die Umsetzung des Werts aus einer Form in die andere hervorzubringen (...)"²⁰⁾. Die einzelnen Kapitalisten suchen deshalb diese Zeit abzukürzen; die Anstrengung vieler Kapitalisten, sich alle in dieselbe Kenntnis zu setzen, trennt sich ab zum besonderen Geschäft weniger Zirkulationsagenten. Der Charakter dieser Funktion ändert sich dadurch nicht. Sie stellt die Verausgabung unproduktiver, aber notwendiger Arbeit dar, unproduktiv, da sie den umzusetzenden Werten nichts hinzusetzt, notwendig, da sie die Umsetzung ermöglicht und beschleunigt.

Ein Mißverständnis ist hierbei abzuwehren. Marx verwendet häufig "Transportmittel" synonym mit "Kommunikationsmittel".²¹⁾ Die Arbeit in der Transport- und Kommunikationsindustrie setzt

nach der Marxschen Bestimmung der Ware Wert zu. Denn der Gebrauchswert der Waren verwirklicht sich nur in ihrer Konsumtion und hierzu kann Ortsveränderung notwendig sein.²²⁾ Die Arbeit, die hierbei aufgewendet wird, ist produktive Arbeit, auch wenn sie sich nicht in einem gegenständlichen Produkt verwirklicht. Die Ware, die die Transportindustrie erzeugt, ist die Ortsveränderung selbst. Der die Augen blendende Schein, daß es sich um unproduktive Arbeit handeln könne, rührt daher, daß es Arbeit ist, die innerhalb des Zirkulationsprozesses fort dauert. Die Transportarbeit kann deshalb auch unter Umständen mit dem Warenhandlungskapital praktisch verbunden sein.²³⁾

Aufgrund dieser Bestimmungen sind dem Augenschein identische Arbeiten auseinanderzuhalten. Der Telegraph in seiner Verwendung bei der Eisenbahn, der Funkverkehr zwischen Schiffen etc. sind zu unterscheiden von der telegraphischen oder drahtlosen Übermittlung von Nachrichten etwa der Nachrichtenagenturen. Das eine ist stoffliche Bedingung des Transports von Waren, das andere ist Bedingung der Verwandlung der Ware in Geld.

Wenn der einzelne Warenbesitzer sich nach der Nachricht richtet, wenn er für den Austausch produziert, was und in welcher Weise nach Maßgabe seiner hierdurch vermittelten Kenntnisse loszuschlagen ist, dann treibt ihn dazu nicht die Einsicht in den gesellschaftlichen Zusammenhang, wieviel und welche Gebrauchswerte notwendig sind. Was er aus der Nachricht zu entziffern hofft, ist seine individuelle, gegen die Konkurrenz gesetzte Chance, Tauschbedingungen ausfindig zu machen, unter denen er seine Waren mit Extraprofit losschlagen kann. Die Nachricht ist nicht Ausdruck einer Kommunikationsform der Menschen, in der sie sich bewußt assoziieren. Sie ist vielmehr Ausdruck einer Gesellschaftsform, in der sich der gesellschaftliche Charakter der Individualarbeiten erst im Austausch herausstellt.

Da kein bewußtes Gesamtinteresse aller Warenbesitzer besteht, sich dieses vielmehr hinter dem Rücken und gegen die Interessen der einzelnen durchsetzt, kann die Zeitung weder auf den einzelnen zugeschnitten sein, noch kann sie davon ausgehen, was für die Gesamtheit wichtig ist oder nicht. Die Zeitung muß immer

potentiell alle Warenbesitzer treffen. In keinem besonderen Fall kann sie entscheiden, ob bestimmte Tatbestände einzelne Warenbesitzer betreffen oder nicht. Tendenziell ist alles wichtig. Die publizistische Literatur hat dies unter den Begriffen Öffentlichkeit und Universalität zu den entscheidenden Merkmalen der Zeitung erklärt. Sie gibt damit gerade dem Schein der bürgerlichen Presse nach und erklärt ihn zu ihrem Prinzip. An dieser Stelle löst sich auch der Begriff der Objektivität der Nachricht auf. Die Nachrichten müssen wie die Zeitung, die sie versammelt, potentiell alle Kapitale treffen. Das heißt, die Nachricht kann nicht aus sich selbst heraus Partei für ein bestimmtes Kapital ergreifen. Gerade darin besteht die Objektivität, daß aus ein und derselben Nachricht die einzelnen Kapitale durchaus gegensätzliche Schlüsse ziehen können. Die Nachricht ergreift Partei für alle Einzelkapitale. Die durch die Warenzirkulation bestimmte Funktion der Nachricht hebt die Vorstellung von der Macht der Presse auf. Macht hat sie in dem Maße, in dem das Kapital ihrer als einer Bedingung für die Zirkulation der Waren bedarf. Dem Kapitalverhältnis selber entspringt diese Macht, die als Eigenschaft der Presse erscheint. Unter dieser Voraussetzung muß der Begriff der öffentlichen Meinung erneut überprüft werden, der für die Presse, insofern sie sich als Medium öffentlicher Meinung versteht, von zentraler Bedeutung ist. Zu diesem Zweck stellen wir zunächst die Kritik der bürgerlichen Öffentlichkeit dar, wie sie Marx formuliert hat und untersuchen dann am Beispiel des Kampfes um den Normalarbeitstag, welche Funktion die öffentliche Meinung unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion übernimmt.

2. Öffentliche Meinung

a. Marx' Kritik der Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit

Die Konsolidierung der deutschen Bourgeoisie zur politischen Bewegung um 1840 ließ ein gesellschaftliches Verhältnis mächtig werden, das der Kapitalistenklasse "nicht länger gestattete, den Druck eines halbfeudalen, halbbürokratischen monarchischen Regimes apathisch und passiv hinzunehmen"²⁴⁾. Der "Volkswille" und die "öffentliche Meinung" waren die zentralen Begriffe, auf

die der Liberalismus in seinen Forderungen sich berief. In diesen Begriffen verstanden sich Kapitalbesitzer und Industrielle als Repräsentanten aller gegen den Feudalismus gesetzten Klassen. Das Verhältnis des Proletariats zu der um politische und ökonomische Macht kämpfenden Bourgeoisie beschreibt Engels:

Sonderlich klare Vorstellungen über ihre Ziele durfte man von den Arbeitern nicht erwarten; sie wußten nur, daß das Programm der konstitutionellen Bourgeoisie nicht alles enthielt, was sie brauchten, und daß ihre Bedürfnisse in dem konstitutionellen Ideenkreis überhaupt nicht enthalten waren. (25)

Fouriers und Saint-Simons Theorien teilten sich mühsam gerade einem Teil der deutschen Arbeiter auf ihrer Wanderschaft durch Frankreich und die Schweiz mit. Die Furcht vor der Macht des Proletariats vermittelte der liberalen Bourgeoisie, längst bevor es in organisierter Gestalt auftrat, die Gewißheit von der Brüchigkeit des Bündnisses, das sie mit dem Proletariat einging. Freilich beschwor die Bourgeoisie vor den Arbeitern die Einheit ihrer Interessen. Sie

war auf jede erdenkliche Weise bemüht, sich die Unterstützung der Arbeiterklasse in den Städten und der Bauernschaft auf dem Lande zu verschaffen, und bekanntlich gab es gegen Ende des Jahres 1847 kaum einen einzigen namhaften Politiker in der Bourgeoisie, der sich nicht als "Sozialist" ausgab, um sich die Sympathien des Proletariats zu sichern. (26)

Bald darauf, unmittelbar nach dem 18. März, sollte dem rheinischen Großbürger Camphausen von seinem Bruder aus Berlin gemeldet werden: "Die Bewaffnung der Bürger wird mit Eifer und in großer Ausdehnung betrieben, gebe Gott, daß sie vollendet sei, bevor die Masse das Gelüste ergreift, sich ebenfalls Waffen anzubitten." (27)

Die bürgerliche Klasse artikuliert sich im Raisonement. Der Kampf der feudalen Herrschaft um den weiteren Bestand ihrer Ordnung schaffte ein Verhältnis, in dem

die politische Information das fast ausschließliche Monopol solcher Gesellschaftsklassen war, die es sich leisten konnten, ihre Einschmuggelung in das Land zu bezahlen, ganz besonders aber jener, deren Interessen durch die bestehenden Verhältnisse am schwersten betroffen wurden, nämlich der industriellen und kommerziellen Klassen. (28)

Noch die schärfste Zensur, mit der der Feudalismus jede Opposition niederzuschlagen suchte, erfüllte eine doppelte Funktion. Sie hielt die Massen von jeder politischen Information fern und schaffte zugleich dem Bürgertum das Privileg, sich politisch zu informieren. Die Zensur trug gerade dadurch, daß sie am ehesten vom Bürgertum umgangen werden konnte, zur Konsolidierung dessen hervorragender Stellung vor den anderen Klassen bei. So bereitete der untergehende Feudalismus in seinem Kampf gegen das neue Gesellschaftssystem den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie mit vor.

Die Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit ist von Marx als Illusion des Bürgertums über sich selbst enthüllt worden. Die Kritik der Politischen Ökonomie hat sich die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft zum Gegenstand gemacht und deren Ideen auf die historischen und klassenspezifischen Voraussetzungen zurückgeführt. Als Ort, "woraus der Freihändler vulgare Anschauungen, Begriffe und Maßstab für sein Urteil über die Gesellschaft des Kapitals und der Lohnarbeit entlehnt"²⁹⁾, findet sie den Warentausch. Darin, daß das Bewußtsein des Bürgers über die Gesellschaft der Zirkulationssphäre entspringt, gibt es sich als falsch zu erkennen. Denn nur dem Schein nach herrscht in ihr das Menschenrecht der Freiheit. Am Prinzip der allgemeinen Zugänglichkeit zu allen öffentlichen Angelegenheiten muß das Publikum bestimmt sein, wenn es eine öffentliche Meinung schaffen soll. Potentiell jedes Individuum muß dem Publikum angehören. Deshalb ist das Menschenrecht der Freiheit die Voraussetzung für das Publikum. Nur insofern die Menschen dieses Recht verwirklichen, vermögen sie ein Publikum zu bilden.

Aber das Menschenrecht der Freiheit basiert nicht auf der Verbindung des Menschen mit dem Menschen, sondern vielmehr auf der Absonderung des Menschen von dem Menschen. Es ist das Recht dieser Absonderung, das Recht des beschränkten, auf sich beschränkten Individuums. Die praktische Nutzenanwendung des Menschenrechts der Freiheit ist das Menschenrecht des Privateigentums. (30)

Marx führt zur Beantwortung der Frage, worin dieses Recht bestehe, den 16. Artikel der französischen Verfassung von 1793 an: "Das Eigentumsrecht ist das Recht jedes Bürgers, willkürlich seine Güter, seine Einkünfte, die Früchte seiner Arbeit und sei-

nes Fleißes zu genießen und darüber zu disponieren."³¹⁾ Diese durchs Privateigentum erworbene Freiheit "läßt jeden Menschen im andern Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden"³²⁾. Es sind die Privateigentümer und nicht die Menschen, die sich zum Publikum versammeln, und die Illusion, welche die Privateigentümer mit den Menschen gleichsetzt, ist wieder der Zirkulationssphäre entnommen. Die Unterscheidung des Eigentums der Produktionsmittel von dem der Arbeitskraft, welche der Klasse der Kapitalisten die Klasse der Lohnarbeiter entgegensetzt, scheint ungültig in der Sphäre der Zirkulation, wo sie als Käufer und Verkäufer von Waren sich gegenüber treten. Doch gerade dieser Schein der Gleichberechtigung der Interessen beider verbirgt die Antinomie zweier gleichermaßen aus dem Warentausch abgeleiteten Rechte, so des Kapitalisten auf Verlängerung und des Arbeiters auf Beschränkung des Arbeitstages. Diese Antinomie bestimmt das Verhältnis der Klassen zueinander: "Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt."³³⁾ Unter solcher Bedingung kann die öffentliche Meinung nicht die vom Bürger ersehnte Identität des von den Privatleuten ermittelten Konsensus mit einem allgemeinen Interesse hervorbringen. Eine "abstrakte Phrase" nennt Marx die Vorstellung bürgerlicher Ökonomen, die Verfolgung aller Privatinteressen diene einem allgemeinen Interesse.³⁴⁾ Vielmehr ist, wie "das Privatinteresse selbst schon ein gesellschaftlich bestimmtes Interesse"³⁵⁾, so der Konsensus, den die öffentliche Meinung erzielt, ein gesellschaftlich bestimmter. Er artikuliert die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft. Das Vernünftige und Allgemeine, die Qualität des Gesetzes, das der Konsensus der öffentlichen Meinung hervorbringt, ist das der bürgerlichen Vernunft entsprungene, für alle Klassen dieser Gesellschaft verbindliche bürgerliche Recht.

Liberalen und sozialdemokratischen Theorien, indem sie vom antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit absehen und an seine Stelle einen bloß zur Zeit noch herrschenden zwischen Armen und Reichen setzen, entdecken als Eigentümlichkeit der Gesellschaft einen Konflikt gegeneinander konkurrierender Bedürfnisse um die Verteilung der von der Gesellschaft bereitgestellten, aber knappen Mittel zur Bedürfnisbefriedigung. Die-

ser Konflikt geht kontinuierlich zurück mit dem Schwinden der Knappheit und löst sich in dem Augenblick, da diese Knappheit dem Reichtum Platz macht. Dem Spätkapitalismus, in solchen Theorien als "Industriegesellschaft" etikettiert, wird die Fähigkeit zugesprochen, solch einen Zustand im weiteren Wachstum des Sozialprodukts erreichen zu können:

Die industriell fortgeschrittenen Gesellschaften haben auf einem hohen und immer weiter erhöhten Stand der Produktivkräfte eine Expansion des gesellschaftlichen Reichtums erreicht, angesichts derer die Erwägung nicht unrealistisch ist: daß ein fortbestehender, wenn nicht gar vervielfältigter Pluralismus der Interessen die antagonistische Schärfe konkurrierender Bedürfnisse im Maße der absehbaren Möglichkeit ihrer Befriedigung verlieren kann. (36)

Aus dieser Möglichkeit wird ein allgemeines Interesse abgeleitet: "Das allgemeine Interesse besteht demnach darin, die Bedingungen einer 'Gesellschaft im Überfluß' beschleunigt herbeizuführen, die einen von knappen Mitteln diktierten Ausgleich der Interessen als solchen erübrigt."³⁷⁾ Darin soll die öffentliche Meinung ihre zentrale Funktion erhalten. Der Konsensus, den sie erzielt, ihr "objektives, nach allgemeinen und verbindlichen Kriterien mögliches Zusammenstimmen konkurrierender Interessen"³⁸⁾ findet das allgemeine Interesse, und dieses bildet die Voraussetzung für die "Neutralisierung sozialer Macht und Rationalisierung politischer Herrschaft im Medium der öffentlichen Diskussion (...)"³⁹⁾. So sehr solche Theorien sich voneinander unterscheiden, haben sie eine Vorstellung gemeinsam: die des Staates als der Gesellschaft selbständig gegenüberstehende, ihren Widersprüchen daher nicht unterworfenen Instanz, welche auf Grund dieser Selbständigkeit regulierend in die gesellschaftlichen Prozesse einzugreifen und deren Widersprüche wenn nicht zu harmonisieren, dann doch zu mildern vermag, indem sie die Verteilung der knappen Mittel nach solchen "allgemeinen und verbindlichen Kriterien" übernimmt.

b. Funktion der bürgerlichen Öffentlichkeit im Kampf um den Normalarbeitstag

Gerade die von der deutschen Sozialdemokratie stets als Beweis für die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus auf dem parlamentarischen Weg zitierte Geschichte der englischen Fabrikgesetze enthüllt die Illusion über den Staat als Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung und die Funktion der öffentlichen Meinung in dieser Veränderung. Die Fabrikinspektoren waren unabhängig vom einzelnen Kapitalisten, "öffentliche Beamte"⁴⁰⁾, die Enthüllungen ihrer Berichte, der Untersuchungskommissionen, "Blaubücher" und "reports" bildeten den Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Gelang es den Kapitalisten nicht, den Arbeitern durch Nötigung und Erpressung Petitionen gegen die Fabrikgesetze abzuwingen, "schrien sie selbst nur um so lauter in Presse und Parlament im Namen der Arbeiter"⁴¹⁾. Ihr Geschrei war vergeblich.

Die Untersuchungskommission von 1840 hatte so schauderhafte und empörende Enthüllungen gemacht, und einen solchen Skandal vor ganz Europa hervorgerufen, daß das Parlament sein Gewissen salvieren mußte durch den Mining Act von 1842, worin es sich darauf beschränkte, die Arbeit unter Tag von Weibern und von Kindern unter 10 Jahren zu verbieten. (42)

Welche Funktion hat unter den Bedingungen der modernen Industrie die öffentliche Meinung, die in dieser Formulierung mächtig genug erscheint, das Parlament zu Maßnahmen gegen die Profitwut der Kapitalisten veranlassen zu können?

Die Geschichte des Kampfes um den Normalarbeitstag illustriert, wie das einzelne Kapital aus sich selbst heraus unfähig ist, seinem Heißhunger nach Mehrarbeit Schranken zu setzen. Es "überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags"⁴³⁾. Der Kapitalist droht daher, indem sein blinder Trieb vor der Ausrottung der Arbeitskraft nicht halt macht, die Bedingungen seiner eigenen Existenz selbst zu vernichten. Die Organisation der Arbeiter, die im Kampf um den Normalarbeitstag die Erhaltung der Arbeitskraft durchsetzt, sichert damit zunächst auch zugleich dem Kapital die Verwertung der Arbeitskraft. Dem Heiß-

hunger des Kapitalisten bleiben die einzelnen Arbeiter ohnmächtig ausgeliefert. Ihr Zusammenschluß, der sie vor der physischen Vernichtung, der Ausrottung ihrer Klasse bewahrt, indem er die Maßlosigkeit des Kapitals im Klassenkampf gewaltsam begrenzt, ist das historische Resultat der Entfaltung des Widerspruchs von Kapital und Arbeit. "Die Schöpfung eines Normalarbeitstags ist daher das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse."⁴⁴⁾ Die Fabrikgesetzgebung verdankt sich nicht der Einsicht des Staates in die Notwendigkeit, um der Aufrechterhaltung der Gesellschaft willen den Arbeitstag zu begrenzen, sondern bildet das Resultat des Klassenkampfes, das der Staat in die Form des für den Einzelkapitalisten verbindlichen Gesetzes kleidet. Und so vielfältig die Formen der Entwicklung der modernen Industrie und des Klassenkampfes, der Teilerfolge und Teilniederlagen des Proletariats, so vielfältig sind die Formen der Fabrikgesetze, der Zwänge gegen den Kapitalisten, sich ihnen zu unterwerfen und seine Chancen, sie zu umgehen. "Die Festsetzung eines normalen Arbeitstags ist das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter."⁴⁵⁾ Erst unter der Voraussetzung des Klassenkampfes wird die Funktion des Staates verständlich. Die

minutiösen Bestimmungen, welche die Periode, Grenzen, Pausen der Arbeit so militärisch uniform nach dem Glockenschlag regeln, waren keineswegs Produkte parlamentarischer Hirnweberei. Sie entwickelten sich allmählich aus den Verhältnissen heraus, als Naturgesetze der modernen Produktionsweise. Ihre Formulierung, offizielle Anerkennung und staatliche Proklamation waren Ergebnis langwieriger Klassenkämpfe. (46)

Die Aufgabe des Staates, die gesellschaftlichen Resultate des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital entsprechend seiner historischen Form juristisch zu fixieren, illustriert die Proklamation des Kinderrechts. Zunächst erschien die Fabrikgesetzgebung nur als "Einmischung in die Exploitationsrechte des Kapitals"⁴⁷⁾. Tatsächlich löste die moderne Industrie die in der Hausarbeit gegebene ökonomische Bedingung der Familienarbeit auf und setzte neue Familienverhältnisse. Die aus den Verhältnissen der Hausarbeit überkommene unanfechtbare elterliche Gewalt trieb jetzt die Kinder in die Fabriken. Der Schlußbericht

der Children's Employment Commission klagt darüber, "daß die Eltern über ihre jungen und zarten Sprößlinge eine willkürliche und heillose Gewalt ohne Zügel oder Kontrolle ausüben"⁴⁸⁾. Die Kommission fordert: "Eltern dürfen nicht die absolute Macht besitzen, ihre Kinder zu reinen Maschinen zu machen, um so und so viel wöchentlichen Lohn herauszuschlagen."⁴⁹⁾ Was in diesem Bericht als Auswuchs elterlicher Gewalt erscheint, ist ein Ergebnis der modernen Industrie. Unter den Bedingungen der Hausarbeit stellte jeder Eingriff in die patria potestas einen Schritt dar, "wovor das zartfühlende englische Parlament lang zurückzubecken affektierte"⁵⁰⁾. Unter den Bedingungen der modernen Industrie wurde dieser Eingriff historisch notwendig. "Das Recht der Kinder mußte proklamiert werden."⁵¹⁾

Erst die neue Produktionsweise ermöglichte die maßlose Verlängerung des Arbeitstages. Solange die moderne Industrie gegenüber den durch sie überwundenen Produktionsweisen der Hausarbeit, des Handwerks und der Manufaktur eine Ausnahme bildete, blieben die Fabrikgesetze auch Ausnahmegesetze. Mit ihnen wurde in England zuerst in Webereien und Spinnereien der Arbeitstag begrenzt. Damit aber greift die Fabrikgesetzgebung nicht nur in die Exploitationsrechte der Industriekapitalisten ein, sondern befördert den Prozeß der Verallgemeinerung der neuen Produktionsweise.

Es sind zwei Umstände, welche zuletzt den Ausschlag geben, erstens die stets neu wiederholte Erfahrung, daß das Kapital, sobald es der Staatskontrolle nur auf einzelnen Punkten der gesellschaftlichen Peripherie anheimfällt, sich um so maßloser auf anderen Punkten entschädigt, zweitens der Schrei der Kapitalisten selbst nach Gleichheit der Konkurrenzbedingungen, d.h. gleichen Schranken der Arbeitsexploitation. (52)

Diese Gleichheitsforderung findet die Zustimmung der Kommission. Sie nennt es ein

Unrecht gegen die größeren Arbeitsanwender, ihre Fabriken der Regulation zu unterwerfen, während in ihrem eignen Geschäftszweig der Kleinbetrieb keiner gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit unterliegt. Zur Ungerechtigkeit ungleicher Konkurrenzbedingungen in bezug auf die Arbeitsstunden bei Ausnahme kleinerer Werkstätten käme noch der andre Nachteil für die größeren Fabrikanten hinzu, daß ihre Zufuhr von jugendlicher

und weiblicher Arbeit abgelenkt würde nach den vom Gesetz verschonten Werkstätten. Endlich gäbe dies Anstoß zur Vermehrung der kleineren Werkstätten, die fast ausnahmslos die mindest günstigen für Gesundheit, Komfort, Erziehung und allgemeine Verbesserung des Volks sind. (53)

Die Forderung der großen Industrie nach Gleichheit der Ausbeutungsbedingungen erscheint im Bericht der Kommission als Forderung der Moral nach "besseren" Lebensverhältnissen. Die Moral, der sich gemäß der Vorstellungen der Kommissäre die Fabrikarbeit zu unterwerfen hat, ist durch diese Produktionsweise selbst erst hervorgebracht. Die Forderung, sie allgemein durchzusetzen, unterstützt den Prozeß der Verallgemeinerung der Fabrikarbeit, indem sie sich gegen untergehende Produktionsweisen wendet. Die Fabrikgesetzgebung verallgemeinert und beschleunigt "die Verwandlung zerstreuter Arbeitsprozesse des Kapitals auf Zwergmaßstab in kombinierte Arbeitsprozesse auf großer, gesellschaftlicher Stufenleiter, also die Konzentration des Kapitals und die Alleinherrschaft des Fabrikregimes."⁵⁴⁾

Da das Kapital nur als einzelnes im Widerspruch zu den anderen existiert, ist es nicht fähig, seine Maßlosigkeit aus sich selbst heraus zu beschränken. "Was könnte die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr durch Zwangsgesetze von Staats wegen die einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen aufzuherrschen?"⁵⁵⁾ Im Staat sieht der Kapitalist sich einer Instanz gegenüber, die ihn zwangsweise in Gestalt der Gesetze den Resultaten der Klassenkämpfe unterwirft. Im Prozeß dieser Unterwerfung erhält die öffentliche Meinung ihre Funktion. Die Unabhängigkeit der Ideologen, der Journalisten, Politiker, Fabrikinspektoren, Wissenschaftler etc. vom einzelnen Kapital läßt sie unter den Bedingungen der modernen Industrie ein Bewußtsein von der Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen entwickeln, welche sich gegen die direkten Interessen einzelner Kapitalisten oder Kapitalfraktionen zu richten vermögen. Ihre enthüllenden Gutachten, Stellungnahmen, Untersuchungsberichte etc. bilden das Material, mit dem sie den Konsensus in Gestalt jener "minutiösen Bestimmungen" ermitteln, in denen der Staat die Resultate der Klassenkämpfe formuliert, anerkennt und proklamiert. Die Existenz der öffent-

lichen Meinung setzt daher die Existenz des Widerspruchs von Kapital und Arbeit voraus. Vom jeweiligen Stand der Klassenkämpfe hängt ab, ob und inwieweit jene Enthüllungen zu gesetzlichen Konsequenzen führen. Zahllose Berichte der Fabrikinspektoren verstauben für Jahrzehnte in Archiven. Wie jedoch die besondere Existenz des Staates "neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft"⁵⁶⁾ ihn zu einer selbständigen, von den Klassenverhältnissen unabhängigen Instanz mystifiziert, so mystifiziert die Unabhängigkeit der Ideologen vom einzelnen Kapital sie zu Ermittlern einer Vernunft, die klassenneutral zur Gesellschaft sich verhält, und in der die Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen, dem Arbeiter ebenso wie dem Kapitalisten und wie dem Ideologen selbst als äußerliche, der Gesellschaft aufgezwungene Gesetze erscheinen.⁵⁷⁾

3. Die organisatorische Gestalt der Presse

a. Zur Ideologie der Trennung von "Geschäft" und "Gesinnung" (Habermas)

Die Literatur über die organisatorischen Formen, in denen sich die Trennung von Verlag und Redaktion und die Herausbildung des Journalismus vollziehen, ist knapp und widersprüchlich. Habermas findet die Entwicklung des Rasonnements, "sobald sich die Nachrichten- zur Gesinnungspresse entfaltete und der Avisenschreiberei im schriftstellernden Journalismus eine Konkurrenz entstand"⁵⁸⁾. In den Zeitschriften des 18. Jahrhunderts nehme dieser "Journalismus schriftstellernder Privatleute"⁵⁹⁾ organisatorische Gestalt an: Der Gelehrte und der Schriftsteller treten als Zeitschriftengründer auf. Habermas übernimmt für seine Darstellungen die Ausführungen eines anderen bürgerlichen Wissenschaftlers. Bei Baumert heißt es:

Die Zeitschrift, deren einzelne Nummern für den Verleger nichts weiter als eine fortlaufende Reihe einzelner Verlagsobjekte bildeten, blieb als solche Eigentum des herausgebenden Schriftstellers, von dessen Entschluß ihre Fortführung abhing, der nach eigenem Ermessen die Beschaffung des literarischen Materials besorgte, die Mitarbeiter honorierte und zum mehr oder weniger großen Teil auch Träger des geschäftlichen Risikos war. (60)

Habermas wiederholt:

Diese (die Gelehrten und Schriftsteller, d.V.) trugen zunächst das wirtschaftliche Risiko allein; sie beschafften nach eigenem Ermessen das Material, honorierten ihre Mitarbeiter und waren Eigentümer der Zeitschriften, deren Nummern für die Verleger eine fortlaufende Reihe einzelner Objekte darstellten. (61)

Zum allgemeinen Prozeß ist in diesen Beschreibungen stilisiert, was offenbar peripheren Charakter hatte. Kirchner teilt mit, daß "der Gedanke des Selbstverlages von den meisten, die sich anfangs für ihn begeistert hatten, wieder aufgegeben wurde" (62). Die Abonnentenzahl des TEUTSCHEN MERKUR, auf dessen Geschichte sich Baumert im wesentlichen beruft, und dessen erste Jahrgänge von Wieland im Selbstverlag herausgegeben wurden, schrumpfte von 2 000 im Jahre 1774 auf 800 im Jahre 1798. (63) Kirchner meint sogar, daß auch in den Anfängen des Zeitschriftenwesens "das vertragliche Verhältnis zwischen dem Buchhändler als Unternehmer und dem Autor als Arbeitnehmer" gegolten habe. "Jedenfalls darf diese Art des geschäftlichen Aufbaues einer Zeitschrift als Norm angesehen werden." (64) Habermas dagegen schreibt: "Die Beziehung zwischen Verleger und Redakteur ging damals, um die Wende zum 19. Jahrhundert, nicht in einem Angestelltenverhältnis auf, vielfach blieb dieser am Gewinn beteiligt." (65) Eine Einheitlichkeit und Mächtigkeit in der Herausbildung des Rasonnements existierte nicht. Die große Zahl der Zeitschriften - allein in der Zeit von 1766 bis 1790 wurden 2 191 gegründet (66) - verliert die Faszination angesichts ihrer sehr häufig nur kurzen Lebensdauer. Von 167 Zeitschriften, die bis 1716 herausgegeben wurden, erschienen nur neun länger als fünf Jahre, 61 von ihnen wurden bereits im ersten Erscheinungsjahr wieder eingestellt. (67) Die stets zitierten hohen Auflagen der moralischen Wochenschrift DER PATRIOT von 5 000 und des STAATSANZEIGER Schloßers von 4 000 Exemplaren (68) stellen Ausnahmen dar. Kirchner macht Angaben über die Auflagen von 33 Zeitschriften aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (69), aus denen hervorgeht, daß über zwei Drittel dieser Zeitschriften in einer Auflage bis 1 000 Exemplaren gedruckt wurden. Zu dieser Zeit erschien die SPENERSCHE ZEITUNG in 1 780 Exemplaren (70), die VOSSISCHE ZEITUNG in 2 000, die ERLANGER REAL-ZEITUNG in 4 000 bis 5 000, der HAMBURGISCHE UNPARTHEIISCHE

CORRESPONDENT sogar in 25 000 Exemplaren.⁷¹⁾ Doch auch diese Auflageziffern müssen als Ausnahmen gelten, wenn sie nicht einfach falsche Angaben darstellen.

Dem Gelehrten nachzutrauern, der seine Zeitschrift selbst herausgab und unbefleckt von aller Profitwut die Idee des Bürgertums zu publizieren schien, entspricht das Wohlgefallen über die Lösung des Widerspruchs zwischen "Geschäft" und "Gesinnung" durch den Verleger. Habermas meint, die räsønnierende Presse zeichne sich dadurch aus, daß der Verleger auf das "Geschäft" zugunsten der "Gesinnung" verzichtet habe:

Wie wenig freilich mit der neuen Gestalt des redaktionellen Journalismus bereits die Rentabilität des Unternehmens über seine publizistische Intention, wie wenig Geschäft über Gesinnung die Oberhand erlangte, zeigt wiederum das Beispiel Cottas, dessen "Allgemeine Zeitung", ihres bedeutenden Einflusses ungeachtet, über Jahrzehnte ein Zuschußunternehmen blieb. In der Phase, da sich die Öffentlichkeit als politisch fungierende durchsetzt, bewahren auch die verlegerisch konsolidierten Zeitungsunternehmen ihren Redaktionen jene Art Freiheit, die für die Kommunikation der Privatleute als Publikum im allgemeinen charakteristisch war. (72)

Die Redaktion habe daher gegenüber dem Verlag eine "Autonomie"⁷³⁾ besessen. Die räsønnierende Presse, zum Teil in französischer und lateinischer Sprache gedruckt, ging fast vollständig in den Konsum der gebildeten Stände ein. Die Konsumtionsmittel, die sie "vermittels ihrer gesellschaftlichen Funktion als König, Pfaff, Professor, Hure, Kriegsknecht etc."⁷⁴⁾ beziehen, stellen Revenuen dar.⁷⁵⁾ Was Habermas als Zuschußunternehmen und gegen die Kapitalinteressen gesetzte Selbstlosigkeit des Verlegers, oder Dovifat als "Liebhaberei, die ihm schweres Geld kostete"⁷⁶⁾ interpretieren, ist die Beschäftigung des Verlegers, einen Teil des Mehrwerts als Kapital, den anderen als Revenue anzuwenden. Repräsentationskosten gehen in die Revenue ein, sie sind nicht dem Belieben des Kapitalisten unterworfen, sondern stellen eine Geschäftsnotwendigkeit dar, denn "ein konventioneller Grad an Verschwendung" fungiert als Kreditmittel.⁷⁷⁾ Cotta selbst hat das im Gegensatz zu seinen späten Interpreten verstanden. 1803 vertraute er Schiller an:

Die A.Z. hat, wie ich gefunden habe, meinen Kredit bei vielen Menschen in merkantilischer Hinsicht so begründet und vergrößert, daß ich auch in dieser Rücksicht auf ihre Fortdauer denken und zeigen mußte, daß man vieles kann, wenn man's will. (78)

Ein anderes, von Habermas nicht zitiertes Beispiel zeigt, daß jene Autonomie der Redaktion nicht aus dem freiwilligen Verzicht des Zeitungseigentümers auf seine Kapitalinteressen erwächst, daß vielmehr die relative redaktionelle Unabhängigkeit gerade darin begründet ist, daß sie den Kapitalinteressen entspricht. Im Oktober 1842 wurde Marx Chefredakteur der von Vertretern der rheinischen Bourgeoisie gegründeten RHEINISCHEN ZEITUNG. Im Januar 1843 ordnete die preußische Regierung das Verbot des Blattes zum April des Jahres an und unterwarf es bis dahin einer besonders scharfen Zensur. Solange hatten die Aktionäre des Blattes die Redaktion gewähren lassen. Jetzt jedoch fand die Fortschrittlichkeit ihrer Kapitale ein Ende. Die Anstrengungen der Redakteure, die bisherige Politik der Zeitung fortzusetzen, kollidierte mit den Kapitalinteressen der Aktionäre. In der Hoffnung, die Regierung zur Aufhebung des bevorstehenden Verbots bewegen zu können, nahmen sie massiven Einfluß auf die Redaktion. Als sie eine gemäßigte Politik in der Zeitung durchgesetzt hatten, trat Marx aus der Redaktion aus.⁷⁹⁾

Die Herstellung der gedruckten Wochenzeitungen des 17. Jahrhunderts war handwerksmäßig organisiert, eine ausgebildete Arbeitsteilung existierte nicht. Die Postmeister, Buchdrucker und -händler befaßten sich mit Druck, Verlag, Redaktion und Vertrieb ihrer Zeitung. Sofern sie nicht den Inhalt auswärtiger Blätter nachdruckten, lieferten ihnen geschriebene Zeitungen, private Korrespondenzen, mündliche Berichte von Reisenden und Boten das Material für den Zeitungsinhalt. Um die Wende zum 19. Jahrhundert bildeten sich die Trennung von Verlag und Redaktion und die ersten Formen journalistischer Arbeit heraus. Zunächst übernahmen Angehörige der gebildeten Stände nebenberuflich die Redaktion von Zeitungen. Cotta berief als erster für die NEUESTE WELTKUNDE einen hauptamtlichen Redakteur. Einheitlich vollzog sich dieser Prozeß nicht. So verfügte noch 1789 die VOSSISCHE ZEITUNG über eine nebenamtliche Redaktion,

und Dumont war noch 1805, als er die KÖLNISCHE ZEITUNG übernahm, als Verfasser, Drucker und Verleger tätig.⁸⁰⁾

b. Die Rechtsform der Presse

Unter den Verhältnissen der zur Macht gelangten Bourgeoisie veränderte sich die organisatorische Gestalt der Zeitungsherstellung. Eine nahtlose Entwicklung der handwerksmäßig zu der "auf der neuen Stufe des hochkapitalistischen Großbetriebs"⁸¹⁾ hergestellten Zeitung, wie sie Habermas vorstellt, existierte freilich besonders nicht in Deutschland. Zwar waren tatsächlich in der Mitte des 19. Jahrhunderts "eine Reihe von Zeitungsunternehmen als Aktiengesellschaften organisiert"⁸²⁾, unter ihnen die NEUE RHEINISCHE ZEITUNG, gerade diese Organisationsform setzte sich jedoch auch später nicht als die herrschende durch. Noch bis in die Weimarer Republik blieb der überwiegende Teil der Zeitungen im Besitz einzelner Verleger oder im Familienbesitz. 1917 hatten von 3 003 Zeitungen 67 die Form der Aktiengesellschaft⁸³⁾, 1926 waren es 78 von 3 257 Zeitungen. In der Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurden währenddessen 389 Zeitungen verlegt.⁸⁴⁾ Nicht die AG, sondern die 1892 durch Gesetz eingeführte GmbH wurde für den großen Betrieb zur allgemeinen Organisationsform. 1926 gab es in Deutschland 38 Zeitungsgroßbetriebe, 27 von ihnen waren Gesellschaften mit beschränkter Haftung.⁸⁵⁾ Die GmbH kennt keine jährlichen Revisionen von Buchhaltung und Bilanz, vor allem ist sie zu keiner Publizierung ihres Geschäftsgebahrens verpflichtet. Sie hüllt sich in ein tieferes Dunkel als andere Unternehmungsformen.

Das Betriebsverfassungsgesetz sichert zudem den Zeitungseigentümern eine weitaus größere Geheimhaltung ihrer Geschäftstätigkeiten zu als Eigentümern anderer Betriebe. Der berüchtigte Tendenz"schutz"paragraph im Betriebsverfassungsgesetz⁸⁶⁾, der für Betriebe gilt, die "Zwecken der Berichterstattung oder Meinungsäußerung"⁸⁷⁾ dienen, setzt die Paragraphen des Gesetzes außer Kraft, welche die Bildung und Arbeit des Wirtschaftsausschusses regeln. Dem Ausschuß gehören bis zu sieben Mitglieder an, darunter mindestens ein Betriebsratsmitglied. Der Unter-

nehmer ist verpflichtet, diesen Ausschuß über die "wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unternehmens unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen zu unterrichten (...)"⁸⁸⁾. Freilich schränkt das Gesetz diese Auskunftspflicht zugleich wieder entscheidend ein. Sie gilt dann nicht, wenn durch sie "die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens gefährdet werden (...)"⁸⁹⁾. In diesem beschränkten Rahmen enthält das Gesetz zumindest formell die Möglichkeit für den Betriebsrat, sich praktisch über alle Geschäftigkeiten des Betriebes zu informieren, von der finanziellen Lage über Rationalisierungsmaßnahmen bis zum Zusammenschluß mit anderen Betrieben. Auf Grund jenes Paragraphen, der vorgibt, "Tendenzbetriebe" schützen zu sollen, existiert jedoch diese Informationsmöglichkeit für Zeitungsbetriebe nicht. Mit dem Prinzip der Öffentlichkeit, auf das die Presse sich beruft, hat sie selbst am wenigsten ernstzumachen versucht.

Wir haben an der Untersuchung der Funktion der Nachricht und an der Kritik des Begriffs der öffentlichen Meinung die Presse bestimmt als eine, die ihre Macht aus dem Kapitalverhältnis bezieht: aus der staatlichen Tätigkeit, welche der öffentlichen Meinung bedarf, um die Gesetze des Kapitals im allgemeinen geltend zu machen gegen die einzelnen Kapitale. Diese Bestimmung trifft zu auf die Presse, sofern sie in den Konsum des Bürgers eingeht. Für die Presse jedoch, die seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts fortschreitend zur Lektüre der Arbeiterklasse wird, gelten andere Bestimmungen. Aus dem Inhalt weder einen noch der anderen kann der Arbeiter Schlüsse ziehen für das Losschlagen seiner Arbeitskraft. Was ist dann aber die Bedingung für die Verbreitung der bürgerlichen Massenpresse unter den Arbeitern?

IV. ZUR GESCHICHTE DER MASSENPRESSE

1. Allgemeine gesellschaftliche Bedingungen für die Entstehung der Massenpresse

a. Aufhebung staatlicher Entwicklungsformen der allgemeinen Zirkulationsbedingungen

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurden in Deutschland alle Hindernisse niedergerissen, die eine ebenso massenhafte Ausbreitung der Presse wie in England oder den USA bisher verhindert hatten. Die Presse wurde in großem Maßstab zu einem Mittel der Kapitalanlage. Die Entwicklung der Drucktechnik ermöglichte hohe Auflagen. Die Finanzierung durch Annoncen machte die Presse so billig, daß sie als Lebensmittel in den Konsum des Arbeiterhaushaltes eingehen konnte. Koszyk nennt die entwickelte Drucktechnik und die Finanzierung durch Annoncen die Ursachen für die Entstehung der Massenpresse.¹⁾ Es ist im folgenden zu zeigen, daß damit nur die unmittelbaren Bedingungen der Massenpresse genannt sind, nicht jedoch die gesellschaftlichen Veränderungen, deren Ausdruck die Massenpresse ist.

Die rasche Zentralisation des Kapitals, die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland vollzog, ließ das Deutsche Reich zur zweitgrößten Industriemacht nach den USA aufsteigen. Die Arbeiterbevölkerung stieg in der Zeit von 1895 bis 1907 von 8,4 Millionen auf 11,7 Millionen.²⁾ Die Zahl der Arbeitsstunden betrug 1875 68,8 Milliarden; 1913 war ihre Zahl auf 99 Milliarden angewachsen.³⁾ Die Zentralisation des Kapitals bedingte die Zusammenballung der Arbeiter, und die einsetzende Binnenwanderung veränderte das Verhältnis von Stadt und Land. Die Zahl der Landbewohner blieb bis zum ersten Weltkrieg fast konstant, während die Stadtbevölkerung von 14,8 Millionen bis 1910 auf 39,0 Millionen anwuchs. Der Anteil der städtischen Bevölkerung stieg so von 36,1 % auf 60 % der Gesamtbevölkerung.⁴⁾ Die Großstadt setzte sich als die beherrschende Form sozialer Organisation durch, die den Produktionsverhältnissen des Monopolkapitalismus entsprach.

Die Generalanzeigerpresse, die die Parteipresse in ihrer Bedeutung abzulösen begann, war Ausdruck des zur gesellschaftlichen Macht gekommenen Kapitals, das als seinen Gegensatz das Proletariat hervorgebracht hatte. Gegenüber dem Widerspruch von Kapital und Arbeit verschwanden die Differenzen der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie, deren Ausdruck die Parteipresse gewesen war. Das Kapital benötigte nicht mehr in dem Maße den Staatsapparat als Entwicklungsform der allgemeinen Bedingungen der Zirkulation. Das Annoncieren der Waren wurde zu besonderen Anlagesphären von Kapital.

Unmittelbar nach der Freigabe des Telegraphen für private Nutzung veröffentlichte 1849 die NATIONAL-ZEITUNG aus London und Frankfurt telegraphierte Kurszettel. Das Telegraphische Korrespondenzbureau Wolff wurde nach Verhandlungen, an denen sich auch Bismarck beteiligte, an die Continental Telegraphen Compagnie KG verkauft, die 1874 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Seitdem übernahm die Agentur die Aufgabe des Nachrichtenlieferanten für die Presse. Mit Kartellverträgen teilten die monopolistisch organisierten Agenturen Havas, Reuter, Wolff und Associated Press die Welt in vier Interessensphären, in denen jeweils eine Agentur die eigenen Nachrichten und die der anderen vermittelte. 1905 belieferte Wolff etwa 2 300 Abonnenten und schüttete bis 1914 jährlich 11 % bis 12 % Dividende aus.⁵⁾

Erst 1850 hatte der Staat auf das mit den Intelligenzanzeigern errichtete Annoncenmonopol verzichtet. Der absolutistische Staatsapparat hatte, nach merkantilistischen Prinzipien verfahren, einen Teil der Zirkulationskosten, den das einzelne Kapital nicht aufbringen konnte, durch Steuer der ganzen Kapitalistenklasse abgezogen. Mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise jedoch bedurfte es dieser Form der staatlichen Vermittlung des Warentauschs nicht mehr, sie erwies sich vielmehr als Hindernis. Die Produktion auf großer Stufenleiter brachte den Kauf und Verkauf auf großer Stufenleiter hervor, Zentralisierungen in der Zirkulationssphäre rissen ihn aus dem Zwergeßstab des traditionellen Fachhandels. Werbeagenturen besorgten das Annoncieren der Waren. 1855 entstand

als erste die Annoncenexpedition Haassenstein & Vogler. Mosses Unternehmen, als zweites gegründet, belieferte auf seinem Höhepunkt fast 60 Periodika.⁶⁾ Die Generalanzeigerpresse und das Warenhaus waren das eigenste Produkt dieser Entwicklung.

Mit Mosse, Ullstein und Scherl in Deutschland, Hearst in den USA, Northclyffe in Großbritannien entstanden die ersten Zeitungskonzerne. In den Jahren 1885 bis 1914 stieg die Zahl der Zeitungen mit einer Auflage von über 40 000 Exemplaren in Deutschland von fünf auf 72.⁷⁾ Ohne das Finanzkapital wäre die Entstehung solcher Konzerne nicht möglich gewesen. So waren an der Scherl GmbH neben Scherl selbst vor allem die Disconto-Gesellschaft mit fünf ihrer Tochtergesellschaften und vier weitere Banken beteiligt.⁸⁾ Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts wurde ein Drittel der Zeitungserlöse aus dem Druck von Annoncen erzielt, seitdem verschob sich das Verhältnis der Erlöse aus dem Annoncendruck zu den Erlösen aus dem Zeitungsverkauf beständig zugunsten der Annoncenerlöse, bis zu Beginn des ersten Weltkrieges die Presse ihre Einnahmen zu zwei Dritteln durch das Annoncengeschäft aufbrachte.⁹⁾ Es waren die hohen Auflagen der Generalanzeigerpresse, die das annoncierende Kapital anlockten, zugleich hatten sie die Annoncen als ihre Voraussetzung. Der Kredit ermöglichte eine Verkaufstechnik (Beginn mit Gratis-Verteilen, Zeitungsboten etc.), die diesen Widerspruch löste. Die der Monopolisierung folgende Zentralisierung in der Zirkulationssphäre also war es, die eine Finanzierung durch Annoncen allererst ermöglichte.

Doch diese Bestimmung ist unvollständig. Wir sind oben davon ausgegangen, daß die moderne Massenpresse sich aus der Generalanzeigerpresse heraus entwickelt hat und nicht in abstraktem Gegensatz zu ihr steht. Dann wird unverständlich, warum in Deutschland sich die Massenpresse gerade während des ersten Weltkrieges aus dem Generalanzeiger entwickelte, zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Einnahmen aus Annoncen einschneidend zurückgegangen waren. Das Kapital sah während des Krieges den Absatz seiner Waren durch andere Mittel gewährleistet als durch Annoncen. Dennoch entstand eben jetzt die Massenpresse, finanziert durch die Pfennige ihrer Leser.

Weiter unten sollen die genaueren Umstände der Entstehung der Massenpresse während des ersten Weltkrieges dargestellt werden. Hier ist soviel von Interesse: wenn wir auch nicht davon ausgehen, daß die Massenpresse ohne die Einnahmen aus den Annoncen existieren könnte, so ist doch sicher, daß, wenn die Annonce nur als Finanzierung, als Einnahme unter anderen aufgefaßt wird, die Massenpresse ebenso wie der Generalanzeiger nur von ihrer Kapitalseite begriffen werden. Warum werden die Massen Objekt von Annoncen? Welche veränderte Stellung der Massen spiegelt sich hierin?

b. Annoncen als Resultat der vermehrten Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital

Die Lebensmittel und Rohstoffe, die die bäuerliche Familie zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft benötigte, waren keine sachlichen Elemente des Kapitals, sondern von ihr selber erzeugt und bearbeitet. Diese Form der Reproduktion geht unter im Prozeß der Proletarisierung der Landbevölkerung.

Mit dem freigesetzten Teil des Landvolkes werden also auch seine früheren Nahrungsmittel freigesetzt. Sie verwandeln sich jetzt in stoffliche Elemente des variablen Kapitals. Der an die Luft gesetzte Bauer muß ihren Wert von seinem neuen Herren, dem industriellen Kapitalisten, in der Form des Arbeitslohnes erkaufen. Wie mit den Lebensmitteln, verhielt es sich mit dem heimischen agrikolen Rohmaterial der Industrie. Es verwandelt sich in ein Element des konstanten Kapitals. (10)

Die Expropriation eines Teils der Landbevölkerung unterwirft dessen Lebensmittel und Rohstoffe der Verwertung durch das industrielle Kapital und bringt auf diese Weise den inneren Markt hervor. Mit der Manufakturperiode setzt dieser Prozeß ein; radikal jedoch wird die Form der Reproduktion der Arbeitskraft umgestaltet durch die Maschinerie der großen Industrie. "Sie erobert daher auch erst dem industriellen Kapital den ganzen inneren Markt."¹¹⁾ Zugleich entwertet die Maschinerie die Arbeitskraft des Mannes.

Sofern die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung

aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden. Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie! (12)

Damit wird nicht mehr allein die Arbeitskraft der Arbeiter, sondern die der Mitglieder der Familie der Verwertung durchs Kapital unterworfen. War der Wert der Arbeitskraft des Arbeiters bestimmt durch die Arbeitszeit, die er zu seiner eigenen Erhaltung und der seiner Familie benötigte, so verteilt die Maschinerie den Wert seiner Arbeitskraft über die Arbeiterfamilie. Zur Erhaltung der Arbeiterfamilie müssen jetzt die Arbeitskräfte der Familienmitglieder verkauft werden. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wuchs der Anteil der Frauenarbeit stark an. Während sich in den Jahren 1882 bis 1907 die Zahl der beschäftigten Frauen fast verdoppelte, wuchs im gleichen Zeitraum die Zahl der beschäftigten Männer nur um die Hälfte. Von den 28,2 Millionen Berufstätigen im Jahre 1907 waren 10,1 Millionen Frauen.¹³⁾

Diese Familie vermag die für die Konsumtion notwendige Familienarbeit nicht länger aufzubringen. "Die Arbeiten, welche der Familienkonsum erheischt, die Nähen, Flicken usw., müssen durch den Kauf fertiger Waren ersetzt werden."¹⁴⁾ Der Markt der Nahrungs- und Genußmittel, Textilien, Haushaltsgeräte und Wohnungsausstattungen weitet sich aus. Die Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht die serielle und massenhafte Herstellung solcher Waren. Noch in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts war in Deutschland die Eigenproduktion im Hause weit verbreitet. Nur ein Teil der häuslichen Arbeit blieb dem Handwerker überlassen. Zur häuslichen Arbeit gehörte das Spinnen, das Bleichen der Leinwand, die Reinigung der Wäsche, die Bereitung der Nahrungsmittelvorräte für den Winter. Das Brot wurde dem Bäcker zum Backen gebracht.

So war die Spindel noch immer das Symbol der Hausfrau, selbstgesponnenes Linnen zu tragen war Ehre und Stolz. Bloß das fertige Garn wurde dem Weber überliefert, der die Leinwand zu fertigen hatte, für die Bleiche sorgte wieder die Hausfrau. Aber nicht nur an Leinwand, auch an Tuch hielt man eigene sorgfältig bereitete oder gewählte Vorräte. Das Weißzeug, die Kleider, die Beschuhung wurden öfters im Hause gefertigt, der Schneider, der Schuster kam dazu als technischer Gehilfe. (15)

1842 wurde in Berlin das erste Geschäft gegründet, das Damenmäntel und -wäsche verkaufte. Vor allem Drechsler, Böttcher, Klempner und Seiler mußten die handwerkliche Produktion ihrer Waren stark einschränken. Ein Teil der Waren (z.B. Fässer zur Bereitung und Lagerung von Nahrungsmitteln) verlor mit dem Untergang der häuslichen Arbeit ihren Gebrauchswert, ein anderer wurde ersetzt durch die in den Manufakturen hergestellten verwohlfeilerten Waren von größerem Gebrauchswert (z.B. Haushaltsgeräte aus Email und Porzellan).¹⁶⁾ Fast um das Dreifache stieg die Produktion der Konsumgüter in dem Zeitraum von 1860 bis 1902.¹⁷⁾ In dem Maße, in welchem für die Arbeiterfamilie "Ökonomie und Zweckmäßigkeit in Vernutzung und Bereitung der Lebensmittel unmöglich werden"¹⁸⁾, entsteht die Produktion neuer Waren (z.B. der Nahrungsmittelkonserven). Die sich vermehrende Zahl von Waren in den Haushalten der Arbeiter ist kein Zeichen von Wohlstand, sondern vergrößerter Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital. "Der verminderten Ausgabe von häuslicher Arbeit entspricht also vermehrte Geldausgabe. Die Produktionskosten der Arbeiterfamilie wachsen daher und gleichen die Mehreinnahmen aus."¹⁹⁾ In den von den Arbeitern viel gelesenen Kalendern spiegelt sich diese Entwicklung, die den Arbeiter als Geldbesitzer zum Ziele von Annoncen macht. Eine Durchsicht der verschiedenen Kalender und Arbeiterführer ergibt, daß ab den neunziger Jahren in zunehmendem Ausmaß die Arbeiter als Kunden der verschiedensten Verbrauchsgüter angesprochen werden. Bis auf die Markenartikel-Reklame für Margarine, Bier und Zigaretten stammen die Inserate jedoch fast ausschließlich von Kleinhändlern, die dem Arbeiter beim Verweis auf den Kalender gewisse Rabatte geben oder mit den verschiedenen Konsumgenossenschaften in Lieferverträgen stehen. Die Annoncen der Warenhäuser treten demgegenüber völlig in den Hintergrund.

c. Warenhäuser und Generalanzeiger

In der Generalanzeigerpresse jedoch herrschen neben den Kleinanzeigen die großen Warenhäuser. Georg Tietz schildert in seiner Geschichte des Warenhauses "Hermann Tietz" die Funktion der Generalanzeiger für das aufkommende Warenhaus. "Hermann

Tietz" wurde groß, weil es von der tradierten Verkaufsweise des Fachhandels abging. Schon 1882 entwickelte Tietz "neben Barzahlung, gleicher Behandlung der Kunden und festen, ausgezeichneten Preisen drei Methoden, die den Werdegang des Unternehmens bestimmen sollten: das Führen scheinbar heterogener Waren, direkter Bezug vom Hersteller und Zeitungsreklame"²⁰⁾. Das "organische" Sortiment des traditionellen Fachhandels, das über eine Hierarchie von Zwischenhändlern mit den Produzenten verbunden war, bedurfte nicht der ständigen Reklame. Es konnte als bekannt gelten, was hier jahraus und jahrein geführt wurde. Das Warenhaus löste sich von der Bindung an einen Kreis von Gebrauchswerten, der durch das Herkommen festgesetzt ist. Das Warenhaus liefert die Lebensmittel für eine ganze Klasse, es ist entscheidend an ihm, daß es "billig" ist. Tietz erlebte nach 1900 einen Mißerfolg, als er in Berlin versuchte, ein Warenhaus für die bessere Kundschaft zu gründen. Erst als die Luxusartikel ausverkauft "und das Geschäft wieder zum Volkswarenhaus umgestellt"²¹⁾ worden war, ging es von neuem aufwärts.

Die Annonce wurde in einer doppelten Weise notwendig: die Konkurrenz beschuldigte Tietz der Schleuderei und Lockartikel. Annoncen von Tietz hatten die Funktion, "aufklärend den Anschuldigungen entgegenzutreten"²²⁾, Auskunft darüber zu geben, wie die billigen Preise zustande kamen. Auf der anderen Seite war die Annonce zur beständigen Notwendigkeit geworden, weil das Warensortiment nicht mehr auf der Vollständigkeit eines bestimmten Kreises von Gebrauchswerten, sondern auf dem direkten Bezug vom Produzenten beruhte. Das Warenangebot war so von den Wechselfällen der verschiedensten Umstände abhängig, vor allem aber von der Notwendigkeit des schnellen Losschlagens der aufgehäuften Waren. Verkürzung der Zirkulationszeit lautete die Parole. Die Annonce in der Generalanzeigerpresse als der am weitesten verbreiteten Zeitung, wurde zu einer Geschäftsgrundlage. Die Gründung des Münchner "Manufakturwarengeschäfts mit organisch nicht dazu gehörigen Nebenartikeln" (1889) beschreibt Tietz folgendermaßen: "Der Laden bestand aus einem großen Parterrelokal mit 10 Schaufenstern und Gasbeleuchtung, die Einrichtung war zwar aus Kistenbrettern zusammengenagelt, aber für Reklame war Geld da."²³⁾

Das Problem der Finanzierung hat sich so aufgelöst in die Darstellung zweier Momente der Monopolisierung am Ende des 19. Jahrhunderts: der Zentralisation in einem Bereich der Zirkulationssphäre und der vermehrten Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital. Die Generalanzeigerpresse stellt sich dar als Mittel der Abkürzung der Zirkulationszeit des Kapitals in dem Maße, wie sie dem Arbeiter Zeitverlust beim Einkaufen seiner Lebensmittel ersparte.

Identität des Interesses von Kapital und Arbeiter unter dem Aspekt der Zirkulation - auf diese Bestimmung läuft die Untersuchung der allgemeinen Bedingungen der Generalanzeigerpresse hinaus. Unerklärt bleibt hier die Form der Generalanzeigerpresse. Warum bestand die Generalanzeigerpresse nicht nur aus Annoncen? Warum wurde sie nicht ständig kostenlos verteilt? Warum erkannten linke Sozialdemokraten in ihr einen der ernstesten Feinde der sozialdemokratischen Presse? Erst die Analyse der politischen Bedingungen, und das heißt der Form, in der die SPD den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse führte, löst diesen Schein der Identität, klärt mit dem klassenmäßigen Inhalt der Generalanzeiger auch deren Form.

2. Verhältnis der Sozialdemokratie zur Generalanzeigerpresse

a. Auswirkungen des Sozialistengesetzes auf die sozialdemokratische Presse

Das Sozialistengesetz, dessen doppelten Charakter die Arbeiterbewegung als "Politik des Zuckerbrotes und der Peitsche" bezeichnete, zielte einerseits auf die Zerschlagung der proletarischen Vereinigungen und andererseits mit der Sozialgesetzgebung auf die Übernahme von Formen des Zusammenschlusses der Arbeiter durch den Staatsapparat. So hoffte der Kaiser bei der Eröffnung des Reichstages im Februar 1879?

daß der Reichstag seine Mitwirkung zur Heilung sozialer Schäden im Wege der Gesetzgebung auch ferner nicht versagen werde. Diese Heilung wird nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialistischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein. (24)

In diesem Sinne stimmte der Centralverband Deutscher Industrieller einem Antrag zu, in dem es heißt:

Der Centralverband Deutscher Industrieller erkennt an, daß die Versorgung, beziehentlich Unterstützung invalider und altersschwacher Arbeiter und ihrer Witwen und Weisen nicht lediglich den bisherigen Verpflichtungen, insbesondere den betreffenden Verbänden überlassen werden darf. (25)

Im Bereich der Presse bedeutete das Sozialistengesetz die Zerschlagung der Organe der Arbeiterbewegung und zugleich die Entwicklung einer scheinbar die Interessen der Arbeiter vertretenden Presse in Händen der Bourgeoisie. So forderte im Januar 1879 der preußische Innenminister die bürgerliche Presse auf,

Presseorgane ins Leben zu rufen, welche hauptsächlich für die arbeitende Klasse bestimmt, die Erörterung und Vertretung der Interessen derselben in versöhnendem Sinne sich zur Aufgabe machen und an die Stelle der nunmehr unterdrückten sozialdemokratischen Presse zu treten hätten. (26)

Die Verhältnisse, die mit dem Sozialistengesetz geschaffen waren, beschränkten die Fortschritte der revolutionären Presse und förderten sowohl die Verbreitung einer opportunistischen Presse in der Sozialdemokratie als auch die Entwicklung der Generalanzeiger zum wichtigsten Instrument der bürgerlichen Presse im Kampf gegen die Presse der Arbeiterbewegung.

Für die Organisation und die Agitation der Arbeiterklasse stellte die proletarische Presse ein wichtiges Instrument dar. Bei der Vereinigung von SDAP und ADAV im Jahre 1875 verfügten beide Organisationen über elf Zeitungen. Bereits ein Jahr später war ihre Zahl auf 23, ihre Auflage auf annähernd 100 000 Exemplare gestiegen. Unmittelbar vor dem Sozialistengesetz erschienen 42 sozialdemokratische Parteiorgane mit einer Auflage von 160 000 bis 170 000 Exemplaren.²⁷⁾ Das Sozialistengesetz zerschlug die Presse der Arbeiterbewegung. Bis zum Jahre 1888 wurden 174 Zeitungen verboten.²⁸⁾ Seit dem Herbst 1879 übernahm der zunächst in Zürich, später in London erscheinende SOZIALDEMOKRAT die Funktion des Zentralorgans, das eine Auflage von mehr als 11 000 Exemplaren erreichte.²⁹⁾ Die wirkliche Verbreitung darf wesentlich höher angenommen werden, da in den Verhältnissen der Illegalität die einzelnen Exemplare unter den Arbeitern kursierten.

Nach den anfänglich ideologischen Verwirrungen, die das Sozialistengesetz innerhalb der Sozialdemokratie vor allem über das Verhältnis von legalem und illegalem Kampf gestiftet hatte, übernahm der SOZIALDEMOKRAT die Aufgabe der Agitation und Propaganda der Massen. Das Blatt entwickelte sich zum wichtigsten ideologischen, von den Opportunisten in der Partei oftmals angegriffenen Kampfinstrument für den revolutionären Weg des Proletariats. Mit dem Vertrieb der Zeitung, der von Motteler geleiteten "Roten Feldpost", errichtete die Partei eine über das ganze Deutsche Reich ausgedehnte illegale Organisation, die für die Festigung der Arbeiterklasse von großer Bedeutung war. Sie bewies dem Kapital täglich aufs neue die Unfähigkeit des Staatsapparates, revolutionäre Organisationen des Proletariats zu zerschlagen. Nur in wenigen Ausnahmen vermochte der Bismarcksche Staat, den Vertrieb des Blattes zu stören.

Demgegenüber gewannen die opportunistischen Tendenzen in der SPD Positionen in der sozialdemokratischen Lokalpresse. Lokalzeitungen, deren Eigentümer Sozialdemokraten waren, entstanden seit dem Ende der achtziger Jahre und konnten trotz vielfacher Verbote nicht nur weiter existieren, sondern ihre Auflagen sogar steigern. Zweifellos ist auf die Entstehung und das Anwachsen dieser Lokalblätter der Abonnentenrückgang des SOZIALDEMOKRATEN während der letzten Jahre des Sozialistengesetzes zurückzuführen. Diese Zeitungen hätten den Zusammenschluß der Arbeiter auf lokaler Ebene vorantreiben können, eine Aufgabe, die der illegal verbreitete und im Ausland herausgegebene SOZIALDEMOKRAT nicht zu erfüllen vermochte. Solche organisierende Funktion sollte zum Beispiel die seit 1887 erscheinende BERLINER VOLKSTRIEBÜNE übernehmen. In der Regel jedoch wurden die Lokalzeitungen zum Hort des Opportunismus. Bereits 1880 kritisierte Engels solche Zeitungen, "in denen gar nichts steht, als was in jedem bürgerlichen Käseblatt zu lesen"³⁰). Der St. Gallerer Parteitag 1887 nahm eine von Bebel eingebrachte Resolution an, die die Reichstagsfraktion ersuchte,

ihren moralischen Einfluß bei den Herausgebern und Eigenthümern von Arbeiterblättern und sonstigen auf die Arbeiterklasse berechneten Literaturerzeugnissen in Deutschland dahin geltend zu machen, daß diese Art von Literatur ihrer

Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären, auch wirklich entspricht, was nicht immer der Fall ist. (31)

Die weitgehende Zerstörung der proletarischen Organisationen, und damit auch des organisatorischen Zusammenhangs der Partei und ihrer Presse, verhinderte jedoch erfolgreich den Kampf gegen die opportunistische Lokalpresse. Die Eigentümer dieser Zeitungen mochten sich als Sozialdemokraten fühlen, sie fungierten jedoch objektiv abgelöst von der Partei als Zeitungseigentümer. Nur soweit waren sie der Partei unterworfen, wie es der eigenen moralischen Verpflichtung ihr gegenüber beliebte, und das Begehren der Partei, die Reichstagsfraktion solle "öffentlich die Arbeiter vor dem Lesen und Verbreiten solcher Literatur warnen"³²⁾, signalisiert die Ohnmacht der Partei gegenüber der Lokalpresse. 1890 erschienen 60 sozialdemokratische Lokalzeitungen, die von 254 100 Lesern abonniert waren.³³⁾ Dem Opportunismus lokaler Blätter entsprach als ein anderes Resultat der sozialdemokratischen Politik unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes der verbale Radikalismus, wie ihn DER WAHRE JAKOB repräsentierte. 1884 gegründet, fand die Zeitschrift eine enorm rasche und weite Verbreitung. Am Ende des Sozialistengesetzes zählte sie rund 100 000 Abonnenten.³⁴⁾

Der opportunistische Charakter der sozialdemokratischen Presse tritt besonders deutlich beim Problem der Finanzierung hervor. Eine prinzipielle Entscheidung über die Form der Finanzierung der Parteipresse fällt die Sozialdemokratie nicht. So wenig sie sich die Wandlung des Charakters der Zeitung mit der Finanzierung durch Annoncen vergegenwärtigte, so sehr wurde die Annonce selbst zum Gegenstand moralischer Erörterungen. Der St. Gallerer Parteitag kritisierte die Veröffentlichung von "Schwindelannoncen"³⁵⁾ in sozialdemokratischen Lokalzeitungen und forderte die Reichstagsfraktion auf, sie solle "öffentlich die Arbeiter vor dem Lesen oder Verbreiten solcher Literatur warnen"³⁶⁾. Kurz vor dem Fall des Sozialistengesetzes stellte der SOZIALDEMOKRAT fest:

Inserat und Inserat ist zweierlei. Inserate, die ganz augenscheinlich gemeinschädlichen Zwecken dienen, haben aus der Arbeiterpresse fort zu bleiben. Das ist ein Kompromiß, aber kein schlimmerer, als wir deren hunderte im

täglichen Leben eingehen, in der Erkenntnis, daß schon heute nach sozialistischen Grundsätzen zu leben geradezu unmöglich ist, außerdem aber auch ganz zwecklos wäre. (37)

Mit der Ausbildung des Revisionismus, die mit Bernsteins Artikelreihe "Probleme des Sozialismus" (1896 - 1898) sichtbar wurde, wandelte sich die Frage der Finanzierung der Parteipresse durch Annoncen von einer grundsätzlich moralischen zu einer vorgeblich revolutionären. Die Parteitage 1898 in Stuttgart und 1900 in Mainz beschloßen, keine Annoncen zu veröffentlichen, wenn der annoncierende Kapitalist streikende Arbeiter aussperrte.³⁸⁾ Real bedeutete diese Entwicklung, daß an die Stelle des revolutionären Charakters der Parteipresse die Steigerung ihrer Rentabilität auf Kosten des Inhalts trat. Sehr bald stiegen die Inserateneinnahmen der Zeitungen schneller als die Einnahmen durch Abonnements.³⁹⁾

b. Schnelle Entwicklung der Generalanzeiger unter dem Sozialistengesetz

Während das Sozialistengesetz die Verbreitung revolutionärer Zeitungen behinderte, entwickelte sich sehr schnell die General- Die ersten Generalanzeiger wurden in den siebziger Jahren gegründet. Sie stellten noch frühe Formen des Zeitungstyps dar, der unter dem Sozialistengesetz in dem 1883 gegründeten BERLINER LOKAL-ANZEIGER entwickelte Gestalt annahm. Die Bildung der Regionalkonzerne Girardet und Huck setzte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein. 1890 bestanden über vierzig Generalanzeiger.⁴⁰⁾ Als das Sozialistengesetz aufgehoben wurde, sah die sozialdemokratische Presse sich in Gestalt der Generalanzeiger einer entwickelten klassenfeindlichen Presse gegenüber, der sie schließlich unterlag. Der Tatbestand daß die Generalanzeiger ihre Auflagen mit dem Anwachsen der Städte und der Entwicklung der Industriezentren erhöhen konnten, bezeichnet das Ausmaß, in dem es dieser Presse gelang, zur Lektüre auch der Arbeiterklasse zu werden. 1891 erreichte der VORWÄRTS eine Auflage von 25 000 Exemplaren, der BERLINER LOKAL-ANZEIGER eine Auflage von 130 000 Exemplaren. Die Gesamtauflage der sozialdemokratischen Presse betrug 1904 600 000 Exemplare. Zur gleichen Zeit wurden

allein die BERLINER MORGENPOST und der BERLINER LOKAL-ANZEIGER in einer Auflage von zusammen über 500 000 Exemplaren gedruckt.⁴¹⁾

Die publizistische Literatur führt eine Vielzahl von Ursachen an, um den erfolgreichen Aufstieg der Generalanzeigerpresse zu erklären. Wir analysieren im folgenden davon zwei: die Abonnentenversicherung und die kostenlosen Sprechstunden.

Die Abonnentenversicherung war ein wichtiges Mittel zur Steigerung der Auflage der Generalanzeigerpresse. Die Zeitung bot sich damit zum Kauf an, daß ihr Abonnement, scheinbar als kostenlose Zugabe, eine Versicherung des Abonnenten enthielt. Die publizistische Literatur läßt diese Verkaufsform mit dem LEIPZIGER DORF- UND STADTANZEIGER beginnen, der 1890 als erste deutsche Zeitung die Abonnentenversicherung eingeführt habe. Übernommen wurde sie nach dieser Darstellung aus der englischen Presse, die die Abonnentenversicherung schon Mitte der achtziger Jahre einführte.⁴²⁾ Erscheinungen wie die Abonnentenversicherung werden von der publizistischen Literatur als raffinierter Einfall eines Kapitalisten aufgefaßt, und sie registriert die Daten, an denen weniger einfallsreiche Konkurrenten mit der Nachahmung beginnen. Die Abonnentenversicherung hat jedoch eine andere Geschichte. Bereits elf Jahre vor jener stets zitierten Zeitung hatte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Abonnentenversicherungen eingeführt: 1879 hatten Mitglieder ehemaliger Gewerkschaftsverbände in Leipzig den GEWERKSCHAFTER, eine "Wochenschrift für Handwerker, Gesellen, Gehilfen und andere Arbeiter" gegründet.⁴³⁾ Um sich unter dem Sozialistengesetz vor der Auflösung der Organisation zu schützen, wurden Versicherungen mit dem Abonnement verbunden. "Jeder Abonnent, der 13 Nummern des Gewerkschafters laufend bezahlt hatte, erhielt bis zu 60 Tagen eine Reiseunterstützung von durchschnittlich 30 Pfennig pro Tag."⁴⁴⁾ Nach dem Fall des Sozialistengesetzes übernahmen Generalanzeigerpresse und die Zentrums Presse diese Versicherungsformen. Vergeblich kritisierte die Sozialdemokratie sie als "volksbetrügerische Machenschaften". 1911 versicherten 192 Tageszeitungen ihre Abonnenten. Die bis 1913 von diesen Versicherungen ausgezahlten Gelder wurden auf 150 Millionen Reichsmark geschätzt.⁴⁵⁾

Ein ebenso wichtiges Instrument zum Schutz der Arbeiter entwickelte die sozialdemokratische Presse in den von den Redaktionen der Zeitungen eingerichteten Sprechstunden, in denen organisierten und unorganisierten Arbeitern Rat erteilt wurde. Mit Inkrafttreten der Sozialgesetze erhielt die Frage der Anwendung dieser Gesetze zentrale Bedeutung in den Arbeiterorganisationen und ihrer Presse. Die Zeitungsredaktionen konnten in ihren Sprechstunden die Aufgabe der Rechtsmittelbelehrung kaum noch ausreichend erfüllen, so daß bereits in der Mitte der achtziger Jahre die Bildung eigenständiger Rechtsauskunftsstellen diskutiert wurde. Sie entstanden in den Arbeitersekretariaten unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes, als ein Ergebnis des Zusammenschlusses der Gewerkschaften zu örtlichen Kartellverbänden. In diesen Kommissionen war "das Bedürfnis der Arbeiter nach Auskunft über die neuen Versicherungs- und Gewerbe Gesetze so gestiegen, daß sich nun die Notwendigkeit der Einrichtung eines ständigen Bureaus der Kommission geltend machte"⁴⁶⁾. 1902 bestanden im Deutschen Reich 117 Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen.⁴⁷⁾ Das erste, in Nürnberg gegründete Sekretariat bestimmte seine Aufgabe:

Das Arbeitersekretariat erteilt mündliche Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten, welche der Kompetenz der Gewerbe gerichte unterstehen; über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung; über Arbeitsschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie über das Fabrikinspektorat. Das Sekretariat nimmt Beschwerden über diese Gegenstände auf und veranlaßt deren zweckmäßigste Erledigung. Soweit zur Erledigung dieser Aufgabe schriftliche Arbeiten erforderlich sind, werden auch diese vom Sekretariat angefertigt. Berechtigt, aber nicht verpflichtet ist der Sekretär zur Erteilung von Auskunft in Heimats-, Bürgerrechts-, Verhehlungs- und Armensachen, sowie bei Mietstreitigkeiten. (48)

1902 wurden die Arbeitersekretariate von 195 679 Arbeitern aufgesucht. Die überwiegende Mehrheit der Auskünfte wurde in den Bereichen des bürgerlichen Rechts, der Arbeiterversicherung und des Arbeitsvertrages erteilt.⁴⁹⁾ Vergeblich bemühten sich einzelne Kapitalisten, diese Organisationsform der Arbeiter zu übernehmen. Die wenigen, von ihnen gegründeten Sekretariate blieben bedeutungslos.⁵⁰⁾ Erfolgreich dagegen vollzog sich die Übernahme der Sprechstunden der sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen durch die Generalanzeigerpresse. Die kostenlosen

juristischen Sprechstunden, die der Scherl-Konzern veranstaltete, fanden "enormen Zulauf an Ratsuchenden"⁵¹⁾. Nach den Angaben des Ullstein-Konzerns bestand am Ende der Weimarer Republik seine Briefkastenredaktion aus fünfzig Mitarbeitern, die täglich 400 Briefe von Lesern der VOSSISCHEN ZEITUNG, der BERLINER MORGENPOST, der BERLINER ALLGEMEINEN ZEITUNG und der GRÜNEN POST beantworteten und morgens und abends Sprechstunden abhielten.⁵²⁾ Die Sprechstunden verstanden sich nicht wie die von Kapitalisten gegründeten Sekretariate als offene Kampfmittel gegen die Organisationen der Arbeiterklasse. Wie die Generalanzeigerpresse selbst betonten sie die Objektivität dieser Institution, begründet in der Sachkompetenz von Experten. So verweist der Konzern darauf, die Beantwortung von Rechtsfragen liege in Händen von "Rechtssachverständigen"⁵³⁾. Die personelle Zusammensetzung der Redaktion illustriert freilich den Tatbestand, daß im Expertenwesen sich die Agenten des Staatsapparates versammelten. Zuständig für die Rechtsbelehrung waren

einige höhere Gerichtsbeamte und fünf Anwälte. Für die Bearbeitung der brieflichen Steuerfragen ist ein höherer Finanzbeamter gewonnen, neben ihm ist eine Dame als Steuersyndikus zur mündlichen Auskunfterteilung tätig. Auch für Krankenkassenangelegenheiten, für Auskünfte aus der Angestellten-, der Invaliden- und Unfallversicherung sind höhere Beamte der betreffenden Organisationen für den Briefkasten verpflichtet. Technische Fragen werden von vier Diplom-Ingenieuren der betreffenden Gebiete bearbeitet. Die sehr ausgedehnte pädagogische Sprechstunde wird von einem der bekanntesten Berliner Schulmänner, einem Oberstudiendirektor, abgehalten. Die ärztlichen Auskünfte werden von zwei Sanitätsräten erteilt. (54)

Daß jedoch diese ärztliche Sachverständigkeit keineswegs klassenneutral war, enthüllen die Berichte der Arbeitersekretariate über die Gutachtertätigkeit der "Vertrauens"ärzte. Sie zeigen, daß sie nichts anderes waren als eine Legitimation für die Ruinierung des Lebens der Arbeiter, deren Arbeitskraft durch Krankheit oder Unfall nicht mehr vom Kapital zu verwerten war.⁵⁵⁾ Die Abonnentenversicherungen und die kostenlosen Sprechstunden sind keine raffinierten Einfälle einzelner Kapitalisten, nicht deren Erfindungen gewesen. In ihnen bildete die Generalanzeigerpresse bestimmte Formen des Widerstandes der Arbeiterklasse nach.

c. Kritik der revolutionären Linken in der sozialdemokratischen Partei an der Generalanzeigerpresse und am Opportunismus in der Partei

Für einige Zeit gelang es, die 1894 gegründete LEIPZIGER VOLKSZEITUNG zu einer Plattform der revolutionären Arbeiterbewegung zu gestalten. Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski, Hermann Duncker gehörten der Redaktion an, Franz Mehring war von 1902 bis 1907 als Chefredakteur der Zeitung tätig. Nach zehnjährigem Erscheinen war die LEIPZIGER VOLKSZEITUNG 1904 von mehr als der Hälfte der sozialdemokratischen Wähler in ihrem Verbreitungsgebiet, dem 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis abonniert, ein Verhältnis, das die gesamte sozialdemokratische Parteipresse nie erreichte.⁵⁶⁾ Bereits der programmatische Leitartikel der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG bestimmte das Verhältnis der Arbeiterklasse zu den Zeitungen der Bourgeoisie: "Die bürgerliche Presse, mag sie bestimmten Parteien dienen oder in wohlberechneter Parteilosigkeit allen reaktionären Bestrebungen Vorschub leisten, ist das Werkzeug der herrschenden Klasse."⁵⁷⁾ Die Kritik der revolutionären Sozialdemokraten machte keinen Unterschied zwischen parteigebundener und parteiloser Presse der Bourgeoisie und bezeichnete die Parteilosigkeit als besondere Form der Parteilichkeit. Mehring schrieb 1903 in der NEUEN ZEIT: "Als Seuchenherde der politischen Gesinnungslosigkeit sind sie viel gefährlichere Gegner der Massenaufklärung als die ehrlichen und offenen Organe der bürgerlichen Parteien (...)" Daher ist "ihre sogenannte Unparteilichkeit gerade die schlimmste Blüte am Giftbaum des Kapitalismus (...)"⁵⁸⁾ Im selben Jahr erklärte Clara Zetkin auf dem Dresdner Parteitag:

Die parteilose Presse ist das ins Laiische übersetzte Gegenstück der Kirche. Sie hat genau dieselbe Mission wie die Kirche im Dienste der Bourgeoisie zu erfüllen, nämlich das Klassenbewußtsein des werktätigen Volkes zu vergiften. (Sehr wahr!) Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist jene Presse noch viel gefährlicher für unsere Bestrebungen als die Presse bestimmter feindlicher Parteirichtungen. Gegen die Gedankengänge, die der Geistliche im Talar beibringen will, können sich die Massen sehr leicht schützen, der Geistliche steht an bestimmter Stelle und trägt gleichsam die Uniform seines Amtes. Aber die parteilose Presse kommt unter der Maske des falschen Freundes in die Kreise der Arbeiter. (59)

Diese Kritik versuchte, die Illusionen der Revisionisten über die Parteilosigkeit bürgerlicher Zeitungen zu zerstören. Mehring beschrieb, wie die Frage der Mitarbeit sozialdemokratischer Journalisten an der Presse der Bourgeoisie aktuell wurde mit der Entwicklung der parteilosen Presse:

Kein sozialdemokratischer Schriftsteller konnte an eine Mitarbeit bei der "Kreuzzeitung" oder "Germania" oder "Nationalzeitung" oder "Freisinnigen Zeitung" denken; keines dieser Blätter hatte auch das geringste Bedürfnis nach sozialdemokratischen Mitarbeitern. Das wurde anders, als die sogenannte parteilose Presse aufkam, Wochenblätter wie die "Zukunft", oder Tageblätter wie der "Lokalanzeiger" und die "Morgenpost". (60)

Die Konzerne Ullstein und Scherl bemühten sich, um der Demonstration der Parteilosigkeit willen auch sozialdemokratische Parteimitglieder in die Redaktionen ihrer Zeitungen aufzunehmen. Maximilian Harden, Verleger der bürgerlichen Wochenschrift ZUKUNFT, warb zwar vergeblich um die Mitarbeit von Engels, Bebel und Liebknecht, gegen die er daraufhin um so heftiger polemisierte, zugleich jedoch wurde das sozialdemokratische Parteimitglied Georg Bernhard sein Mitarbeiter.⁶¹⁾ Die Partei sah sich veranlaßt, eine Entscheidung über die Frage der Mitarbeit sozialdemokratischer Journalisten an bürgerlichen Zeitungen zu fällen. Damit entschied sie zugleich über den revisionistischen oder marxistischen Charakter der Pressepolitik der Partei. Der Vorstand reagierte auf Mehrings Kritik an der Tätigkeit Bernhards mit einer Erklärung, die 1903 im VORWÄRTS veröffentlicht wurde:

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Preßunternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird? Antwort: Nein!
2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft? Die Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen. Im Interesse der Partei sowohl im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauens-

stellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen. (62)

Die Erklärung des Parteivorstandes trifft eine Unterscheidung zwischen der Parteipresse und der parteilosen mit der moralischen Kategorie "gehässiger oder hämischer Kritik" an der Sozialdemokratie. Durch deren Vorhandensein oder Nichtvorhandensein sollen beide Formen der bourgeoisen Presse bestimmt sein. Die politische Bestimmung der Parteilosigkeit als besondere Form der Parteilichkeit, der parteiungebundenen Presse als bestimmte historische Form der bourgeoisen Presse geht in diese Unterscheidung nicht ein. Eine Konsequenz dieser Erklärung war die erfolgreiche Anwerbung von Sozialdemokraten durch die bürgerliche Presse. Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, unter ihnen die Reichstagsabgeordneten Vollmar und Heine, wurden Mitarbeiter bourgeoiser Zeitungen. Bernhard avancierte 1913 zum Chefredakteur der VOSSISCHEN ZEITUNG. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Cöhre und andere Parteimitglieder wurden Mitarbeiter der BERLINER MORGENPOST.⁶³⁾

3. Entstehung der Massenpresse im Krieg

a. Pressekonzentration und Zensur

Trotz der überragenden Zeitungskonzerne Scherl, Mosse und Ullstein kann von einer fortgeschrittenen Pressekonzentration vor dem ersten Weltkrieg nicht gesprochen werden. 53 Prozent der deutschen Zeitungstitel erschienen weniger als sechsmal wöchentlich, fast 26 Prozent nur dreimal. Durchschnittlich wurden die Zeitungen in einer Auflage von 8 600 Exemplaren gedruckt. Erst die Kriegswirtschaft beförderte die Konzentration der Presse. Es waren vor allem kleine Zeitungen und Nebenausgaben, die im Krieg bankrottiierten. Die Auflagen der Zeitungen, die von 1914 bis 1918 ihr Erscheinen einstellten, lagen mit 4 700 Exemplaren weit unter dem Durchschnitt der Vorkriegszeit. Währenddessen konnten die Konzernzeitungen ihre Auflagen erheblich steigern.⁶⁴⁾ Diese Konzentrationsbewegung war begründet sowohl in dem Rückgang des Annoncengeschäfts als auch den Zensurmaßnahmen des Staatsapparates.

Unter den Bedingungen des Krieges suchte das Kapital nur beschränkt in der Zivilbevölkerung die Käufer seiner Waren. Jetzt produzierte es große Warenmassen für das Heer, als dessen Käufer der Staat auftrat und dem gegenüber der Kapitalist gern auf das Annoncieren seiner Waren verzichten und zu den geringeren Kosten verursachenden Lobbyisten und Bestechungen greifen konnte. Die Presse begann mit dem Straßenverkauf von Extrablättern. Sie gewannen für die Massen in dem Maß an Bedeutung, wie der Kriegsverlauf alle Verhältnisse, auch die des einzelnen Arbeiters bestimmte.

Die staatliche Zensur versuchte durch verschiedene Maßnahmen den Vertrieb der Extrablätter einzuschränken. Sie unterwarf sie der Genehmigungspflicht durch die Kommandantur, verfügte die Kontingentierung des Druckpapiers und den kostenlosen Druck von Aufrufen und Annoncen, die Wohltätigkeitszwecken dienten, während die Reichspostverwaltung unmittelbar vor dem Erscheinen der Extrablätter einen kurzgefaßten Heeresbericht in den Amtslökalen aushängte.⁶⁵⁾ Das Ziel der Zensurmaßnahmen sollte sein, gerade die als "Amerikanisierung" oder "Sensationsberichterstattung" verstandene Entwicklung zu verhindern, wie sie besonders in den Extrablättern Gestalt annahm. Das "Volksgemüt unnötig zu erregen" sollte vermieden werden.⁶⁶⁾

Unsere Zeitungen sollen nicht schreiben, was das Volk gerne hört und was demzufolge den Strassenverkauf der Blätter ergiebiger macht. Sie sollen zu den geistigen Führern des Volkes gehören und schreiben, was ihm nützt. Und darum dürfen sie nicht auf Augenblickswirkung hinarbeiten, sondern sie müssen weiter blicken. (67)

Der Chef der Presseabteilung des Großen Generalstabes, Major Nicolai, erklärte:

Seit Kriegsbeginn findet sich in unserer Presse mehr und mehr die Tendenz, durch fettgedruckte, zum Teil sensationelle Überschriften auf den Leser eine Wirkung auszuüben, die nicht gutzuheißen ist. Das ist der Anfang einer Entwicklung, die man als amerikanisch bezeichnen muß. (...) Die amerikanischen Verhältnisse erklären sich durch das häufige Erscheinen der Blätter am Tage und durch die Jagd nach dem penny, Gesichtspunkte, die bei der deutschen Presse fortfallen. Wenn die Presse zu sehr dem Sensationsbedürfnis des Einzelnen Rechnung trägt, so wird dadurch

eine Verflachung und Verseichnung in der Ansicht des Publikums hervorgerufen. (...) Lessing hat einmal gesagt: "Eine Überschrift soll nicht ein Küchenzettel sein." Aus der Überschrift darf also nicht der ganze Inhalt eines Artikels oder einer Meldung zu sehen sein. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn große Ereignisse durch entsprechende Überschriften hervorgehoben werden, sicher aber ist es falsch, Überschriften anzuwenden, die falsche Hoffnungen erwecken, wo besondere Zurückhaltung am Platze wäre. Denn so zeigen wir dem Gegner das Ziel unserer Wünsche. Wir versetzen unser Volk in den Zustand einer gewissen Blasiertheit den Kriegsereignissen gegenüber und rufen Enttäuschungen hervor, wenn die angekündigten Erfolge ausbleiben sollten. (68)

Diese Schilderung findet ihre Bestätigung in journalistischen Selbstdarstellungen.⁶⁹⁾ Doch ihr erklärtes Ziel erreichte die Zensur nicht. Vielmehr beschleunigten die gegen die "Amerikanisierung" gerichteten pressepolitischen Maßnahmen die Konzentrationsbewegung und bereiteten die Verwandlung von Generalanzeigern in Massenzeitungen vor.

Das Ende des Krieges schloß die klassenmäßige Trennung von Nachrichtenpresse und bürgerlicher Massenpresse ab. Ein Teil der Generalanzeiger kehrte zu der Gestalt zurück, die sie vor dem Kriege besessen hatten, "zu der bürgerlichen Einfachheit ihrer Alltagsphysiognomie", wie die FRANKFURTER ZEITUNG auch sich selbst beschrieb⁷⁰⁾, während die sich zur Massenpresse wandelnden Generalanzeiger die vom Krieg hervorgebrachte Typographie beibehielten und weiter ausformten. Der BERLINER LOKAL-ANZEIGER, den der Hugenberg-Konzern 1916 aufgekauft hatte, erreichte am Ende der Weimarer Republik eine Auflage von 250 000 Exemplaren, Ullsteins BERLINER MORGENPOST eine von 600 000, die vom selben Konzern herausgegebene BZ AM MITTAG eine von 200 000 Exemplaren.⁷¹⁾

b. Einführung neuer Vertriebsformen, Spezialisierung der journalistischen Arbeit, Zeitungsinhalt und Umbruch

Eine wichtige Unterscheidung zwischen der Nachrichtenpresse und der bürgerlichen Massenpresse stellte der Vertrieb dar. Die Massenzeitungen behielten die mit den Extrablättern entwickelte

Vertriebsform bei. Sie waren nicht nur im Abonnement, sondern auch im Straßenverkauf erhältlich.⁷²⁾ Dieser Straßen- und Kioskhandel wurde zur vorherrschenden Form des Verkaufs der Massenzeitungen an die Arbeiter. Die Bedingung dafür war die Herausbildung der Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz. In Berlin orientierten sich die flächenmäßig relativ kleinen Produktionsstätten in den siebziger Jahren an den bestehenden Wohngebieten der Arbeiter. Die Gründerzeit verdichtete diese Gebiete und trieb die Bodenpreise in phantastische Höhen. Bis 1895 befanden sich die proletarischen Wohnviertel und die Standorte der Betriebe in relativer Nähe. Sie waren durch ein Arbeitertransportsystem ausreichend miteinander verbunden: Die Ringbahn war 1882 fertiggestellt worden; Pferdebahnlinien dienten als Zubringer. Die Arbeiter benötigten ca. eine halbe Stunde Wegezeit. Nach 1895 beginnt jedoch die zunehmend kriegsorientierte Produktion zu expandieren. Das Kapital ist zur Ausdehnung seiner Produktionsanlagen gezwungen, die jedoch in den bisherigen Standorten, zumal unter den Bedingungen der extrem hohen Grundpreise, nicht möglich ist. Die Abwanderung vor allem der flächenintensiven Produktionsstätten in die Peripherie setzt ein. Vorortbahnen verbinden seit 1895 diese Produktionsstätten mit den proletarischen Wohnvierteln. Ein neuer Typ des Arbeiters entsteht: der Pendler. Ein- bis zweistündige Wegezeiten werden allgemein.⁷³⁾ Unter dieser Bedingung verändert sich der Tagesablauf der Arbeiter. Bisher war es ihnen möglich gewesen, während der zweistündigen Mittagspause in ihre Wohnungen zurückzukehren. Seit der Jahrhundertwende wird auf Grund der langen Wegezeiten die "englische", d.h. durchgehende Arbeitszeit mit kurzen Pausen vorherrschend. Die Arbeiter halten sich während des ganzen Arbeitstages in den Standorten der Produktionsstätten auf. Sie verlassen während der kurzen Mittagspause die Fabriken nur, um auf der Straße das Essen, das die Frauen ihnen bringen, zu verzehren. Arbeitertransportsystem und Arbeitszeit verursachten auf diese Weise die Zusammenballung der Arbeiter außerhalb der Wohnungen und Fabriken während des frühen Morgens auf den Vorortbahnen bei der Fahrt zum Arbeitsplatz, auf der Straße bei der Mittagspause und abermals auf den Vorortbahnen am Abend bei der Fahrt in die Wohnung. Darauf baute das Vertriebssystem der Massenzeitungen auf. Sie wurden morgens,

wie der BERLINER LOKAL-ANZEIGER oder die BERLINER MORGENPOST und mittags, wie die BZ AM MITTAG in Kiosken auf den Bahnhöfen und von Straßenverkäufern den Massen feilgeboten.

Eine andere wichtige Voraussetzung dafür, daß diese Presse zur Lektüre der Arbeiterklasse werden konnte, hatten bereits die Generalanzeiger durch die Spezialisierung der journalistischen Arbeit und die Veränderung des Zeitungsinhaltes geschaffen. Angesichts der anschwellenden Masse des Nachrichtenmaterials, das Korrespondenten, Agenturen und Korrespondenzbüros lieferten, spezialisierte sich die journalistische Arbeit zunehmend auf das Sichten und Ordnen, auf die Auswahl und Bearbeitung dieses Materials. Gleichzeitig nahm auch das Verhältnis von Journalist und Verleger organisatorische Gestalt an, in ständischen Verbänden: 1894 wurde der Verein deutscher Zeitungsverleger gegründet, ein Jahr darauf der Verband deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine.⁷⁴⁾ Entsprechend der journalistischen Arbeit veränderte sich der Zeitungsinhalt. In den vierziger Jahren war der Hindelsteil als selbständiger, vom übrigen Inhalt abgesonderter Teil entwickelt, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die innen- und kommunalpolitische Berichterstattung. Erst in den Generalanzeigern traten, vor allem an die Stelle der Leitartikel und der politischen und wirtschaftlichen Berichterstattung, Artikel über lokale Ereignisse, Verbrechen, Unfälle, Katastrophen, Skandale, Sportereignisse.⁷⁵⁾

Die Veränderung der journalistischen Arbeit begann sich auch in der Zeitungsform durchzusetzen und erlebte unter dem Schlagwort der "Amerikanisierung" der Presse heftige Debatten in der Branche. Die Rubrizierung des Zeitungsinhalts, bislang orientiert an seinen sachlichen Eigenschaften, in Auslands- und Inlandsnachrichten, politische, wirtschaftliche und lokale Nachrichten etc. löste sich auf zugunsten einer Anordnung des Materials, die durch verkaufstechnische Kriterien wie "Aktualität" und "Interessanz" bestimmt sein sollte. Die Bedeutung, die das Umbrechen der Zeitung für den Produktionsprozeß erlangte, brachte in der Spezialisierung der journalistischen Arbeit den Umbruchredakteur hervor, der den "rein technischen"⁷⁶⁾ Teil der Arbeiten des Chefredakteurs übernahm. Bestand dieser noch

vor dem Kriege darin, daß die Umbruchredakteure "auf Grund ihrer Übung und Erfahrung nach bestimmten Anweisungen, die ihnen beim Abschluß gegeben wurden, im einzelnen die Kolumnen selbständig umbrachen"⁷⁷⁾, sollten sich im Krieg ihre Kompetenzen erheblich ausdehnen. In der Kriegsberichterstattung wurde die bisherige Zeitungsform abgelöst von Drucktechniken, die Einrahmungen, Einzüge, Fettdruck, Durchschüsse etc. regelmäßig verwendeten. Die Typographie nahm oft über die ganze Seite laufende Schlagzeilen bis zum siebenfachen Cicero auf. In Gestalt des Umbruchredakteurs überwältigte der Produktionsprozeß der Zeitung vollständig die sachlichen Eigenschaften der Nachrichten. Die Aufgabe des Umbruchredakteurs, Texte zu kürzen oder gegen andere auszuwechseln, setzte sich gegenüber den redaktionellen Entscheidungen nach Maßgabe des sensationellen Charakters der Artikel durch. War noch vor dem Kriege der Umbruch eine Arbeit "der jüngeren Kräfte, der Schlußredakteure, die in dieser Tätigkeit ihre Ausbildung vollendeten", so wurde sie jetzt zur "Sache der erfahrensten und geschicktesten Kräfte in der Redaktion"⁷⁸⁾.

Die bürgerliche Massenpresse war damit so fortgeschritten, daß sie alle wesentlichen Merkmale aufwies, die diese Presse bis heute charakterisieren. Die Analyse ihrer gegenwärtigen Gestalt muß bei der Lizenzpolitik der westlichen Alliierten ansetzen, da sie das Fundament für die weitere Entwicklung der Presse nach der militärischen Niederschlagung des Faschismus bildete und nach eigenem Bekunden vom Typ der bürgerlichen Massenpresse Abschied nehmen wollte.

4. Entwicklung der Presse in der Bundesrepublik

a. Prinzipien der Lizenzpolitik

Die Kritik der amerikanischen Besatzungsmacht an der Presse im nationalsozialistischen Deutschland folgte der Totalitarismus-Theorie und charakterisierte sie als "Monopolisierung der öffentlichen Meinung" durch die nationalsozialistische Führung:

Die Nazis hatten die Oppositionspresse verboten;
demokratische Herausgeber, Journalisten und Ver-

leger ins Exil, in die innere Emigration oder in Konzentrationslager getrieben; die finanzielle Kontrolle über die Zeitungen und die technischen Einrichtungen der Presse erworben; die Aufmachung und den Inhalt der Zeitungen diktiert und alle Nachrichten über Regierungs- oder halboffizielle Presseagenturen geleitet. (79)

A.L. Pope, der Direktor der Information Services Division in Berlin, erklärte, die Presse habe, beginnend mit Hugenberg und unter Hitler den Höhepunkt findend, in dem Materndienst ein System entwickelt, "bei dem die Nachrichten zurechtgemacht und verbogen wurden, damit der einfache Leser, der Mann auf der Straße, im dunklen tappen sollte über das, was im eigenen Land oder in der Welt tatsächlich vorging"⁸⁰⁾. Diese Darstellung enthält wesentliche Elemente der Manipulationstheorien. In ihr erscheint die nationalistische Führung als geschichtliches Subjekt, welches sich dadurch die Massen zu Willen gemacht habe, daß diese vermittels manipulativer Maßnahmen von der Wahrheit ausgeschlossen blieben. Auf diese Weise sollen sich die Interessen der Herrschenden in den unwissenden Unterdrückten durchgesetzt haben. Den Massen, zum "Mann auf der Straße" vereinzelt, wird der Status eines Opfers der Manipulation zugebilligt. Die faschistische Herrschaft verliert damit ihren Charakter einer Klassenherrschaft, und es treten ich gegenüber eine klassenmäßig unbestimmte Mehrheit einzelner und eine ebenso unbestimmte Minderheit, die, über die Wahrheit verfügend, Geschichte macht. Die geheimen Lagerberichte des Sicherheitsdienstes der SS, die Spitzelberichte über das Verhalten der deutschen Bevölkerung sammelten⁸¹⁾, enthalten jedoch eine Fülle von Beispielen dafür, welches Mißtrauen die Leser der Presseberichterstattung während des Krieges entgegenbrachten. Häufig löste sie gerade gegenteilige Spekulationen und Gerüchte aus. Lebensmittelrationierungen, Dienstverpflichtungen, steigende Arbeitshetze, das Schicksal der Verwandten an der Front waren handfeste Hinweise auf die wirklichen Verhältnisse, über die die Presse nicht hinwegtäuschen konnte. Immer wieder, so klagten die Spitzel, werde "geäußert, daß alles, was in der Zeitung steht, und was der Rundfunk bringt, 'berechnet' sei. Es werde 'auch zugeteilt, was man wissen darf'."⁸²⁾ Oder: "Das jetzige 'Aufdrehen' der Presse wird teilweise schon wieder als 'Propaganda' bezeichnet. Die 'plötzliche Schwarzmalerei' (...) habe

wohl in erster Linie den Zweck, Maßnahmen wie die Arbeitspflicht der Frauen zu begründen."⁸³⁾ Diese Berichte illustrieren die Erfolglosigkeit der Bemühungen der nationalsozialistischen Zeitungen, den Lesern glaubhaft zu erscheinen, die reale Ohnmacht dieser Presse. Sie widersprechen der Vorstellung vom manipulierten Leser.

Dieses Verhältnis geht in die Kritik der amerikanischen Besatzungsmacht nicht ein. Vielmehr orientiert sie sich an der Erscheinungsform der Presse und sammelt eine Reihe von Merkmalen, deren Einheit sie als "nationalsozialistisch" identifiziert. Die "Betriebsanweisung für die Presse Nr. 1" ordnete die Liquidierung dieser Merkmale und damit dieser spezifischen Erscheinungsform an:

Der allgemeine Umbruch der Zeitung wird die typographische Aufmachung, welche die nationalsozialistische Presse charakterisierte, vermeiden. Für den Nationalsozialismus oder den deutschen Militarismus typische oder von ihnen eingeführte Worte, Ausdrücke, Schlagworte sind nicht zu verwenden. Ebenso ist die Verwendung von typographischem Schmuckwerk, Symbolen, Abzeichen nationalsozialistischen Inhalts oder nationalsozialistischen Ursprungs untersagt. (84)

Die Anordnungen der Direktive JCS 1067 zur "Kontrolle über die öffentlichen Informations- und Nachrichtenmittel" enthielten ausschließlich verwaltungstechnische Maßnahmen. Ihr politisches Ziel blieb unbestimmt. Das Verhältnis der aufzubauenden Presse zur Besatzungsmacht wurde in dem am 12. Mai 1945 ausgegebenen "Manual for the Control of German Information Services" festgelegt:

Die Nachrichtenkontroll-Offiziere werden mit deutschem Personal dreier Kategorien zu tun haben: mit Lizenzträgern, mit Angestellten der Lizenzträger und mit direkten Angestellten der alliierten Nachrichtendienste. (...) Die Angestellten werden ausführende Organe alliierter Befehle sein, die Lizenzträger Interpreten der alliierten Zielsetzungen (...) (85)

Diese Bestimmung der Presse zum Interpreten einer selbst überparteilich auftretenden Staatsgewalt blieb in der Direktive JCS 1779 an die amerikanische Militärregierung erhalten, die die amerikanische Politik des Kalten Krieges fixierte:

Sie haben Organisationen und Möglichkeiten für das Funktionieren derjenigen Nachrichtenmittel

zu schaffen und aufrechtzuerhalten, die geeignet sind, die Ziele Ihrer Regierung zu fördern. (86)

Beide Anweisungen sind insofern von Bedeutung, als zeitlich zwischen ihnen die Verkündung der Truman-Doktrin liegt. Vor dem Hintergrund des öffentlich vollzogenen Bruchs der Anti-Hitler-Koalition lassen sie den politischen Charakter formeller Bestimmungen erkennen. In beiden wird die Aufgabe der Presse festgelegt, Zielen zu entsprechen, ohne daß deren Inhalte ausgewiesen wären. Die Wendung zur Politik des Kalten Krieges vollzog sich deshalb, ohne daß die bloß formell fixierte Aufgabenstellung der Presse hätte geändert werden müssen. Lediglich ihre Verantwortlichkeit wechselte. Galt sie zunächst den Alliierten, so jetzt der amerikanischen Besatzungsmacht allein. In sich selbst barg die Presse aufgrund dieser Festlegung ihrer Aufgaben gar keine Möglichkeit, gegen die Wandlung der amerikanischen Pressepolitik zu opponieren.

Die Abhängigkeit der Presse von der Besatzungsmacht war vollständig. Ausschließlich den Organen der Militärregierung blieb der Akt der Lizenzierung von Zeitungen vorbehalten. Die "Betriebsanweisung für die Presse Nr. 1" sicherte dieses Verhältnis mit detaillierten Bestimmungen über die Gestalt der Zeitung. Eine Bedingung für die Abhängigkeit der Presse von der Besatzungsmacht war ihre Absonderung von allen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen. Die amerikanische Militärregierung wünschte eine

unabhängige Presse zu ermutigen, die von keiner Gruppe, weder einer politischen noch wirtschaftlichen oder staatlichen subsidiert wird, und eine tatsächliche Berichterstattung mit scharfer Trennung zwischen Nachrichten und Meinung zu ermutigen. (87)

Pope interpretierte die Aufgabe der Presse: "In der Welt geschieht immer etwas, jeder Tag bringt neue Ereignisse, und es ist selbstverständlich, daß es für die Zeitungen eine Notwendigkeit ist, neue Nachrichten als Neuigkeit den Lesern zu vermitteln." (88) Schon in der Wahl der Zeitungsnamen folgte die amerikanische Besatzungsmacht, die ihre eigenen Propagandainstitutionen "Informations"-Abteilungen nannte ("Information Control Division", "District Information Services Command"), der geforderten Objektivität der Presse. Der Titel konnte nicht

auf einen Inhalt verweisen, mit dem die Zeitung sich identifiziert hätte: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, FRÄNKISCHE PRESSE, MAIN ECHO, DER TAGESSPIEGEL, FRANKFURTER RUNDSCHAU. In Aachen erwo-gen die Offiziere der Pressekontrolle die Namen FREIE PRESSE und DIE WAHRHEIT, entschieden sich jedoch schließlich für den wenig programmatischen Titel AACHENER NACHRICHTEN.⁸⁹⁾

Formale Anweisungen bestimmten den Bezug der Weltnachrichten von den amtlichen Agenturen Allied Press Service und German News Service, die Technik der Kürzung und des Drucks, die Trennung der Nachricht vom Kommentar, dem die Besatzungspolitik zu kritisieren nicht gestattet war. So verwarnte die britische Pressekontrolle das WESTDEUTSCHE VOLKSECHO:

- a) Sie widmen dem Außenminister Molotow zu viele Zeilen. Sie sind verpflichtet, Mr. Bevin genau so viele Zeilen zu widmen. Auch müssen die Überschriften von Molotow und Bevin übereinstimmen und in jedem Fall die gleiche Größe haben. (90)

In solcher Formalität sah die Pressekontrolle die Objektivität gesichert. Tatsächlich jedoch machte sie die Parteilichkeit der Zensur deutlich. So wurde das WESTDEUTSCHE VOLKSECHO weiter verwarnt:

- b) Sie müssen aufhören, über eine Bodenreform zu schreiben. Sie dürfen diesen Wunsch zum Ausdruck bringen, aber nichts fordern.
- c) Der Angriff auf Beamte, Polizei, die von der Militärregierung eingesetzt sind, ist ein Verstoß gegen die Rechte freier Bürger. Auch sollten Sie Ihre Redakteure instruieren, nicht immer ehemalige Nazis anzugreifen. Sie geraten in Verdacht, Leute zu verfolgen.
- d) Sie haben kein Recht, eine politische Färbung zu zeigen. Eine Zeitung, die sich den Anweisungen einer Partei unterordnet, hat nicht das Recht, sich frei und demokratisch zu nennen. (91)

Untersagt wird der Versuch der Zeitung, sich mit den Interessen der Leser zu identifizieren, statt sie bloß anzumelden. Mit einem formalen Analogieschluß wird der antifaschistische Kampf mit der Judenverfolgung der Faschisten gleichgesetzt. Wie mit solchem Schluß das WESTDEUTSCHE VOLKSECHO schließlich endgültig verboten wurde, beförderte die Zensurpolitik die reaktionäre PASSAUER NEUE PRESSE zur populärsten Zeitung, die in der amerikanischen Besatzungszone herausgegeben wurde. Deren Verwarnungen

wegen "nationalsozialistischer Tendenzen"⁹²⁾ bedeuteten real die Billigung einer als ideologischer Agent des Kapitals tätigen Presse. Sie forderten lediglich die Anerkennung des alliierten Machtmonopols, das im Nationalsozialismus dieser Zeitung eine Konkurrenz erblickte. Das Amt des amerikanischen Hochkommissars gab freimütig Auskunft über das politische Ziel der Zensurmaßnahmen: "Die wenigen in der Folgezeit ausgesprochenen Betätigungsverbote waren in der Hauptsache gegen Zeitungen gerichtet, die für den kommunistischen Totalitarismus eintraten."⁹³⁾ Dabei konnte bereits die Forderung, dem Auftrag des Potsdamer Abkommens zu folgen und Dezentralisationsmaßnahmen in der Wirtschaft durchzuführen und den Faschismus auszurotten, als Eintreten für den "kommunistischen Totalitarismus" interpretiert werden. Keineswegs trafen Zensur und Verbot nur wenige Zeitungen. Insgesamt wurden bis zum Abschluß der Lizenzpolitik 169 Zeitungen in den Westzonen lizenziert. Allein eine unvollständige Liste, die der Verband der Deutschen Presse veröffentlichte, zählt zwölf Zeitungen auf, die insgesamt zweiundzwanzigmal von Erscheinungsverboten, zumeist für eine Dauer zwischen einem Monat und einem Vierteljahr betroffen waren. Nicht enthalten ist darin das Verbot, das 1948 in Bayern allen als kommunistisch identifizierten Blättern das Erscheinen für die Dauer eines Monats untersagte. Nicht enthalten ist ferner der Ausschluß kommunistischer Lizenzträger aus Verlagen, dem zum Beispiel Emil Carlebach von der FRANKFURTER RUNDSCHAU und Rudolf Agricola von der RHEIN-NECKAR-ZEITUNG zum Opfer fielen.⁹⁴⁾

Die antikommunistische Doktrin verschaffte sich in der Lizenzpolitik Geltung, schon bevor die Anti-Hitler-Koalition offen zerbrochen war. Ein Beispiel dafür stellt die Gründung der in dem amerikanischen Sektor Berlins verbreiteten Zeitung DER ABEND dar. Rechtzeitig vor den Wahlen zum Berliner Stadtparlament erschien sie zum ersten Mal. In der ersten Ausgabe heißt es: "Wir treten in einem Augenblick in die Öffentlichkeit, in dem die Berliner ihre politische Reifeprüfung durch die Wahlen ablegen sollen. Die letzte Phase des Wahlkampfes können wir noch begleiten."⁹⁵⁾ Die "Begleitung" bestand in täglichen Kommentaren, die massive antikommunistische Propaganda enthielten und sich schon zu dieser Zeit auf die Totalitarismus-Theorie stützten, indem sie die SED in die Nähe der NSDAP rückten.

Das geheime "Manual for the Control of German Information Services" bestimmte, wem die Lizenz zur Herausgabe einer Zeitung gegeben werden, und wer von den Lizenzen ausgeschlossen bleiben sollte. Adel, Großgrundbesitz, Zeitungsverleger, unabhängig davon, ob sie ihre Verlagsrechte dem nationalsozialistischen Amann-Konzern verkauft hatten oder nicht, wurden ebenso nicht als Lizenzträger zugelassen wie alle nach dem 1. April 1935 noch tätigen Journalisten.⁹⁶⁾ Die Auswahl der Lizenzträger hätte sich nach dieser Bestimmung auf die demokratischen Teile der Mittelklasse und das Proletariat beschränken müssen. Cedric Belfrage erinnerte angesichts der Kampagne gegen Emil Carlebach daran, daß zu diesem Kreis ausdrücklich Kommunisten gezählt wurden:

Wenn wir bei der Auswahl von Deutschen für die Presse Stellung gegen die Kommunisten als solche beziehen sollen, so müßte das in unseren Direktiven vorgesehen werden. Bis jetzt gibt es solch eine Anordnung nicht, und eine unserer Direktiven erwähnt vielmehr ausdrücklich die Kommunisten unter den Antifaschisten, unter denen wir nach Personal suchen sollen. (97)

Trotz der Zerschlagung der proletarischen Organisationen durch den Faschismus war es nach den Erklärungen der Psychological Warfare Division (PWD), die in der amerikanischen und britischen Zone unter anderem mit dem Aufbau der Presse beauftragt war, für die relativ einfach, unter den Sozialdemokraten und Kommunisten Lizenzträger auszuwählen. Dagegen bereitete die Auswahl der Kandidaten aus dem demokratischen Kleinbürgertum solche Schwierigkeiten, daß die Besatzungsbehörden, um den Sozialdemokraten und Kommunisten keine der Pluralität widersprechende Mehrheit einräumen zu müssen, die Kriterien für die demokratische Gesinnung und Zuverlässigkeit großzügiger setzen mußten, als die Anweisungen es zunächst erforderten.

b. Pluralistische Organisation der Herausgebergremien

Das Prinzip der Überparteilichkeit, das die Lizenzpolitik den Zeitungen abforderte, sollte organisatorisch durch eine pluralistische Leitung des Blattes gesichert sein. Für die Herausgabe einer Zeitung verlieh die PWD mehrere Lizenzen an Personen gegensätzlicher parteipolitischer Zugehörigkeit. So gehörten

als Lizenzträger der FRANKFURTER RUNDSCHAU an: Emil Carlebach (KPD), Hans Etzkorn (SPD), Wilhelm Karl Gerst (früher Zentrum), Otto Grossmann (parteilos), Wilhelm Knothe (SPD), Paul Rodemann (SPD), Arno Rudert (KPD). Die Lizenzträger der RHEIN-NECKAR-ZEITUNG waren: Rudolf Agricola (KPD), Theodor Heuss (FDP), Hermann Knorr (SPD). Noch deutlicher waren die Verhältnisse beim Redaktionsausschuß des SÜDKURIER. Ihm gehörten an: Hermann Dörflinger (CDU), Rudi Goguel (KPD), K. Grosshahns (SPD) und Hermann Fiebig (parteilos).⁹⁸⁾ Auf Grund dieser Organisation der Presse konnte keine Zeitung Partei nehmen, ohne die Gemeinsamkeit der Lizenzträger und damit die Existenz der Zeitung selbst zu zerstören. Das pluralistische Verhältnis kehrte in der Konkurrenz um die Anteile am Zeitungsraum wieder und bestimmte den Inhalt.⁹⁹⁾ Entsprechend konnte sich als das einzig Gemeinsame der Lizenzträger ihr Profitinteresse durchsetzen, das ihnen die Besatzungsbehörden auch ausdrücklich zugebilligt hatten:

Alle Einnahmen nach Abzug der Miete, Gebühren für Nachrichtendienste und besondere Zahlungen für requiriertes Material sind als Eigentum der Zulassungsinhaber anzusehen. Sie sind verpflichtet, das Unternehmen nach besten Geschäftsgrundsätzen zu betreiben. (100)

Dieses Profitinteresse sollte die Unabhängigkeit der Zeitungen sicherstellen:

Um zu verhüten, daß die neue Presse in die Hände von politischen, finanziellen oder anderen Interessen fällt, hat die Militärregierung Lizenzen nur an Einzelpersonen gegeben und jedes finanzielle Interesse an der Zeitung seitens anderer Personen oder Gruppen außer den Lizenzträgern selbst untersagt. (101)

Mit der Begründung, die Unabhängigkeit der Zeitung zu bewahren, wurde die Lizenzpresse den Interessen der Kapitalverwertung unterworfen, die sich im Kalten Krieg endgültig durchsetzten. Kommunistische und fortschrittliche Lizenzträger, die der amerikanischen Politik widersprachen, wurden ebenso wie liberale Presseoffiziere aus ihren Stellungen entfernt. Als Realisierung unabhängiger Zeitungen beförderte das pluralistische Konzept der Pressepolitik bürgerliche und parteilose Lizenzen zuungunsten der sozialdemokratischen und liberalen, liquidierte die kommunistischen und entschied so die Widersprüche in der Organisation der Lizenzpresse zugunsten des Kapitals.¹⁰²⁾

c. Voranschreiten der Pressekonzentration durch die Lizenzpolitik

Den Parteien war von der Militärregierung lediglich die Herausgabe von Flugblättern, Broschüren und später wöchentlichen Mitteilungsblättern gestattet worden. Bereits diese Publikationen mußten sich in Widerspruch zu den Bestimmungen der westlichen Alliierten setzen, deren politisches Ziel die Lähmung aller Bemühungen um die Organisation antifaschistischer Massenbewegungen und die Konsolidierung der Arbeiterorganisationen war.¹⁰³⁾ Im Konzept dieser Besatzungspolitik hatte eine Parteipresse als Mittel zur Organisation der Massen keinen Platz. Während der Industrie gestattet war, unzensurierte Werkzeitungen zu publizieren, und beispielsweise der Krupp-Konzern über eine eigene Presse- und Propagandaabteilung verfügte¹⁰⁴⁾, wurden in der Zeit der Lizenzierung von 1945 bis 1949 gegen allen Widerstand keine Parteizeitungen zugelassen.¹⁰⁵⁾ Diese Maßnahme bedeutete keine Veränderung in den Verhältnissen der Presse, sondern deren Fortsetzung. Mit dem Verbot der Parteipresse folgte die Lizenzpolitik dem Verwertungsprozeß des Kapitals, das in den Generalanzeigern für sich eine neue Anlagosphäre entdeckt hatte. Mit ihnen hatte die Liquidierung der Parteizeitungen eingesetzt, und die Lizenzpolitik garantierte, daß diese Entwicklung sich auch nach Abschluß der Lizenzierung weiter fortsetzen könnte.

Eine entsprechende Garantie lieferte die Bestimmung der Militärregierung, keine Heimatspresse mehr zuzulassen. Mit den im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entstehenden Zeitungskonzernen kündigte sich eine Veränderung in der Struktur der Presse zuungunsten der in kleinen Auflagen gedruckten, zumeist in Familienbesitz befindlichen Heimatzeitungen an, die bis dahin die Mehrzahl aller Zeitungen in Deutschland gebildet hatten. Begünstigt wurde die Konzentration der Presse durch den ersten Weltkrieg. Während die Konzerne Mosse, Scherl und Ullstein die Auflagen ihrer Zeitungen erhöhen konnten, mußten bereits bis zum Ende des Jahres 1914 etwa 800 Zeitungen ihr Erscheinen einstellen.¹⁰⁶⁾ Die zunehmende Konzentration der Presse ließ in der Weimarer Republik die Heimatzeitungen zunächst vom Hugenberg-Konzern abhängig werden, der im Gegensatz zu ihnen über

die avanciertesten Produktionsmittel verfügte. Sein Matern-
dienst versorgte die Heimatpresse mit fertigen Seiten politi-
scher Nachrichten, Reportagen und Leitartikeln. Die Weltwirt-
schaftskrise schaffte mit dem Konkurs von Zeitungen geringer
Auflagen Bedingungen für die weitere Durchsetzung des Konzerns
als der herrschenden Organisationsform des Monopolkapitals ge-
genüber der "freien Konkurrenz" der Heimatpresse. Dennoch blie-
ben im Vergleich zu England, Frankreich und den Vereinigten
Staaten die Besitzverhältnisse in der deutschen Presse breit
gestreut. Noch 1932 wurden 70 % der Zeitungen in Auflagen unter
5 000 Exemplaren gedruckt.¹⁰⁷⁾

Diese Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des Monopolkapitals
auf internationalem Niveau löschte der Faschismus aus. Bereits
in den Jahren von 1933 bis 1939 verringerte sich die Zahl der
Zeitungen erheblich. In den Verhältnissen der Kriegswirtschaft
schließlich ging die Heimatzeitung unter. Während 1937 Zeitun-
gen mit einer Auflage unter 8 000 Exemplaren noch 22 % des
Zeitungsmarktes versorgten, sank bis 1944 ihr Anteil auf 7,6 %.
An ihrer Stelle setzten sich die großen Regionalzeitungen mit
einer Auflage von wenigstens 60 000 Exemplaren durch.¹⁰⁸⁾ Die
Lizenzpolitik der westlichen Alliierten, die die Gründung von
Heimatzeitungen nach 1945 nicht zuließ, sicherte, daß auch
nach Beendigung der Lizensierung die Rückkehr der Heimatpresse
als neue Konkurrenz, wie sie von den Lizenzträgern befürchtet
wurde, nicht stattfinden konnte.¹⁰⁹⁾

Die kapitalistische Organisation der Presse ließ der Faschismus
unberührt. Das Vermögen der zerschlagenen Gewerkschaften bilde-
te vermutlich die finanzielle Grundlage für die Konzentration
der Presse im Amann-Konzern. Er übernahm Ullstein in den Eher-
Verlag, kaufte Mosse, die meisten Zeitungen des Scherl-Verlags
und bis dahin noch von diesen Konzernen unabhängig gebliebene
Blätter. Die bürgerlichen Verleger erhielten bei der Überfüh-
rung ihrer Zeitungen in den Konzern Abfindungen. Ihre Druckerei-
en blieben in der Regel in ihrem Privatbesitz, ebenso wie ihnen
die Profite aus den Druckaufträgen erhalten blieben. Heinz Ull-
stein lobte den Agenten des Eher-Verlages, Max Winkler, als
einen Geschäftsmann, "der seriös verhandelte. Ein Mann mit guten

Manieren, der auch keine erpresserischen Mittel anwandte. Das hatte er auch gar nicht nötig, denn die Herren Ullstein wollten auch verkaufen."¹¹⁰⁾ 1943 beherrschte der Konzern 82,5 % der Tageszeitungen in Deutschland. Die Maßnahmen der westlichen Alliierten, die auf die Liquidierung der Heimatzeitungen ebenso wie der Parteipresse zielten und die Schaffung eines Systems großstädtischer und regionaler Zeitungen beabsichtigten, bauten auf Verhältnisse der Presse auf, deren Entwicklung das Resultat des Faschismus war.

d. Institutionalisierung des Abhängigkeitsverhältnisses der Journalisten von den Verlegern

Lizenzverleger und Journalisten organisierten sich in getrennten Verbänden. Die amerikanische Militärregierung beauftragte die Verlegerorganisationen mit der Auswahl und Ausbildung der Journalisten und überließ damit den Lizenzträgern eine wesentliche Kontrollfunktion, die die Journalisten weitgehend deren Interessen unterwarf. Um so mehr geschwächt blieb die Stellung der Journalisten, als sie eine Vereinigung ihrer Organisationen mit der Industriegewerkschaft Druck und Papier ablehnten und stattdessen in ständischen Verbänden organisiert zu sein wünschten. In diesem Entschluß drückt sich bereits der Erfolg des Auswahlprinzips der Verlegerorganisationen aus.¹¹¹⁾

Während bürgerliche Journalisten noch hofften, ihre Zeitung werde später einmal in eine Stiftung umgewandelt, die ihnen ein Mitspracherecht zugestehen würde, forderte schon im Oktober 1946 der Verein Bayerischer Zeitungsverleger, die Lizenzträger müßten "auch wirklich Inhaber ihrer Betriebe sein, nicht nur Treuhänder eines fremden Vermögensträgers (...)"¹¹²⁾ Fritz Eberhard, der der Redaktion der STUTTGARTER NACHRICHTEN angehörte, stellte fest, daß selbst Journalisten, wenn sie zu Lizenzträgern ernannt wurden, sich aufgrund ihrer Funktion zwangsläufig "nicht sehr viel anders als andere Verleger" verhielten.¹¹³⁾ Entsprechend bezeichnete der Vorsitzende des Bayerischen Zeitungsverlegervereins, J.W. Naumann, die Lizenzträger als "Arbeitgeber" und die Redakteure als "Arbeitnehmer".¹¹⁴⁾

Der Lizenzträger der RHEINISCHEN POST, Anton Betz, bestimmte das Verhältnis des Lizenzträgers zum Redakteur: "Da der Verleger die letzte Verantwortung trägt, muß im Falle der zwiespältigen Meinung die Entscheidung bei ihm liegen. Ist der Chefredakteur anderer Meinung, dann steht ihm der Wechsel zu einer ihm passenden Zeitung frei."¹¹⁵⁾ Diese Interpretation des Verhältnisses der Lizenzträger zu den Journalisten stützte sich ausdrücklich auf die Besatzungsmächte und war auch juristisch in dieser Weise fixiert. Darüber hinaus bestimmte die Muster-Betriebsvereinbarung, die im Februar 1948 zwischen dem Beauftragten des Verlegervereins und dem Bevollmächtigten der Gewerkschaften in der britischen Zone getroffen wurde:

Vor allem hat die Betriebsvertretung keinen Einfluß auf die redaktionelle und graphische Gestaltung der Zeitung und sonstiger Verlags-erzeugnisse. Ebenso bleibt die Haltung und Zusammensetzung der Redaktion frei von jeder Beeinflussung durch die Betriebsvertretung. (116)

Der Amann-Konzern wurde aufgelöst, die Produktionsmittel den ehemaligen Eigentümern zurückerstattet. Die Lizenzverlage wurden als Gesellschaften mit beschränkter Haftung institutionalisiert. Zwar stellte die Lizenz kein Eigentumsrecht dar, gleichwohl war den Lizenzträgern die Funktion von Zeitungsverlegern kapitalistischer Verlagsunternehmungen zugewiesen. Zugleich zeichnete sie die Lizenzpolitik mit einem außerordentlichen Privileg vor den deutschen Kapitalen in den Westzonen aus: ihr Monopol war staatlich geschützt. Dieses Monopol verbuchte in kurzer Zeit hohe Profite, und die Lizenzträger, die erst vor zwei oder drei Jahren sich mit einer symbolischen Einlage von 10 000 bis 20 000 Papiermark am Verlagsunternehmen beteiligt hatten¹¹⁷⁾, begannen längst vor der Aufhebung der Lizensierungsmaßnahmen, Pläne für die Bildung von Konzernen zu entwickeln.¹¹⁸⁾

e. Abschluß der Lizensierungsmaßnahmen

Nach der Währungsreform, die besonders durch die Aufwertung der Anlagekapitale das Kapital in den Westzonen stärkte, hoben die westlichen Alliierten die meisten ihrer Kontrollen über die Lizenzpresse auf. Die Zeitungen erweiterten ihren Umfang und gingen zum täglichen Erscheinen über. Während bisher die Auf-

lagenhöhe von der Militärregierung festgesetzt worden war, bestimmte sie jetzt allein der Kauf der Zeitung. Frei vom staatlichen Reglement, stellte sich in der Zirkulationssphäre das Tauschverhältnis wieder vollständig her. Der Anteil der Finanzierung großstädtischer Zeitungen durch die annoncierenden Kapitale stieg innerhalb eines Jahres von ca. 12 % auf 40 % bis 50 %.¹¹⁹⁾ Bereits im Frühjahr 1949 wurde mit dem Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) ein Gremium gebildet, das sich aus Vertretern der annoncierenden Kapitale, der Presse und der Annoncenexpeditionen zusammensetzte.¹²⁰⁾ Der ZAW schaffte sich in der Informationsstelle zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) eine Kontrollinstanz, der gegenüber sich die Presse unter der Drohung des Annoncenboykotts zu detaillierten Angaben über Auflagenhöhe, Remittenden, Einzelverkauf, Abonnement und die drucktechnischen Möglichkeiten des Annonciens verpflichtete. Der ZAW arbeitete darüberhinaus ein Rahmenschema für Werbeträgeranalysen aus, nach dem die Zeitungen ihre Leser- und Verbreitungsanalysen anfertigen lassen. Inzwischen erfaßt die IVW "mehr als 99 v.H. der verkauften Zeitungsauflage"¹²¹⁾.

Mit der Verabschiedung der Landespressegesetze beendeten die westlichen Besatzungsmächte 1949 die Lizensierung der Presse. Die Lizenz verwandelte sich in ein Eigentumsrecht, das selbst gehandelt werden konnte. Die Eigentumsverhältnisse waren wieder vollständig hergestellt, so daß die Widersprüche zwischen Verlegern und Journalisten sich verschärften. Die Mittel für die Abfindung eines ausscheidenden Verlegers brachte der Verlag regelmäßig durch Kündigungen und Kürzungen der Gehälter und Honorare der Journalisten auf.¹²²⁾ Im Jahr nach der Währungsreform, in dem der Lizenzpresse das staatlich geschätzte Monopol noch erhalten geblieben war, konnte die Kapitalakkumulation der Verlage so weit fortschreiten, daß sie über moderne Produktionsmittel verfügten, die ihre Existenz auch in dem neuen Konkurrenzverhältnis sicherten, welches die Beendigung der Lizensierung herstellte.¹²³⁾ Die sogenannten Altverleger, frühere Verleger, die aufgrund ihrer Vergangenheit während des nationalsozialistischen Regimes zu Lizenzen nicht zugelassen worden waren, konnten jetzt über ihre bis dahin von den Besatzungsmäch-

ten beschlagnahmten Produktionsmittel wieder frei verfügen. Dieses neue Konkurrenzverhältnis beschleunigte die ersten Konzentrationsbewegungen. Nicht nur schieden Lizenzträger mit hohen Abfindungen aus Verlagen aus; kapitalstarke Personen und Gruppen kauften Lizenzträgern ihre Verlagsrechte ab. Altverleger, die ihre Druckereien an Lizenzverlage verpachtet oder im Lohndruckvertrag mit ihnen gestanden hatten, fusionierten jetzt mit diesen Verlagen oder gründeten eigene Zeitungen.

f. Kritik an revisionistischen Interpretationen der Resultate der Lizenzpolitik

Zwei in der DDR angefertigte historische Darstellungen über die Lizenzpresse¹²⁴⁾ setzen einen besonderen Widerspruch zwischen den Altverlegern und den Lizenzträgern. Demzufolge fürchteten, wie es bei Greuner heißt, "die demokratischen Kräfte mit Recht das massenhafte Wiedererstehen der Presseorgane, die dem Faschismus keinen Widerstand geleistet, sondern ihn geradezu unterstützt hatten"¹²⁵⁾. Der Verband der Deutschen Presse spricht in seiner Dokumentation von der Rückkehr der Altverleger als einen "Refaschisierungsprozeß"¹²⁶⁾ und von der mit dem Abschluß der Lizenzierung einsetzenden Pressekonzentration als einen "Konzentrations- und Faschisierungsprozeß"¹²⁷⁾. Begründet wird diese Interpretation sowohl personell mit der Rückkehr ehemaliger Nationalsozialisten in die Zeitungsredaktionen als auch ökonomisch mit der scharfen Konkurrenz der Altverleger, der die Lizenzpresse nicht gewachsen gewesen sei. Beiden Interpretationen muß widersprochen werden.

Daß während der faschistischen Herrschaft tätige Journalisten wieder in die Redaktionsstuben zurückkehrten, ist kein spezifisches Merkmal der Altverlegerpresse. In den Lizenzzeitungen fanden sie, entgegen der ursprünglichen Bestimmungen, gleichfalls Arbeit. So wurde unmittelbar nach der Aufhebung der Lizenzierung Emil Frotzcher, der als Chef vom Dienst in der Hamburger Tageszeitung der NSDAP und der DAF, dem HAMBURGER TAGEBLATT tätig gewesen war, Chefredakteur der Frankfurter ABEND-POST. August Horlacher, der ehemalige stellvertretende Chef-

redakteur des STUTTGARTER NS-KURIER, wurde Chefredakteur der STUTTGARTER ZEITUNG. Marcel Schulte, ehemaliger Chefredakteur der WESTDEUTSCHEN GRENZPOST, wurde Chefredakteur der FRANKFURTER NEUEN PRESSE. Karl Silex, ehemaliger Chefredakteur der DEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG, wurde Chefredakteur des Berliner TAGESSPIEGEL. Doch nicht erst nach der Beendigung der Lizenzierungsmaßnahmen wurde solchen Journalisten Zugang zur Lizenzpresse gewährt. Noch zur Zeit der Lizenzpolitik avancierten zum Beispiel Michael Weber, ehemaliger Redakteur beim TRIERER VOLKSFREUND, zum Chefredakteur der Koblenzer RHEIN-ZEITUNG und Erich Dombrowski, der ehemalige Chefredakteur des Frankfurter GENERALANZEIGER und spätere Mitherausgeber der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, zum Chefredakteur der Mainzer ALLGEMEINEN ZEITUNG.¹²⁸⁾

In der Presse der Bundesrepublik ging die Unterscheidung von Lizenzpresse und Altverlegerpresse ebenso rasch unter, wie der Tatbestand bedeutungslos wurde, ob ein Redakteur für nationalsozialistische Zeitungen gearbeitet hatte oder nicht. Die BILD-ZEITUNG ist ein illustratives Beispiel dafür: Rudolf Michael war von 1930 bis 1944 Redakteur beim HAMBURGER FREMDENBLATT. Peter Boenisch, frei von dieser Vergangenheit, wurde 1945 Redakteur der ALLGEMEINEN ZEITUNG. Beide avancierten zu Chefredakteuren der BILD-ZEITUNG.

Die ökonomische Interpretation argumentiert mit dem Hinweis auf die Konkurrenz, der die Lizenzzeitungen nach Beendigung der Lizenzierungsmaßnahmen durch die Zeitungsgründungen der Altverleger ausgesetzt gewesen sei. Der Verband der deutschen Presse zitiert in seiner Dokumentation dazu Angaben über die Auflagenverhältnisse, die der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films, Rudolf Vogel, 1953 machte: "Heute steht eine Auflage der sogenannten Lizenzpresse aus der Besatzungszeit mit etwa 7 Millionen einer Auflage von über 8 Millionen der sogenannten Altverleger gegenüber."¹²⁹⁾ Im Original heißt es jedoch: "Heute steht eine Auflage der sogenannten Lizenzpresse aus der Besatzungszeit mit etwa 7 Millionen einer Auflage von über drei Millionen der sogenannten Altverleger gegenüber."¹³⁰⁾ Walter Hagemann nennt für 1953 sogar ein Verhältnis der Auflagen der Lizenzpresse zu denen

der Altverlegerpresse von 11 bis 12 Millionen zu 3,5 Millionen.¹³¹⁾ Auch Pritzkolet bestätigt dieses Verhältnis.¹³²⁾

Die Darstellung, zu Recht sei durch die Rückkehr der Altverleger die Auferstehung einer Presse zu befürchten gewesen, die dem Faschismus nicht widerstehen könnte, geht von der Illusion aus, die Lizenzpolitik habe der von ihr aufgebauten Presse solch eine Widerstandskraft verliehen. Tatsächlich jedoch fügten sich Lizenzzeitungen und Altverlegerzeitungen bruchlos ineinander.

Die Lizenzpolitik tastete die kapitalistische Basis der Presse nicht an, sondern ersetzte lediglich die vollständig diskreditierten Nationalsozialisten durch bürgerliche Demokraten und führte die ökonomische Entwicklung der Presse unter dem Faschismus fort, indem sie sowohl den Untergang von Heimatzeitungen und Parteiorganen als auch die Herausbildung von Zeitungen mit großstädtischer und regionaler Verbreitung förderte. Das Resultat der Lizenzpolitik war die Auferstehung der Generalanzeiger. Aus sich selbst heraus, und nicht erst unter der Konkurrenz mit den Zeitungen der Altverleger, entwickelte die Lizenzpresse die ersten Pläne zur Pressekonzentration. Das Prinzip, Lizenzträger verschiedener Parteizugehörigkeit mit der Herausgabe einer Zeitung zu beauftragen, setzte als das Gemeinsame ihrer Interessen das Profitinteresse durch und garantierte auf diese Weise, daß die Zeitung zur Anlagesphäre des Kapitals wurde, sobald die Rekonstruktion des Marktverhältnisses in den Westzonen abgeschlossen war.

5. Zur Entwicklung der Massenpresse in der Bundesrepublik

a. Auflagenbewegung und Leserstruktur der Nachrichtenpresse und der bürgerlichen Massenpresse

Am Ende der Lizenzpolitik existierten in der Bundesrepublik 169 Zeitungen. Ihre Zahl stieg zunächst rasch an, um dann mit der einsetzenden Pressekonzentration beständig zurückzugehen. Die Zeitungsstatistik hat an verschiedenen Merkmalen, wie Zahl der Verlage als wirtschaftliche Einheiten, Ein-Zeitungs-Kreise,

publizistische Einheiten etc. diese Bewegung festgehalten.¹³³⁾ 1954 waren 501 Verlage als selbständige, nicht mit anderen kooperierende Unternehmen tätig. Bis 1967 sank ihre Zahl auf 380. Im selben Zeitraum stieg die verkaufte Auflage der Tageszeitungen von 13,4 Millionen auf 18 Millionen Exemplare¹³⁴⁾, das heißt weniger Verlage vereinigten auf sich in höherer Auflage verbreitete Zeitungen. Die Krise 1966 war für die Entwicklung der Presse von entscheidender Bedeutung. Die Statistik zeigt, daß der Konzentrationsprozeß in den sechziger Jahren einsetzt und von der Krise beschleunigt vorangetrieben wird. Die Zahl der in der Bundesrepublik erscheinenden Tageszeitungen stieg von 490 im Jahre 1956 auf 536 im Jahre 1961. Sie sank dann bis 1964 auf 527. Nur 1965 stieg die Zahl der Zeitungen noch einmal durch sieben Neugründungen. Im Jahre 1966 mußten 38 Zeitungen ihr Erscheinen einstellen. Es handelte sich um den stärksten Rückgang, den die Presse bis dahin erlebt hatte. War die Zahl der Zeitungen in den Jahren 1961 bis 1964 um durchschnittlich 0,6 % gegenüber dem Vorjahr gesunken, so waren es jetzt 7,1 %. Sie fiel seitdem kontinuierlich. 1970 existierten nur noch 447 Tageszeitungen.

Währenddessen stieg die verkaufte Auflage: 1961 verbreitete die Tagespresse 15,7 Millionen Exemplare, 1965 waren es 17,8 Millionen. 1966 stieg die Auflage sprunghaft auf 21,2 Millionen, d.h. daß der Zuwachs, der seit 1961 durchschnittlich 3,3 % gegenüber dem Vorjahr betrug, auf 19,1 % im Jahre 1966 anstieg. Von 1966 bis 1970 ging die Auflage auf 20,5 Millionen Exemplare zurück.

Der Bankrott eines Teils der Zeitungen und die Steigerung der Auflage eines anderen Teils beförderte einen Konzentrationsprozeß, in dem der Konzern Axel Springer AG eine hervorragende Stelle einnehmen konnte. 1968 vereinigte er 29,6 % der gesamten Auflage der Tagespresse auf sich und stellte damit den größten Zeitungskonzern in der Bundesrepublik dar. In weitem Abstand erst folgten die Gruppe WAZ (WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG), die Gruppe Süddeutscher Verlag, Societät/FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG und DuMont-Schauberg mit einem durchschnittlichen Anteil von jeweils 2,9 %.¹³⁵⁾

Entscheidenden Anteil an der Auflagensteigerung hatten die Straßenverkaufszeitungen, die in den Großstädten ihre Verbreitung fanden. Einige waren, wie DER ABEND und die NACHTDEPESCHE in den Westsektoren Berlins, die ABENDPOST in Frankfurt am Main und die ABENDZEITUNG in München noch zur Zeit der Lizenzpresse entstanden, andere, wie der Kölner EXPRESS und die TZ-MÜNCHEN wurden in den sechziger Jahren gegründet. Ihre Zahl blieb gering. Berechnet man sie nach publizistischen Einheiten¹³⁶⁾, so sank sie von 12 im Jahre 1954 auf 11 im Jahre 1964. Schneller jedoch sank im selben Zeitraum die Zahl der publizistischen Einheiten im Bereich der Abonnementzeitungen von 213 auf 172, so daß der Anteil der Straßenverkaufszeitungen von 5,3 % auf 6,1 % stieg. Diese wenigen Presseorgane waren jedoch in sehr großer Auflage verbreitet und sie konnten ihre Auflage erheblich mehr steigern als die Abonnementzeitungen. In den Jahren 1954 bis 1964 verzeichneten die Abonnementzeitungen einen Auf-
lagenzuwachs von 10,9 Millionen auf 11,3 Millionen verkaufter Exemplare, die Straßenverkaufszeitungen von 2,5 Millionen auf 5,4 Millionen. Der Zuwachsrate von 9,2 % steht so eine Zuwachsrate von 116 % gegenüber. Die Straßenverkaufszeitungen konnten in dieser Zeit den Anteil ihrer verkauften Auflage an der gesamten Auflage der in der Bundesrepublik verbreiteten Tagespresse von 18,7 % auf 31,2 % erhöhen.

Die BILD-ZEITUNG, die seit Juni 1952 erschien, war für diese Entwicklung von besonderer Bedeutung, da sie den überwiegenden Teil der Auflage der Straßenverkaufszeitungen auf sich vereinigte und damit die Bewegung der Auflagen wesentlich bestimmte. 1954 betrug der Anteil ihrer Auflage an der Gesamtauflage der Straßenverkaufszeitungen 54,4 %, bis 1964 war er auf 71,7 % gewachsen.¹³⁷⁾ Die Verbreitung der BILD-ZEITUNG beschränkte sich nicht auf eine Großstadt, sondern das Blatt entwickelte sich als einzige Straßenverkaufszeitung zu einem überregionalen Organ mit verschiedenen, in Hamburg, München und Westberlin gedruckten Ausgaben, zur größten Tageszeitung der Bundesrepublik, die täglich von fast einem Drittel der erwachsenen Bevölkerung gelesen wurde.

Einige statistische Angaben über die Struktur der Leserschaft gegen uns Aufschluß über die Unterscheidung von Nachrichtenpresse und bürgerlicher Massenpresse. Die folgende Tabelle vergleicht die soziale Struktur der Bundesrepublik, orientiert an Berufsgruppen, mit der Zusammensetzung der Leserschaft von Tageszeitungen und der BILD-ZEITUNG:¹³⁸⁾

	Gesamt- bevölkerung 14-17 Jahre	Leser pro Nummer von Tages- zeitungen insgesamt	Leser pro Nummer der BILD- ZEITUNG insgesamt
	%	%	%
Inhaber und Leiter von Unternehmen, freie Berufe, selbständige Gewerbetreibende	12	13	9
leitende Beamte und Angestellte	7	8	5
sonstige Beamte und Angestellte	24	25	23
Arbeiter	49	47	60
landwirtschaftliche Berufe	8	7	3

Den Angaben ist zu entnehmen, um wie viel der Anteil der Arbeiter an der Leserschaft der BILD-ZEITUNG größer ist als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, während in der Leserschaft der Tageszeitungen alle anderen Berufsgruppen mit Ausnahme der Arbeiter und der in der Landwirtschaft Tätigen überrepräsentiert sind. Daß dieses Verhältnis nicht allein die BILD-ZEITUNG charakterisiert, zeigen die folgenden Tabellen. Sie vergleichen zum einen die Zusammensetzung der Leserschaft der Kölner Massenzzeitung EXPRESS mit der Zusammensetzung der Bevölkerung im Verbreitungsgebiet dieser Zeitung, zum anderen die Zusammensetzung der Leserschaft der in Westberlin erscheinenden, bzw. in Westberliner Ausgaben verbreiteten Zeitungen DER TAGESSPIEGEL und DIE WELT mit ihrer Sonntagsausgabe WELT AM SONNTAG und Massenzzeitungen BZ und BILD-ZEITUNG im Vergleich zur Westberliner Gesamtbevölkerung:¹³⁹⁾

	Leser des EXPRESS %	Bevölkerung ab 14 Jahre %
Selbständige und freie Berufe	8	11
leitende Beamte und Angestellte	8	16
sonstige Beamte und Angestellte	31	33
Facharbeiter	37	25
Sonstige Arbeiter	16	13
landwirtschaftliche Berufe	0	2

	Arbeiter %	Angestellte %	Beamte %	Selbständige und freie Berufe %
BILD-ZEITUNG	67	16	6	11
BZ	61	23	7	9
DER TAGESSPIEGEL	14	40	27	19
DIE WELT / WELT AM SONNTAG	26	34	30	10
Bevölkerung	51	27	12	10

b. Entwicklung der "Bild-Zeitung"

Hans Dieter Müller¹⁴⁰⁾ beschreibt die Entwicklung der BILD-ZEITUNG in einer Abfolge von Phasen, die durch die einander ablösenden Chefredakteure bestimmt sind. Der ursprünglichen Konzeption einer Tagesillustrierten sei die "Phase der Anpassung an die Bedürfnisse des Marktes"¹⁴¹⁾ gefolgt. Müller beschreibt den Chefredakteur dieser Phase, Michael, als "Unterhaltungsmakler, der an die Stelle der Politik Gemüt und Tierliebe setzte"¹⁴²⁾. Nach seiner Parteinahme für die Deutsche Volkspartei, die Harzburger Front und die Faschisten sei er schließlich geendet in "Enttäuschung und Ernüchterung, die nun zu Abstinenz

rieten"¹⁴³⁾. Die Zeitung charakterisierte in dieser Phase dieselbe Abstinenz.¹⁴⁴⁾

Im Dezember 1958 wurde Michael von dem Chefredakteur Bezold abgelöst. Müller bezeichnet dessen Chefredaktion als "Übergangsphase"¹⁴⁵⁾. Bereits am Ende des Jahres 1960 löste der Verleger Bezolds Vertrag. Als die entscheidende Ursache nennt Müller die Entwicklung der Auflage der BILD-ZEITUNG: "Die verkaufte Auflage stagnierte dicht vor der Dreimillionengrenze und bei einer Zuwachsrate, die dem zahlenverwöhnten Management minimal erscheinen mußte."¹⁴⁶⁾

Der Chefredakteur Hagen übernahm im November 1960 die Leitung der Zeitung, die Müller als die Phase der "Politisierung"¹⁴⁷⁾ darstellt. Hagen habe "politischen Ehrgeiz"¹⁴⁸⁾, und die Zeitung sei in dieser Phase "zu einer Spielart massiver Massenpropaganda"¹⁴⁹⁾ geworden. Die Ablösung Hagens im Januar 1962 sei abermals in einer Auflagenstagnation begründet: Zwar "war die Auflage unter Hagen wiederum leicht um 140 000 Exemplare gestiegen, die erhoffte steile Aufwärtsentwicklung war aber ausgeblieben."¹⁵⁰⁾ Als Ursache nennt Müller die "übertriebene Politisierung"¹⁵¹⁾.

Die Eigenschaften des Chefredakteurs Boenisch, der Hagen folgte, seien der "unideologische Pragmatismus"¹⁵²⁾, der "pragmatische Verstand"¹⁵³⁾, ein "unideologischer Verstand"¹⁵⁴⁾. In dieser Phase charakterisiere ein "pragmatischer Kurs"¹⁵⁵⁾ die Zeitung, der sich dadurch auszeichne, daß sie "hin und her schwankte" zwischen einer "Masseninformationszeitung im MIRROR-Stil, die sich der Sorgen des 'kleinen Mannes' annimmt (...)" und eines "Journalismus der Anpassung an die umlaufenden Stereotypen, kalkuliert nur nach Verkäuflichkeit (...)"¹⁵⁶⁾.

Müllers "kritische Studie" ist selbst in der journalistischen Form der Reportage verfaßt. Wie Grunenberg's "Bilder aus der deutschen Presse"¹⁵⁷⁾ hätte sie in einer bürgerlichen Zeitung gedruckt sein können. So vermag sie nicht den Schein zu zerstören, den der Journalismus der Massenpresse über die Dinge und sich selbst breitet. Die Darstellung unterliegt diesem

Schein, und der Autor stattet ihn aus mit der Kritik seiner Moral. Er befürchtet, daß "Großorganisationen" wie der Pressekonzern "zu gesellschaftlichen Monstrositäten werden"¹⁵⁸⁾, und ihn ängstigt die "blinde Anbetung der Apparate"¹⁵⁹⁾. Die Zeitungsredaktion erscheint ihm als "beängstigend gut geöltes Instrument"¹⁶⁰⁾ und die Herstellung der Zeitung als "etwas Maschinelles, Fließbandartiges"¹⁶¹⁾. "Politisch unheimlich wird der BILD-Erfolg jedoch erst durch seine Konkurrenzlosigkeit."¹⁶²⁾ Unter den gesellschaftlichen Verhältnissen des Imperialismus sieht der Autor seine Hoffnung auf die liberale, in "freier Konkurrenz" der Individuen sich entfaltende Gesellschaft zur Illusion geraten. Dennoch fürchtet er die Forderung, den Konzern zu enteignen.¹⁶³⁾ Vom Springer-Hearing der Studentenbewegung zur Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen aufgefordert, lehnt er ab. "Ich habe, so scharf und kritisch ich mich mit dem Konzern auseinandersetze, den Standort des Historikers bezogen, der wissen wollte, was wirklich ist."¹⁶⁴⁾ Als solcher veranstaltet er "eine Reihe kritischer Einwände"¹⁶⁵⁾, hoffend, eine Öffentlichkeit "zu schaffen"¹⁶⁶⁾, mit welcher er die Wahrheit tauschen kann wie der Konzern seine Zeitung mit den Lesern. In dem Widerspruch des Individuums zu der es ängstigenden Masse findet der Kritiker den Bezug seines Gegenstandes zur Wirklichkeit. Er sieht die Herausbildung von "Großorganisationen" begründet in "einer Welt der Massenproduktion und des Massenkonsums"¹⁶⁷⁾. Während er so die Massenpresse noch als Resultat ihm allerdings unbekannt bleibender gesellschaftlicher Verhältnisse ahnt, interpretiert er die Entwicklung der BILD-ZEITUNG als Abfolge ihrer Chefredakteure, deren Charaktereigenschaften identisch sind mit denen der Zeitung. Die Abfolge selbst bleibt indessen unerklärlich. Nach "dreijähriger Beschäftigung mit dem Gegenstand"¹⁶⁸⁾ kommt Müller 1967 zu dem Schluß: "Wie sie (die BILD-ZEITUNG, d.V.) allerdings in einer wirtschaftlichen Depression reagieren würde, (...) ist kaum vorauszusagen."¹⁶⁹⁾ Über seine Beschäftigung ist dem Historiker die Krise 1966/67 entgangen.

Die von Müller genannten Gründe für die Ablösung der Chefredakteure können wir nicht gelten lassen. Unrichtig ist die Feststellung zu der Kündigung Bezolds, die "stürmische Aufwärts-

entwicklung" der Auflage habe sich nicht fortgesetzt.¹⁷⁰⁾ Diese Entwicklung war bereits seit 1956 abgebrochen. Als der Verlag 1960 den Chefredakteur entließ, stagnierte nicht die Auflage "dicht vor der Dreimillionengrenze"¹⁷¹⁾, sondern in diesem Jahr wurden zum ersten Mal über drei Millionen Exemplare verkauft. Ebenso wenig konnte die Zuwachsrate "dem zahlenverwöhnten Management minimal erscheinen"¹⁷²⁾. Unter Bezolds Chefredaktion war die Auflage um 256 773 auf 3 066 161 Exemplare gestiegen. Diese Steigerung war seit 1956 die höchste. (Im Vergleich dazu wurden unter der Chefredaktion Hagens 1961 nur 131 082 Exemplare mehr als im Vorjahr verkauft.) Wenn jedoch über den Verbleib oder die Entlassung eines Chefredakteurs die Angaben über die Entwicklung der Auflage "in Zweifelsfällen immer das letzte Wort sprechen"¹⁷³⁾ würden, bliebe unverständlich, weshalb der Chefredakteur Michael nicht bereits 1957 entlassen wurde, als die Auflage nur um 42 501 Exemplare gestiegen war (im Jahr zuvor waren es noch 718 713 Exemplare); und vor allem, weshalb dem Chefredakteur Boenisch erst 1971 gekündigt wurde, als die Auflage bereits vier Jahre lang kontinuierlich gesunken war. Die Informationssperre des Verlages läßt diesen Tatbestand unaufgeklärt. Wir dürfen annehmen, daß eher als die Auflagenentwicklung das personalpolitische Verhältnis des Verlegers zu den jeweiligen Chefredakteuren deren Einstellung und Kündigung entschied. So widersprach Bezolds Liberalismus Springers Politik in dem Augenblick, als der Verleger die BILD-ZEITUNG in ein Instrument der manifesten antikommunistischen Propaganda verwandelte. Und ebenso widersprach Hagens Propaganda für eine Allparteienregierung nach der Grenzschießung 1961 Springers Vorstellung von der Fortsetzung der Koalition der CDU/CSU mit der FDP und von der SPD als einer den Staatsapparat gefährdenden Partei.

Separate Währungsreform, Aufhebung des Preisstops unter Beibehaltung des Lohnstops und das Eröffnungsbilanzgesetz bildeten die wesentlichen Maßnahmen für die im Jahre 1949 beginnende Kapitalakkumulation. Sie ermöglichten die Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten des Monopolkapitals und den quantitativen und qualitativen Ausbau seiner Produktionskapazitäten. Der Prozeß der Konzentration des Kapitals und der Zentralisation

der Produktion setzte zu Beginn der fünfziger Jahre erneut ein. Erheblich nahmen das Wachstum der Monopole und die Zusammenfassung kleinerer Wirtschaftseinheiten zu Großunternehmen zu. Im Bereich der Industrie stieg die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit um durchschnittlich 4,6 % im Jahr. Entsprechend stieg die zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendige Warenmasse, nicht zuletzt durch die fortschreitende Unterwerfung der Arbeitskraft der Frauen unter die Kapitalverwertung: 1960 mußten in über 50 % der Arbeiterhaushalte mehrere Familienmitglieder ihre Arbeitskraft verkaufen.¹⁷⁴⁾ Wichtige Maßnahmen der Bourgeoisie zur Sicherung ihrer von neuem errungenen Macht bildeten in dieser Periode das 1952 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz und der Beitritt der BRD zur NATO im Jahre 1955.

Die seit Oktober 1948 von Axel Springer verlegte Lokalzeitung HAMBURGER ABENDBLATT stellte einen Kompromiß dar zwischen den Elementen der Nachrichtenpresse und der Massenpresse. Die erste Seite war dem Ressort "Politik" vorbehalten, die zweite der "Meinung", auf den folgenden erschien die umfangreiche Lokalberichterstattung. Die Zeitung enthielt bereits die später in der BILD-ZEITUNG ausgebildet wiederkehrende Form der human-interest-story und die vom DAILY MIRROR übernommene Inszenierung von Kampagnen. Das HAMBURGER ABENDBLATT kopierte die redaktionelle Organisationsform und das Vertriebssystem der bürgerlichen Zeitung HAMBURGER FREMDENBLATT und übernahm einen Teil dessen Personals, darunter den Anzeigenleiter und den Direktor, der als Seniorteilhaber in den Verlag eintrat. Das HAMBURGER ABENDBLATT stellte sich dar als "unabhängig" und "überparteilich", verhielt sich opportunistisch zu der sozialdemokratischen Regierung der Stadt und brach sehr schnell in die traditionelle Lesergruppe der sozialdemokratischen Presse ein.¹⁷⁵⁾

Im Juni 1952 erschien die BILD-ZEITUNG, der Werbetechnik der Generalanzeiger folgend, zunächst in einer Auflage von 250 000 Exemplaren kostenlos verteilt. Im Konzept des Verlages sollte sie eine täglich erscheinende Illustrierte sein. Die erste und die letzte Seite enthielten ausschließlich Bilder, der Text war zur Bildunterschrift geschrumpft. Die Innenseiten

entsprachen dem Teil "Vermischtes" im HAMBURGER ABENDEBLATT. Als Bilderzeitung sollte sie an der raschen Verbreitung des Fernsehens teilhaben, doch erwies sich dieses Konzept als erfolglos. Die Auflage stagnierte bei der Zahl der ersten kostenlos verteilten Exemplare.¹⁷⁶⁾

Die Umwandlung der BILD-ZEITUNG zur Massenpresse vollzog sich im Frühjahr 1953 mit der Kopie der englischen und amerikanischen Massenpresse. Lokalberichte erschienen bereits auf der ersten Seite. Nun wandelten sich der Text von der Bildunterschrift zur human-interest-story und das Bild zur Illustration des Textes. Schlagzeilen mit variabler Schriftgröße, Fettdruck und Einrahmungen bedurften einer Umbruchtechnik, die das System der Spalten und Sparten auflöste. Den Handsatz der Schlagzeilen lösten 1965 Großkegelsatzmaschinen Linotype Universa ab. Sie gestatten eine umfangreiche Schriftmischung und Größen von 6 bis 42 Punkt, so daß Versalschriften bis zu einer Bildgröße von 60 pt gegossen werden können. Mit der neuen Umbruchtechnik verloren die Ressorts, mit Ausnahme des für Sport zuständigen, ihre festen Platzrechte und traten in ein Konkurrenzverhältnis zueinander. Zum "Aufmacher" der ersten Seite konnte auf der täglichen Redaktionskonferenz jeder Text jedes Ressorts privilegiert werden, der den Kriterien der "Sensation" am ehesten entsprach.

Zugleich schaffte der Verlag eine wesentliche Bedingung für den massenhaften Verkauf der Zeitung. Er entsprach den Verwertungsinteressen der annoncierenden Kapitale und machte das Blatt zu deren Insertionsorgan. Seit März 1953 verbreitete es Annoncen. In einem halben Jahr verdoppelte sich die Auflage der BILD-ZEITUNG. Im März wurden noch 452 479 Exemplare verkauft, im dritten Quartal waren es bereits 960 379. In den folgenden Jahren stieg die Auflage um jährlich über eine halbe Million Exemplare, bis 1956 schließlich 2 594 798 Exemplare verkauft wurden.

Die Periode von 1956/57 bis 1961 in der BRD ist charakterisiert von einem Rückgang der Wachstumsraten der industriellen Produktion. Während noch 1955 ein Wachstum um 14,9 % gegenüber dem

Vorjahr verzeichnet wurde, war es 1958 auf 3,1 % gesunken. Die Entwicklung der gesamten Industrieproduktion wuchs verlangsamt weiter an. Einzelne Bereiche jedoch wurden erstmals von Krisen erfaßt. In der eisenschaffenden Industrie, im Kohlenbergbau und in der Textilindustrie sank die Produktion 1958 absolut.¹⁷⁷⁾ Die wichtigsten politischen Maßnahmen in dieser Periode, die die Restauration des Kapitals abschließen sollten, bildeten die Remilitarisierung, das Verbot der KPD, der Beitritt der BRD zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die ersten Pläne für eine Notstandsgesetzgebung und das Godesberger Programm der SPD.

Diese mit der Ideologie des Antikommunismus legitimierten Maßnahmen trafen nicht mehr auf einen solchen Widerspruch des Proletariats, der ihre Verwirklichung hätte gefährden können. Die KPD hatte bei der Bundestagswahl 1953 bereits nur noch 2,2 % der Stimmen erhalten. Seit der Niederlage der Gewerkschaften 1952 im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz hatten sie sich in die Rolle des "Sozialpartners" gefügt. In der zunehmenden Unorganisiertheit der Arbeiterklasse während der Rekonstruktionsperiode des Kapitals, in der die Propaganda der herrschenden Klasse die spezifischen Erscheinungen dieser Periode als "Wohlstand" darzustellen versuchte, fand die manifeste anti-kommunistische Propaganda der BILD-ZEITUNG in den Jahren 1956/57 bis 1961 ihre Bedingungen. Am Ende der fünfziger Jahre trat der Zustand relativer Vollbeschäftigung ein. Seit dem Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1956/57 war die Zahl der durch Arbeitskämpfe ausgefallenen Arbeitstage stark zurückgegangen. 1960 hatte sie ihren niedrigsten Stand erreicht.¹⁷⁸⁾ Zugleich sank der Anteil der im DGB organisierten Arbeiter und Angestellten.¹⁷⁹⁾

1956 brach der Verlag Axel Springer mit dem Kauf der Sperrminorität der Ullstein GmbH in den Zeitungsmarkt Westberlins ein, das als "Brückenkopf" für die Politik der Bundesrepublik und der Westmächte von zentraler Bedeutung war.¹⁸⁰⁾ Am 28. November 1958, einen Tag nachdem die Regierung der Sowjetunion in einer Note den westlichen Alliierten vorschlug, Westberlin den Status einer Freien Stadt zu verleihen, inszenierte die BILD-ZEITUNG ihre erste manifest antikommunistische Kampagne "Macht das Tor

auf!". In dieser Periode brach die bis dahin verzeichnete Kontinuität der Auflagensteigerung ab. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, der bisher regelmäßig über eine halbe Million Exemplare betragen und die Auflage annähernd linear in die Höhe getrieben hatte, schwankte jetzt von Jahr zu Jahr zwischen Abnahme und Zunahme, und erst 1961 war die Auflage um eine weitere halbe Million auf 3 197 243 Exemplare gestiegen.

Für die gesellschaftliche Entwicklung der BRD begann 1961 eine neue Periode. Die Politik des Kalten Krieges hatte mit der Schließung der Grenzen der DDR eine entscheidende Niederlage erlitten. Das wirtschaftliche Wachstum in der BRD verlangsamte sich. Die Bevölkerungsentwicklung stagnierte, mit der Grenzschießung war das Potential qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR erschöpft. Die Profitchancen verringerten sich, und das Schlagwort "Wohlstand für alle" wurde vom Schlagwort "Maßhalten" abgelöst. Seit 1961 verzeichnet die Statistik wieder eine Zunahme von Streiks.¹⁸¹⁾ 1966/67 wurden zum ersten Mal seit Kriegsende fast alle Wirtschaftszweige von einer Krise erfaßt.

Die BILD-ZEITUNG ist nach 1961 durch einen Rückgang der anti-kommunistischen Propaganda charakterisiert. Mit der Krise 1966/67 findet die Zeitung den Abschluß ihrer Auflagensteigerung. Bis dahin war die Auflage seit 1961 wieder wie in der Periode bis 1956 kontinuierlich gewachsen, jedoch um weniger als durchschnittlich eine Viertelmillion Exemplare jährlich. 1965 wurden 4 145 419 Exemplare verkauft. Im Jahr darauf sank die Auflage zum ersten Mal, um 26 299 Exemplare. Die Krise 1966/67 leitete den großen Auflagenrückgang des Blattes ein. Bis zum zweiten Quartal 1973 sank die Auflage auf 3 461 966 Exemplare, d.h. die BILD-ZEITUNG verlor in dieser Zeit über eine dreiviertel Million Käufer. 1966 erschien die letzte Leseranalyse der BILD-ZEITUNG, die der Konzern der Öffentlichkeit preisgab. Ihr ist für das Jahr 1965 zu entnehmen, daß 57 % der Leser des Blattes Arbeiter waren.¹⁸²⁾ Nach 1966 veröffentlichte der Konzern lediglich zwei Verbreitungsanalysen, für 1967 und 1970. Aus ihnen ist zu ersehen, daß der Rückgang der Auflage in den Großstädten überdurchschnittlich hoch war. Während die Gesamtauflage in dieser Zeit um 5,1 % sank, betrug der Rückgang in den Städten über 500 000 Einwohner 8,7 %.¹⁸³⁾

Die Darstellung der Geschichte der Massenpresse beantwortet die Frage, worauf die Verbreitung dieser Presse sich stützt. Vor allem die Untersuchung des Verhältnisses des Opportunismus in der Sozialdemokratie zur Generalanzeigerpresse vor dem ersten Weltkrieg und die Untersuchung der pluralistischen Prinzipien der Lizenzpolitik verweisen darauf, daß der Reformismus die Grundlage für die Massenpresse bildet. Wir werden dies später exemplarisch an den Kampagnen der Zeitungen und an ihrem Verhältnis zur staatlichen Sozialpolitik belegen. Zunächst ist es jedoch notwendig, unter dieser Voraussetzung die begriffliche Unterscheidung des Inhalts der Nachrichtenpresse und der bürgerlichen Massenpresse zu entwickeln. Es muß der Begriff der Nachricht, wie er bisher verwendet wurde, überprüft und dem Zeitungsinhalt der Massenpresse entgegengesetzt werden, den der Journalismus mit dem Begriff der human-interest-story umschreibt.

V. STRAIGHT NEWS UND HUMAN INTEREST

1. Die human-interest-story als Darstellung eines unmittelbaren gesellschaftlichen Zusammenhanges
- a. Die "untangible substance" der Nachricht

Wir haben oben eine begriffliche Bestimmung der Nachricht gegeben. Es soll jetzt überprüft werden, ob sie auf die Massenpresse zutrifft. Wir gehen dabei aus von journalistischen Handbüchern, die in den USA während der dreißiger und vierziger Jahre geschrieben wurden. In praktischer Absicht abgefaßt, zur Ausbildung von Journalisten, meist von Teams aus Professoren und Journalisten geschrieben, sind sie selber Dokumente der Geschichte der Presse. In später nicht mehr zu beobachtendem Zynismus werden hier die Geschäftsgeheimnisse der amerikanischen Presse ausgesprochen, die Resultate der voll zur Entfaltung gekommenen Generalanzeigerpresse verwandelt in lernbare Kenntnisse.

Wir haben in der Einleitung ausgeführt, daß wir es für zweckmäßiger halten, solche wissenschaftlichen Produktionen als Illustrationen heranzuziehen, in denen sich das Kapital und seine Agenten in ihrem Triumphe zeigen, naiv die eigenen Widersprüche aussprechen und nicht Illusionen über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erzeugen suchen.¹⁾ In den einleitenden Kapiteln dieser Handbücher finden sich regelmäßig Versuche einer Definition der Nachricht. In der Einheitlichkeit, mit der hier die Nachricht zu einem Gegenstand lediglich definitorischer Anstrengungen gemacht wird, läßt sich die festgewordene Gestalt der Generalanzeigerpresse erkennen. Die universitäre Wissenschaft, der sich diese Handbücher zu einem Teil verdanken, erscheint hier als Schmuck des Allgemeinen, als Überhöhung, die ironisierend der journalistischen Praxis kontrastiert wird. Der Inhalt dieser Handbücher besteht aus dem Versuch, diese Praxis einzuholen.

Mit Vorliebe wird deshalb eine Vielfalt genereller Definitionen der Nachricht demonstriert, ihre Widersprüchlichkeit dann zum Anlaß genommen, operationelle Bestimmungen aufzustellen.²⁾ Wolseley unterscheidet drei Hauptgruppen von Definitionen: ob-

jektive, subjektive und pragmatische.³⁾ Objektive nennt er folgende Definition: "Eine Nachricht ist alles Aktuelle, das eine große Zahl von Menschen interessiert."⁴⁾ Diese Definition hält Johnson für unzulänglich, denn sie faßt nicht die beträchtliche Masse von Zeitungsmaterial, das nicht aktuell ist. Subjektive nennt er Variationen der unter Journalisten beliebten Definition, daß eine Nachricht etwas sei, von dem der Redakteur sagt, es sei eine Nachricht. Eine ausgearbeitetere Formulierung gibt Gerald W. Johnson: "Eine Nachricht ist ein Bericht über Ereignisse, den zu schreiben und zu veröffentlichen einem erstklassigen Zeitungsmann, der auch als solcher handelt, Befriedigung verschafft."⁵⁾ Die subjektiven Definitionen sind beliebt geblieben, bis pragmatische aufkamen, z.B.: "Nachricht ist der Bericht über ein Ereignis, den eine Zeitung in der Hoffnung auf Profit abdruckt."⁶⁾ Wolseley versucht eine Zusammenfassung der verschiedenen Merkmale in einer Definition: "Nachricht ist ein Bericht über ein Ereignis, Situationen und Ideen, den eine Zeitung druckt, weil er die Leser interessiert und dem Herausgeber Profit bringt."⁷⁾ Andere Verfasser verzichten auf eine Diskussion genereller Definitionen; selbst wenn sie einer Definition zustimmen, erachten sie die Darstellung der "besonderen Elemente" der Nachricht für wichtiger.⁸⁾

Übereinstimmung besteht darin, daß es "leichter ist, eine Nachricht zu bemerken (recognize), als sie zu definieren"⁹⁾. Der Reporter ist abhängig von seiner "intuition", um eine Nachricht zu erkennen, die "Nase für Nachrichten (nose for news)"¹⁰⁾ gehört zu seiner wichtigsten Ausstattung. Man ist ein geborener Reporter, oder man ist kein Reporter.¹¹⁾

Viele Versuche (die Nachricht zu definieren, d.V.) mußten wegen der falschen Vermutung scheitern, daß es etwas Wirkliches in einem Ereignis gäbe, das eine Nachricht ausmacht. Dieses Element fehlt, andre ähnliche Ereignisse sind keine Nachrichten (...). Es gibt nichts, was nicht durch geschickte Darstellung interessant gemacht werden kann; und nur Gott der Allmächtige ist fähig zu sagen, was wichtig ist. (12)

Solche Erörterungen hier anzuführen, ist wichtig. Sie machen deutlich, daß die generellen Definitionen der akademischen Publizistik die Nachricht an bestimmten sachlichen Eigenschaf-

ten von Tatbeständen festzumachen suchen. Für den Journalisten gibt es jedoch für jede allgemeine Bestimmung ein Gegenbeispiel, Tatbestände, auf die allgemeine Bestimmungen nicht zutreffen und die dennoch eine Nachricht "wert" sind.

Zuverlässiger als der begrifflichen Anstrengung erschließt sich der Intuition des Reporters die "untangible substance"¹³⁾ der Nachricht. Es ist darum konsequent, wenn die Nachricht dem mysteriösesten und alltäglichsten Ding der bürgerlichen Gesellschaft gleichgesetzt wird: der Ware.

Zeitungen beschäftigen sich primär mit dem Verkauf von Waren, die Nachrichten genannt werden. Ebenso wie ein Schuhhändler Schuhe kauft und verkauft, so kauft und verkauft eine Zeitung Nachrichten. Sie kauft von Nachrichtendiensten (Großhändler) und verkauft die Waren in detail durch Ausstellen, nicht in einem Schaufenster, sondern in einer gedruckten Seite. Nicht wie der Schuhhändler, jedoch wie der Bauer mietet er "Hände" (Reporter), um die Nachrichtenernte zu sammeln. (14)

Doch was ist der Wert dieser Ware? Johnson betont, daß bisher "weder von der Psychologie noch den Sozialwissenschaften irgendeine Formel aufgewiesen wurde, um diese wichtige Ware zu entdecken und zu wiegen"¹⁵⁾. Nur durch den Vergleich zwischen verschiedenen Waren - "als wenn zwei oder mehr um den Raum streiten" - ist ihre Wichtigkeit meßbar.¹⁶⁾ Wenn es auch nichts "Wirkliches" gibt und keine "Skala zum Messen" der Wichtigkeit einer Nachricht, so sind doch "einige Messungen nützlich"¹⁷⁾.

Die Zeitungen haben ähnliche Kriterien, durch die sie die potentielle newsworthiness von tausend oder Millionen von Ereignissen bestimmen, aus denen sie täglich ihre Auswahl treffen. Psychologisch mögen diese Kriterien oberflächlich oder irrig sein, aber sie sind durch jahrelange Erfahrung getestet und sind, richtig oder falsch, überall im Gebrauch. (18)

Als nützliche Kriterien zur Bestimmung des "Werts" einer Nachricht haben sich Bestimmungen durchgesetzt, die das Interesse des Lesers zu systematisieren suchen. Der "Wert" der Nachricht wird bestimmt durch die subjektive Wertschätzung des Lesers. Weitgehend übereinstimmend führen alle Handbücher folgende Kriterien an: Aktualität, Nähe, Folgeschwere, öffentliche Bedeutung, human interest, Dramatik, Kuriosität, Kampf, Sexualität, Fortschritt.¹⁹⁾ Wichtiger in unserem Zusammenhang als die

inhaltliche Bestimmung der einzelnen "news values" ist die formelle Trennung in "straight news" und "human interest". Diese Trennung wird in allen Handbüchern vollzogen. "Straight news" sind die "platten, unlackierten Tatsachen"²⁰⁾, "human interest" hat auch ein Ereignis, das "wenig Nachrichtenwert"²¹⁾ besitzt. Dieser Widerspruch, daß als Nachricht fungiert, was keine Nachricht ist, wird in den Handbüchern nicht einmal bemerkt. "Human interest" ist ein "news value", erscheint in allen Kriterien-Katalogen und wird dennoch aus solchen Materialien hergestellt, die nichts "wert" sind.

Was sind diese wertlosen Materialien? Es ist der "Mensch als solcher"²²⁾, das "Menschliche, angefangen vom natürlichen Bedarf an Nahrung, Kleidung und Wohnung bis zu den kompliziertesten Problemen des persönlichen Lebens"²³⁾. Diese Materialien sollen das "Gefühl des Lesers ansprechen (...), denn seine Majestät der Leser will nicht nur unterrichtet, sondern auch unterhalten sein"²⁴⁾. "Auch ein aalglatter Großkaufmann kann plötzlich alle seine Geschäfte vergessen, wenn ihn der Zeitungsartikel an einer empfindlichen Stelle seines Gemüts packt."²⁵⁾ Die Intention der human-interest-story ist nicht die Mitteilung von Informationen, "sondern das Leben selbst für einen emotionalen impact auf den Leser zu dramatisieren"²⁶⁾. Die Materialien der human-interest-story sind die "Materialien der Kunst"²⁷⁾, der Journalist handhabt sie nicht normativ wie der Künstler, sondern "er muß das Leben präsentieren wie es ist"²⁸⁾. Die human-interest-story ist weniger das Ereignis selber, als vielmehr der "human background des Ereignisses"²⁹⁾. "Auch wo ein newsworthy event fehlt, da existieren mißliche Lagen und Verwicklungen des menschlichen Wesens, stresses und strains, aus denen die human-interest-story ihre Muster webt."³⁰⁾ Die human-interest-story "geht über das einzelne Ereignis hinaus in den human background"³¹⁾. Der "human background" ist selbst kein Ereignis, hat keinen "news value". Warum wird er dann in diesen Handbüchern trotzdem zur Nachricht?

Sehr wichtige Ereignisse können manchmal so verstrickt in ein umgebendes Gewebe von Charakter, Leidenschaften und widerstreitenden Interessen sein, daß, um sie zu einer straight news zu entwirren, nicht nur bewußte Anstrengung notwendig ist, sondern auch dem Ereignis viel von seiner Signifikanz genommen wird. (32)

Sowohl durch ihre Form, als ihren Inhalt ist also die human-interest-story von der straight news geschieden. Sie enthält Elemente, die in der bürgerlichen Presse nur im Kommentar ihren Niederschlag finden (1), sie gibt zudem Kenntnis über Bereiche der Realität, die in der bürgerlichen Presse keinen "Wert" haben (2).

(1) Die human-interest-story gibt einen bestimmten Zusammenhang zwischen den Ereignissen. Die straight news dagegen reproduziert den Schein der isolierten Ereignisse, katalogisiert nach dem Maß ihrer sachlichen Eigenschaften. Die einzige Beziehung, die Ereignisse in der straight news eingehen können, ist ihre Assoziation anhand eines isolierten Merkmals: verschiedene Ereignisse können in ihren Orts-, Zeit-, Personenangaben etc. übereinstimmen: Ereignisse können in ihren "6 W's" übereinstimmen, d.h. ihren Merkmalen in bezug auf die Frage nach dem Wer, Wann, Was, Wo, Warum, Wie. Häufen sich diese Identitäten in einem bemerkbaren Ausmaß, so werden die Nachrichten miteinander verbunden, sie "koalieren" zur Form des "several feature".³³⁾ Nur außerhalb der Nachricht, im Kommentar, ist eine bewußte Zusammenfassung gestattet. Die human-interest-story setzt dieser Koalition von Dingen einen "menschlichen" Zusammenhang gegenüber. Ein bestimmter Zusammenhang zwischen den Ereignissen wird in dieser Form selbst zur "Nachricht".

(2) Das "Menschliche"³⁴⁾, das "alltägliche Leben"³⁵⁾, der "Kampf ums Überleben"³⁶⁾ ist Gegenstand der human-interest-story. "Verschiedene psychologische und soziale Daten der Menschheit sind das Korn der human-interest-Mühle."³⁷⁾

b. Die Bearbeitung des Materials durch die human-interest-story

Gehen wir von den operationellen Bestimmungen statt von den generellen Definitionen aus, so wird die Nachricht zu einem noch komplizierteren und widersprüchlicheren Ding. Zum einen sind die Widersprüche, in die sich journalistische Bestimmungen verstricken, eine gute Illustration für unsere aus dem Begriff der Nachricht selbst gezogenen Folgerungen.³⁸⁾ Eine Nachricht

soll "wert" sein können, was keinen "Nachrichtenwert" hat. Die Nachricht soll ein Bericht über die Wirklichkeit sein, dennoch gibt es nichts "wirkliches" in der Nachricht, mittels dessen sich die Wichtigkeit einer Nachricht messen ließe. Die sachlichen Eigenschaften der Ereignisse erweisen sich als ebenso-viele Interessen der Leser. Die Bestimmungen der Nachricht, die der journalistischen Praxis folgen, lösen so alle generellen Definitionen auf. Für den Journalisten ist die Nachricht keine Natureigenschaft der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ebenso-wenig jedoch sind ihm die Nachrichten reine Phantasieprodukte.

Ein weiterer Widerspruch in den journalistischen Bestimmungen geht über unsere bisherigen Folgerungen aus dem Begriff der Nachricht hinaus: der gesellschaftliche Zusammenhang ist zum einen ein den Ereignissen und ihren Nachrichten äußerlicher, zum anderen aber ist er in den Massenzeitungen Inhalt der Artikel selber. Damit scheinen auch die Bestimmungen aufgehoben, die wir der Nachricht gegeben haben. Als allgemeine Bedingung der Warenzirkulation kann die Nachricht selbst niemals einen gesellschaftlichen Zusammenhang wiedergeben, der sich hinter dem Rücken der Austauschenden erst herstellen muß. An den human-interest-stories selbst ist deshalb zu überprüfen, ob sie überhaupt Nachrichten darstellen.

Unter der Schlagzeile "Eine Frau liegt nackt im Park"³⁹⁾ berichtet die BILD-ZEITUNG eine Vergewaltigung. Sie zitiert das Opfer: "Sie haben gesagt, daß sie mich umbringen wollen." Weiter zitiert der Artikel einen Augenzeugen: "Ich ging in dem fast menschenleeren Park spazieren. Plötzlich sah ich drei Männer, die eine Frau über die Wiesen hetzten." Die Zeitung setzt diese Schilderung fort: "Die Fremden fielen über die Frau her, rissen ihr die Kleider vom Leibe und schleiften sie ins Unterholz. Der Spaziergänger alarmierte die Polizei." Die bürgerliche Zeitschrift PARDON erkannte diesen Artikel als Falschmeldung. Ein Kriminalbeamter der zuständigen Pressestelle hatte ihr gegenüber erklärt, die Frau habe gemeinsam mit den drei Männern in einem Lokal "ganz schön reingeblasen" und sei "restlos voll" gewesen. "Liebesgelüste" seien ihnen überkommen, so daß sie sich "in gegenseitigem Einvernehmen" in den Park begeben hätten,

wo die Frau "sich selbst ausgezogen" habe.⁴⁰⁾ Ebenfalls als Falschmeldung erkannte die Zeitschrift einen Artikel unter der Schlagzeile "Sie wollen mit Ihrem Kind in den Urlaub? Kommt nicht in Frage!"⁴¹⁾ Der Artikel berichtet von einer Mutter, die mit ihrem Sohn, der in einem Heim untergebracht war, in Urlaub fahren wollte. Der zuständige Sozialinspektor jedoch "schickte die junge Frau wieder fort: Er bleibt im Heim. Es reicht, wenn die Mutter ihr Kind einmal in der Woche sieht." Als sich daraufhin die BILD-ZEITUNG "einschaltete, gab das Jugendamt gestern grünes Licht für die gemeinsamen Ferien"⁴²⁾. Dieser Darstellung hält die Zeitschrift PARDON entgegen, jener Sozialinspektor habe ihr mitgeteilt, das Jugendamt "frage in Urlaubsfällen lediglich, wohin es gehe, wie lange, wer das Kind versorge, ob der Heimplatz reserviert bleiben solle". Zur Klärung dieser Fragen sei die Mutter angerufen worden, doch brach sie "verschreckt das Gespräch ab, in der Annahme, das Amt wolle das Kind nicht beurlauben"⁴³⁾. Als sie von der Behörde eine schriftliche "Einladung" erhalten habe, sei sie dort mit einem Reporter der BILD-ZEITUNG erschienen, den sie über den Fall unterrichtet hatte. Im Jugendamt habe sich dann "das Mißverständnis"⁴⁴⁾ aufgeklärt.

Die Beispiele illustrieren den Charakter der Kritik des bürgerlichen Journalismus. Während in der Massenpresse die Opfer selbst zu Wort zu kommen scheinen, übernimmt die bürgerliche Kritik der Erklärungen von Agenten des Staatsapparates. Als die wirklichen Verhältnisse läßt sie ihn gewaltfreie schildern, so daß sich die in der Massenpresse dargestellten Widersprüche im "Einvernehmen" oder als "Mißverständnis" auflösen. Zwar registriert der bürgerliche Journalismus den Zynismus behördlicher Verlautbarungen, selbst die Angst der Frau vor den staatlichen Maßnahmen, dennoch problematisiert er dies nicht als Ausdruck des Unterdrückungszusammenhangs, den die Massenpresse in verkehrter Form wiedergibt. Vielmehr soll die Denunziation der verkehrten Form als eine Falschmeldung diesen Zusammenhang selbst als einen falschen beweisen. Gemessen an der Definition der Nachricht als Störung oder Regelwidrigkeit⁴⁵⁾ sind beide Ereignisse der Nachrichtenpresse keine Nachricht wert. Daß eine Frau betrunken und nackt im Wald liegen bleibt oder eine

Mutter Angst vor dem Jugendamt hat, ist keine Störung sondern die gesellschaftliche Normalität. Durch "Fälschung" oder durch ihren eigenen Eingriff hat die BILD-ZEITUNG aus der gesellschaftlichen Normalität eine Störung und damit eine "Nachricht" gemacht. Die bürgerliche Kritik kritisiert, daß aus nichts etwas gemacht wurde. Dieses "Nichts" in der Universalität der Nachrichtenwelt ist der Alltag, in dem die Masse der Bevölkerung zu leben hat. Die Massenpresse holt ans Tageslicht, was, wenn es nach den bürgerlichen Kritikern ginge, besser privat geblieben wäre.

Was ist das Schema, mit dem die BILD-ZEITUNG aus der gesellschaftlichen Normalität eine "Nachricht" macht? Wir untersuchen zu diesem Zweck noch weitere Artikel der BILD-ZEITUNG, deren Entstehung wir aufklären konnten. Von Interesse ist hierbei nicht die "Fälschung", sondern die Methode und der Zweck der Bearbeitung.

(1)

ASSOCIATED PRESS vom 30.7.1968

studentenunruhen in mexico

situation durch eingreifen der armee verschärft -
mit panzerfaust tor zu universitätsgebäude gesprengt

die schweren studentenunruhen, die am wochenanfang in der mexikanischen hauptstadt mexico ausbrachen, sind am dienstag durch das eingreifen der armee gefährlich verschärft worden. in den frühen morgenstunden rückten fallschirmjäger in kampfausrüstung und mit aufgepflanzten bajonetten sowie leichte panzer gegen ein universitätsgebäude im zentrum der hauptstadt vor, in dem sich demonstrierende studenten verbarrikadiert hatten. ein schweres holztor vor dem gebäude wurde mit einer panzerfaust weggesprengt und die studenten aus den räumlichkeiten vertrieben.

bei den unruhen, die von der polizei als die schwersten, die die mexicanische hauptstadt seit langem erlebte, bezeichnet wurden, ist bisher mindestens ein student ums leben gekommen. zahlreiche personen wurden verletzt und etwa 300 festgenommen. ein sprecher des roten kreuzes bezifferte die zahl der schwerverletzten auf 50.

den unruhen waren seit vergangenem freitag vereinzelte studentendemonstrationen aus anlass

des 15. jahrestages des beginns der revolutionären bewegung auf kuba vorausgegangen. wiederholt war es zu blutigen zusammenstoessen zwischen studenten und der polizei gekommen, die sich zuspitzten, als die polizei immer haerter durchgriff. die demonstrationen nahmen schließlich einen antiamerikanischen charakter an. am montag versuchten etwa 500 demonstranten zur amerikanischen botschaft zu marschieren, wo sie jedoch von einem starken polizeiaufgebot in sturmausruestung aufgehalten wurden, in sprechchoeren forderten sie die "schaffung eines vietnam" in lateinamerika. bei den ausbrechenden kaempfen besetzten zahlreiche jugendliche die daecher und bewarfen von dort die polizei mit molotow-cocktails und steinen.

BILD-ZEITUNG vom 31.7.1968

Kampf um ein Mädchen wurde zur Straßenschlacht
Mit Schlagstöcken "schlichtete" die Polizei der
Olympiastadt Mexikos eine Schlägerei in einer
Oberschule. Sie setzten sogar Gasmasken auf.
Schüler hatten sich um ein Mädchen geprügelt.

Empört über das brutale Eingreifen der Beamten
zogen Schüler und Studenten zum Präsidentenpalast.
Im Nu wurde daraus eine politische Demonstration.
Die Schüler steckten Busse in Brand und warfen mit Benzinflaschen.

Fallschirmjäger und Militärpolizei gingen schließlich mit aufgepflanzten Bajonetten gegen die Demonstranten vor. Beim Sturm auf die Universität schossen die Soldaten sogar mit Panzerabwehrraketen. Ein Student wurde getötet und 400 zum Teil schwer verletzt.

(2)

SCHWÄBISCHE NEUE PRESSE vom 26.6.1970

Gift-Tod wegen ein paar Blumen
Tragödie um einen Augsburger Familienvater

Der Verdacht, ein Blumendieb zu sein, brachte einen 28jährigen Familienvater in solch große Aufregung, daß er Selbstmord beging.

Der Vater von drei Kindern im Alter von vier bis sieben Jahren war als Herrschaftsgärtner bei einem Augsburger Kaufmann tätig. Als sein früherer Arbeitgeber einen Blumen- und Pflanzendiebstahl anzeigte, wurde Siegfried Sch. in den Kreis der verdächtigen Personen eingereiht. Als er zur polizeilichen Vernehmung geladen wurde, drehte der als ausgesprochen ruhig und ordentlich bekannte Mann durch. Völlig aufgeregt suchte der Gärtner eine Augsburger Anwaltskanzlei auf und beteuerte immer wieder

seine Unschuld. Der Anwalt, der mit viel Mühe den Klienten zu beschwichtigen versuchte, riet vorläufig davon ab, der polizeilichen Aufforderung Folge zu leisten. Er glaubte, daß sich der Mann beruhigt habe. Dieser ging jedoch nach Hause und nahm sich mit dem giftigen Pflanzenschutzmittel "E 605" das Leben.

BILD-ZEITUNG vom 27.6.1970

Ich sterbe, weil ich für dich zum Blumen-Dieb geworden bin
Gärtner wollte den Park des Millionärs zum schönsten machen

Mit letzter Kraft schleppte sich der Mann in der grünen Gärtnerschürze auf die Villen-Terrasse und sagte: "Herr, ich wollte deinen Garten zum schönsten machen. Deshalb wurde ich zum Dieb. Ich sterbe, weil ich die Schande nicht ertragen kann."

Dann brach Gärtner Siegfried Schricker (28) vor seinem Herrn, dem Textilmillionär Franz Böcker (47) aus Augsburg, tot zusammen. Er hatte sich mit einem Pflanzenschutzmittel vergiftet.

Vor einem halben Jahr hatte Schricker als Gärtner bei dem Textilfabrikanten angefangen.

Gärtnerjunge Fritz Busch (19): "Der Millionär war etwas knauserig. Der Gartenetat reichte meistens nur für Stiefmütterchen und Petunien. Aber der Gärtner war sehr ehrgeizig. Sein Park sollte der schönste sein."

Bald standen 50 Lebensbäume im Park, Überall blühten exotische Pflanzen. Und der Millionär lobte seinen Gärtner: Wie machst du das nur ...

Die Polizei: "In Wirklichkeit hatte der Mann die Pflanzen nachts aus benachbarten Gärtnereien gestohlen. Als wir ihn zur Vernehmung holen wollten, drehte er durch und trank Gift."

(3)

TRAUNSTEINER WOCHENBLATT vom 13.11.1970

Frau und Kind vom Zug erfaßt
Gestern schwerer Unfall bei Siegsdorf

Vom Zug erfaßt und schwer verletzt wurde am gestrigen Donnerstagnachmittag eine 29jährige Frau aus Siegsdorf. Ihr dreijähriges Kind, das sie bei sich hatte, wurde ebenfalls verletzt. Mutter und Kind wurden ins Krankenhaus gebracht.

Der Lokführer des fahrplanmäßigen Personenzuges, der von Siegsdorf nach Traunstein unterwegs

war, sah plötzlich am Ende der Bahnunterführung unter der Autobahn die Frau und das Kind.

Es ist bisher ungeklärt, was die Frau veranlaßt hat, sich dort aufzuhalten, da an dieser Stelle kein Gehsteig entlang der Schienen ist.

Die Kriminalaußenstelle Traunstein hat die Ermittlungen kurz nach dem Unfall an Ort und Stelle aufgenommen.

BILD-ZEITUNG vom 14.11.1970

Ein Wunder, daß ihr lebt! Jetzt wollen wir alles vergessen.

Das sagte ein Mann zu seiner Frau, die sich mit ihrem Kind unter den Zug warf, weil sie beim Ladendiebstahl erwischt wurde.

Am Ende des Eisenbahntunnels steht eine junge Frau. Sie hat ein Kind auf dem Arm. Als der Zug kommt, springt sie auf die Schienen.

Und dann geschieht ein Wunder: Mutter und Kind werden zwischen die Gleise geworfen. Die Lok und fünf Waggon rollen über sie hinweg. Und dennoch überleben sie! Das Kind ist nicht einmal verletzt!

Oberlokomotivführer Ludwig Walter (43), der den Personenzug Ruhpolding - Traunstein mit 50 Stundenkilometern durch den Tunnel gefahren hatte, berichtete später: "Ich zog sofort die Notbremse. Aber es war zu spät. Ich war davon überzeugt, daß beide tot sind."

Als der Mann aber zum Tunnelausgang zurückkrannte, lag die Hausfrau Heidemarie L. (29) aus Siegsdorf (bei Traunstein) bewußtlos zwischen den Gleisen. In ihren Armen hielt sie ihren dreijährigen Sohn Christian. Das Kind weinte. Es war unverletzt geblieben, weil der Zug die Mutter auf das Kind geschleudert hatte. Ihr Körper hatte Christian geschützt.

Heidemarie L. kam sofort ins Krankenhaus. Sie hatte Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung erlitten. Inzwischen ist die Mutter außer Lebensgefahr.

Das Motiv der Frau, die mit ihrem Kind sterben wollte: Sie war als Ladendiebin überführt worden.

Die Kripo ermittelte: Heidemarie L. hat in mehreren Textilgeschäften für ihren Sohn Christian und für ihre neunjährige Tochter Textilien gestohlen. Gesamtwert: rund 400 Mark.

Sie wagte nicht, es ihrem Mann zu beichten. Rolf L. (33), der als Hauselektriker im selben Krankenhaus arbeitet, in dem seine schwerverletzte Frau liegt: "Erst als sie aus der Bewußt-

losigkeit erwachte, erzählte sie mir alles. Sie hatte so schreckliche Angst vor der Schande."

Aber der Mann hat ihr verziehen: Ein Wunder, daß ihr lebt, jetzt wollen wir alles vergessen.

In jeder freien Minute sitzt er am Krankenbett seiner Frau und streichelt ihre Hand. Im stillen hofft er, daß die geschädigten Geschäftsleute ihre Anzeigen zurückziehen.

BZ vom 14.11.1970

Mutter warf sich mit Kind vor den Zug
Wie durch ein Wunder überlebt
Verzweiflungstat, weil der dreijährige Junge
eine Hasenscharte hat

Kripo und Bundesbahn sprechen von einem Wunder:
In Siegsdorf bei Traunstein (Bayern) warf sich eine Frau zusammen mit ihrem dreijährigen Kind vor einen Personenzug. Das Unglaubliche: Beide überlebten den Selbstmordversuch! Das Motiv der Verzweiflungstat: Der kleine Christian hatte von Geburt an eine Hasenscharte. Nachdem mehrere Operationen erfolglos geblieben waren, wollte seine Mutter Heide L. (29) mit dem Kind aus dem Leben scheiden.

Spielende Kinder hatten die junge Frau mit dem kleinen Jungen auf dem Arm noch auf den Gleisen bemerkt und gewarnt. Doch die Frau wollte nicht hören. Sekunden später raste der Personenzug Ruhpolding - Traunstein mit lauten Warnsignalen heran. Der Lokführer versuchte noch eine Notbremsung. Doch der Zug erfaßte die mit geschlossenen Augen auf den Tod wartende Frau und ihr wimmerndes Kind. Heide L. wurde zwischen die Gleise geworfen. Christian rollte den Bahndamm hinunter.

Etwa 50 Meter von der Unglücksstelle entfernt kam der Zug zum Stehen. Der Lokführer und einige Fahrgäste liefen zu der Frau. Sie lag zwischen den Gleisen - und lebte! Doch sie hatte schwere Kopfverletzungen erlitten. Ihr Sohn hingegen war wie durch ein Wunder praktisch unverletzt. Er hatte durch den Sturz über die Bahnböschung lediglich einige Schürfwunden erlitten.

Eine Bekannte der Frau über die Hintergründe der Verzweiflungstat: "Heide war seit der Geburt von Christian verzweifelt. Der Junge hatte eine Hasenscharte. Die Kinder haben ihn immer gehänselt."

(4)

BILD-ZEITUNG vom 3.10.1967

Mann verbrannte im Auto - über 200 Menschen sahen zu
Die Helfer mußten sich durch die Menge kämpfen
Ohne einen Finger zu rühren haben mitten in der Kreisstadt Waiblingen über 200 Menschen zuge-
sehen, wie zwei Menschen in einem brennenden Auto um ihr Leben kämpften.

Polizeimeister Hans Jordan (37) über die unfäß-
bare Haltung der Neugierigen: "Niemand half.
Niemand holte Werkzeug. Die Leute glaubten of-
fenbar, sie könnten sonst den Höhepunkt des
Dramas verpassen."

Auch die Polizei verlor durch die Zuschauer
kostbare Zeit: Sie mußte sich erst mit Gewalt
durch die Menschenmassen an den Unfallort
durchkämpfen. (...)

Hunderte von Zuschauern drängten sich um das
brennende Wrack. Erst als die Hitze zu groß
wurde, wichen die Leute etwas zurück. (...)

Nur der Busfahrer und ein unbekannter Spazier-
gänger versuchten, das brennende Auto aufzu-
brechen, aber vergeblich baten sie die Umste-
henden um Werkzeug.

Der Vater und sein 4jähriger Sohn konnten sich
nicht mit eigener Kraft aus den Flammen befrei-
en. (...) Das Einzige was der Vater noch tun
konnte: er warf sich über sein Kind, um die
Flammen von ihm fernzuhalten.

Volle sieben Minuten brauchte der erste Strei-
fenwagen der Polizei bis zum Wrack! Dabei war
die Wache nur knapp tausend Meter von der Un-
fallstelle entfernt!

Grund der Verzögerung: die Neugierigen versperr-
ten mit ihren Autos dem Streifenwagen die Zu-
fahrt.

Polizeimeister Jordan: "Auch Feuerwehr und
Krankenwagen kamen nicht durch. Ich habe vor
Wut geheult."

Als die Polizei ersteinmal am Wrack war, gelang
es ihr schnell, die beiden schon halb verbrann-
ten Menschen aus dem Wagen zu ziehen. (...)

Die Polizei versuchte später ein paar der Zu-
schauer festzustellen, um sie wegen unterlasse-
ner Hilfeleistung anzuzeigen. Doch alle waren
plötzlich verschwunden. (...)

In der Zeitung CHRIST UND WELT erschien am 13.10.1967 eine Re-
portage, die diesem letzten Artikel nachforschte. Auf Grund von
Interviews mit der Polizei und den "Zuschauern" kam sie zu

folgendem Ergebnis: der Unfall geschah nicht mitten in Waiblingen, sondern auf der Bundesstraße 14, der Vater war bewußtlos und konnte sich nicht über seinen Sohn werfen, die "Zuschauer" halfen, sie hatten den Vater und sein Kind schon aus dem brennenden Auto gezogen, als die Polizei eintraf. Der Polizist Jordan bestreitet die ihm in den Mund gelegten Worte, der Autostau wurde nicht durch Neugierige, sondern durch den auf der überfüllten Bundesstraße stattfindenden Unfall selber hervorgerufen. An dem Artikel der BILD-ZEITUNG ist also nichts richtig außer den Angaben über Namen, Alter und Geschlecht der Verunglückten, das Datum, der Name des Polizisten, der unmittelbare Unfallverlauf und der Tatsache, daß der Busfahrer half. Der Artikel verschweigt die solidarische Hilfe, zu der die Bevölkerung bei diesem Unfall griff. Die Insassen des verunglückten Autos konnten nicht mehr gerettet werden, trotz der sofortigen Hilfe des Busfahrers, eines Tankwartes und des Betriebsführers einer Autofirma, die mit großen Löschgeräten sofort zur Unfallstelle rannten. Hätte die BILD-ZEITUNG dies berichtet, dann hätte sie nach den Ursachen des Unfalls fragen müssen: einer völlig überfüllten Bundesstraße, einer fehlenden Abbiegespur etc. Selbst CHRIST UND WELT übersieht nicht, daß "beim gegenwärtigen Zustand deutscher Bundesstraßen Auffahrunfälle dieser Art geradezu unvermeidlich sind; sie geschehen mit einer Art statistischer Sicherheit."⁴⁶⁾

Doch es wäre weit gefehlt anzunehmen, daß die BILD-ZEITUNG die mangelnde Solidarität der Bevölkerung anklagt, um über die Situation des privaten Autoverkehrs zu schweigen. Vielmehr geht sie von den katastrophischen Verhältnissen aus und findet eine ganz bestimmte Ursache dafür: die Menschen selber, ihren Voyeurismus, ihre Furcht, sich die Autositze blutig zu machen, oder sich in etwas zu verstricken, oder: "2 Brauereifahrer bei Unfall verletzt - 12 Autofahrer stoppten. Sie wollten nicht helfen. Sie wollten nur Bier!"⁴⁷⁾ Die Reihe solcher Illustrationen ließe sich beliebig erweitern. Ein Katalog der Schemata ließe sich aufstellen. In unserem Zusammenhang soll jedoch nur folgendes hervorgehoben werden: In diesen Artikeln ist die Recherche von der Erfindung nicht zu unterscheiden. Die Einfügungen, die der Journalist vornimmt, sind nicht bloß Details, mit denen

er das Material ausschmückt, eben keine Übertreibungen, wie der Konkurrent der Nachrichtenpresse meint, sondern sie unterwerfen das Material einer vollständigen Veränderung. Sie stellen gerade jene "menschlich ergreifende Einzelheit"⁴⁸⁾ dar, die den Schlüssel zur Interpretation des rätselhaften Primärmaterials liefert. Es sind die allgemeinen menschlichen Wahrheiten, die die Ereignisse erklären: die Scham der Mutter, der Stolz des Handwerkers, die rasende Eifersucht der Südländer, der Voyeurismus der Autofahrer etc. Die Geschichte in der BILD-ZEITUNG gibt eine neue Illustration dieser alten Wahrheiten. Die Umarbeitung bringt das disparate Material in einen "menschlichen" Zusammenhang.

c. Das "Menschliche" in der human-interest-story

Während die Nachricht lediglich Moment eines gesellschaftlichen Zusammenhanges ist, der sich hinter dem Rücken der Menschen durchsetzt, ist in der human-interest-story der gesellschaftliche Zusammenhang ein unmittelbarer Tatbestand. Das "Menschliche", seien es Leidenschaften, Bedürfnisse, Irrtümer etc., konstituiert den gesellschaftlichen Zusammenhang. Die human-interest-story ist deshalb keine Nachricht. Nach unserer bisherigen Darstellung gehört sie in das Reich der Literatur und Kunst. Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen der human-interest-story und der von der Literaturwissenschaft als trivial abqualifizierten Literatur. Autoren dieser Literatur bevorzugen human-interest-stories als Vorlagen. Die Gegenstände der human-interest-story sind auch die des Kolportageromans oder des Groschenhefts. Die bereits erwähnte Instruktion für die Korrespondenten der Associated Press⁴⁹⁾ verbannt als für die bürgerliche Agentur "nichterwünschenswerte Nachrichten"⁵⁰⁾ aus ihrem Katalog gerade das, was die Massenpresse füllt: "Raubüberfälle, abnorme Geburten, Verführungen, Selbstmorde, Skandale, Kindermorde"⁵¹⁾. Eine Auszählung der wichtigsten Ereignisse, die der unerhört weit verbreitete Roman "Der Scharfrichter von Berlin" (1892) von Falk oder Sochaczewsky enthält, deckt sich mit dem Katalog der Agentur und könnte unverändert die Inhaltsangabe einer Massenzeitung sein:

Hinrichtung eines unschuldigen Mädchens, Sturz einer Artistin vom Trapez, Racheschwur, Kindesraub, Verbrecherjagd, Flucht der Hingerichteten, Vorbereitungen für Kindesmord, Flucht mit Kind, Eisenbahnunfall, Ehebruch, Vergiftungsversuch, Geldgeschäfte, Findelkind-Fund, Falschgeldproduktion, Spionagedienste, Hypnotisierung eines Mädchens, Errettung einer Ertrinkenden, Liebesduell, Überfall in der Verbrecherkneipe, Begräbnis einer lebenden Leiche, Kauf einer Scheintoten, Leichentausch und Leicherweckung, Vergewaltigungsversuch, Feuersbrunst, Vatermord. (52)

Der literarische Charakter der human-interest-story soll hier nicht weiter verfolgt werden. Hier ist nur darauf hinzuweisen, daß es unter dem Gesichtspunkt der Veränderung der Realität keinen Gegensatz zwischen straight news und human interest gibt. Die journalistischen Handbücher, die wir oben zitierten, geben ein reiches Material dafür, wie der Journalist die Realität in eine interessante Nachricht umarbeiten kann. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Technik des "featuring" oder "play up". Mit Hilfe dieser Technik muß es gelingen, den Vorspann des Artikels darzustellen. Nach der Parole: "Wecke den Hunger des Lesers"⁵³⁾ gilt es, eines der "6 W's" in den Vordergrund zu rücken. In mehreren Handbüchern wird vorgeführt, wie aus demselben Material sechs verschiedene Vorspanne hergestellt werden. Die "Verkaufs- oder Schaukastenfunktion des Vorspanns"⁵⁴⁾ ist jedoch über das featuring eines bestimmten "W's" noch zu verstärken durch sieben verschiedene bewährte Vorspanntypen. Warren bezeichnet sie mit: 1. komischer Vorspann, 2. bildhafter Vorspann, 3. Kontrast, 4. einleitende Frage, 5. Entwerfen einer bestimmten Szenerie, 6. Zitat, 7. Gag.⁵⁵⁾ Die Schemata dienen der schnellen und routinierten Bearbeitung des Materials. Beherrscht der Journalist sie, dann wird er mit jedem "ungeordneten Haufen von Information fertig"⁵⁶⁾. Die Nachricht ist also keinesfalls eine bloße Verdoppelung der vorgefundenen Tatsachen, sie ist eine Bearbeitung, die ihre Schranke nicht in der Phantasie des Journalisten sondern im Zweck der Nachricht findet. Festzuhalten ist deshalb, daß die human-interest-story sich nicht deshalb von der straight news unterscheidet, weil sie mehr oder weniger erfunden ist, nicht weil sie sich durch den Grad der Bearbeitung von ihr unterscheidet, sondern weil sie im Gegensatz zur Nachricht in den isolierten Erscheinungen auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft einen menschlichen Zusammenhang entdeckt. Diesem Zweck gilt die Umarbeitung.

Was ist der "Mensch als solcher"⁵⁷⁾, den die human-interest-story zu ihrem Gegenstand macht? In einer Anweisung des Pressekonzern Hearst an seine Journalisten heißt es: "Der Leser ist vor allem an Ereignissen interessiert, die Elemente seiner eigenen primitiven Natur enthalten. Solche sind: 1. Selbsterhaltung, 2. Liebe und Fortpflanzung, 3. Ehrgeiz."⁵⁸⁾ Dieser Katalog bestimmt die human-interest-story anhand von Bedürfnissen, die dem Leser und den Akteuren der stories gleichermaßen eigentümlich sein sollen. Was sind jedoch die Bedürfnisse der Menschen?

Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur. (59)

Die menschlichen Bedürfnisse existieren nicht unabhängig von der Gesellschaft, sie werden nicht von verschiedenen Gesellschaftsformen mehr oder weniger, völlig oder gerade ausreichend befriedigt, sondern verändern sich selbst entsprechend dem Charakter der Gesellschaft, durch deren Produktion sie befriedigt werden. Sie sind stets, selbst im Zustand der Naturroheit, ein Trieb, welcher vermittelt ist durch den Gegenstand der Befriedigung der Bedürfnisse. "Die Produktion produziert die Konsumtion daher, 1) indem sie ihr das Material schafft; 2) indem sie die Weise der Konsumtion bestimmt; 3) indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnis im Konsumenten erzeugt."⁶⁰⁾ Das heißt, wenn die Produktion nicht nur die Dinge der Konsumtion hervorbringt, sondern auch das Bedürfnis selbst, dann ist die Konsumtion entsprechend der Produktion der historischen Veränderung unterworfen, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse erfahren. "Hunger ist Hunger, aber Hunger, der sich durch gekochtes, mit Gabeln und Messer gezeßnes Fleisch befriedigt, ist ein anderer Hunger als der rohes Fleisch mit Hilfe von Hand, Nagel und Zahn verschlingt."⁶¹⁾

Der human-interest-story ist die Arbeit kein Gegenstand. Es charakterisiert sie gerade, daß sie ihre Materialien nicht aus der Produktionssphäre bezieht. Die Konsequenz ist weitreichend: Mensch, Natur und Gesellschaft sind als Resultat der Geschichte nur durch ihre Vermittlung, die Arbeit erkennbar. Wo diese Vermittlung ausfällt, verwandeln sie sich in geschichtslose Wesen, die sich zusammenhanglos gegenüberstehen. An die Stelle der Vermittlung setzt die human-interest-story einen anderen Zusammenhang. Sie stattet den Menschen mit abstrakten, blind walten- den Trieben aus, die jenseits der gesellschaftlichen Verhältnisse Geltung haben sollen. Auf diese Weise entsteht der "menschliche Zusammenhang" der Ereignisse. Das "Menschliche" ist die Zusammenfassung dieser ewigen Triebe. Durch sie sollen alle Ereignisse interpretierbar sein. Der routinierte Journalist löst deshalb ohne Schwierigkeiten die Aufgabe, ein beliebiges Ereignis in eine human-interest-story zu fassen. Ereignisse der Vergangenheit lassen sich ebenso wie Ereignisse in sozialistischen Gesellschaften zu human-interest-stories umarbeiten. Die Form scheint ohne Geschichte zu sein, eben weil jene Triebe, die sie zum Inhalt hat, von den gesellschaftlichen Verhältnissen abgelöst sind.⁶²⁾ So wenig sie wirklich sind, so sehr scheitert der Versuch, sie begrifflich zu bestimmen. Deshalb müssen alle theoretischen Anstrengungen, die sich dieses Bild vom Leser und den Akteuren der stories machen, zu Metaphern greifen. "Blut, Busen, Bälle und Babys"⁶³⁾ oder die Formel "sex and crime" stellen solche Versuche dar, die abstrakten Triebe zu umschreiben.

d. Der redaktionelle Produktionsprozeß

Den vier Außenredaktionen der BILD-ZEITUNG dienen als Quelle die Informationen der Stringer, d.i. nebenberufliche Informanten, die Meldungen der Agenturen und Landespressendienste und die Artikel der Lokalpresse. Die Redakteure der Außenredaktionen übernehmen dieses Material, bearbeiten es und leiten es den Ressortchefs der Zentralredaktion zu. Da die Ressortchefs mit Ausnahme des für Sportnachrichten zuständigen über keine festen Platzrechte verfügen, bieten sie die Texte, unter denen sie ei-

ne Vorauswahl getroffen haben, auf der Redaktionskonferenz an und konkurrieren um ihren Druck. Der Chefredakteur oder der Geschäftsführende Redakteur wählen aus diesem Angebot auf der Grundlage des Platzes, den die Annoncen dem redaktionellen Teil lassen, die Texte aus, von denen sie vermuten, sie entsprächen am ehesten dem Charakter der Berichterstattung und entscheiden, welcher Text als Hauptaufmacher der ersten Seite gedruckt werden soll, welche Schlagzeile und Länge die Texte haben sollen. Die Ressortchefs übergeben die angenommenen Texte Redakteuren, die sie auf die beschlossene Schlagzeile und Länge hin umarbeiten. Nach Maßgabe des Umbruchs können die Texte unmittelbar vor dem Bruch noch gekürzt werden.⁶⁴⁾

Wie dieser Produktionsprozeß sich hinter dem Rücken der Journalisten durchsetzt, signalisiert die Sprache, in der sie ihn darzustellen suchen. Sie thematisiert vor allem die Technik des Features, die der Journalist umschreibt: das Nachrichtenmaterial "anreißen", "aufziehen", "aufmotzen", "aufmachen". Er versteht es mit einem "Gag". Gelingt das, so ist der Artikel ein "Knüller", ein "Holzhammer". Ein Redakteur beschreibt seine Tätigkeit: Das Spezifische der Zeitung sei ihre besondere "Mache", die beliebig anwendbar sei. Er könne jeden Text einer bürgerlichen Zeitung, selbst eine theoretische Abhandlung "aufmotzen", das heißt gemäß der "Mache" der Massenpresse verwandeln. Er beschreibt dies als einen "technischen Vorgang", der den Inhalt des Textes nicht antaste. Im "Aufmotzen" bestehe wesentlich die Tätigkeit des Redakteurs. Der Ressortchef nehme eine Agenturmeldung aus dem Fernschreiber, gebe sie einem Redakteur, "und der motzt sie auf".⁶⁵⁾ Seine Interpretation des "Fietscherns"⁶⁶⁾ als einer technischen, den Inhalt der Nachricht nicht berührenden Tätigkeit ist der ideologische Ausdruck, wie gleichgültig er sich gegenüber den Gegenständen seiner Tätigkeit verhalten muß. Einen Artikel mit Schlagzeile "Studenten drohen: Wir schießen zurück" kommentiert ein Reporter: "Das mit dem Zurückschießen hat mit keinem Wort in meinem Artikel gestanden. Das haben die erst in der Redaktion dazugedichtet, um eine knallige Überschrift zu kriegen."⁶⁸⁾

Außer der Ausnahme des Buches von Cudlipp über den DAILY MIRROR⁶⁹⁾ gibt es keine den Rhapsoden der Generalanzeigerpresse vergleichbaren Darstellungen der Massenpresse. Die redaktionelle Technik der Massenpresse wurde nirgends systematisiert, die einzelnen Journalisten sind so auf Faustregeln angewiesen: Man soll keine Fremdwörter gebrauchen, aneinandergereihte Genetive vermeiden und häufig Halbsätze verwenden⁷⁰⁾, oder: Die Leser haben in ihrem grauen Alltag Illusionen, und an die soll der Journalist beim Abfassen der Artikel denken.⁷¹⁾ Seine Geschichte als Redakteur schildert der bereits zitierte Journalist: Ein sehr großer Teil seiner Manuskripte sei anfangs bis zur Unkenntlichkeit verändert erschienen. Nach und nach habe er jedoch gelernt, so zu schreiben wie die Zeitung sei, so daß jetzt nur noch selten Veränderungen vorgenommen würden, wobei es sich hauptsächlich um Kürzungen handele.⁷²⁾ Andere Redakteure berichteten, daß sie aus zwei Gründen so zu schreiben gelernt hätten, wie es "die Zeitung" wünscht. Einerseits durch den Zwang des technischen Apparates, die notwendige Schnelligkeit, und andererseits durch ihre natürliche Faulheit. Es sei schon möglich, zu einem Artikel, den man selbst abgefaßt hätte, auch die Schlagzeile zu machen. Doch da der Platz für die Schlagzeile und die Größe der Typen vorgeschrieben ist, könne das mehrere Stunden Arbeit erfordern, für die man nicht bezahlt wird. Darum überließen alle diese Arbeit dem für die Schlagzeilen zuständigen Redakteur. Diese Redakteure gingen davon aus, daß man durch große Anstrengung, wenn man ein "Idealist" wäre, "seinen" Artikel unverändert bis zum Druck befördern könne. Doch dies könne man eben nicht von allen verlangen.⁷³⁾

Für die Berichterstattung der BILD-ZEITUNG erhält die Redaktionskonferenz zentrale Funktion. Die Konkurrenz der verschiedenen Texte wird in dieser Instanz ausgetragen, und die Annahme oder Ablehnung durch sie hat belohnende oder bestrafende Funktion. Ein Ressort, das mehrfach niederkonkurriert wird, gilt als wenig leistungsfähig. Will der Journalist seinen Arbeitsplatz nicht verlieren, muß er das ihm gelieferte Material in einer Weise verarbeiten, daß es den Auswahlkriterien jener Instanz möglichst vollständig entspricht.

2. Untergang der Nachrichten

a. Warum gibt es keine Nachrichtenpresse für Arbeiter?

Die human-interest-story ist innerhalb der Generalanzeigerpresse entstanden. Besonders im Lokalteil und der Sparte "Vermischtes" konnte sie sich entwickeln, in Teilen also, die weniger der Information als der Unterhaltung dienten. In der Massenpresse herrscht vollkommen die human-interest-story, die Nachricht tritt bis auf wenige Ausnahmen in den Hintergrund. Was sind die Ursachen dieser Vorherrschaft in den Zeitungen, die für das Proletariat konzipiert werden? Warum gibt es keine Nachrichtenpresse für die Arbeiterklasse?

An Nachrichten über die Tauschbedingungen der Ware Arbeitskraft könnten nur die Arbeiter selber interessiert sein. Dem Kapital liegt nichts daran, Nachrichten etwa über unterschiedliches Lohnniveau, Unfallquoten, die Situation der medizinischen Versorgung, Miethöhe in den einzelnen Stadtteilen etc. zu verbreiten. Die Unkenntnis über diese Tatbestände liegt in seinem eigenen Interesse. So wäre eine "Nachrichtenzeitung" von allem Anfang an die Aufgabe der Arbeiterklasse selber. Am ehesten würden die "Arbeiterführer", wie sie vor dem ersten Weltkrieg von den Gewerkschaften herausgegeben wurden, dieser Nachrichtenpresse für Arbeiter entsprechen. Diese "Arbeiterführer" wurden für die großen Städte jährlich herausgegeben. Sie enthielten Angaben über den örtlichen Tariflohn, Adressen der Gewerkschaftsbüros, Arbeitersekretariate, Adressen der Behörden, einen Abriß der Geschichte der lokalen Klassenkämpfe, Abfahrtszeiten der Züge, Sprechstunden der Ärzte, Krankenhäuser, Artikel über die anstehenden Landtagswahlen, Pfändungslisten etc.

Das Ziel dieser "Nachrichten" steht jedoch im Gegensatz zu den Nachrichten einer bürgerlichen Zeitung. Der Kapitalbesitzer wittert in jeder Nachricht eine Möglichkeit des Extraprofits. Die Tabelle der ortsüblichen Tariflöhne dagegen ist kein Hilfsmittel, um dem einzelnen seinen besonderen Vorteil zu verschaffen. Die Lohntabelle ist ein Hinweis für alle Arbeiter, die unter Tarif bezahlt werden, den Kampf aufzunehmen. Nachrichten über die Tauschbedingungen der Ware Arbeitskraft sind ein Wider-

spruch in sich. Der Preis der Ware Arbeitskraft, der ihrem Wert entspricht, bildet sich nicht, wie bei jeder anderen Ware, durch die Konkurrenz der Warenbesitzer heraus. Der Arbeiter wird zu seinem Wert bezahlt, wenn er sich mit seinen Klassengenossen zusammenschließt und die Anschläge des Kapitals zur Ruinierung seiner Arbeitskraft abwehrt. Nachrichten über unterschiedliche Tauschbedingungen hätten nicht den Effekt, daß einzelne Arbeiter um ihre privilegierte Beanspruchung konkurrieren, sondern daß diese unterschiedlichen Bedingungen ausgeglichen würden. Das Interesse des Warenbesitzers der Ware Arbeitskraft ist somit von allen anderen Warenbesitzern geschieden. Die human-interest-story ist die Antwort der bürgerlichen Presse auf diese Situation der Arbeiterklasse. Beide, straight news und human-interest-story, stellen historisch notwendige Erscheinungen dar. In welcher Weise sie untergehen, zeigt die kommunistische Presse, auf die anhand von zwei Beispielen kurz eingegangen werden soll.

b. Enthüllungen der kommunistischen Presse

Mit der kommunistischen Presse entwickelte die internationale Arbeiterbewegung ein wichtiges Instrument ihres Kampfes. Inhalt und Organisation der Zeitungen machen deutlich, daß sie keineswegs als Pendant zur bürgerlichen Presse verstanden werden können. Sie stellen keine "Nachrichten für die Arbeiter" dar, wie sie sich die sozialdemokratische Pressepolitik zum Ziel gesetzt hatte. In einer 1929 von Paul Kampffmeyer verfaßten Broschüre über die Entwicklung des Sozialdemokratischen Pressedienstes⁷⁴⁾ sind die Grundzüge der Pressepolitik der SPD nachgezeichnet.

Bisher haben die großen Nachrichtenbureaus vielfach eine sehr einseitige Nachrichtenpolitik betrieben. (...) Hinter politischen Nachrichten lauern politische Absichten. In diesem Sinne ist bisher stets Nachrichtenpolitik getrieben worden, und der Nachrichtendienst ist bisher nie unparteiisch gewesen. (75)

Dies bildet die Voraussetzung für die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Nachrichtenagentur.

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" will mit seinem Nachrichtenbureau politisch und sozialkulturell wirken - aber nicht für eine Industrie-

gruppe oder für einen Klüngel von Machtpolitikern, sondern für die schaffenden Volksmassen, für eine Politik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hebung des Volkes. Für diese Politik zieht der "Sozialdemokratische Pressedienst" alle wesentlichen Ereignisse des öffentlichen Lebens in den Kreis seiner Betrachtung. (76)

Zunächst enthält dieses Konzept der sozialdemokratischen Pressepolitik die Vorstellung, die bürgerliche Presse publiziere Nachrichten für einzelne Herrschaftsgruppen und verfälsche sie zu deren Gunsten. Demgegenüber soll die sozialdemokratische Presse zugunsten des Volkes tätig sein. Kampffmeyer führt aus, worin diese Tätigkeit zu bestehen habe: Darin, "alle Ereignisse des öffentlichen Lebens nach ihrem wirklichen Sachverhalt aufzunehmen"⁷⁷⁾. Zu diesem Zweck strebt der Nachrichtendienst "eine möglichst genaue Berichterstattung über die tatsächlichen Vorgänge selbst an"⁷⁸⁾. Diese Berichterstattung vollzieht sich in der Gestalt von Nachrichten. Die Agentur übernimmt die Aufgabe, "Vorkommnisse (...) zu kurzen, sachlichen Nachrichten zu verarbeiten"⁷⁹⁾. Ihm wird "sachliche Berichterstattung"⁸⁰⁾ und "objektive Darstellung"⁸¹⁾ abverlangt. "Die sozialdemokratische Bewegung ist heute zu einer reichlich sprudelnden Quelle von Nachrichten geworden."⁸²⁾ Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Presse soll darin bestehen, im Gegensatz zur bürgerlichen Presse den Arbeitern unverfälschte Nachrichten zu liefern. Beim Versuch, diese Nachrichten zu qualifizieren, enthüllt Kampffmeyer das Ziel der sozialdemokratischen Pressepolitik: Es ist die bürgerliche Presse selbst. Deren Prinzipien, Sachlichkeit, Objektivität, Trennung von Nachricht und Kommentar, sind in diesem Verständnis von ihr selbst verabschiedet worden, und die Sozialdemokratie tritt auf als Sachverwalterin dieses Erbes. Sie verspricht solche Zeitungen, die den bürgerlichen Prinzipien treu bleiben.⁸³⁾ Verständlicherweise verbucht sie es als Erfolg, daß die Nachrichten der Agentur "im wachsenden Maße in der gesamten politischen Tagespresse Berücksichtigung finden (...)"⁸⁴⁾. Als Leitsatz für die Arbeit gilt: "Nicht durch eine falsche, sondern durch eine sachliche genaue Berichterstattung erweitert und vertieft ein Nachrichtenbureau seine Stellung im öffentlichen Leben."⁸⁵⁾ Darin wird gar nicht erst mehr der Versuch unternommen, die sozialdemokratische Agentur von bürgerlichen zu unterscheiden. Der Leitsatz gilt tatsächlich für

alle Agenturen, wobei zweifellos jede für sich beansprucht, ihn ernster als die Konkurrenten zu nehmen. Dementsprechend ist auch die Organisation des Sozialdemokratischen Pressedienstes die getreue Nachbildung der Organisation anderer Agenturen:

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" besitzt einen ganzen Stab ständiger Berichterstatter in allen größeren Städten Deutschlands und allen europäischen Zentralpunkten. Diese Berichterstatter sollen in enger Fühlung mit den Leitern der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen ihres Bezirks stehen. Sie sollen die sich dort in die Öffentlichkeit drängenden Erscheinungen des politischen, ökonomischen und sozialen Lebens beobachten und dann in der Form von Depeschen, Telephonaten, kurzen Berichten und längeren Artikeln ihre Beobachtungen an die Tag und Nacht tätige Zentralstelle des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" in Berlin übermitteln. Hier wird in den einzelnen Redaktionen der massenhaft zuströmende Stoff gesichtet und zu Pressenachrichten und Presseartikeln gestaltet. (86)

Dem gegenüber hob die Pressepolitik der kommunistischen Parteien seit der Gründung der ISKRA die organisatorische Qualität ihrer Zeitungen hervor. Herausgabe und Vertrieb einer kommunistischen Zeitung erfordern ein Korrespondentennetz und ein Vertriebssystem, deren Ausbau die Kommunisten im Kampf schult und die Organisation festigt. Lenin knüpfte an die kommunistische Presse die Erwartung:

Wenn wir unsere Kräfte für die Herausgabe einer allgemeinen Zeitung vereinigen, so wird diese Arbeit nicht nur die tüchtigsten Propagandisten heranbilden und hervortreten lassen, sondern auch die geschicktesten Organisatoren, die talentiertesten politischen Führer der Partei, die fähig sind, im notwendigen Zeitpunkt die Parole zum entscheidenden Kampf auszugeben und den Kampf zu leiten. (87)

Daraus leitet er die Bestimmung der Zeitung ab: "Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator."⁸⁸⁾ An dieser Bestimmung haben die kommunistischen Parteien festgehalten. Alle späteren Erörterungen der Pressepolitik messen die kommunistischen Zeitungen an ihr. An der von 1921 bis 1939 publizierten ARBEITER ILLUSTRIERTE ZEITUNG läßt sich diese organisatorische Dimension skizzieren. Die Internationale Arbeiterhilfe schaffte der Zeitschrift den Zusammenhang, der wesentlich ihren

Inhalt bestimmte. In den Kampagnen der IAH übernahm die AIZ die Funktion eines zentralen agitatorischen und propagandistischen Instrumentes. Die Tätigkeit der Massenorganisationen, der Verbände des Arbeitersports, des Arbeitertheaters, der Arbeiterfotografen etc. kam in der Illustrierten zu einer Darstellung, die diese Zusammenschlüsse konsolidieren und ausweiten sollte. Im Vertriebssystem der ARBEITER ILLUSTRIERTE ZEITUNG fand der hergebrachte Kolportagehandel seine Wendung zur Organisationsform im Interesse der Leser. Unter anderem aus pragmatischen Erwägungen, weil der Kioskvertrieb weitgehend unter der Kontrolle des Hugenberg-Konzerns stand, baute die AIZ seit 1928 einen "Apparat auf, der teils ehrenamtlich, teils gegen ganz winzige Entschädigungen, die aus dem Verkauf der einzelnen Nummern resultierten, funktionierte, den sogenannten Kolporteur-Apparat."⁸⁹⁾ Dieser Apparat besaß selber organisatorische Qualität. Kommunisten ebenso wie Sympathisanten der KPD wurden als Kolporteurs für die Zeitschrift tätig. Ihre Zahl schätzt Karl Retzlaw auf 4 000.⁹⁰⁾ Auf Kolporteur-Tagungen erhielten sie ihre Schulung, und eine eigene Zeitschrift, der AIZ-KOLPORTEUR, informierte sie über die Arbeit der Illustrierten und faßte die Erfahrungen der Kolporteurs bei der Werbung und der Agitproparbeit zusammen.⁹¹⁾ Die Auflage der AIZ stieg nach eigenen Angaben von 100 000 Exemplare im Jahre 1921 auf 500 000 Exemplare im Jahre 1931.⁹²⁾ Aus einer von der AIZ 1929 veröffentlichten Statistik geht hervor, daß 42 % der Leser gelernte, 33 % ungelernete Arbeiter waren.⁹³⁾

Die Bolschewisierung der KPD setzte im Bereich der Pressepolitik der Partei die Herausgabe von Betriebszeitungen an die erste Stelle der Parteiarbeit. Sie wurden zum Organ der Betriebszelle, das die Agitation und Propaganda des betrieblichen Kampfprogramms zu übernehmen hatte und zugleich ein Hebel sein sollte, durch den Sympathisanten für die Parteiarbeit gewonnen werden konnten. Über die Organisation der Betriebszeitungen, die vor allem von den Arbeitern selbst, und nur zum kleinsten Teil von einem Redakteur geschrieben sein sollten, hieß es:

Es empfiehlt sich, anfangs bestimmte, über die verschiedenen Abteilungen verstreute Genossen heranzuziehen, sie zu beauftragen, jeden solcher Vorfälle der Redaktion zu melden, Material

darüber zu beschaffen, Arbeiter der betreffenden Abteilung - von denen bekannt ist, daß sie mit uns sympathisieren - aufzufordern, über diese oder jene Frage einen Beitrag zu liefern usw. Auf diese Weise wird es einem umsichtigen Redakteur nach und nach gelingen, einen ständigen Stab von Mitarbeitern heranzuziehen. (94)

Ein anderes Kampfinstrument entwickelte die Partei mit der Arbeiterkorrespondentenbewegung. Auch sie sollte, wie die Herausgabe von Betriebszeitungen, ein Hebel zur Gewinnung von Sympathisanten für die Arbeit der Partei sein. Die wichtigste Aufgabe stellte sich den Arbeiterkorrespondenten in den Betrieben. Angeleitet von der Zelle, sollte ein Netz von Korrespondenten über alle Ereignisse im Betrieb, die im Kampf der Partei von Bedeutung waren, Berichte für die Parteizeitungen abfassen.

Diese Korrespondenzen sind Enthüllungen. Lenin hat zu ihrer Bedeutung ausführlich Stellung genommen:

Es ist allbekannt, daß die weite Verbreitung und das Erstarken des ökonomischen Kampfes der russischen Arbeiter Hand in Hand ging mit der Schaffung einer "Literatur" der ökonomischen Enthüllungen (Enthüllungen über die Zustände in den Fabriken und den einzelnen Berufen). Der Hauptinhalt der "Flugblätter" bestand in Enthüllungen über die Zustände in den Fabriken, und bald entbrannte unter den Arbeitern eine wahre Leidenschaft für Enthüllungen. Sobald die Arbeiter sich überzeugt hatten, daß ihnen die sozialdemokratischen Zirkel eine neue Art von Flugblättern verschaffen wollen und können, in denen die ganze Wahrheit über ihr elendes Dasein, ihre unerträglich schwere Arbeit und ihre rechtlose Lage enthalten ist, überschütteten sie uns, so darf man sagen, mit Korrespondenzen aus den Betrieben. Diese "Enthüllungsliteratur" rief ungeheure Sensation nicht nur in der Fabrik hervor, deren Zustände in dem betreffenden Flugblatt geißelt wurden, sondern auch in allen Fabriken, in denen man irgend etwas über die enthüllten Zustände vernommen hatte. (95)

Auf diese "Leidenschaft für Enthüllungen" stützt sich die Arbeit der Partei. Die Enthüllungen sind das wichtigste Mittel der Agitation.⁹⁶⁾ "Die politischen Enthüllungen sind ebenso eine Kriegserklärung an die Regierung, wie die ökonomischen Enthüllungen eine Kriegserklärung an den Fabrikbesitzer sind."⁹⁷⁾ Die kommunistischen Zeitungen übernehmen die Aufgabe, Tribüne dieser Kriegserklärungen zu sein.⁹⁸⁾ Damit wird der Parteiarbeit

die Perspektive gewiesen: "In unserer Zeit kann nur die Partei zur Avantgarde der revolutionären Kräfte werden, die wirklich vom ganzen Volk ausgehende Enthüllungen organisiert."99)

Diese Enthüllungen sind keine Nachrichten über einen Bereich, den die bürgerliche Presse aus ihrer Berichterstattung sorgsam aussperrt. Der Warenbesitzer hofft, aus den Nachrichten Kenntnisse zu gewinnen über seine individuelle Chance, solche Tauschbedingungen ausfindig zu machen, die es ihm gestatten, seine Waren mit Extraprofit loszuschlagen. Die Enthüllungen geben dem Arbeiter nicht etwa gleichermaßen Kenntnisse über seine individuelle Chance hinsichtlich des Tauschs seiner Arbeitskraft. Die ökonomischen Enthüllungen rufen "bei den Arbeitern die allgemeine Forderung nach Beseitigung der empörendsten Mißstände sowie die Bereitschaft hervor, diese Forderungen durch Streiks zu unterstützen".¹⁰⁰⁾ Die Enthüllungen sind ein Mittel zur Einnigung der Arbeiterklasse und zu ihrer Mobilisierung für den Kampf gegen das Kapital.

c. Presse in der Volksrepublik China

In den täglich aufs neue publizierten Falschmeldungen aus der Volksrepublik China schlägt sich das Unvermögen der bürgerlichen Presse nieder, Nachrichten über Ereignisse in einem sozialistischen Staat zu liefern. Mao Tse-tung starb nach den Angaben dieser Presse im April 1954 nach einer Krebsoperation, erlitt 1955 einen leichten Schlaganfall, erkrankte im August 1957 an Leberkrebs, wurde 1959 liquidiert, erlitt im Mai 1965 einen Schlaganfall, starb im März 1966 und trat von seinen Ämtern zurück, hatte zur gleichen Zeit einen Herzfehler, zu hohen Blutdruck und Kehlkopfkrebs, litt im Januar 1967 unter einer schweren Gehbehinderung, im März 1967 unter Gehirnverkalkung und einer durch einen Schlaganfall verursachten Sprachlähmung, starb im Sommer 1967 und wurde seitdem von Doppelgängern vertreten, erkrankte im September 1968 an einem schweren Herzleiden, starb im Januar 1969, erlitt im September 1969 einen Schlaganfall, erkrankte im Juni 1970 an Kehlkopfkrebs, litt im November 1970 unter der Parkinsonschen Krankheit sowie Schlafstörungen, erkrankte im

September 1971 nach einer Herzattacke.¹⁰¹⁾ DIE ZEIT, die diese Aufzählung veröffentlichte, zieht aus ihr nicht etwa die Konsequenz, solche Meldungen eingehend auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen und nur mit Vorbehalten zu drucken. Vielmehr setzt sie im selben Artikel die Reihe der Falschmeldungen fort: Es "wurden Gerüchte über eine schwere Erkrankung Maos verbreitet. Andere Quellen sprachen von bevorstehenden inneren Wirren (...)"¹⁰²⁾

Diese Falschmeldungen könnten auf den ersten Blick vielleicht damit begründet werden, der sozialistische Staat pflege wichtige Ereignisse zu verheimlichen. Tatsächlich wird diese Behauptung sehr gern von Korrespondenten angeführt. Jedoch begründet es nicht, weshalb die bürgerliche Presse in ihren Nachrichten über die Volksrepublik China die konstitutive Unterscheidung richtiger von falschen Meldungen aufgibt und Gerüchte in das Sortiment der Quellen für die Nachrichten aufnimmt. Noch deutlicher läßt sich jener journalistische Einwand am Beispiel der Wandzeitungen in der Großen Proletarischen Kulturrevolution zurückweisen. Die Korrespondenten standen fassungslos vor den Wandzeitungen und waren nicht fähig, sich einen Begriff von ihnen zu machen. Einige erblickten in ihnen öffentlich angeschlagene Befehle der Administration¹⁰³⁾, andere die Wiederauferstehung der räsonnierenden Öffentlichkeit: "Jeder einzelne und jede Gruppe kann in handgeschriebenen und gedruckten Wandzeitungen persönliche Ansichten wiedergeben, Vorschläge machen und die höchsten Funktionäre angreifen. Es gibt keine Zensur und keine Vorschriften."¹⁰⁴⁾ Obwohl sich demnach dem Korrespondenten eine Fülle von Quellen für die Nachrichten anbot, war gerade die Kulturrevolution der Anlaß für eine Fülle von Falschmeldungen. Die Ursache ist also weder in angeblichen Geheimhaltungen des sozialistischen Staates, noch im unzureichenden handwerklichen Können der Korrespondenten, ihrer schlechten Ausbildung, ihren geringen Sprachkenntnissen etc. zu suchen, sondern darin, daß die Nachricht selbst in sozialistischen Staaten ihre Funktion verliert.

Dieser Vorgang wird dort am deutlichsten, wo der Journalist versucht, sich den Massen zu nähern. In welches Verhältnis zu ihnen gerät er dabei?

Die Chinesen, ein Volk, das jahrtausendlang gehungert hat, haben heute mehr zu essen als je zuvor in ihrer langen Geschichte. In den Städten werden große Mengen von Schweinefleisch, Hühnern, Eiern, Gemüse und Früchten frei zum Verkauf angeboten. Auch die Preise sind gegenüber dem Vorjahr erheblich heruntergegangen. In Peking kostet ein Kilo Schweinefleisch 0,50 - 0,70 Yuan (80 - 95 Pfennig). Selbst auf den Eisenbahnen werden heute Fleischgerichte frei verkauft. (105)

Der Journalist klammert sich an das, was im sozialistischen Staat als Überbleibsel fortbesteht: der Markt. Aus den Verhältnissen des Marktes zieht er Rückschlüsse auf die allgemeine gesellschaftliche Verfassung, um die Stabilität der sozialistischen Ordnung zu ermitteln:

Für die Chinesen, die jahrelang den Leibriemen enger schnallen mußten, bedeutet die verbesserte Nahrungsmittelsituation die Erreichung eines fast schon paradiesischen Zustandes, was zweifellos das Ansehen des kommunistischen Regimes gestärkt hat. (106)

Solche Schilderungen wiederholen sich ungeachtet der unterschiedlichen Einschätzungen der allgemeinen Politik der Volksrepublik China. Die bürgerliche Presse publiziert sie vor und nach der Kulturrevolution, vor und nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten in Peking. Die chinesischen Massen erscheinen als "Menschen, deren höchster Konsumwunsch ein Fahrrad oder eine Armbanduhr ist (...) "¹⁰⁷⁾

Diese Berichterstattung beschränkt sich nicht auf die Massen im sozialistischen Staat, sie gewinnt nur ihnen gegenüber die deutlichste Gestalt. Stets kehrt sie wieder, wenn der Journalist genötigt ist, angesichts der Klassenkämpfe Auskunft über die Massen zu geben. Stereotyp schätzt er die "Unruhe im Lande" danach ein, ob das "Geschäftsleben normal" ¹⁰⁸⁾ verläuft oder nicht.

Die tägliche Zufuhr (von Lebensmitteln, d.V.) kommt bisher mit Lastwagen ohne Störung über die Landstraßen. Trotzdem ist vor allem bei älteren Franzosen, die noch die Kriegszeiten im Gedächtnis haben, eine Hamsterwelle großen Stils ausgebrochen. Haltbare Lebensmittel werden in Mengen gekauft. (109)

Am Dienstag war das Angebot in den Pariser Großmarkthallen zwar noch ausreichend, doch

wurden fast alle Bestände aufgekauft. Dagegen blieben noch erhebliche Mengen an Eiern und Butter liegen. (110)

Vermittelt durch die Waren nähert sich der Journalist den Massen. Er betritt den Markt, und die Massen begegnen ihm als Käufer und Verkäufer. Sie fallen in seinen Darstellungen auseinander in eine Vielzahl von Warenbesitzern, und aus der Zirkulation der Waren interpretiert er die Bewegung der Massen. Das heißt aber auch, daß der Journalismus, eben weil er in der Zirkulationssphäre fungiert, all die Illusionen, die aus dem Warentausch entspringen, nicht durchstoßen kann. Er fällt ihnen selbst zum Opfer. Deshalb kann er nicht die Massen als solidarisch sich verhaltende, als kämpfende darstellen, sondern ausschließlich als Warenbesitzer, d.h. als einzelne, deren Verhältnis zueinander ebenso wie das des Journalisten zu ihnen im Tausch von Äquivalenten auf dem Markt aufgeht. Dieses Verhältnis, in das der Journalist zu den Massen tritt, ist nicht in seiner privaten Absicht begründet. Die Nachrichten, die er zu liefern hat, zwingen ihn dazu.

Den Nachrichten als allgemeine Bedingung der Warenzirkulation schwindet in der sozialistischen Gesellschaft in dem Maße die Voraussetzung, in dem die Warenproduktion verkümmert. Mit der fortschreitenden Aufhebung der Anarchie des Marktes, in dem Prozeß, in welchem die Produzenten sich nicht mehr als Käufer und Verkäufer gegenüber treten, sondern zu frei assoziierten Menschen werden, verliert die Nachricht ihre Funktion, und sie wird abgelöst von der dialektisch-materialistischen Untersuchung des gesellschaftlichen Verhältnisses selbst. Deshalb weist die Presse in der Volksrepublik China immer weniger die Züge einer Nachrichtenpresse auf.

Selbst ein flüchtiger Blick auf die Zeitungen im kommunistischen China zeigt, daß Reportagen und Features über die Aktivitäten in der Produktion und das wirtschaftliche Leben der Bauern und Arbeiter die Spalten überschwemmen. Das ist besonders für die Provinz- und Lokalzeitungen der Fall, wo Nachrichten, wie sie in der westlichen Welt verstanden werden, auf ein Minimum zurückgegangen sind. Das heißt nicht, daß die chinesischen Kommunisten an Nachrichten uninteressiert sind. Nur soll ihnen suggeriert werden, daß es Nachrichten einzig über eine Sache gibt: den Prozeß der Entwicklung des So-

zialismus und im Laufe der Zeit des Kommunismus.
Das ist ihr Begriff der "Nachricht". (111)

Durchaus zu Recht distanziert sich der Autor von dem Wort "Nachricht" im Zusammenhang mit der chinesischen Presse. Für die Inhalte der chinesischen Zeitungen trifft es nur noch als Formulierung eines Rudiments zu. Die Entwicklung des Sozialismus läßt sich nicht in Nachrichten fassen. Mao Tse-tung hat 1948 in einer Ansprache an die Redaktionsmitglieder der DJIN-SUI JIBAO die Funktion und Organisation der Presse formuliert:

Die Rolle und die Macht der Presse bestehen in der Fähigkeit, den Massen das Programm und die Linie der Partei, ihren politischen Kurs und ihre politischen Richtlinien, die Aufgaben und Methoden der Arbeit auf die schnellste Weise und so umfassend wie nur irgend möglich nahezubringen. (...) Ihr Genossen seid Presseleute. Eure Aufgabe besteht darin, die Massen zu erziehen, sie ihre eigenen Interessen und Aufgaben erkennen zu lassen und sie mit dem politischen Kurs und den politischen Richtlinien der Partei bekannt zu machen. (...) Damit die Zeitungsleute die Massen erziehen können, müssen sie zunächst bei den Massen in die Lehre gehen. (...) Die Mitarbeiter der Zeitungen sollten turnusweise hinausgehen, um eine Zeitlang an der Massenarbeit teilzunehmen (...) (112)

Die Presse als Instrument der Agitation und Propaganda fordert für sich eine andere Organisation, als sie der Nachrichtenpresse eigentümlich ist. Der Zeitungsschreiber muß, will er der Aufgabe, die Massen zu erziehen, gerecht werden, selbst von den Massen lernen. Im Prozeß der Entfaltung dieser Presse nimmt die Zeitung die Gestalt einer Zusammenfassung von Erfahrungen der Massen an. Diese Aufgabe übernahmen ebenfalls die Wandzeitungen. Dem Prinzip "Aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen" entsprechend, dienten sie der Durchsetzung der korrekten Linie der Partei. Mit ihnen bestimmte sich die Partei als Führung der Massen und zugleich als deren Instrument. Die Wandzeitungen waren das Mittel der Auseinandersetzung der Massen um die revolutionäre Politik, der Vereinheitlichung dieser Auseinandersetzung durch die Partei und der neuerlichen Kritik dieser Vereinheitlichung durch die Massen.

Die kommunistische Presse ist ein Hebel des demokratischen Zentralismus. Die Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse tritt an die Stelle ihrer Widerspiegelung. Wie die Nachricht

Ausdruck dafür ist, daß sich die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise hinter dem Rücken der Produzenten durchsetzen, so steht die Untersuchung dafür ein, daß die Produktion von den Menschen bewußt geplant und die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche bewußt angegangen wird. Würde sich z.B. in einer Kommune ein Mord ereignen, so würde dies Ereignis nicht in der Zeitung gemeldet werden. Die Reproduktion des Tatbestandes, die auf eine ebenso vereinzelte Reaktion des Lesers zielt, gibt nicht die ganze Realität. Was sind die Ursachen eines Mordes? Welche Lösung zur Verhinderung wurde gefunden? Die Nachricht beantwortet diese Fragen nicht, sondern ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Zustandes, in dem diese Fragen durch Subsumtion unter Rechtsnormen beantwortet werden. Die kommunistische Presse würde Morde zum Gegenstand einer Untersuchung machen; häuften sie sich, so würde das Resultat dieser Untersuchung verbreitet. Es würde beispielhaft darstellen, in welcher Weise dieser bestimmte Widerspruch vom Kollektiv gelöst werden konnte, welche Widerstände dabei zu überwinden waren. Der Zeitungsbericht verallgemeinert Erfahrungen, er reproduziert nicht mehr Ereignisse, die der Anarchie des Marktes entspringen. Diese untersuchende Tätigkeit der Presse kommt in der äußeren Zeitungsgestalt z.B. darin zum Ausdruck, daß die chinesischen Zeitungen täglich unter einem Zentralthema erscheinen, das in den verschiedenen Zeitungstexten abgehandelt wird.¹¹³⁾

VI. DIE MASSENPRESSE ALS ORGANISATIONSFORM DER LESER

1. Reformismus und Massenpresse

a. Das technische Mißverständnis der Zeitungsform

Die Form der BILD-ZEITUNG ist Anlaß zu vielen Spekulationen gewesen. Wenn Knipping von der Zeitung spricht, die in "raffiniert ausgeklügelter Mischung auf Neugier, Erregung, niedrige Instinkte und die Geldmünze in der Tasche des Straßenpassanten" spekuliere¹⁾, oder wenn die Studentenbewegung es unternimmt, die BILD-ZEITUNG "umzufunktionieren", wie es im BERLINER EXTRA-BLATT geschehen sollte, dann drückt sich darin eine technische Auffassung der Form der BILD-ZEITUNG aus. Die Aufmachung erscheint hier als Hebel eines bestimmten, geplanten Zugriffs auf den Leser. Doch ist die Form der BILD-ZEITUNG das Resultat technischer Raffinesse, ist sie der unsichtbare Faden, an dem der Leser tanzt?

Wir illustrieren das Beschränkte dieser Vorstellung an dem gescheiterten Experiment, das von dieser Vorstellung ausging: dem BERLINER EXTRA-BLATT. Es erschien von Februar bis Mai 1967 und stellte den Versuch dar, ein "linkes Massenblatt" herauszubringen. Propaganda sollte endlich in einer allen verständlichen und massenhaften Form gemacht werden. Gegenüber der esoterischen Sprache der Linken, wie sie sich in ihren theoretischen Zeitungen und auch Flugblättern niederschlug, sollte populär gesprochen werden. Negatives Vorbild war der durchschlagende Erfolg der BILD-ZEITUNG. Es hieß, man müsse die BILD-ZEITUNG "umfunktionieren", ihren reaktionären Gehalt austauschen gegen den richtigen, die ins Auge springende, sensationelle Form jedoch beibehalten. Der Verlauf des ganzen Experiments zeigte, daß die BILD-ZEITUNG nicht "umzufunktionieren" ist, daß ihr Gehalt nicht von ihrer Form zu trennen ist.²⁾ Das entscheidende Problem der "linken Massenzeitung" war: In welche kontinuierliche Beziehung sollte sie zu ihren Lesern treten? Wenn sie mit einem Prinzip der bürgerlichen Presse, ihrem einsamen Leser, brechen wollte, so mußte sie ihr Verhältnis zum Leser in der Zeitung selber darstellen. Der Leser sollte ja nicht als Abonnent oder wöchentlich kaufender, sondern als politisch handelnder angesprochen werden. Und dieses Verhältnis von Leser und Zeitung mußte sich

in der Zeitung niederschlagen, die Zeitung mußte es selbst ausdrücken und propagieren.

Wie wurden die Lebensbedingungen der Berliner Bevölkerung und die Mittel um sie zu verändern dargestellt? Die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse wurden in einer statistischen Abhandlung mit Daten über Produktionsrückgang, Abwanderungsquote etc. unter dem Titel "Berlin stirbt"³⁾ dargestellt. An den Senat wurde die Aufforderung gerichtet, die Stadt in eine "Drehzscheibe" zwischen Ost und West zu verwandeln. Die Schlagzeilen, die diese Forderung propagierten, lauteten: "Klemmt das Telephon wieder an"⁴⁾, oder "Laßt uns nach Sansouci"⁵⁾. Die Studenten Westberlins erschienen als Objekt staatlicher Eingriffe: "CIA wirbt Studenten"⁶⁾, oder: "Hartmut Häussermann, 1. Vorsitzender der FU Studentenvertretung, steht im Mittelpunkt des Drucks aller vereinigten Reaktionäre West-Berlins"⁷⁾. Eine regelmäßige Sparte "Extra billig eingekauft" informierte über Ladenpreise. Angesichts der steigenden Preise wies die Zeitung ihre Leser darauf hin, in welchem Kaufhaus die Tiefkühlkost am billigsten ist.⁸⁾ Das BERLINER EXTRA-BLATT sprach stellvertretend für seine Leser. Aufforderungen an den Senat und Anprangerung seiner Maßnahmen standen sich gegenüber. Außer diesen Appellen konnte das EXTRA-BLATT keine Angaben über die nächsten praktischen Schritte machen. Die Zeitung konnte den Widerspruch nicht lösen, daß sie die Massen mobilisieren wollte, deren massenhafte Mobilisierung aber schon voraussetzte. Sie ging von der in sich widersprüchlichen Idee einer massenhaften Mobilisierung ohne Organisation aus. So konnte sich die an sich richtige Absicht, die Massenhaftigkeit, nur als die massenhafte Akkumulierung kritischer Geister durchsetzen.

Die Zeitung konnte über ihren Leser nur Vermutungen anstellen. Das drastischste Beispiel hierfür ist eine kurze Notiz über Anti-Baby-Pillen. Es wird berichtet, daß ein amerikanischer Forscher festgestellt hat, daß eine bestimmte Wahrscheinlichkeit der Erkrankung durch den Gebrauch der Anti-Baby-Pille besteht. Das EXTRA-BLATT verdeutlicht dies durch die Schlagzeile: "Erkrankung durch Pille so wahrscheinlich wie Tod durch Autofahren"⁹⁾. Die Zeitung gibt durch eine solche Meldung bekannt, daß

sie sich zu ihren Leserinnen nicht nur in einer leichtfertigen Weise verhält, indem sie in Umlauf gebrachte Ängste bestärkt, sondern daß sie jedes Ziel ihrer Schriftstellerei außer Augen verloren hat. Dient die Meldung als Warnung an die Leserin? Zu welcher Handlung fordert sie auf? Hier wird Unbehagen, Befürchtung etc. in der allgemeinsten Form ausgesprochen. Eben dies ist auch der größte gemeinsame Nenner, auf dem sich die Zeitung mit ihren Lesern trifft: einer allgemeinen und unbestimmten Opposition zu den bestehenden Verhältnissen. Organisatorisch betrachtet, trifft die Zeitung auf ihren Leser als einen einzelnen. Als Sprachrohr dieses einzelnen aber kann die Zeitung nur Appelle aussprechen, Drohungen an die Adresse des Staatsapparates ausstoßen. Die Zeitung tritt selbst als eine Macht auf, als eine "Instanz", die den Willen des Lesers ausdrückt. Die "Macht" dieser Zeitung ist die Kehrseite der ohnmächtigen einzelnen.

Die Herausgeber des EXTRA-BLATTES waren davon ausgegangen, daß die Form der BILD-ZEITUNG lediglich technisches Mittel sei, und deshalb auch einem linken Inhalt gemäß sein könnte. Die Geschichte des EXTRA-BLATTES erweist jedoch die Formfrage als ein Verhältnis von Leser und Zeitung. Reaktionäre und revolutionäre Inhalte sind deshalb nicht einfach austauschbar. Die BILD-ZEITUNG sucht ihre Leser in bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse zu setzen. Diese gilt es genauer zu analysieren.

b. Pressekampagnen

Für das HAMBURGER ABENDBLATT bildeten human-interest-story und Kampagne die wichtigsten journalistischen Formen, durch die sich das Blatt von den anderen in Hamburg verbreiteten Zeitungen unterschied. Von Verlag und Redaktion als Technik der Auflagensteigerung erfolgreich eingesetzt, trugen sie dazu bei, die bürgerliche und sozialdemokratische Konkurrenz zu schlagen.

Grüne Glückspantoffel, in der Nacht vor Nikolaus im ganzen Stadtgebiet versteckt, trugen dem Finder zwei Lebensmittelpakete ein, von denen er eines armen, alten Leuten bringen sollte, um die sich niemand mehr kümmerte (...). In der Nacht vor Frühlingsanfang brachten Lastwagen 120 000

Schneeglöckchen- und Stiefmütterchensträüße in die Stadt, die, mit grünen ABENDBLATT-Herzen geschmückt, am nächsten Morgen auf dem Jungfernstieg von Axel Springer und einem Schwarm Studenten allen Frauen und Mädchen überreicht wurden, die des Weges kamen. Wer aus tausend verteilten Begonienknollen die schönsten "Begonienkinder" züchtete und der Natur damit wieder nahe kam, wurde hoch belohnt. Wer "Herrn Lombard" erkannte, den gelegentlich durch die Stadt schlendernden, soignierten Redakteur Losch, und damit bewies, daß er wieder auf seine Mitmenschen achtete, erhielt auf der Stelle 100 Mark. (10)

Diese Kampagnen sind der amerikanischen und englischen Massenpresse entlehnt, sie kehren in der BILD-ZEITUNG wieder, zum Teil in getreuer Nachbildung.¹¹⁾ So trägt die Figur "Herr Lombard" in der BILD-ZEITUNG den Namen "Helle".

In den Kampagnen tritt die Zeitung als Organisationsform des Lesers auf. Die Zeitung stellt sich und ihre Leser dar als "BILD-Familie". Unter den Parolen "Seid nett zueinander" und "Die BILD-Familie hilft sich selbst" begegnen die Mitglieder der Familie einander fürsorgend. Die Kampagne "Bester Nachbar" fordert die Leser auf: "Schreiben Sie Ihr größtes, schönstes oder lustigstes Erlebnis mit Ihrem Nachbarn auf und schicken Sie es an BILD-BERLIN."¹²⁾ Die Kraft des Beispiels soll die Menschlichkeit als allgemeine Verkehrsform der Leser realisieren. Die Akte der Fürsorge werden publiziert als "Beispiele menschlicher Hilfsbereitschaft, als Beispiele für alle BILD-Leser, wie man den Menschen helfen oder eine Freude machen kann."¹³⁾ Die wirklichen Verhältnisse scheinen solche Kampagnen notwendig zu machen: "So ist's, wenn Menschen zusammen leben: Es gibt Licht und Schatten. Erträglich, nett und freundschaftlich wird alles durch ein wenig guten Willen."¹⁴⁾ Das soll die Kampagne erreichen. Die Fürsorge, die sie hervorzubringen trachtet, läßt jedoch die wirklichen Verhältnisse, in denen sie stattfindet, unangetastet. Sie gilt den Opfern dieser Verhältnisse. Denen sie unerträglich geworden sind, sollen sie wieder erträglich gemacht werden. Die Selbsthilfe der Lesersfamilie soll in spontanen Akten der Fürsorge das Bestehende, das den Menschen mit der Wirklichkeit zwar nicht aussöhnt, aber sie ihn ertragen läßt, dort sichern, wo es im Einzelfall zerstört zu werden droht. Die Akte der Fürsorge sind es, die "aus fremden

Menschen oft genug gute Nachbarn machen"¹⁵⁾ und damit ein Verhältnis unter ihnen stiften, das sie zu schützen verspricht, wenn das Elend vollends übermächtig werden sollte. Die Solidarität der Arbeiter verwandelt sich in die nachbarschaftlichen Beziehungen der einzelnen, und aus dem Symbol der Solidarität wird ein "Händedruck über den Zaun: Symbol für gute Nachbarschaft"¹⁶⁾.

In der Kampagne "Helle ist unterwegs" wird deutlich, daß die Kampagnen zur Auflagensteigerung der Zeitung veranstaltet werden. Verliehen wird der Preis demjenigen, der den "Mann mit Fliege, Pfeife und kariertem Mütze"¹⁷⁾ auf der Straße erkennt und ihm ein Codewort nennen kann, das er zuvor aus der Lektüre mehrerer Zeitungsausgaben dechiffrieren mußte. Auch die Erhöhung des Verkaufspreises setzte die Zeitung in einer umfassenden Kampagne durch. Plakate, Annoncen, Preisausschreiben für die Leser, Rundschreiben, Anweisungen und Verkaufshilfen für die Grossisten und Einzelhändler und eine Urlaubssperre für Verlag und Redaktion machten die Kampagne zum kostspieligsten Werbefeldzug einer Zeitung nach 1945.¹⁸⁾ Die Anerkennung des höheren Verkaufspreises durch den Leser verwandelte die Zeitung in eine Manifestation der Leserschaft, deren Fürsorge diesmal dem Blatt selbst galt: "Jetzt nach dreizehn Jahren brauchen wir die Hilfe unserer Leser, Ihre Hilfe."¹⁹⁾ Der Erfolg der Kampagne läßt schließlich "6800 Verkäufer der BILD-Zeitung erleben, daß der Spruch 'Die BILD-Familie hilft sich selbst', mit dem schon so vielen Menschen geholfen wurde, auch für die BILD-Verkäufer gilt"²⁰⁾.

Die Entfaltung und Auflösung des Scheins der organisatorischen Kraft der Zeitung lassen sich beispielhaft darstellen an einer Kampagne, die die BILD-ZEITUNG 1964 gegen die Erhöhung der Telexgebühren inszenierte. Die folgenden Zitate aus der Zeitung geben den Verlauf der drei Wochen dauernden Kampagne an:

- 9. Juli Sturm der Entrüstung wegen der geplanten Erhöhung der Telefon- und Fernschreibgebühren!
Der Verbraucherverband und zahlreiche BILD-Leser protestieren ebenfalls.
- 14. Juli Tausende von BILD-Lesern fordern: Die Preise bei der Post müssen stabil bleiben.

18. Juli Die BILD-Leser sind empört.
21. Juli BILD-Leser wollten wissen: Bei wem sollen wir gegen die ungeheuerlichen Telefentarife protestieren? Wie ist die Adresse von Stücklen? Hier die Anschrift: Richard Stücklen, Bundespostminister für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, Koblenzer Straße 81.
22. Juli Stoppt den Wucher mit dem Telefon!
23. Juli Bonn gibt nicht nach! Telefon-Wucher bleibt! BILD-Leser fordern: Streik!
24. Juli Schluß mit der Post-Diktatur! Holt den Bundestag aus dem Urlaub! Die Volksvertreter müssen eingreifen!
25. Juli Bundestag bricht Urlaub ab! SPD erzwingt Telefon-Sondersitzung. (...) Damit haben die Verbraucher die erste Runde im Kampf um die Telefonpreise gewonnen. Tausende von Telefonbenutzern waren Sturm gegen die Gebührenerhöhung gelaufen. BILD hatte ihre Forderungen unterstützt.
29. Juli Heute 15 Uhr Sondersitzung des Bundestages. Verbraucher bitten ihre Abgeordneten: Bremst Erhardt!
31. Juli Sieg ist Sieg, Mehrheit ist Mehrheit. Wir beugen uns selbstverständlich einer Mehrheitsentscheidung des Parlaments. (...) Das vorläufige Resultat der Telefon-Schlacht hat zwei Gesichter: "Die Regierung hat gesiegt." "Die Regierung hat einen schweren Fehler gemacht."

Der Verlauf der Kampagne bringt den Schein der durch die Zeitung geeinten und zur Macht kommenden einzelnen hervor und zerstört ihn wieder. Als Subjekte der Kampagne stellt die Zeitung nacheinander vor: "der Verbraucherverband und zahlreiche BILD-Leser", dann "Tausende von BILD-Lesern" und schließlich "die BILD-Leser". Ihre Bedürfnisse scheint die Zeitung gegen eine Maßregel des Staatsapparates durchzusetzen. Sie artikuliert sich zunächst in den Formen von Entrüstung, Forderung, Empörung und Protest. Dieser nimmt, als die Zeitung auf die Frage nach dem Adressaten des Protests die Anschrift des Postministers veröffentlicht, die konkrete Gestalt der Petition an. Mit der Forderung des Streiks endlich erreicht die Kampagne ihren Höhepunkt und leitet sie zugleich ihre Niederlage ein. Alle bisherigen Formen waren solche der individuellen Reaktionen, an denen sich die Zeitung als machtvollere Vermittlung der Bedürfnisse

der Leserfamilie darstellte. Die Streikforderung jedoch wirft die Kampagne auf die wirklichen Verhältnisse zurück. Sie kann einen Streik nicht organisieren, da ihn weder die Zeitung lesenden Arbeiter noch deren gewerkschaftliche Organisationen fordern, sondern die von der Zeitung vorgestellten Mitglieder einer scheinbar in geeinter Macht zusammengefaßten Leserfamilie. Die Kampagne nimmt wieder die zuvor propagierten Formen auf, und auf der parlamentarischen Bühne verkümmert der Streik zur Petition. Es setzt nicht die geeinte Macht eine Korrektur der staatlichen Maßregel zugunsten der Leserfamilie durch, sondern die Zeitung beantragt bei der im bürgerlichen Staat zuständigen Instanz, dem Parlamentarier, eine Korrektur behandeln zu lassen. Bereits damit löst sich, unabhängig vom Ergebnis der Behandlung, der Schein der geeinten Macht der Leser auf. An die Stelle der "BILD-Leser" treten wieder "die Verbraucher", dann "Tausende von Telefonbenutzern". Die Zeitung selbst stellt sich nicht mehr dar als Organ der Leserfamilie, sondern distanziert sich von der bislang beschworenen Einheit ihrer selbst und der Leser zu einer Zeitung, welche die besonderen Forderungen einer Anzahl einzelner, die nicht identisch sind mit der Leserfamilie, lediglich unterstützt. Den Scheincharakter der Kampagne enthüllt ein sehr einfacher Tatbestand: Die Leseranalyse der Zeitung ermittelt als "durchschnittlichen Leser der BILD-ZEITUNG einen, der nur selten ein Telefon benutzt und selbst gar keines besitzt.²¹⁾

In den Kampagnen scheinen sich die Leser als durch die Zeitung vermittelte Organisation zu konstituieren, welche einerseits nach innen unter den Mitgliedern dieser Organisation menschliche Verhältnisse stiftet, andererseits nach außen von den Mitgliedern jede Bedrohung dieser Verhältnisse abzuwehren fähig ist. Das Versprechen, als Mitglied der Leserfamilie eine erträgliche Existenz zu finden, wird eingelöst in der scheinbaren Mobilisierung zur Abwehr der Bedrohungen, und die Teilnahme an der Abwehr bedeutet die Integration in diese Organisation.

In Gestalt von Verbrechen und Übergriffen der Bürokratie tritt die Bedrohung vornehmlich auf. Ihre Abwehr muß permanent sein, dann die Kampagnen richten sich nicht gegen die Kriminalität,

sondern den einzelnen Verbrecher, nicht gegen die Bürokratie, sondern den einzelnen Übergriff. Ein Endsieg über die Feinde der Lesersfamilie ist nicht zu erwarten, vielmehr bedeutet die erfolgreiche Abwehr der einen Bedrohung die Auferstehung einer anderen, die Verhaftung eines Verbrechers den Beginn der Jagd nach einem anderen. "Berliner! Jagt die Mörder in unserer Stadt!"²²⁾ Aufforderungen zur Jagd nach dem Verbrecher durchziehen die Geschichte der Massenpresse, die ihre Kampagnen der Tätigkeit der Polizei nachbildet. Sie erbittet die Mitarbeit der Leser, veröffentlicht Steckbriefe und setzt Belohnungen aus. "Die Polizei steht dieser überschwappenden Welle von Kriminalität beinahe ohnmächtig gegenüber."²³⁾ Der Hinweis auf die Unzulänglichkeit des Polizeiapparates legitimiert die Zeitung als Organisator des Schutzes vor dieser Bedrohung, denn: "Vier Augen sehen mehr als zwei! Millionen BILD-Leser sehen mehr als ein paar tausend Kripo-Männer!"²⁴⁾ Zum Beweis dafür, daß erst durch diese Organisation ausreichender Schutz gewährleistet ist, wird der Kriminelle zitiert, der angesichts der Kampagne resigniert und sich freiwillig stellt: "Er sagte: 'Hat keinen Zweck mehr. Seh'n Se doch hier.' Dabei hielt der Gesuchte dem Hauptkommissar den BILD-Steckbrief unter die Nase."²⁵⁾ Vollständige Ausbildung erfährt diese Organisation im wiederkehrenden Topos vom Kriminellen, der sich statt der Polizei der Zeitungsredaktion stellt: "Verzweifelt kam ein Mann in die BILD-Redaktion: 'Ich bin der Äther-Mörder!'"²⁶⁾ Die Zeitung liefert den Geständigen aus. So wenig sie ihn dem Zugriff durch die Behörden entzieht, konkurriert sie mit dem Staatsapparat. Ausdrücklich hebt sie das Einverständnis des Staatsapparates mit den Kampagnen zur Jagd nach den Verbrechern hervor: "BILD arbeitet dabei eng mit der Kriminalpolizei, den Landeskriminalämtern und dem Bundeskriminalamt zusammen."²⁷⁾ Und: "Auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Kühn gratuliert BILD: 'Ich begrüße die Aktion außerordentlich. Sie ist eine ungemein wertvolle Mithilfe bei der Vorbeugung gegen Verbrechen!'"²⁸⁾ Die Leser sollen nicht an die Stelle der unzureichenden staatlichen Exekutive eine von ihnen selbst organisierte setzen, sondern die des Staates soll durch die geeinte Macht der Leser dem einzelnen zureichenden Schutz gewähren können. Aufgefordert sind die Leser, im Wortsinn polizeidienlich tätig zu werden. "Jagen Sie

diesen Mann. Hinweise nimmt jede Polizeistelle und BILD entgegen."²⁹⁾

Die Konkretion der Teilnahme an der Kampagne beschränkt den Leser auf die ohnehin vom Staat vorgesehenen Formen staatsbürgerlichen Wohlverhaltens. Wie die Zeitung den in der Redaktion sich Stellenden den Behörden überläßt, bleibt auch den Lesern eigenmächtige Verurteilung und Bestrafung untersagt. "Eine 11jährige schlug bei ihrer Mutter Alarm: 'Der Mann von nebenan hat mich angefaßt.' Wenig später beschlossen die Nachbarn: Den Mann verprügeln wir! Der Denkkzettel wurde zum Todesurteil. Am nächsten Tag starb der Mann."³⁰⁾ Der Artikel berichtet: "Ohne daß die Schuldfrage geklärt war, beschlossen die Männer und Frauen: Wir lassen die Polizei aus dem Spiel. Die wird den Mann doch wieder laufen lassen."³¹⁾ Wie die Kampagne der Zeitung findet die Lynchjustiz ihre Begründung im unzureichenden Schutz der staatlichen Instanzen. Die Lynchjustiz jedoch wird verurteilt, da sie im Gegensatz zur Kampagne die Zuständigkeit des Staates nicht anerkennt. Ihr gegenüber bewegt sich die Argumentation gerade in den Normen des bürgerlichen Rechts, die die Zeitung, wo die staatliche Zuständigkeit unbestritten bleibt, nicht in Anspruch nimmt. Im Fall der staatlichen Justiz verurteilt die Zeitung den Angeklagten, ohne daß der richterliche Spruch die Schuldfrage entschieden hat, als einen "Sittenverbrecher"³²⁾, im Fall der Lynchjustiz spricht sie vom "Lynchopfer"³³⁾ und von den Lynchenden als "Täter"³⁴⁾. Hier wiederholt die Zeitung das Muster, dem sie in der antikomunistischen Propaganda folgt. Solange die Leser in den Kampagnen sich der Zuständigkeit staatlicher Instanzen unterwerfen, erscheinen sie als Organisation, mächtig genug, jede Bedrohung abzuwehren. Sobald jedoch diese Organisation wirklich wird in Gestalt der Bande, die Aggressionen gegen Kommunisten ebenso wie Kriminelle unternimmt und sich damit in Widerspruch zum Staatsapparat setzt, der die Kompetenz in solchen Maßnahmen ausnahmslos für sich beansprucht, löst sich diese Organisation in einzelne auf, die als Gesetzesbrecher unter das Verdikt der Zeitung fallen.

Die Kampagnen gegen bürokratische Übergriffe benutzen stets ein und dasselbe Schema. Es schildert die Maßnahme einer Behörde:

die Krankenkasse "zahlt nicht"³⁵⁾, oder das Amt "schickte die junge Frau wieder fort"³⁶⁾, daraufhin die Intervention der Zeitung, welche "nachhakte"³⁷⁾ oder "sich einschaltete"³⁸⁾, schließlich das Resultat der Intervention: "Und jetzt soll es besser klappen"³⁹⁾, jetzt "gab das Jugendamt grünes Licht"⁴⁰⁾. Der Beamte verspricht der Zeitung: "Wir werden uns den Antrag Ihrer Leserin noch einmal vornehmen."⁴¹⁾ Unter der Parole "BILD kämpft für Sie!" befaßt sich die Zeitung mit solchen Übergriffen:

Meine Frau leidet an Kreislauferstörungen und braucht eine Kur, sagt unser Hausarzt. Das müßte auch von einem Arzt der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bestätigt werden. In Wolfsburg hat die BfA drei Vertragsärzte. Zwei sind in Urlaub, und bei dem dritten würde es mehr als vier Wochen dauern, bis meine Frau einen Termin bekommt. (42)

Diesem Leserbrief folgt die Mitteilung der Zeitung:

BILD schrieb an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte: "Bitte prüfen Sie den Fall." Eine Woche später kam die Antwort von BfA-Pressechef Dach: "Wir haben für Frau Eschwey einen Termin beim Vertragsarzt vereinbart. Sie kann noch in diesem Monat nach Laasphe in Kur fahren. (43)

In der Kampagne sucht die Zeitung sich in eine wirksamere als die wirkliche Beschwerdestelle zu verwandeln. An sie soll sich der Leser als Antragsteller wenden, und nicht die Behörde, sondern die Zeitung erteilt ihm Bescheid. Die Zeitung entnimmt bei der Darstellung behördlicher Willkürakte der Sozialpolitik ihr Material. Die Leistungen der Sozialpolitik sind keine gesicherten Errungenschaften. Sie müssen stets wieder als Zugeständnisse erkämpft werden. Wie das Kapital bereit ist, solche Zugeständnisse zurückzunehmen, sobald die gewerkschaftliche Organisation in Krisen Belastungen ausgesetzt ist, indem ihre Kampfkraft durch die verschärfte Konkurrenz der Arbeiter untereinander geschwächt wird, illustriert der Tatbestand, daß die Versicherungsträger in Krisen einen Rückgang der Arbeitsunfälle verzeichnen können. Wenn der Kapitalist diese Erscheinung als verbesserte "Arbeitsmoral" feiert, ist sie doch darin begründet, daß der Arbeiter fürchten muß, sein Unfall führe zur Entlassung, und er deshalb darauf verzichtet, leichte Unfälle zu melden.⁴⁴⁾ Nicht auf der Vorstellung vom "Wohlfahrtsstaat", sondern auf der Erfahrung der Notwendigkeit, sich organisiert

gegen die Ruinierung der Arbeitskraft zu wehren, stützt sich die Darstellung der Zeitung.

c. Das Verhältnis von Massenpresse und Sozialpolitik

Anhand der praktischen Schritte, die die Kampagnen einschlagen, lassen sich drei Hauptformen unterscheiden: 1. Appell an den Staatsapparat (Telefonkampagne), 2. Jagd auf Kriminelle ("Jagt die Mörder in unserer Stadt"), 3. Pflege menschlicher Beziehungen ("Bester Nachbar"). Diese Praxis ist die Konsequenz aus der in den human-interest-stories dargestellten Wirklichkeit. Jede human-interest-story kann mit einem Schluß versehen werden, der den Hauptformen der Kampagne entspricht. Es ist darum auch von großer Zufälligkeit, welche Materialien die Zeitung in Kampagnen verwandelt. Entscheidend sind hierbei verkaufstechnische Gründe. Die einzelne human-interest-story selbst zielt auf die praktischen Konsequenzen, die in der Kampagne als vorbildliche dargestellt werden. Auch die human-interest-story kann den Effekt einer Kampagne haben, indem sie etwa den Staatsapparat zu bestimmten Konsequenzen bringt.

Wir analysieren im folgenden lediglich die erste Form praktischer Tätigkeit der Zeitung: den Appell an den Staatsapparat. Die beiden anderen Formen sind im Zusammenhang dieser Arbeit nicht zu analysieren, ohne in Spekulationen über den Leser zu verfallen. Zuerst ist zu klären, auf welche Bereiche staatlicher Tätigkeit die BILD-ZEITUNG zielt. Die Aufgabe des kapitalistischen Staatsapparates, die Sicherung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, läßt sich grob in vier Bereiche unterteilen⁴⁵⁾: 1. Herstellung allgemeiner materieller Produktionsbedingungen, sogenannte "Infrastruktur"; 2. Setzung und Sicherung von allgemeinen Rechtsverhältnissen, in denen sich die Beziehungen der Rechtssubjekte abspielen; 3. Regulierung des Konflikts Lohnarbeit und Kapital, Sozialpolitik und polizeiliche und militärische Unterdrückung der Arbeiterklasse; 4. Sicherung der Existenz des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt. Eine Durchsicht der Artikel der BILD-ZEITUNG nach dieser Systematisierung ergibt, daß die Artikel, wenn sie auf die

Tätigkeit des Staates zielen, den Bereich der Regulierung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital meinen ("ungerechte" Behandlung durch sozialpolitische Instanzen). Aus dem unter 1. und 2. angeführten Bereich finden sich Artikel nur, insofern sie die Arbeiterklasse betreffen (medizinische Versorgung, Strafgesetz). Hinzu kommt seit einigen Jahren die Forderung nach Preiskontrolle. Alle anderen Bereiche der staatlichen Tätigkeit sind nicht Gegenstand von Artikeln, die einen Appell an den Staat richten.

Warum gibt das "Jugendamt grünes Licht" erst dann, wenn der von ihm angewiesene Antragsteller die Zeitung über seine Abweisung informiert und "BILD sich einschaltet"⁴⁶⁾? Welche Macht steht hinter der Zeitung, wenn Behörden aus einem Artikel praktische Konsequenzen ziehen? Offensichtlich besteht für die Behörden der Anlaß darin, daß der einzelne von sich aus Initiativen ergreift, auch unter Mißachtung einzelner behördlicher Regeln auf "unbürokratische" Weise seine Forderungen anzumelden, d.h. in einer Weise, die sich über einzelne Kompetenzen innerhalb des administrativen Verfahrens hinwegsetzt, ohne jedoch dabei juristische Straftatbestände zu erfüllen.

Das widerspricht keineswegs der Sozialpolitik. Es gehört vielmehr zu ihrer Praxis, die die staatlichen Agenten der Sozialpolitik in dem Grundsatz "Hilfe zur Selbsthilfe" zusammenfassen. Zeigt ein Klient den Willen, sich "helfen zu lassen", die Hilfe des Staates nicht länger zu "verweigern", so kann ihm geholfen werden. Wo immer also die Fürsorger den Willen eines Klienten entdecken, sich aus seinen Verhältnissen herauszuarbeiten und eine bürgerliche Existenz zu beginnen, handeln sie selbst plötzlich und demonstrativ "unbürokratisch". Diese erstaunliche Wandlung hat jedoch nicht ihren Grund in dem Schrecken der Administration vor den mobilisierten Bürgern. Sie ist vielmehr notwendiger Bestandteil des administrativen Verfahrens, ohne den es nicht funktionieren könnte. Die Frau, die mit einem Zeitungsreporter auf dem Amt erscheint und ihr Kind für den Urlaub aus dem Heim fordert, beweist durch eben diese Initiative erst dem Fürsorger ihre Bereitschaft, sich um das Kind zu kümmern. Daß sie dies vorher nicht tat, galt ja als Begründung, mit der das Kind in ein Heim gesperrt werden mußte.

Daß der normale Verwaltungsgang der Sozialpolitik nicht funktionieren kann ohne das gleichzeitige Abweisen und bevorzugte Behandeln von Antragstellern, die den gleichen Bestimmungen unterfallen, ist keine Ungerechtigkeit, sondern ein Hinweis auf die Illusionen, die sich mit der staatlichen Tätigkeit verbinden. Die allgemein geltende Gleichheit vor dem Gesetz ist ein Schein, der im besonderen hinfällig wird. Vergewegenwärtigen wir uns kurz den Sinn der Sozialpolitik. Das Sozialistengesetz hatte in seiner sozialpolitischen Seite die Konsequenz, daß Aufgaben zum Schutz der Arbeitskraft, die bisher die Gewerkschaften selbst getragen hatten, nun vom Staat übernommen wurden. Nach dem Fall der Sozialistengesetze war die Zahl der Gewerkschaften auf fünfzig gestiegen. Der Anteil der Gewerkschaften, die bei Streiks, Arbeitslosigkeit, Maßregelung und auf Reise Unterstützung leisteten, war gewachsen, der Anteil der Gewerkschaften, die bei Sterbefällen, Invalidität und Krankheit Unterstützung leisteten, war stark zurückgegangen.⁴⁷⁾ Wenn man sich diesen Tatbestand vor Augen hält, wird auch die gegenwärtige Sozialgesetzgebung durchsichtig, die viele zu dem Begriff eines "Wohlfahrtsstaates" kommen läßt. Ihm aufgezwungen durch den Kampf der Arbeiterklasse, übernahm der Staat Tätigkeiten zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Sein Ziel bei dieser Tätigkeit aber kann es nur sein, das Kapitalverhältnis aufrechtzuerhalten, die Arbeiterklasse vor dem Ruin durch das Kapital zu schützen. Dies schließt ein, daß der Staat seine Schutzfunktion aufgibt, wenn kein Kapital vorhanden ist, das diese Arbeitskraft unter profitablen Bedingungen anwenden kann. In der Krise ist dies regelmäßig der Fall, und derselbe Staat, der noch vorher die Garantie für die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft übernommen hatte, nimmt es nun in Kauf, daß Krankheit, Selbstmord, Deklassierung zum Klassenschicksal werden. Die Streichung der Arbeitslosengelder gerade in der Krise ist der schlagende Beweis, daß mit der staatlichen Sozialpolitik nicht der Arbeiter, sondern das Kapitalverhältnis selber aufrechterhalten werden soll. Die billige Arbeitskraft, die sich um jeden Preis losschlägt, nur um Arbeit zu finden, ist es, die jetzt den Neuaufschwung gestattet. Ruin, das Hinabstoßen in die Reservearmee ist die Bedingung des Kapitalverhältnisses, und keine Sozialpolitik kann diese Bewegung aufhalten.⁴⁸⁾ In der Krise zer-

bricht der Schein der Gleichheit vor dem Gesetz. Das Kapitalverhältnis tritt als Wesen jeder Sozialpolitik ans Licht. In Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs oder der Stagnation ist der Staat jedoch daran interessiert, den Schein der Gleichheit zu wahren. Im Winter wird niemand in aller Öffentlichkeit auf der Straße erfrieren. In ihren Wohnungen jedoch sterben die Rentner mit statistischer Wahrscheinlichkeit, weil sie nichts zu heizen haben. Sozialpolitik zielt also nicht auf Aufrechterhaltung der Arbeitskraft schlechthin, sondern auf Aufrechterhaltung unter dem Gesichtspunkt ihrer profitablen Anwendung. Der Kampf um die Anerkennung als Arbeitskraft tritt so in jedem einzelnen Fall in Widerspruch zu dem, was als diese Arbeitskraft gilt. Nicht die natürlichen Eigenschaften des Antragstellers, sondern die gesellschaftlichen, d.h. die vom Kapitalverhältnis gesetzten Bestimmungen entscheiden darüber, ob der Antrag gewährt wird. Unabhängig von seinem guten Willen hat der Beamte den Widerspruch zwischen dem Schein der Gleichheit und dem wirklichen Zweck des Staates zu bewältigen. Er bewährt seine Haltung, wenn er diese undurchdringliche Situation meistert, indem er den Zweck des Staates erfüllt und dennoch den Schein der Gleichheit aufrechterhält. Der jeweilige soziale Mißstand, etwa die "Sturheit" des Beamten, den die Kampagne der Massenpresse attackiert, birgt in sich die Gefahr der Zerstörung dieses Scheins.

Marx hat dargestellt, daß der Staat den Widerspruch zwischen dem guten Willen, der Bestimmung der Administration einerseits und ihren Mitteln andererseits nicht aufheben kann. Der Staat beruht auf diesem Widerspruch.⁴⁹⁾ Notwendigerweise muß deshalb der Staatsapparat selbst diesen ihm immanenten Widerspruch zu besonderen Unzulänglichkeiten erklären:

Sofern der Staat soziale Mißstände zugesteht, sucht er sie entweder in Naturgesetzen, denen keine menschliche Macht gebieten kann, oder in dem Privatleben, das von ihm unabhängig ist, oder in der Zweckwidrigkeit der Administration, die von ihm abhängt. (50)

Endlich suchen alle Staaten in zufälligen oder absichtlichen Mängeln der Administration die Ursache, und darum in Maßregeln der Administration die Abhülfe seiner Gebrechen. (51)

Bedingung für das Funktionieren der Administration sind deshalb gerade "Enthüllungen" über Mißstände und die hierauf folgenden

"unbürokratischen" Maßnahmen, die z.B. denselben, der eben noch Opfer eines Verwaltungsaktes war, mit Hilfsbereitschaft geradezu überschütten. Bürgerkomitees, Einschalten eines Rechtsanwaltes, Petitionen etc. rufen beim Staatsapparat gerade diese Kritik an einzelnen Unzulänglichkeiten hervor. Austausch einzelner Beamter, unbürokratische Hilfe sind ihre Konsequenzen. Dieser dem Staat immanente Widerspruch ist die Stelle, an der die Massenpresse ihre Macht entfaltet. Indem sie Mißstände vor allem im sozialpolitischen Bereich aufgreift und den Staat tatsächlich zu Reaktionen veranlaßt, erscheint sie als Organisation ihrer Leser. Was der widersprüchlichen Bewegung der staatlichen Administration geschuldet ist, erscheint als die Macht der vereinten Leser.

d. "Kleiner Mann" - "große Welt"

Die reformistische Politik der Sozialdemokratie bildete eine materielle und ideologische Voraussetzung für die Verbreitung der Generalanzeiger und der reaktionären Massenpresse. Die Zeitung stellt sich dar als eben solch eine Sammlungsbewegung, die sich nicht klassenmäßig bestimmt, sondern die sich des einzelnen als Opfer annimmt, und die seine Bedürfnisse dem Staatsapparat anmeldet. Das Bewußtsein von der Gesellschaft als "Dichotomie", wie es sprachlich fixiert ist in den Stereotypen "die da oben" und "wir hier unten", widerspiegeln die Zeitungstexte, jedoch nicht so, daß der Widerspruch von Proletariat und Bourgeoisie als dialektischer kenntlich wäre. Vielmehr erscheint er als Kontradiktion. Im Widerspruch der Armen zu den Reichen, in dem die ökonomischen Bestimmungen nicht nur dem Arbeitsprozeß sondern ebenso dem Bourgeois als zufällige anhaften, verändern sich diese Bestimmungen selbst.

In den Selbstdarstellungen der BILD-ZEITUNG spielen diese Stereotype eine große Rolle: sie ist es, die "für die Interessen des kleinen Mannes kämpft"⁵²⁾. Der Chefredakteur der BILD-ZEITUNG versucht sich seine Beschäftigung klarzumachen, indem er erklärt: "Wir sind für die kleinen Leute da."⁵³⁾ Dieselbe Metaphorik, die den Arbeiter in den "kleinen Mann" verwandelt,

schneidet auch seine Bedeutung im Produktionsprozeß ab. Er ist der "kleine Mann auf der Straße". Die Metapher ist der Zirkulationssphäre entnommen und befestigt die dieser Sphäre entspringenden Illusionen. Als der Mehrwert bildende, produktive Arbeiter ist er in dieser Sphäre nicht zu erkennen, er befindet sich daher nicht mehr in einem gesellschaftlichen Verhältnis, sondern seine Existenz ist zu einem Naturzustand verblendet. Dem bleibt er als einzelner ohnmächtig preisgegeben, und die Ohnmacht ist gleichermaßen kein gesellschaftliches Verhältnis, sondern seine natürliche Eigenschaft. Stets hat "der kleine Mann die Zeche zu zahlen"⁵⁴⁾. Er ist auf individuelle private Reaktionen zurückgeworfen, welche die Zeitung formuliert: Man kann

zwischen den Stürmen der Weltgeschichte, zwischen Kriegen und Revolutionen, zwischen Inflationen, innenpolitischen Krisen, wirtschaftlichen Depressionen und sozialen Unruhen - man kann zwischen Atomexplosionen und Erdsatelliten - das kleine Schiff seines privaten Lebens heil und unbeschädigt hindurchsteuern, eine gute Ehe führen, eine Familie gründen und ein halbes Jahrhundert glücklich miteinander leben. (55)

Der Bourgeois tritt in der BILD-ZEITUNG auf mit den Attributen seiner Privatsphäre. In dieser nimmt sein Reichtum Gestalt an. Vollständig verliert der Bourgeois damit seine ökonomische Bestimmung, "die da oben" erscheinen in der Zeitung als Prominezn, Versammlung Reicher, deren verschiedene gesellschaftliche Funktionen ununterscheidbar sind. Die "große Welt"⁵⁶⁾ versammelt die Prominenten, die sich "in Schlössern, Millionärsclubs und auf glanzvollen Partys"⁵⁷⁾ tummeln. Sie setzt sich zusammen aus den "Weltstars", dem "Hochadel" und dem "Geldadel".⁵⁸⁾

Die Metapher vom "kleinen Mann" und von den "kleinen Leuten" ist keineswegs eine journalistische Erfindung, sondern hat zentrale Bedeutung in der Arbeiterbewegung.⁵⁹⁾ In ihr ist sprachlich die Auflösung der Arbeiterklasse in eine Vielzahl disperater einzelner vollzogen. Den Ideologen des Reformismus verwandelt sich die Arbeiterbewegung in eine Sammlungsbewegung der bei der Verteilung stets Zukurzgekommenen, in eine Instanz, welche deren Bedürfnisse dem Staatsapparat anmeldet. Bernstein erklärt dementsprechend,

daß die moderne Lohnarbeiterschaft nicht die gleichgeartete, in bezug auf Eigentum, Familie usw. gleich ungebundene Masse sei, die das "kommunistische Manifest" voraussetzt, daß sich gerade in den fortgeschrittensten Fabrikindustrien eine ganze Hierarchie differenzierter Arbeiter finde, zwischen deren Gruppen nur ein mäßiges Solidaritätsgefühl bestehe. (60)

Die Ursache dafür findet Bernstein in der "gewerblichen Differenzierung"⁶¹⁾. Sie setze zwischen die Massen "wesentliche Unterschiede"⁶²⁾. Was sie allein eint, ist ihr Status, nicht hinreichend durch den das "Sozialprodukt" verteilenden Staat Berücksichtigung zu finden. Die revisionistische Anschauung des Staates als einer selbständigen Instanz, die auf Grund dieser Selbständigkeit zur Veränderung auch der Grundlagen der gesellschaftlichen Verhältnisse befähigt sei, hat zur Voraussetzung, daß der Produktionsprozeß nicht in seinem doppelten Charakter, Arbeits- und Verwertungsprozeß zu sein, begriffen wird,

sondern als bloßer Arbeitsprozeß, dem die kapitalistischen Bestimmungen nur als zufällige anhaften, die daher bei gutem Willen des Kapitalisten und unter entsprechendem Druck der Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus beseitigt werden können. (63)

Luxemburg kritisiert deshalb die Verwandlung des Kapitalisten aus einer Kategorie der Produktion in die des Eigentumsrechtes⁶⁴⁾ in der Ideologie Bernsteins:

Indem Bernstein den Begriff Kapitalist aus den Produktionsverhältnissen in die Eigentumsverhältnisse überträgt (...), überträgt er auch die Frage des Sozialismus aus dem Gebiete der Produktion auf das Gebiet der Vermögensverhältnisse, aus dem Verhältnis von Kapital und Arbeit in das Verhältnis von reich und arm. (65)

Der Staatsapparat soll auf Grund der vorgestellten Autonomie der Verteilungssphäre dies widersprüchliche Verhältnis von Armen und Reichen auflösen können, indem er Maßregeln trifft, das "Sozialprodukt" anders, bzw. "gerechter" zu verteilen.

Die Metapher "kleiner Mann" und "große Welt", die konstitutiv für die Selbstdarstellung der Massenpresse ist, nehmen wir als einen Hinweis auf die reformistische Grundlage der Massenpresse selber. Dem widerspricht nicht, daß die politische Linie der BILD-ZEITUNG, wie sie sich in ihren Leitartikeln, Kommentaren, den Stellungnahmen Springers selber offenbart, als konservativ

zu kennzeichnen ist. Doch es ist falsch, aus der politischen Haltung des Verlegers oder Chefredakteurs auf das Wesen der Massenzeitung zu schließen.⁶⁶⁾ Ein Beleg hierfür ist das Wahlverhalten der Leser der Massenzeitungen. Die Leser dieser Presse wählten stets eher die Sozialdemokraten und die Kommunisten als andere Parteien. 1912 entfielen auf eine sozialdemokratische Zeitung 49 423 Wählerstimmen für die SPD. 1932 war in Sachsen das Verhältnis der Auflagen sozialdemokratischer und kommunistischer Zeitungen zu den Auflagen der bürgerlichen Blätter 1 zu 5,8. Demgegenüber erhielten bei der Reichstagswahl SPD und KPD 46,4 % der abgegebenen Stimmen.⁶⁷⁾ Für die BILD-ZEITUNG trifft das gleichermaßen zu. Vergleiche der Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen mit der Verbreitung der BILD-ZEITUNG ergeben, daß Wahlkreise, in denen die SPD über gesicherte Mehrheiten verfügt, in der Regel eine starke Verbreitung der Zeitung verzeichnen, während sie in den Kreisen schwächer verbreitet ist, in denen die CDU/CSU über gesicherte Mehrheiten verfügt.⁶⁸⁾ Neuere Umfragen über den Widerspruch zwischen der parteipolitischen Linie der Zeitung und der Parteipräferenz der Leser haben dieses Verhältnis bestätigt und präzisiert. Auf die Frage "Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre - welche Partei würden Sie dann wählen?" nannten von der repräsentativen Befragungsgruppe nur 29,8 % der Leser der BILD-ZEITUNG die CDU/CSU, dagegen 46,2 % der Leser die SPD.⁶⁹⁾ Von Interesse an der politischen Haltung Springers ist unter dem Gesichtspunkt der Analyse der Massenzeitung lediglich, daß sie die eines schlechten Kapitalisten ist. Der politische Luxus, den er sich glaubte leisten zu können, erweist sich heute als geschäftsschädigend. Er hinderte ihn z.B. daran, seine Geschäfte auf die Fernsehfilm-Produktion auszudehnen. Im Vergleich zu Konzernen wie Bertelsmann hat Springer seine Repräsentationskosten zu hoch angesetzt, er sieht sich heute einem Widerstand der Gewerkschaften gegenüber, der im Prinzip nichts mit der Masse seines Kapitals, sondern seiner Gewerkschaftsfeindlichkeit zu tun hat.

Relevant bei der Einschätzung der politischen Zielrichtung der Massenzeitung ist deshalb nicht die Meinung des Herausgebers, sondern die politische Zielrichtung der Form der Massenzeitung

selber. Wir haben oben die Elemente der Massenpresse benannt, die Verhältnisse, in die sie ihren Leser zu setzen sucht. Dies ist politisch zuzuspitzen. Lassalle hat das Wesen des Reformismus mit großer Offenheit ausgesprochen: Für die Arbeiterklasse gibt es

auf gesellschaftlichem Wege keinen Ausweg. Die vergeblichen Anstrengungen der Sache, sich als Mensch gebärden zu wollen, sind die englischen Streiks, deren trauriger Ausgang bekannt genug ist. Der einzige Ausweg für die Arbeiter kann daher nur durch die Sphäre gehen, innerhalb derer sie noch als Menschen gelten, d.h. durch den Staat, durch einen solchen eben, der sich dies zu seiner Aufgabe machen will, was auf die Länge der Zeit unvermeidlich. (70)

Die Massenpresse zeigt in ihren human-interest-stories eine solche Welt. Die Interessen der Menschen werden in ihr erst wirklich, wenn sie sie als einzelne, ohnmächtige beim Staatsapparat anmelden. Die Zeitung stellt sich dar als ein Hebel, der diese Bewegung vermittelt. Sie greift also nicht in das Hirn des Lesers und läßt ihn wie eine Marionette zappeln. Was sie tut, ist nichts anderes als den Leser in ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis zu bringen: ihn als einzelnen dem Staat gegenüber zu stellen; seine Wünsche auszusprechen, wenn er darauf verzichtet, sich zu deren Durchsetzung selber zu organisieren. Die "vergeblichen Anstrengungen der Sache, sich als Mensch gebärden zu wollen" werden in den human-interest-stories dargestellt. Als Mensch gilt, wer seine Bedürfnisse der Interpretation des Staatsapparates überläßt.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in die die bürgerliche Massenpresse ihre Leser zu setzen sucht, sind bestimmte Verhältnisse der Klassen zueinander: der ohnmächtige einzelne, der Staatsapparat, der die allgemeinen Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft in sich aufgenommen zu haben scheint. Die Antwort auf diese vermittelte Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie kann deshalb nicht die Aufklärung des einzelnen, sondern muß der Angriff auf die Machtverhältnisse selber sein. An Streiks und politischen Kämpfen der Arbeiterklasse werden wir im folgenden darstellen, wie Leser und Zeitung bei einer bestimmten politischen Zuspitzung ihre scheinhaften Formen abwerfen und die wirklichen Verhältnisse ans Licht treten.

2. Rückkehr zu den Formen der Generalanzeigerpresse

a. Der Streik als Zerstörung der Gesellschaft

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Berichterstattung der BILD-ZEITUNG Darstellungen aus dem Produktionsbereich nicht aufnimmt. Wir müssen dies hinsichtlich einer Besonderheit einschränken: Die Produktionssphäre wird dann zum Gegenstand der Zeitung, wenn der Produktionsprozeß durch solche Unfälle gestört wird, die das Material liefern für eine Berichterstattung, in der die Zeitung diese Störungen als Naturkatastrophen erscheinen lassen kann. Nicht die täglichen Verletzungen und Erkrankungen der Arbeiter finden sich in der Zeitung wieder, sondern solche Unfälle, in denen der einzelne ohnmächtig einer feindlichen Natur preisgegeben zu sein scheint. Ein Bergwerksunglück soll verursacht sein durch die "sich mörderisch gebärdende Erde"⁷¹⁾, den "Berg"⁷²⁾, das "Wasser, den mörderischen Feind"⁷³⁾, durch "Wassermassen, die sich wie ein rasendes Raubtier"⁷⁴⁾ ihre Opfer suchen. Es wird zu zeigen sein, daß der Streik, obgleich auch er Produktionsprozesse unterbricht, dennoch nicht als Störung innerhalb der Produktion auftritt.

Der Kulturkritik bedeutete der Begriff von der Wohlstandsgesellschaft häufig ein Ausweis für den Verzicht des Proletariats auf den Klassenkampf zugunsten einer so gut wie vollständigen, optimalen Bedürfnisbefriedigung durch ein immer wachsendes Angebot an Konsumartikeln. In der platten Formel verwandelte sich der darbende und aufbegehrende Arbeiter in einen satten und integrierten Mitbürger. Solcher Illusionen gab sich die Massenpresse nicht hin. Zum Jahresbeginn verspricht eine Schlagzeile der BILD-ZEITUNG: "Keine Krise - sondern neuer Wohlstand!"⁷⁵⁾ Wie das Versprechen einzulösen ist, erläutert die Unterschlagzeile: "Das Erfolgsrezept: arbeiten wie bisher und noch mehr sparen"⁷⁶⁾. Wohlstand erscheint hier nicht wie in der Propaganda des Staates als Resultat glücklich getroffener Maßnahmen einer begabten Regierung. Intensivierung der Arbeit und Verkauf der Arbeit unter ihrem Wert kehren als "Arbeiten" und "Sparen" in der Zeitung wieder. Der "neue Wohlstand" stellt sich heraus als die Fortsetzung der alten Verhältnisse.

Daß das Versprechen ausgerechnet zu Beginn des Krisenjahres 1966 abgegeben wurde, dürfen wir nicht als planmäßige Täuschung interpretieren. Es illustriert vielmehr den Tatbestand, wie bewußtlos der Journalist vor den ökonomischen Verhältnissen steht, und wie in der Presse die Unterscheidung des Richtigen vom Falschen untergeht. Meldet das HAMBURGER ABENDBLATT: "Keine akute Gefahr für Arbeitsplätze"⁷⁷⁾, so lautet die Schlagzeile der BILD-ZEITUNG am selben Tag: "Alarm für viele Arbeitsplätze"⁷⁸⁾. Während es in der BILD AM SONNTAG heißt: "Bedroht sind vor allem die Arbeitsplätze für Frauen und ältere Arbeitnehmer"⁷⁹⁾, teilt das HAMBURGER ABENDBLATT mit: "Die Nachfrage nach älteren, erfahrenen Mitarbeitern in großen Unternehmen und Betrieben der Bundesrepublik nimmt offenbar zu."⁸⁰⁾ Die Massenpresse unterscheidet sich darin so wenig von der Nachrichtenpresse wie von anderen Medien. Wenn die ARD als Nachricht über die Beendigung eines Streiks formuliert: "Die Stromversorgung ist wieder normal. Die vollständige Normalisierung wird allerdings noch Tage dauern"⁸¹⁾, so trennt den Journalisten des Fernsehens nichts von dem der Presse, dafür alles von den Streikenden.

Die Metaphorik, in der die BILD-ZEITUNG den drohenden Streik ankündigt, läßt ihn als Katastrophe erscheinen:

Die Zeichen für unsere Wirtschaft stehen auf Sturm. (82)
Nur ein Wunder kann den heißen Arbeitskampf noch verhindern. (83)
Der Streik ist wie eine Atombombe. (84)
Morgen fallen die Würfel - kommt es zum Streik? (85)
Platzt morgen die Bombe? (86)
Die Zeichen stehen auf Sturm. (87)
Die längste Tarifschlacht, die Bonn je sah. (88)
Der Streik ist eine Superbombe. (89)

Eine ähnliche Metaphorik findet sich in der Redeweise des Bourgeois und seines politischen Vertreters, die die bürgerliche Presse übernimmt:

Wörtlich sagte Schiller: "Wenn sich der derzeitige Lohnkonflikt zu einem Flächenbrand auszuweiten droht, dann muß ich in diesem Fall für die Bundesregierung erklären: Wir können nicht länger schweigen." Bei allem Respekt vor der Tarifautonomie könne die Bundesregierung "eine solche Ausdehnung des Feuers nicht unberührt lassen", betonte der Minister unter dem Beifall der rund 800 Unternehmer. (90)

Davon unterscheidet die Massenpresse, daß ihre Darstellung des Streiks das Wissen um die Macht der Arbeiterklasse aufnimmt und sie in die Vorstellung einer selbstzerstörerischen Gewalt wendet. Der Streik gleicht "einer Lawine (...), die das deutsche Wirtschaftswunder zu begraben droht"⁹¹⁾. Die Katastrophe bricht unterschiedslos über alle herein, und ihre Gefahr bestärken die Beteuerungen aller, sie nicht heraufbeschworen zu haben. Einigkeit existiert über die Klassenverhältnisse hinweg in der Ablehnung des Streiks: "Nun haben wir den Streik. Nun haben wir die Aussperrung. Wer wollte diesen Wahnsinn? Die IG Metall: Wir nicht! Die Unternehmer: Wir auch nicht! Keiner wollte."⁹²⁾ Und die Arbeiter läßt die Zeitung erklären: "Verfluchter Streik. Wir wollten ihn nicht."⁹³⁾ Weshalb der Streik gegen den ausdrücklichen Willen aller nicht verhindert wurde, begründet die Zeitung folgendermaßen:

Kampfmaßnahmen - das bedeutet Streik. Streik - das bedeutet Gefahr für unseren Wohlstand, für unser aller Wohlstand. Und das nur, weil die Tarifpartner sich in ihren eigenen Verhandlungstaktiken verfangen haben. Dabei hatte es ganz friedlich angefangen. Die Gewerkschaften kündigten die Tarifverträge erst einen Monat nach ihrem Ablauf. Die Arbeitgeber erklärten sich zu Verhandlungen bereit. Als man dann zusammenkam, wurde jedoch nicht verhandelt. Jeder sagte vielmehr nur, was er wollte. (94)

Die Ungeschicklichkeit der Tarifpartner besteht im Aussprechen der Forderungen. Allein dies, sich auf solche Weise in den Widersprüchlichkeiten der administrativen Maßregeln zu verstricken, löst die Katastrophe aus. Die einzelnen Schritte der Darstellung lassen sich schematisch zitieren:

Alles begann ganz normal. (...) Da geschieht es. (...) Wer gibt nach? Oder gibt es eine Katastrophe? (95)

Dieser Text befaßt sich mit einer Flugzeugentführung, doch könnte er ebenso einen Streik zum Gegenstand haben. Er gibt Auskunft über die allgemeine Struktur der Darstellungsweise von Widersprüchen, unabhängig davon, ob sie sich mit den Akteuren eines Verbrechens (Täter und Opfer) oder eines Lohnstreiks (Gewerkschaften und Kapitalisten) befaßt. Die Alltäglichkeit der Verhältnisse wird unvermittelt unterbrochen, und nur der Verzicht auf Forderungen, nur das Erzielen eines Kompromisses verhindert die Katastrophe. Solche Darstellung setzt die gesell-

schaftlichen Verhältnisse als höchst zerbrechliche voraus. Schon das geringste Außerkraftsetzen der vom Staatsapparat zugelassenen Formen, in denen sich statt des Kampfes Klasse gegen Klasse die Kompromißbildung der Tarifpartner zu vollziehen scheint, bedeutet den Ausbruch der Katastrophe. Die Alternative lautet daher: in den gerade noch erträglichen Verhältnissen "arbeiten wie bisher und noch mehr sparen"⁹⁶⁾ oder "Arbeitslosigkeit", "Zusammenbruch", "Inflation"⁹⁷⁾ und "Massenarbeitslosigkeit"⁹⁸⁾. Sollen die gegenwärtigen Verhältnisse bestehen bleiben, muß deshalb die Arbeiterklasse selbst auf die Anwendung ihrer Macht verzichten, Forderungen als Material den im bürgerlichen Staat zuständigen Instanzen zur Bearbeitung überlassen und sich den in der Bearbeitung erzielten Kompromissen unterwerfen. Das ist die zentrale Vorstellung, auf die sich die Zeitung immer wieder beruft. Nicht sie spricht sie aus, sondern läßt sie den Arbeiter aussprechen: "Wer hat denn schon an Streik gedacht? Die Urabstimmung, das war in Ordnung. Wir dachten, dann reden sie wieder miteinander, und wir bekommen mehr Lohn. Aber Streik?"⁹⁹⁾

Eigentümlich ist der Darstellung die Verwandlung des Lohnkampfes in die Revolution. Sie macht nicht beides zu Identischem, sondern vernichtet in der Verwandlung die Begriffe beider. Die Revolution zerstört den bürgerlichen Staat, doch in der Darstellung der Zeitung erscheinen der Lohnkampf als Revolution und die Revolution als Zerstörung der Gesellschaft. Diese Verwandlung ist die Bedingung dafür, daß die Zeitung selbst gegen die vom Staat legitimierten Formen zur Durchsetzung der Lohnforderungen auftreten kann, als vernichte diese das Allgemeine der Gesellschaft, "unser aller Wohlstand" gerade so, wie die Revolution die besondere Existenz des Staates vernichtet. Diese Vorstellung ist begründet in den reformistischen Illusionen über den Charakter des Staates. Wird der Staat als selbständige, jenseits der gesellschaftlichen Widersprüche existierende Instanz begriffen, dann wird er zu einem Subjekt der Geschichte, das gerade auf Grund seiner Selbständigkeit fähig ist, die Widersprüche durch Eingriffe zu lösen, indem der Staat die Formen der Reproduktion gesellschaftlichen Lebens hervorbringt. In der Tat bedeutet dann die Vernichtung des so begriffenen Staates die Liquidierung der Voraussetzungen für jede weitere Existenz der Gesellschaft.

b. Administrative Maßnahmen zur Verhinderung des Streiks

Droht der Streik die Gesellschaft zu zerstören, dann verwandelt sich die Funktion der Tarifverhandlung von der Übereinkunft über die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft in die Abwehr der Katastrophe. Die Berichterstattung über solche Verhandlungen nimmt großen Raum ein:

So verlief die "Schlacht":

Dienstag, 18.00 Uhr: IG-Metall-Chef Brenner und sein badenwürttembergischer Bezirkschef Bleicher treffen ein. Auch die Gegner kommen, die Metallindustrie-Chefs van Hüllen und Schleier.

18.50 Uhr: Wirtschaftsminister Schiller hastet die Stufen zum Sitzungssaal hinauf, nach abenteuerlicher Autofahrt. In Luxemburg konnte sein Flugzeug ihn wegen Nebels nicht abholen.

19.30 Uhr: Das Gespräch beginnt - noch weiß keiner der Teilnehmer, daß es fast "rund um die Uhr" dauern wird.

23.00 Uhr: Zweieinhalb Stunden lang hat Schiller die Gewerkschaftsführer bekniet: "Macht die Keime des Wirtschaftswunders nicht durch Streik kaputt."

24.00 Uhr: Sekretärin Erna Reuter sagt zum zигsten Mal zu den Reportern: "Es kann noch lange dauern."

Mittwoch, 5.30 Uhr: Vier Stunden lang hat Schiller diesmal die Arbeitgeber beschworen: "Gebt etwas nach!" Schiller läßt sich frische Brötchen mit heißem Kaffee schmecken. Er bietet Whisky an.

6.00 Uhr: Verhärtung der Fronten am Verhandlungstisch. Die Partner beißen sich fest.

7.00 Uhr: Sekretärin Maria Carli löst ihre Kollegin Reuter ab.

12.45 Uhr: Übermüdete Journalisten schicken Schiller einen A sternstrauß in den Saal, mit einem "Hippie-Zettel": "Make love, not strike" (Liebt euch, streikt nicht).

13.00 Uhr: Schiller antwortet: "Wir sind noch beim 'teach in' (Einpauken). Hoffentlich bald beim 'love in' (große Umarmung)."

13.55 Uhr: Die Türen zum Sitzungssaal öffnen sich. Sechs übernachtigte, unrasierte Männer stolpern ins Scheinwerferlicht der Fernsehkameras. Es ist geschafft, der Streik findet nicht statt. (100)

Der Text identifiziert die Akteure als Angehörige der herrschenden Klasse. Sie werden "Chefs" genannt. Ihre Absprache hinter verschlossenen Türen hat nicht die Forderungen der Arbeiter zum Gegenstand, sondern soll den Streik abwenden, indem der Staatsapparat Kompromisse zwischen den Herrschenden bildet. Doch noch in der Verhinderung des Streiks ist die Macht der Arbeiterklasse sichtbar. Die Maßnahmen, welche die herrschende Klasse trifft,

sind Resultate dieser Macht, und in den Anstrengungen, die sie kosten, verlieren die Herrschenden die Attribute der Prominenz und nehmen dem Leser wohlbekannte Züge an. Sie benutzen nicht das Flugzeug, sondern das Auto, sie hasten, stolpern, sind übernächtigt und unrasiert. Betreten sie als Chefs die Szenerie, so verlassen sie sie als Männer. Sie werden dem Arbeiter ähnlich. Freilich läßt der Text keinen Zweifel daran, daß nicht über die Forderungen der Arbeiter in diesen Absprachen Einigung erzielt wird. Sie gelten vielmehr als entschieden, sobald der Staatsapparat sich ihrer annimmt. Die Forderungen der Arbeiter haben zwar die Absprachen erzwungen, doch sie erreichen zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten, zwischen rivalisierenden Herrschenden eine Einigung über die Verhinderung der alle bedrohenden Katastrophe. Diese Einigung hat mit den Forderungen der Arbeiter nichts zu tun, und so teilt der Artikel die erzielten Kompromisse auch erst gar nicht mit.

c. Die Folgen des Streiks

Die kollektive Arbeitsverweigerung unterbricht nicht nur die Mehrwertrafferei des Kapitalisten. Zusätzlich ist das in den Produktionsmitteln vorgeschossene Kapital einer natürlichen Wertminderung unterworfen. Und ebenso wächst der Verlust des Kapitalisten durch den Warenvorrat, der nicht in die Zirkulation eingeht. Alle Kosten, die die Bildung des Warenvorrats verursacht, setzen den vorrätigen Waren keinen Wert zu, sie sind unproduktive, aber notwendige Kosten, die das Produkt erhalten sollen.

Wenn der Kapitalist sein in Produktionsmitteln und Arbeitskraft vorgeschossenes Kapital in Produkt verwandelt hat, in eine fertige zum Verkauf bestimmte Warenmasse, und diese bleibt unverkäuflich lagern, so stöckt nicht nur der Wertungsprozeß seines Kapitals während dieser Zeit. Die Ausgaben, welche die Erhaltung dieses Vorrats in Baulichkeiten, zusätzlicher Arbeit etc. erheischt, bilden positiven Verlust. (101)

Marx schildert die Verluste, die der Kapitalist hinnehmen muß, wenn er nach dem Streik seine Waren losschlagen will:

Der schließliche Käufer würde ihn auslachen, wenn er sagte: Meine Ware war während sechs

Monaten unverkaufbar und ihre Erhaltung während dieser sechs Monate hat mir nicht nur soundso viel Kapital brachgelegt, sondern außerdem Unkosten verursacht. Tant pis pour vous (um so schlimmer für Euch), sagt der Käufer. Da neben Euch steht ein anderer Verkäufer, dessen Ware erst vorgestern fertig geworden ist. Eure Ware ist ein Ladenhüter und wahrscheinlich mehr oder minder angenagt vom Zahn der Zeit. Ihr müßt also wohlfeiler verkaufen als Euer Rival. (102)

Nicht diese Verluste kommen in der BILD-ZEITUNG zur Darstellung, nicht die Klagen des Kapitalisten, wie er sich denn vor den Unkosten retten könne, sondern es erscheinen Unkosten des Arbeiters: "Wie wollen denn die Unorganisierten ihre Autoraten bezahlen?"¹⁰³⁾ Und: "Jetzt wird der Gerichtsvollzieher Überstunden machen müssen."¹⁰⁴⁾ Solange der Streik nur droht, erscheint er als allgemeine Katastrophe. Versagen die administrativen Maßnahmen und läßt sich der Streik nicht verhindern, so verkehrt sich, was als Katastrophe angekündigt war, von der Stockung des Verwertungsprozesses und dem Anwachsen der unproduktiven Kosten in die gefährdete Reproduktion der Arbeitskraft. Diese Gefährdung wird zum Topos der Berichterstattung:

In einem Selbstbedienungsladen. Es glänzt eitel wie der Wohlstand persönlich. Der Chef sagt: "Sie kaufen jetzt keine Schokolade mehr. Nichts, was nicht unbedingt notwendig ist. Sie gucken zuerst nach dem Sonderangebot und fragen nach den billigen Eiern - auf einmal!" (105)

Die Zeitung schreibt dem Streik zu, was tägliches Verhalten ist. Der Konsum des Arbeiters dient nicht der sicheren Rücklage wie beim Bürger. Lohnarbeiter, "Leute, die aus der Hand in den Mund leben"¹⁰⁶⁾, sehen die Reproduktion ihrer Arbeitskraft permanent gefährdet. Ein Blick auf die Lebensgeschichten der Slumbewohner zeigt, daß ein Unfall, ein Todesfall in der Familie, jede Krankheit diese Gefahr wirklich werden lassen kann. Diese allgemeinen Verhältnisse des Arbeiters stellt die Zeitung in der besonderen Situation des Streiks als von ihnen hervorgebrachte dar.

d. Formen der Darstellung

a.a. Metallarbeiterstreik 1963

Die Stimmungsberichte aus Selbstbedienungsläden und die vorgeblichen Klagen streikender Arbeiter über Abzahlungsschwierigkeiten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Artikel, die den Streik thematisieren sollen, sich ausnahmslos mit Gegenständen aus dem Bereich der Zirkulation befassen. Zunächst am Beispiel des Metallarbeiterstreiks im Jahre 1963 soll dargestellt werden, auf welche Weise die BILD-ZEITUNG versucht, den Streik selbst zum Gegenstand der Berichterstattung zu machen. Folgende Schlagzeilen bereiteten den Streik vor:

Grünes Licht für Streik (107)
Kanzler-Nachfolger Erhard: Den Streik verhindern! (108)
Streik vor der Tür! (109)
Brenner: Wir streiken! (110)
Langer Streik - und wir sind pleite (111)

Die letzte Schlagzeile erschien am 29. April, dem Tag, an dem der Streik begann. Der Artikel, den sie einleitet, befaßt sich jedoch nicht mit dem Streik, sondern der Eröffnung einer Messe:

Bundespräsident Lübke sprach gestern bei der Eröffnung der Messe in Hannover eine ungewöhnliche Warnung aus. Diese Warnung hinterließ den Eindruck: Ein langer Streik - und wir sind pleite. Das deutsche Wirtschaftswunder ist wirklich in Gefahr. (112)

Der Artikel setzt sich fort in langwierigen Zusammenfassungen der Ansprachen des Präsidenten und des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Elektroindustrie. Am Ende findet sich der Satz: "Der Tag der Messe-Eröffnung (5707 Aussteller, 1283 Ausländer) war so etwas wie ein wirtschaftspolitisches Vorspiel des heute beginnenden Streiks in Baden-Württemberg."¹¹³ Unvermittelt erhält das umfangreich Geschilderte die Funktion einer Einleitung etwas ganz anderen, zu dem dieser Satz mühevoll einen Zusammenhang zu finden sucht. Dies andere ist der Streik, dessen Darstellung sich endlich anschließt:

Nach Angaben der IG Metall sind bereits heute etwa 100 000 Arbeitnehmer der Metallindustrie im Ausstand. Laut dpa werden in drei Städten sämtliche metallverarbeitenden Betriebe bestreikt: In Mannheim, Reutlingen und Schwenningen. (Betroffen: Daimler Benz, Lkw und Busse; Lanz-John Deer, Landmaschinen; BBC, Elektrogeräte). (114)

In der Berichterstattung über den Streik verzichtet die Zeitung auf die ihr eigentümlichen Formen der Darstellung. Der Streik liefert ihr kein Material für human-interest-stories, vielmehr greift sie zurück auf die Formen, die in der bürgerlichen Presse Verwendung finden. Die Zeitung übernimmt Presseerklärungen und Meldungen der Nachrichtenagenturen und ordnet dieses Material zur straight news.

b.b. Pariser Mai 1968

Der Metallarbeiterstreik stellte eine Kampfform dar, die der bürgerliche Staat ausdrücklich legitimiert. Dennoch beginnen bereits vor diesem Kampf die Formen der Darstellung durch die Massenpresse zu versagen. Um diese Abhängigkeit der human-interest-story von den Bewegungen der Massen genauer bestimmen zu können, soll untersucht werden, in welcher Weise die Berichterstattung solche Klassenkämpfe verarbeitet, die die vom Staat zugelassenen Formen verlassen. Wir wenden uns daher zunächst den französischen Klassenkämpfen im Jahre 1968 zu.

Die Chronologie der bürgerlichen Presse hält als erste sichtbare Zeichen fest: Am 3. Mai wird die Sorbonne durch die Polizei geräumt. Es kommt daraufhin zu Massendemonstrationen, die bis zum 6. Mai die Gestalt von Straßenschlachten zwischen Studenten und der Polizei annehmen. Das Quartier Latin befindet sich praktisch im Belagerungszustand. Der Staatsapparat führt eine Verhaftungswelle durch. Erziehungsminister Peyrefitte stellt sich hinter die Universitätsbehörden, die die Polizei mit der Räumung der Universität beauftragt haben. Am 7. Mai gibt die Pariser Polizeipräfektur bekannt, bisher seien 345 Polizisten und 460 Demonstranten verletzt, 422 Personen verhaftet worden. Zu dieser Zeit kommt es in mehreren Provinzstädten zu Solidaritätsdemonstrationen. General de Gaulle erklärt: "Die Tötlichkeiten auf der Straße können nicht geduldet werden." Am 8. Mai versichert Peyrefitte der Nationalversammlung, alles zu tun, um die Wiederaufnahme des Vorlesungsbetriebes zu ermöglichen.¹¹⁵⁾ Die BILD-ZEITUNG steht all dem sprachlos gegenüber. Erst am 10. Mai findet sie die ersten Worte:

Auch in Paris flogen Steine

Boulevard St. Germain - die Straße, auf der Parisbesucher so gern ihren Kaffee schlürfen oder ihren Aperitif nehmen: Polizisten mit Karabinern und Stahlhelmen. Studenten hinter Autobarrikaden (...) fliegende Pflastersteine (...) und Tränengasschwaden. Ein Foto aus dem Pariser Studentenviertel Quartier Latin, das zwei Tage nach dieser 16stündigen Polizei-schlacht noch immer von der Polizei besetzt gehalten wird. Die Studenten wollen solange streiken, bis die Polizei das Studentenviertel räumt. Die Unruhen haben bisher fast 1000 Verletzte gefordert. Meinte ein deutscher Journalist: "So furchtbar das alles ist, aber hier können die deutschen Zeitungen wirklich nicht schuld sein (...)" (116)

Schon die Form deutet an, in welche Schwierigkeiten der Journalist verstrickt ist bei dem Versuch, die Wirklichkeit zu beschreiben. Der Text stellt keinen Artikel, sondern eine Bildunterschrift dar. Die photographische Abbildung bietet offenbar der Zeitung eine bessere Gewähr als das journalistische Formulierungsvermögen dafür, einer Darstellung überhaupt habhaft zu werden. Der Text, der nur noch die Funktion einer Bildbeschreibung übernimmt, bestätigt das. Er artikuliert nicht das Geschehen, sondern die Schilderung der Empfindungen des Journalisten bekräftigt sein Unvermögen, das Geschehene zu artikulieren. Die zurechtgelegte Hilfskonstruktion, in der die Studentenbewegung und ihr Kampf gegen den Springer-Konzern die französischen Verhältnisse interpretieren sollen, belegt vielmehr die Vergeblichkeit der Interpretation.

Am Tag, als die Zeitung das Foto und seine Beschreibung veröffentlicht, scheitern die Verhandlungen zwischen den Studenten und der Regierung. Es kommt zur Erhebung im Quartier Latin, zum Bau von Barrikaden und zum Gegenschlag der Polizei.¹¹⁷⁾ In der BILD-ZEITUNG erscheint darüber kein Bericht. Am 11. Mai rufen die Gewerkschaften angesichts des Polizeiterrors für den 13. Mai zu einem vierundzwanzigstündigen Generalstreik auf. Am Tag des Streiks veröffentlicht die BILD-ZEITUNG die Notiz:

Ein vierundzwanzigstündiger Generalstreik hat heute um null Uhr in Frankreich begonnen. Das bedeutet: Einschränkungen des Eisenbahn-, Omnibus- und Luftverkehrs, Ausfall von Strom, Gas und Wasser in vielen Industriebetrieben und Haushalten, keine Post, keine Zeitungen. (118)

Zentrale Begriffe der Arbeiterbewegung, wie Kommunistische Partei oder Generalstreik werden mit lexikalischen Definitionen in den Text eingeführt als Beweis ihrer Fremdheit gegen den Leser. Inhaltlich erscheint der so definierte Generalstreik als umfassender Zusammenbruch der Zirkulationssphäre, der dem Arbeiter alle Möglichkeiten zur Reproduktion seiner Arbeitskraft raubt.

Am 14. Mai zeichnet sich die entscheidende Wende in den Kampf-
formen ab. Arbeiter, die bisher den Gewerkschaften gefolgt waren, besetzen jenseits der gewerkschaftlichen Parolen die Flugzeugfabrik Sud-Aviation in Nantes. Die BILD-ZEITUNG, der gerade eine Definition des Generalstreiks gelungen war, vermag diese neue Eskalation des Kampfes nicht zu artikulieren. Ihre Berichterstattung macht sich weiter den Generalstreik und die Reaktionen der staatlichen Repräsentanten zum Gegenstand. Am Tag nach der Besetzung der Sud-Aviation meldet sie: "Nach dem Generalstreik: De Gaulle flog nach Rumänien."¹¹⁹⁾ Am 15. Mai breiten sich die Streiks und Fabrikbesetzungen aus. Vor dieser Bewegung kapitulieren die Journalisten der Massenzeitung. Sie formulieren nicht einmal eine Notiz. Am 16. Mai demonstrieren Studenten ihre Solidarität mit den Arbeitern der Sud-Aviation, die sich auf dem Fabrikgelände verbarrikadiert und den Werkdirektor gefangen-gesetzt haben. Tags darauf schweigt die BILD-ZEITUNG abermals. Erst am 18. Mai findet sie ihre Sprache wieder.

Tausende von Arbeitern halten die Hallen der Renault-Werke im Pariser Vorort Boulogne/ Billancourt, in Cléon, Le Mans und Flins besetzt. Die Produktion liegt lahm. Werksdirektoren sind in ihre Büros eingeschlossen. Das gleiche Bild in den Flugzeugwerken der Sud-Aviation in Nantes und Saint Mazaire. Das gleiche Bild in den Rhodiazeta-Kunststoffwerken in Vaise bei Lyon. Hunderte von weiteren Betrieben in allen Teilen des Landes werden von mehr als 100 000 Arbeitern bestreikt. Streikende Arbeiter besetzen die Werften von Le Havre. Das Funktechnische Bodenpersonal des Flughafens Orly streikt: Lang- und Mittelstreckenflüge fallen aus. (120)

In der Gestalt einer Zusammenfassung einzelner Nachrichten findet die Zeitung eine Darstellungsweise der Kämpfe. Die human-interest-story, die die Zeitung sonst charakterisiert, erweist sich als eine Artikelform, die dem Gegenstand nicht ge-

wachsen ist. Der Bericht ist abgefaßt in der Form, die von der bürgerlichen Presse verwendet wird. So meldet am selben Tag die FRANKFURTER RUNDSCHAU:

Von Stunde zu Stunde erhöhte sich am Freitag die Zahl der besetzten Fabriken. Zu ihnen gehören die staatlichen Renault-Werke, des größten Automobilherstellers in Frankreich. Arbeiter hielten die rote Fahne. Besetzt waren auch die Flugzeugwerke Sud-Aviation (Nantes) und Nord-Aviation, die staatliche Flugmotorenfabrik SNECMA in Paris und die Textilfabrik Rhodiaceta-Vaise bei Lyon. Aus Bordeaux, Lothringen, dem Elsaß und Südfrankreich wurde ebenfalls die Besetzung von Fabriken gemeldet. (121)

Mit der Ablösung der human-interest-story durch die Nachricht vollzieht sich zugleich die Trennung von Nachricht und Kommentar. Die Massenzeitung eignet sich jetzt ein weiteres wesentliches Merkmal der bürgerlichen Presse an. In einem auch äußerlich von den Nachrichten abgetrennten Teil kommentiert sie: "Wir Deutsche können nur hoffen, daß es keine neue Revolution in Frankreich gibt. Denn Ulbricht und die Russen vor der Brust und Frankreichs Kommunisten im Rücken - das ist ein Alptraum, der schon Adenauer bedrückt hat."¹²²⁾

Die Form der Berichterstattung der BILD-ZEITUNG blieb unverändert die eines Nachrichtenblattes, bis nach dem Rücktritt Peyrefittes und der Ankündigung des Generals de Gaulle, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei Frankreichs gerade unter Hinweis auf diese Neuwahlen die revolutionäre, gegen das gaullistische Regime gerichtete Spitze der Massenbewegung brechen und durch gewerkschaftliche Forderungen und den Appell, bei der kommenden Wahl für die KPF zu stimmen, ersetzen konnten. Seit dem 31. Mai bemühte sich die kommunistische Gewerkschaft CGT darum, daß der Kampf der Arbeiter "in einen Streik um bessere Arbeitsbedingungen zurückverwandelt"¹²³⁾ wurde. Am 3. Juni schließlich gelang es den französischen Gewerkschaften, in Verhandlungen mit der Bourgeoisie einen großen Teil solcher Forderungen vertraglich durchzusetzen. Die Streikfront begann auseinanderzubrechen. In diesem Augenblick fand die BILD-ZEITUNG ihre alte Gestalt der human-interest-story wieder.

Den Studenten wird klar: Es geht den Arbeitern um höhere Löhne, kürzere Zeit, bessere Arbeits-

bedingungen. Es geht ihnen nicht um die neue Gesellschaft.

So nimmt es nicht wunder, wenn selbst die studentischen Anführer der revolutionären Bewegung Pfingsten zu einem friedlichen Ausflug nutzen. Wie zum Beispiel Alain Geismar. Ihn freilich holte die Antwort der Bürger auf die linksradikalen Aufrufe zur Gewalt in dem Ort Esternay an der Marne ein:

Der Tankwart Marc Maurice, bei dem Geismar mit seinem Kabriolet vorfuhr, wollte die Gründe für die Studentenrevolte erfahren. Aber Geismar wollte nur Benzin und keine Diskussionen: Er gab Gas und fuhr davon. Monsieur Marc Maurice ihm nach. An einer anderen Tankstelle holte er Geismar ein.

Wieder die Frage: Warum?

Wieder keine Antwort.

Da griff sich Marc Maurice eine Eisenstange und knüppelte das Kabriolet des "Revolutionärs auf Urlaub" schrottreif.

Maurice zur Begründung: "Es war nötig, dem Jungen einmal zu zeigen, wie das ist, wenn man anderer Leute Autos zertrümmert."

Und was tat Alain Geismar? Er wandte sich - an die Polizei!

Wahrhaftig: Die Revolution ist tot! (124)

Der Artikel knüpft wieder an die Assoziationen an, die die ersten äußerlichen Zeichen der Kämpfe beim Journalisten ausgelöst hatten. Nicht die Massen sind mächtig gewesen; jetzt, da die Bewegung niedergeschlagen ist, waren es nicht ihre Kämpfe, sondern Ausbrüche von Gewalt, in Szene gesetzt von Privilegierten und im Proletariat ihr Opfer findend. Das ist der Topos, den die Zeitung angesichts der Studentenbewegung in der Bundesrepublik ausgebildet hat, und den sie in dem Augenblick gegen die Klassenkämpfe in Frankreich wendet, in dem der Staatsapparat seine Macht wiedererlangt und das Proletariat diesen Kampf verloren hat. In diesem Augenblick, da die Gewalt der Massen real gebannt ist, kann die Zeitung ihren Lesern ein Bild von dieser Gewalt machen, und zwar als eine, die sich gegen die Privilegierten richtet und doch nur, einem gleichsam natürlichen Gesetz folgend, in der Selbstzerstörung endet.

c.c. Septemberstreiks 1969

Die Berichterstattung über den Pariser Mai macht bereits den Zusammenhang deutlich, der zwischen den Artikelformen der Mas-

senpresse und den Bewegungen der Massen besteht. Dennoch, der Tatbestand, daß die Zeitung dem Leser in der Bundesrepublik die Kämpfe einer anderen Nation schilderte, versetzte sie in die Lage, ihre Unfähigkeit zur Darstellung der wirklichen Verhältnisse zu verhüllen. Frankreich erschien als ein Land von exotischer Fremdheit. Die Reise der Journalisten dorthin konnte deshalb, einem Abenteuer gleichend, selbst zum Gegenstand der Berichterstattung werden.¹²⁵⁾ Deshalb erschienen auch die französischen Kämpfe als spezifisch "französische Zustände"¹²⁶⁾. Gegenüber den Klassenkämpfen in der Bundesrepublik entfällt diese Möglichkeit der Darstellungsweise für die Zeitung. Wir wenden uns deshalb der Berichterstattung der BILD-ZEITUNG über die Septemberstreiks 1969 zu.¹²⁷⁾

Am 2. September veröffentlicht die BILD-ZEITUNG eine von ihr "ermittelte Wunschliste für den idealen Arbeitsplatz":

Kollegen, die gut zusammen passen.
Ein geräumiges Zimmer mit Luft und Licht.
Gutes und ausreichendes Arbeitsmaterial.
Sauberkeit.
Geschmackvolle Einrichtung.
In der Fabrikhalle: Wenig Lärm.
Gedämpfte Musikberieselung.
Schmackvolles Kantinenessen.
Klimaanlage und gute Heizung. (128)

Was die Zeitung als Wunsch der Arbeiter veröffentlicht, ist vielmehr ein Katalog der Dekorationsartikel, mit denen Arbeitswissenschaftler die Produktionssphäre schmücken wollen. Der Arbeitsplatz soll den Charakter der Wohnung annehmen. Es muß in unserem Zusammenhang nicht auf die Funktion solcher Bemühungen eingegangen werden, sondern auf die Form ihrer praktischen Durchsetzung. Der Tag, an dem die Zeitung den Katalog propagiert, enthüllt zugleich, daß der Zeitungsinhalt nichts als die Spekulation der Journalisten über das Proletariat repräsentiert. Es ist der Tag, an dem, herzlich wenig um geschmackvolle Einrichtungen sich kümmernd, die Septemberstreiks beginnen. 6 000 Arbeiter der zum Hoesch-Konzern gehörenden Westfalenhütte legen für eine sofortige Lohnerhöhung um dreißig Pfennige die Arbeit nieder. Die BILD-ZEITUNG findet darüber kein Wort. Am 3. September schließen sich die Arbeiter der beiden anderen zum Konzern gehörenden Werke, Phoenix und Union, dem Streik an. 28 000 Arbeiter befinden sich im Ausstand, bis die Direktion ih-

re Forderungen akzeptiert. Tags darauf, als der Streik beendet ist, berichtet die Zeitung zum erstenmal über ihn. In einer kurzen Meldung auf der letzten Seite notiert sie den Erfolg der Arbeiter. An diesem Tag nehmen über 10 000 Arbeiter in drei anderen Werken die Forderungen der Hoesch-Arbeiter auf. Die Zeitung meldet:

Der Erfolg der "wilden Streiks" bei den Hoesch-Werken in Dortmund (Stundenlohn um 30 Pfennig erhöht) hat Nachahmer gefunden: Gestern traten 1100 Arbeiter eines Nebenbetriebes der Rhein-stahl Hüttenwerke in Duisburg in den Streik. Sie fordern ebenfalls 30 Pfennig pro Stunde mehr. Ihnen folgten Arbeiter der Neunkirchner Eisenwerke. (129)

Dieser und alle folgenden Artikel über den Streik sind in der Form der straight news abgefaßt, wie sie die Nachrichtenpresse publiziert. Am 5. September weitet sich der Streik sprunghaft aus. Die Zahl der Streikenden erhöht sich auf 40 000, der bestreikten Betriebe von drei auf vierzehn, zu denen vor allem Rheinstahl, Mannesmann, Klöckner und Krupp gehören. Die große Tarifkommission der Industriegewerkschaft Metall beschließt, am 6. September zusammenzutreten und über eine Vorverlegung der zum November geplanten Tarifverhandlungen zu beraten. Gleichermaßen beschließt der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl, am 8. September Beratungen über eine Vorverlegung aufzunehmen. Die BILD-ZEITUNG meldet:

Nach wilden Streiks
Mehr Geld für Stahlarbeiter
Tarifverträge werden vorzeitig gekündigt

Mit einer Serie wilder Streiks haben die west-deutschen Stahlarbeiter drei Wochen vor der Bundestagswahl ihre Konzerne erfolgreich zur Kasse gebeten! (130)

Mit dieser Meldung bewegt sich die Zeitung in den Formen der Nachrichtenpresse. Sie verzichtet auf ihre Eigentümlichkeit, Richtiges und Falsches zu Ununterscheidbarem zu machen. Der Artikel stellt eine gezielte Falschmeldung dar. Dem Leser scheinen die Forderungen der Arbeiter durchgesetzt, die Streiks abgeschlossen. Die Absicht solcher Falschmeldung ist offenbar. Der Arbeiter, der auf dem Weg zur Fabrik die BILD-ZEITUNG liest, soll zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßt, die Streikfront soll gebrochen werden. Freilich, am 6. September, als die Zeitung diesen Artikel publiziert, erhöhte sich von ihm unbeein-

druckt die Zahl der Streikenden auf 53 500. Am 9. September wendet die Zeitung abermals diese Technik an. Obwohl am Tag zuvor die Zahl der streikenden Arbeiter sich auf über 55 000 und die Zahl der bestreikten Betriebe auf zweiundzwanzig erhöht hat, erscheint in der Zeitung der Kampf der Arbeiter als abgeschlossen. Die Schlagzeilen lauten: "Setzt sich Vernunft durch! Ruhrgebiet: Stahlkocher - bis auf einige Ausnahmen - wieder an der Arbeit"¹³¹⁾. Der Tag, an dem die Zeitung diese Schlagzeilen druckt, erlebt den Höhepunkt der Septemberstreiks. 65 400 Arbeiter befinden sich im Ausstand, neunundzwanzig Betriebe werden bestreikt.

Die Berichterstattung über die Septemberstreiks bestätigt die Ergebnisse der Berichterstattung über den Metallarbeiterstreik und den Pariser Mai. In den human-interest-stories und den Kampagnen, die die Massenpresse charakterisieren, treten die Leser als einzelne und die Zeitung als die sie einende Macht auf. Der Schein der Zeitung als organisatorische Instanz der Leser zerbricht am wirklichen Zusammenschluß der Arbeiter, sobald dieser praktisch wird, und sei es nur in der Form des vom bürgerlichen Staat legalisierten Streiks. Weder human-interest-stories noch Kampagnen sind die Formen, in denen die Massenzeitung die Praxis der wirklich Zusammengeschlossenen verarbeiten kann. Sie kehrt zu den Formen des Generalanzeigers zurück. Die Berichterstattung versammelt Nachrichten, und sie führt die Trennung von Nachricht und Kommentar ein.

Ruhrgebiet: In mehreren Stahlwerken flackerten erneut wilde Streiks auf. Auch in zwei Zechen wurde wild gestreikt. In den Klöckner-Werken in Bremen und Osnabrück und in der Max-Hütte (Bayern) hatten rund 13 000 Mann die Arbeit noch nicht aufgenommen. Kieler Howaldt-Werke: Auch dort forderten 3000 Arbeiter höhere Löhne. (132)

Diese Nachricht der BILD-ZEITUNG und die der FRANKFURTER RUND-SCHAU vom selben Tag sind austauschbar:

Ein wilder Streik brach Dienstag auch bei den Howaldtswerken-Deutsche Werft AG in Kiel aus. Nach bisherigen Schätzungen traten weit über 5000 Arbeitnehmer dieser Werft in den Ausstand. (...) Auch in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie traten erneut Arbeiter in einigen Betrieben in wilde Streiks. (...) In den Klöckner-Werken Bremen und Osnabrück dauerte der Ausstand von rund 11 000 Arbeitern an. (133)

Die Rückkehr zu den Formen der Generalanzeigerpresse begründet die Sprachlosigkeit der Zeitung. Sie enthüllt, daß die Berichterstattung nicht die Streikenden darstellt, sondern die reaktiven Maßregeln des Staatsapparates und der von ihm zugelassenen Instanzen.

Seit Montag tun Frankreichs Hausfrauen so, als sei immer Samstag. Sie kaufen, als hätten sie für alle Sonntage des Jahres auf einmal vorzusorgen. In der französischen Provinz gibt es noch alles in Fülle, was man in Paris bereits entbehrt: frisches Gemüse und Fleisch, Eier, Kartoffeln, ja sogar Benzin. Die Landwirtschaft blieb bisher von der Streikwelle verschont. Aber wie die Familienväter beim Geldwechseln, kalkulieren auch die Hausfrauen: Sicher ist sicher. (134)

Dieses Zitat aus der BILD-ZEITUNG macht deutlich, daß ihre Berichterstattung über die Kämpfe der Massen von der der Nachrichtenpresse nicht zu unterscheiden ist. Das wesentliche Merkmal des Journalisten der Nachrichtenpresse charakterisiert auch den Journalisten der Massenzeitung. Wie jenen vermag er sich nur vermittelt über den Markt den Massen nähern. Sie zerfallen in seiner Beschreibung in Warenbesitzer, und aus den Bewegungen der Waren interpretiert der Journalist die Bewegungen der Massen. Die Vollständigkeit, mit der der Schein der Zeitung als Organisationsform der Leser zerbricht, illustriert schon die Überlegung, was aus ihr hätte werden müssen, wäre er Wirklichkeit: sie hätte sich in eine Streikzeitung der Arbeiter verwandeln, und ihre Kampagnen hätten ein Instrument zur Organisation des Streiks bilden müssen. Enthüllt als eine bürgerliche Massenzeitung, nicht mehr zu unterscheiden von anderen Blättern, ergreift sie gegen die Arbeiter mit Falschmeldungen und der Unterschlagung von Nachrichten manifest Partei. Die Zeitung fungiert nicht mehr als Lebensmittel. Die Arbeiter zogen daraus eine praktische Konsequenz. Während der Septemberstreiks verbrannten sie in Dortmund die vor und auf dem Fabrikgelände feilgebotenen Zeitungsexemplare.

Für die Manipulationstheoretiker hätte dies ein unübersehbarer Hinweis auf die Brüchigkeit ihrer Interpretationen sein müssen. In ihrer Vorstellung vom totalen Verblendungszusammenhang, dem nur der über die Techniken der Manipulation aufgeklärte einzel-

ne vielleicht zu entrinnen vermag, hat die reale Gewalt, die hier neue Verhältnisse schafft, keinen Platz. "Publikumsgesellschaften"¹³⁵⁾, welche doch nur danach trachten, die Illusionen über die bürgerliche Demokratie zu verdoppeln, indem sie die Massen zum Publikum auflösen und auf bekannter pluralistischer Weise in "soziale Gruppen"¹³⁶⁾ auseinanderdividieren möchten, haben bisher keinen erhofften "Aufklärungsvorgang"¹³⁷⁾ in Bewegung gebracht. Stattdessen haben sich die Widersprüche, welche die Manipulationstheorien zu fassen suchen, in einer Weise verschärft, wie sie die Theorien weder vorgesehen haben noch glaubhaft interpretieren können. Dennoch halten sie arglos an Strategien fest, die in der letzten Konsequenz im Appell an den Staat zur Einrichtung besserer Verhältnisse enden.¹³⁸⁾ Deutlicher noch als in den Septemberstreiks wurden während des Druckerstreiks 1973 wesentliche Bestandteile der Theorien praktisch widerlegt. Sich wenig um die Illegalität ihres Handelns kümmernd, weigerten sich Streikende, Artikel zu drucken, in denen Journalisten gegen den Streik hetzten. Keine etwa praktisch gewordene Manipulationstheorie hatte die Drucker dazu bewegt; ohnehin sind den Theorien solche Kampfformen fremd. Es war vielmehr die Konsolidierung des Zusammenschlusses der Arbeiter im Kampf, welche die Durchsetzung ihrer Interessen ermöglichte.

ANMERKUNGEN

EINLEITUNG

- 1) vgl. dazu Kapitel I.
- 2) Franz Knipping, Pressekonzentration contra Pressefreiheit. - In: Die formierte Meinung. Beiträge zur Funktion und zur Wirkungsweise journalistischer Medien in Westdeutschland, hrsg. v. Franz Knipping. Leipzig 1968, S. 39.
- 3) ebd. S. 41.
- 4) ebd. S. 39.
- 5) Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrg.), Der Imperialismus der BRD. Frankfurt am Main 1971.
- 6) ebd. S. 535.
- 7) Es soll hier kurz begründet werden, warum wir das Thema der Reklame nicht aufnehmen. Die Reklame ist politökonomisch kein Geheimnis, sie zählt zu den Zirkulationskosten. Die Arbeit, die für sie aufgewendet werden muß, setzt der Ware keinen Wert zu, sondern hilft lediglich, die Zirkulationszeit abzukürzen. Wir geben in Kapitel IV einen kurzen Hinweis auf die Geschichte der Reklame, den Zusammenhang zum Hochkommen des Warenhauses. Sie ist Ausdruck der zunehmenden Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital, der Beschlagnahme der ganzen Familie und der dieser Bewegung folgenden Konzentration des Handelskapitals. Die Mystifikationen des Begriffs der Reklame beginnen, wo ihr die Kraft zuerkannt wird, den Gebrauchswert der Ware selbst zu tangieren. Vgl. z.B. Wolfgang F. Haug, Kritik der Warenästhetik. Frankfurt am Main 1971 als eines der ausgeführtesten Rätselbilder über die Reklame. Sie hat hier die Kraft, den "Gebrauchswertstandpunkt" selber zu "korrumpieren". (Vgl. ebd. S. 66.) "Den Leuten scheint das Bewußtsein abgekauft. Täglich werden sie trainiert im Genuß dessen, was sie verrät (...)" (ebd.) Diese Darstellung hat insgesamt die Basis des Wertgesetzes, auf die sie sich doch zu stellen vorgibt, verlassen. Auf der Ebene der Darstellung, der des Kapitals im Allgemeinen, die Haug nicht verläßt, ist vorausgesetzt, daß die Waren sich zu ihrem Wert verkaufen und irgendein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen. Der Gebrauchswert der Ware, insofern er in den individuellen Konsum eingeht, ist ohne alles Interesse. (Vgl. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (DDR) 1953, S. 763.)
- 8) vgl. Walter J. Schütz, Zeitungsstatistik. - In: Emil Dovifat (Hrg.), Handbuch der Publizistik, Bd. II, 2. Berlin 1969, S. 366.
- 9) vgl. z.B. McGuire, Noelle-Neumann, Lazarsfeld, Berelson, Gaudet.
- 10) FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 29.12.1971.
- 11) vgl. dazu Kapitel VI.
- 12) Wenn man von der Ausnahme Cudlipps absieht. (Vgl. Hugh Cudlipp, Sensationen für Millionen. Die erstaunliche Geschichte

des Daily Mirror. München 1955.) Doch gibt auch er keine Auskunft über die redaktionelle Herstellungstechnik.

- 13) vgl. z.B. Günter Gaus, Wie das BILD gemacht wird. Voraussetzungen und Wirkungen eines Massenblattes. - In: SÜD-DEUTSCHE ZEITUNG v. 17./18.7.1965; Nina Grunenberg, Die Journalisten. Bilder aus der deutschen Presse. Hamburg 1967.

I. THEORIEN ÜBER MANIPULATION

- 1) vgl. Journal of International Affairs, Vol. 2 (1948), S. 63f.
- 2) Dolf Sternberger u.a., Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Frankfurt am Main 1968.
- 3) ebd. S. 9f.
- 4) ebd. S. 329.
- 5) ebd.
- 6) ebd. S. 332.
- 7) ebd.
- 8) ebd. S. 331.
- 9) ebd. S. 332.
- 10) Fritz Tschirch, Stehen wir in einer Zeit des Sprachverfalls? - In: Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1966/67, Düsseldorf, S. 122.
- 11) ebd. S. 129.
- 12) ebd. S. 122.
- 13) ebd.
- 14) ebd. S. 129.
- 15) ebd.
- 16) Peter von Polenz, Sprachkritik - Sprachwissenschaft. - In: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, a.a.O., S. 299.
- 17) ebd.
- 18) Peter von Polenz, Sprachkritik und sprachwissenschaftliche Methodik. - In: Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1966/67, a.a.O., S. 183.
- 19) ebd.
- 20) vgl. Peter von Polenz, Sprachkritik - Sprachwissenschaft, a.a.O., S. 308f.
- 21) Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, a.a.O., S. 331.
- 22) Walter Benjamin, Schriften. Hrg. v. Theodor W. Adorno u. Gretel Adorno. Frankfurt am Main 1955, Bd. 2, S. 167.
- 23) Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, a.a.O., S. 9.
- 24) ebd. S. 307.
- 25) ebd. S. 299, 336.
- 26) ebd. S. 299.
- 27) Karl Marx, Das Kapital. Berlin (DDR) 1955, Bd. I, S. 79.
- 28) Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, a.a.O., S. 307.
- 29) ebd.
- 30) Ekkehart Mittelberg, Wortschatz und Syntax der BILD-Zeitung. Marburg 1967, S. 13.
- 31) ebd. S. 311.

- 32) ebd. S. 309.
- 33) ebd. S. 311.
- 34) ebd.
- 35) ebd. S. 307.
- 36) ebd. S. 311.
- 37) ebd.
- 38) ebd. S. 304.
- 39) ebd. S. 308.
- 40) ebd. S. 311.
- 41) ebd.
- 42) ebd. S. 317f.
- 43) ebd. S. 310.
- 44) ebd. S. 318.
- 45) Joachim Stave, Wie die Leute reden. Lüneburg 1964, S. 237.
- 46) ebd. S. 238.
- 47) Hans Eich, Sprache und Stil der deutschen Presse, besonders nach 1945, und ihre Beurteilung. Diss. München 1956, S. 361.
- 48) ebd. S. 363.
- 49) Willy Stamm (Hrg.), Leitfaden für Presse und Werbung. Essen 1953, S. 100.
- 50) ebd.
- 51) Emil Dovifat, Auswüchse der Sensationsberichterstattung. Stuttgart 1930, S. 5.
- 52) ebd. S. 6.
- 53) ebd. S. 23f.
- 54) Hans Dieter Müller, Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München 1968, S. 118.
- 55) Oder besser: gelesen wird. Bei Wolseley findet sich ein Hinweis, der den autothönen Charakter der Sprache des Sports in Zweifel zieht. Der Leser ist durch Radio und Fernsehen informiert über die Tatsachen der Wettkämpfe, er ist deshalb "interessiert an mehr Details und einer attraktiven Schreibweise. Trend zu Originalität und einer fast unverständlichen Schreibweise, die ein Glossar erfordert (...). Was die Reporter denken, ist so wichtig wie das, was sie sahen. Zeitungen, die Kommentare in allen anderen Berichten verbieten, lassen sie im Sportteil zu." (R.E. Wolseley and Laurence R. Campbell, Exploring Journalism. New York 1943, S. 205f.)
- 56) vgl. Heinrich Popitz u.a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen 1957, S. 165.
- 57) ebd.
- 58) Artikel der BILD-ZEITUNG über: Metallarbeiterstreik 1963 (19.4. - 10.5.1963), Tarifkonflikte 1966 (3.1. - 16.2.1966),

- Streik in der Gummiindustrie 1967 (13.11. - 18.11.1967), Streik bei Hanomag (Mai 1967), Tarifkonflikt in der Metallindustrie Baden-Württemberg 1967 (20.10. - 26.10.1967).
- 59) Helmuth Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Stuttgart 1945; S. Landshut, Bestimmt die Klassenzugehörigkeit unser gesellschaftliches Dasein? - In: Gesellschaft in der wie leben. Fünftes Europäisches Gespräch, Düsseldorf 1957; F. Zweig, The Worker in an Affluent Society. New York 1961.
- 60) Heinz Kluth, Arbeiterjugend. Begriff und Wirklichkeit. - In: Arbeiterjugend gestern und heute. Hrg. v. Helmuth Schelsky. Heidelberg 1960.
- 61) Heinrich Popitz, a.a.O., S. 170.
- 62) ebd.
- 63) BILD-ZEITUNG v. 26.10.1967. Wir zitieren stets aus der Westberliner Ausgabe der Zeitung. Bei Ausnahmen wird der Erscheinungsort extra vermerkt.
- 64) vgl. Heinrich Popitz, a.a.O., S. 238.
- 65) zit. n. ebd. S. 240.
- 66) zit. n. ebd.
- 67) ebd. S. 238.
- 68) vgl. Hermann Paul, Deutsches Wörterbuch. 5. Aufl. Tübingen 1966, S. 108.
- 69) Wilhelm Liebknecht, Volksfremdwörterbuch. 20. Aufl. Berlin 1929, S. 62.
- 70) ebd.
- 71) Trübners Deutsches Wörterbuch. Hrg. v. Alfred Götze. Berlin 1939, Bd. I, S. 391.
- 72) Cornelia Berning, Die Sprache des Nationalsozialismus. - In: Zeitschrift für deutsche Wortforschung, Bd. 16 (1960), S. 92.
- 73) Heinz Küpper, Wörterbuch der Umgangssprache. Hamburg 1963ff, Bd. II, S. 75, Bd. IV, S. 65, Bd. V, S. 54.
- 74) ebd. Bd. II, S. 75.
- 75) BILD-ZEITUNG v. 10.2.1966.
- 76) BILD-ZEITUNG v. 18.11.1967.
- 77) BILD-ZEITUNG v. 18.2.1966.
- 78) Heinrich Popitz, a.a.O., S. 134.
- 79) ebd. S. 144f.
- 80) vgl. ebd. S. 146.
- 81) vgl. ebd. S. 145.
- 82) zit. n. ebd. S. 144.
- 83) BILD-ZEITUNG v. 10.5.1966.
- 84) Heinrich Popitz, a.a.O., S. 237.
- 85) ebd.

- 86) zit. n. ebd. S. 155.
- 87) zit. n. ebd.
- 88) zit. n. ebd.
- 89) zit. n. ebd. S. 207.
- 90) zit. n. ebd. S. 203.
- 91) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 160.
- 92) zit. n. Heinrich Popitz, a.a.O., S. 155.
- 93) zit. n. ebd. S. 171.
- 94) zit. n. ebd. S. 155.
- 95) zit. n. ebd. S. 203.
- 96) ebd. S. 246.
- 97) ebd. S. 106.
- 98) zit. n. ebd. S. 139.
- 99) zit. n. ebd. S. 148.
- 100) zit. n. ebd. S. 149.
- 101) zit. n. ebd.
- 102) zit. n. ebd.
- 103) zit. n. ebd.
- 104) zit. n. ebd.
- 105) zit. n. ebd.
- 106) vgl. ebd. S. 168.
- 107) BILD-ZEITUNG v. 10.2.1966.
- 108) ebd.
- 109) BILD-ZEITUNG v. 15.2.1966.
- 110) BILD-ZEITUNG v. 18.2.1966.
- 111) ebd.
- 112) BILD-ZEITUNG v. 18.11.1967.
- 113) Ekkehart Mittelberg, a.a.O., S. 13.
- 114) ebd. S. 74.
- 115) Dieter Bergner u.a., Manipulation. Die Staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie. Berlin (DDR) 1968, S. 7.
- 116) ebd. S. 18.
- 117) ebd. S. 38.
- 118) ebd. S. 68f.
- 119) Der Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 517f.
- 120) Horst Holzer, Massenmedien und Manipulation. - In: Gerhard Gleisberg (Hrg.), Zu Pressekonzentration und Meinungsmanipulierung. Frankfurt am Main 1972, S. 62.
- 121) Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Neuwied/Berlin 1967, S. 104.

- 122) Erich Kuby, Reizende Leute oder die Geschichte vom deutschen Axel, der auszog, dem Osten das Fürchten zu lehren. - in: PARDON, Oktober 1962, Nr. 2.
- 123) Werner Hofmann, Springer als Symptom. - In: Bernd Jansen u. Arno Klönne (Hrg.), Imperium Springer. Köln 1968, S. 24.
- 124) Werner Hofmann, Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie. Frankfurt am Main 1968, S. 39.
- 125) Dietrich Schmidt, Über Inhalt und Form im sozialistischen Realismus. - In: Journalistisches Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Leipzig 1960, S. 185.
- 126) Theodor W. Adorno, Kann das Publikum wollen? - In: Anne Rose Katz (Hrg.), Vierzehn Mutmaßungen über das Fernsehen. München 1963, S. 60.
- 127) Albert Norden, Der Journalist unserer Zeit. - In: Journalistisches Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., S. 17.
- 128) Gerhard Gleisberg (Hrg.), Zu Pressekonzentration und Meinungsmanipulierung, a.a.O., S. 182.
- 129) ebd. S. 183.
- 130) Franz Knipping, Pressemonopole - Monopolpresse. Der Konzentrationsprozeß in der westdeutschen Tagespresse, seine Voraussetzungen und seine Ergebnisse. Leipzig 1963, S. 169.
- 131) Werner Vitt, Mitglied des Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Chemie, zit. n. Gerhard Gleisberg, a.a.O., S. 183.
- 132) Georg Benz, Mitglied des Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Metall, zit. n. ebd.
- 133) Der Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 534.
- 134) Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (Hrg.), Arbeit und Freizeit. Arbeitsheft für die Jugendbildungsarbeit. O.O., o.J. (1963), S. 52.
- 135) ebd.
- 136) ebd. S. 52f.
- 137) Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, a.a.O., S. 24.
- 138) Karl D. Bredthauer, Demokratie - Information - Herrschaft. - In: Bernd Jansen u. Arno Klönne (Hrg.), a.a.O., S. 245.
- 139) Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, a.a.O., S. 5.
- 140) Denkschrift zur Erarbeitung eines neuen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses für die deutsche Postgewerkschaft, zit. n. Gewerkschaftsspiegel, Nr. 5, 8. Jg., 1971, S. 37f.
- 141) vgl. Neue Kritik, Unverbindliche Richtlinien, Das Argument.
- 142) vgl. Wilhelm Reich, Massenpsychologie des Faschismus. 2. Aufl., o.O., o.J., S. 19.
- 143) Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik u.a., The Authoritarian Personality. New York 1964, Bd. I, S. 8ff.

- 144) Institut für Sozialforschung, Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. Frankfurt am Main 1956, S. 169.
- 145) ebd.
- 146) ebd.
- 147) ebd. S. 176.
- 148) vgl. Max Horkheimer u. Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Amsterdam 1947.
- 149) z.B. Kommune II.
- 150) Horst Holzer, Politik und Massenmedien. Zum Antagonismus von Presse- und Gewerbefreiheit. - In: Manipulation der Meinungsbildung, hrg. v. Ralf Zöll. Opladen 1971, S. 96.
- 151) Herbert Marcuse, a.a.O., S. 20.
- 152) Gedächtnisprotokoll des Gesprächs mit einem Gerichtsvollzieher vom 2.2.1972; vgl. auch Deutsche Gerichtsvollzieherzeitung; Neue Wirtschaftsbriefe, Nr. 38 v. 15.10.1953; Kurt Deissler, ABC der unpfändbaren Sachen. Ludwigshafen 1962, S. 7ff.
- 153) Zivilprozeßordnung, § 811, Abs. 1.
- 154) Gedächtnisprotokoll, ebd.
- 155) ebd.
- 156) Und dies, obwohl sich nur in ca. jeder zweiten Arbeiterwohnung ein Bad befindet. (Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln. Köln 1970, Schaubild 2.) In dem Arbeiterviertel Ehrenfeld befinden sich nur in 20 % der Wohnungen Bad, WC und Sammelheizung, 36 % haben Bad und WC ohne Sammelheizung, 22 % haben kein Bad, jedoch ein WC in der Wohnung, 22 % haben kein Bad und das WC auf der Treppe oder im Hof.
- 157) besonders FRANKFURTER RUNDSCHAU, DER SPIEGEL, STERN, SÜD-DEUTSCHE ZEITUNG.

II. TECHNISCHE ILLUSIONEN DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

- 1) Robert K. Bain, Die Rolle des Forschers. Eine Einzelfallstudie. - In: Praktische Sozialforschung, hrg. v. René König. Köln 1956, Bd. 2, S. 122.
- 2) ebd.
- 3) ebd. S. 120. Bain stützt sich hierbei auf: Burleigh B. Gardener and William F. Whyte, Methods for the Study of Human Relations in Industry. - In: Am. Soc. Rev., 1946, Bd. 11.
- 4) ebd. S. 117f.
- 5) ebd. S. 126.
- 6) vgl. ebd. S. 127.
- 7) René König, Beobachtung und Experiment in der Sozialforschung. Praktische Sozialforschung, a.a.O., Bd. 2, S. 39.
- 8) ebd.
- 9) ebd. S. 37.
- 10) Marie Jahoda, Research Methods in social relations. O.O. 1965, S. 88.
- 11) Florence R. Kluckhohn, Variations in value orientations. Evanston 1961, S. 114.
- 12) vgl. ebd.
- 13) Alvin F. Zander, A Study of experimental frustration. Evanston 1944, S. 146.
- 14) ebd. S. 146f.
- 15) ebd. S. 147.
- 16) Florence Kluckhohn, a.a.O., S. 108.
- 17) vgl. René König, der hierin "einige sehr delikate Probleme" erkennt. Er fragt sich, ob der Forscher Diagnosen stellen darf, wo die Mittel zur Therapie fehlen. "Vielleicht lebten die betreffenden Menschen glücklich, weil unwissend, in ihrem Elend und hatten sich mit ihrem Zustand abgefunden." (René König, a.a.O., S. 39.)
- 18) Marie Jahoda u.a., Die Arbeitslosen von Marienthal. Allensbach 1960, S. 5.
- 19) ebd. S. 5f.
- 20) Die einzigen Vereine in Marienthal, die sich nicht über Mitgliederschwund zu beklagen brauchten, waren der Radfahrverein, der katholische Verein "Frohe Kindheit" und der Feuerbestattungsverein "Die Flamme". Der eine nährte die Illusion, im weiteren Umkreis des Dorfes doch noch Arbeit zu finden, der andere verhinderte den vollkommenen Ruin einer Familie, die bei einem Todesfall auf eine Erdbestattung angewiesen wäre. Der Verein "Frohe Kindheit" unterhielt einen Kindergarten. Von einer Zelle der Kommunistischen Partei wird nichts berichtet. (Vgl. Marie Jahoda u.a., Die Arbeitslosen ..., a.a.O., S. 43.)
- 21) F.J. Roethlisberger and W.J. Dickson, Management and the Worker. Cambridge 1956, S. 153.

- 22) William Goode and Paul K. Hatt, *Methods in Social Research*. New York/Tokio o.J., S. 186.
- 23) vgl. ebd. S. 186ff.
- 24) vgl. ebd. S. 190.
- 25) ebd. S. 188.
- 26) vgl. ebd.
- 27) vgl. ebd.
- 28) Einige Beispiele dafür, wie sich die Klassenzugehörigkeit des Interviewers in den Ergebnissen des Interviews niederschlägt, finden sich bei: Peter R. Hofstätter, *Die Psychologie der öffentlichen Meinung*. Wien 1949, S. 165ff.
- 29) Elisabeth Noelle-Neumann, *Umfragen in der Massengesellschaft. Einführung in die Methoden der Demoskopie*. Hamburg 1963, S. 171.
- 30) ebd. S. 172.
- 31) ebd.
- 32) vgl. ebd. S. 134.
- 33) ebd. S. 34.
- 34) ebd. S. 35.
- 35) William Goode and Paul K. Hatt, a.a.O., S. 196.
- 36) vgl. *New Left Review*, Jg. 1968, Nr. 52, S. 2.
- 37) vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, a.a.O., S. 9f.
- 38) vgl. Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, bearb. v. Friedrich Pollock. *Frankfurter Beiträge zur Soziologie*, Bd. 2. Frankfurt am Main 1955, S. 53lf.
- 39) zit. n. Verband der deutschen Presse (Hrg.), *Pressefreiheit in Westdeutschland - Phrase und Wirklichkeit*. Berlin (DDR) 1957, S. 39.
- 40) Adolf Levenstein, *Die Arbeiterfrage. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psych-physischen Einwirkungen auf die Arbeiter*. München 1912, S. 5. Es versteht sich, daß die hier gegebenen Bestimmungen des Interviews nicht auf den von Marx aufgestellten Fragebogen für Arbeiter zutreffen. (Vgl. Hilde Weiß, *Die "Enquete Ouvrier" von Karl Marx*. - In: Friedrich Fürstenberg (Hrg.), *Industriesoziologie. Vorläufer und Frühzeit 1835 - 1934*. Neuwied 1959, S. 75ff.) Die Antworten auf diesen Fragebogen galten nicht dem Staat sondern der Arbeiterklasse selber. Der Fragebogen tritt so nicht an die Stelle, sondern ist ein Moment der Organisation der Arbeiterklasse.
- 41) Adolf Levenstein, a.a.O., S. 5.
- 42) ebd. S. 6.
- 43) ebd.
- 44) vgl. Hilde Weiß, a.a.O., S. 84.
- 45) ebd.
- 46) ebd. S. 85.

- 47) zit. n. ebd.
- 48) zit. n. ebd.
- 49) zit. n. ebd.
- 50) vgl. den folgenden Abschnitt über Taylor und Mayo.
- 51) Loren Baritz, *The Servants of Power. A History of the Use of Social Science in American Industry*. Wesleyan university press 1960, S. 134.
- 52) Reinhard Bendix, *Herrschaft und Industriearbeit*. Frankfurt am Main 1960, S. 361.
- 53) zit. n. Loren Baritz, a.a.O., S. 59.
- 54) zit. n. Reinhard Bendix, a.a.O., S. 388f.
- 55) zit. n. ebd. S. 389.
- 56) vgl. Frederick W. Taylor, *Scientific Management. Comprising Shop Management, The Principles of Scientific Management, Testimony before the Special House Committee*. New York/London 1947, S. 85.
- 57) ebd. S. 48.
- 58) ebd. S. 176.
- 59) Loren Baritz, a.a.O., S. 78.
- 60) Elton Mayo, *The human Problems of an Industrial Civilization*. New York 1960, S. 69.
- 61) F.J. Roethlisberger and W.J. Dickson, a.a.O., S. 425.
- 62) Loren Baritz, a.a.O., S. 104.
- 63) ebd. S. 105.
- 64) vgl. Reinhard Bendix, a.a.O., S. 410.
- 65) vgl. Heinrich Popitz u.a., *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*. Tübingen 1957, S. 147.
- 66) vgl. F.J. Roethlisberger and W.J. Dickson, a.a.O., S. 536.
- 67) vgl. Henry A. Landsberger, *Hawthorne Revisited. Management and the Worker. Its Critics and Developments in Human Relations in Industry*. New York 1961, S. 51.
- 68) Loren Baritz, a.a.O., S. 103.
- 69) Clark Kerr, zit. n. Henry A. Landsberger, a.a.O., S. 31.
- 70) C.R. Mills, zit. n. ebd. S. 45.
- 71) Herbert Blumer, zit. n. ebd. S. 44f.
- 72) Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*. Marx/Engels, Werke (MEW). Berlin (DDR) 1961ff, Bd. 4, S. 180.
- 73) Karl Marx, *Arbeitslohn*, MEW Bd. 6, S. 554.
- 74) zit. n. Heinrich Popitz, a.a.O., S. 150.
- 75) Karl Marx, *Das Kapital*. Berlin (DDR) 1955, Bd. I, S. 241.
- 76) "Die Baumwollindustrie zählt 90 Jahre (...). In drei Generationen der englischen Rasse hat sie neun Generationen von Baumwollarbeitern verspeist." (Ebd. S. 278.)

- 77) vgl. ebd. S. 242.
- 78) ebd. S. 243.
- 79) Friedrich Engels, Das Lohnsystem. MEW Bd. 19, S. 253.
- 80) vgl. Friedrich Engels, Die Trade-Unions. MEW Bd. 19, S. 254.
- 81) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 309.
- 82) vgl. Karl Marx, Das Elend der Philosophie, a.a.O., S. 180f; Karl Marx u. Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. MEW Bd. 4, S. 470f; Karl Marx, Lohn, Preis und Profit. MEW Bd. 16, S. 152.
- 83) vgl. John R.P. French, Feldexperimente: Änderung in der Gruppenproduktion. - In: Praktische Sozialforschung, a.a.O., Bd. 2, S. 266f.
- 84) ebd. Hervorheb. d.V.
- 85) vgl. ebd. S. 267f.
- 86) Henry Ford II erklärte 1946: "Wenn wir das Problem der human relations in der Industrie lösen können, dann können wir in den nächsten zehn Jahren einen ebenso großen Schritt in Richtung auf niedrigere Kosten machen, wie wir dies während des letzten Vierteljahrhunderts durch die Entwicklung der Maschinerie für Massenproduktion taten." (Zit. n. Loren Baritz, a.a.O., S. 191. Hervorheb. d.V.)
- 87) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 418.
- 88) Heinrich Popitz, a.a.O., S. 47.
- 89) Marie Jahoda u.a., Die Arbeitslosen ..., a.a.O., S. 56f.
- 90) zit. n. Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 627.
- 91) vgl. ebd. S. 623.
- 92) zit. n. Reinhard Bendix, a.a.O., S. 410f.
- 93) zit. n. ebd.
- 94) zit. n. ebd. S. 412.
- 95) zit. n. Loren Baritz, a.a.O., S. 175.
- 96) zit. n. ebd.
- 97) Das oben zitierte Schulungsheft der Industriegewerkschaft Chemie hat als erklärtes Ziel den "gebildeten Arbeiter", der durchschaut, was mit ihm in der Freizeit angerichtet werden soll.
- 98) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 316.
- 99) Eugen Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Frankfurt am Main 1966, S. 52.
- 100) ebd. S. 53.
- 101) ebd. S. 55.
- 102) ebd. S. 69.
- 103) vgl. Rote Presse Korrespondenz, 3. Jg., 1971, Nr. 113, 26.4.1971, S. 17.
- 104) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 612.

- 105) ebd. S. 566. Hervorheb. d.V.
- 106) ebd. S. 316.
- 107) F.J. Roethlisberger and W.J. Dickson, a.a.O., S. 601.
- 108) vgl. Hilde Weiß, Abbé und Ford. Kapitalistische Utopien. Berlin 1927.
- 109) vgl. Roland Reichwein, Funktionswandlungen der betrieblichen Sozialpolitik. Eine soziologische Analyse der zusätzlichen Sozialleistungen. Köln/Opladen 1965.
- 110) vgl. Informationen. Interessante Daten und Hinweise, hrg. von der IG Metall. O.O. 1972.
- 111) Die Sozialleistungen des Hauses Siemens, hrg. von der Sozialpolitischen Abteilung. O.O. 1969, S. 4. (Betriebsinternes Papier.)
- 112) Die Begründung für diese These fällt außerhalb des Rahmens dieser Arbeit. Wir verweisen deshalb nur auf die Darstellung bei: F. David, Der Bankrott des Reformismus. Berlin 1932, S. 111 - 136.

III. BÜRGERLICHER JOURNALISMUS

- 1) Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 5. Berlin (DDR) 1971, S. 13. Hervorheb. d.V.
- 2) Duden, Bedeutungswörterbuch, 1970.
- 3) Duden, Synonymwörterbuch, 1964.
- 4) Der Große Brockhaus, 1955.
- 5) Hans Traub, Grundbegriffe des Zeitungswesens. Berlin 1933, S. 32.
- 6) Walter Hagemann, Grundzüge der Publizistik. Münster 1947, S. 21.
- 7) Kurt Koszyk u. Karl Pruys, dtv-Wörterbuch zur Publizistik. München 1969, S. 247.
- 8) vgl. Friedrich Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. 20. Aufl., bearb. v. Walther Mitzka. Berlin 1967, S. 499.
- 9) Das Wort wurde nach lat. intellegere, einsehen, merken gebildet: Ein Annoncenblatt, in das Einsicht genommen werden konnte.
- 10) "Bei dem Bauersmann, der die sonst nützliche und nötige herrschaftliche Verordnungen zu wissen nicht verlangt, damit er sich desto besser mit der Unwissenheit, wie er jederzeit zu tun pflegt, entschuldigen könne, der sich gegen alle Geldausgaben, und wenn sie noch so gering sind, streubet: ist mit Vorstellen und Zureden in Sachen, welche Geld kosten, nicht das mindeste auszurichten." (Zit. n. Walter Heide (Hrg.), Handbuch der Zeitungswissenschaft. Leipzig 1940, Lfg. 5, Sp. 1821.)
- 11) vgl. N. Hansen, Depeschensbureaus und internationales Nachrichtenwesen. - In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 3, Jena 1914, S. 81ff.
- 12) ebd. S. 81.
- 13) ebd.
- 14) ebd. S. 82.
- 15) ebd.
- 16) ebd. S. 81.
- 17) ebd.
- 18) ebd.
- 19) Diese Bestimmungsversuche werden ausführlich im Kapitel über straight news und human interest dargestellt.
- 20) Karl Marx, Das Kapital. Berlin (DDR) 1955, Bd. II, S. 124.
- 21) vgl. z.B. seine Analyse der Umlaufzeit, ebd. S. 247ff.
- 22) vgl. ebd. S. 143ff.
- 23) vgl. ebd. Bd. III, S. 297.
- 24) Friedrich Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland. Marx/Engels, Werke (MEW). Berlin (DDR) 1961ff, Bd. 8, S. 14.

- 25) ebd. S. 22.
- 26) ebd. S. 21. "Jede neue Klasse nämlich, die sich an die Stelle einer vor ihr herrschenden setzt, ist genötigt, schon um ihren Zweck durchzuführen, ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, d.h. ideell ausgedrückt: ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit zu geben, sie als die einzig vernünftigen, allgemein gültigen darzustellen. Die revolutionisierende Klasse tritt von vornherein, schon weil sie einer Klasse gegenübersteht, nicht als Klasse, sondern als Vertreterin der ganzen Gesellschaft auf, sie erscheint als die ganze Masse der Gesellschaft gegenüber der einzigen, herrschenden Klasse." (Karl Marx u. Friedrich Engels, Deutsche Ideologie. MEW Bd. 2, S. 47f.)
- 27) zit. n. Anna Caspary, Ludolf Camphausens Leben. Berlin/ Stuttgart 1902, S. 179.
- 28) Friedrich Engels, Revolution ..., a.a.O., S. 16.
- 29) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 184.
- 30) Karl Marx, Zur Judenfrage. MEW Bd. 1, S. 364. Kant hat dies in seiner Unterscheidung des "aktiven" vom "passiven Staatsbürger" offen ausgesprochen. Staatsbürger ist ihm nicht der "Mensch", sondern der Warenproduzent und Staatsbeamte. Keine "bürgerliche Selbständigkeit" besitzt "jeder Mann, der nicht nach eigenem Betrieb, sondern nach der Verfügung anderer (außer der des Staats), genötigt ist, seine Existenz (Nahrung und Schutz) zu erhalten (...)" Er "entbehrt der bürgerlichen Persönlichkeit, und seine Existenz ist gleichsam nur Inhärenz." (Kant, Metaphysik der Sitten, Rechtslehre § 46, zit. n. Immanuel Kant, Werke, hrg. v. Wilhelm Weischedel. Wiesbaden 1956, Bd. IV, S. 433.)
- 31) zit. n. ebd. S. 365.
- 32) ebd.
- 33) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 243.
- 34) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin (DDR) 1953, S. 74.
- 35) ebd.
- 36) Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied 1965, S. 254f.
- 37) ebd. S. 255.
- 38) ebd. S. 254.
- 39) ebd.
- 40) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 521.
- 41) ebd. S. 297.
- 42) ebd. S. 520f.
- 43) ebd. S. 276.
- 44) ebd. S. 313.
- 45) ebd. S. 282.
- 46) ebd. S. 295f.

- 47) ebd. S. 514.
- 48) zit. n. ebd. S. 515.
- 49) zit. n. ebd.
- 50) ebd. S. 514.
- 51) ebd. S. 515.
- 52) ebd. S. 516.
- 53) zit. n. ebd. S. 517.
- 54) ebd. S. 528.
- 55) ebd. S. 506f.
- 56) Karl Marx u. Friedrich Engels, Deutsche Ideologie. MEW Bd. 3, S. 62.
- 57) vgl. Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 282.
- 58) Jürgen Habermas, a.a.O., S. 199.
- 59) ebd.
- 60) Paul Dieter Baumert, Die Entstehung des deutschen Journalismus. München 1928, S. 38.
- 61) Jürgen Habermas, a.a.O., S. 200.
- 62) Joachim Kirchner, Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens. Leipzig 1928, Bd. 1, S. 92.
- 63) vgl. ebd. S. 47.
- 64) ebd. S. 35.
- 65) Jürgen Habermas, a.a.O., S. 200.
- 66) vgl. Joachim Kirchner, a.a.O., S. 36ff.
- 67) vgl. ebd. S. 37.
- 68) vgl. ebd. S. 38, 40.
- 69) vgl. ebd. S. 42ff.
- 70) vgl. Otto Groth, a.a.O., Bd. I, S. 242.
- 71) vgl. Horst Heenemann, Die Auflagenhöhe der deutschen Zeitungen. Leipzig 1929, S. 13f.
- 72) Jürgen Habermas, a.a.O., S. 201.
- 73) ebd.
- 74) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. II, S. 375.
- 75) ebd. S. 374f.
- 76) Emil Dovifat, Die Zeitung. Gotha 1925, S. 27.
- 77) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 623.
- 78) zit. n. Eduard Heyk, Die Allgemeine Zeitung 1798 - 1898. München 1898, S. 83.
- 79) vgl. Karl Marx, Erklärung. MEW Bd. 1, S. 200, Anm. S. 597.
- 80) vgl. Otto Groth, a.a.O., Bd. IV, S. 8.
- 81) Jürgen Habermas, a.a.O., S. 202.
- 82) ebd.

- 83) vgl. Otto Groth, a.a.O., Bd. III, S. 81.
- 84) Manfred Rietschel, Der Familienbesitz in der deutschen politischen Tagespresse. Phil. Diss. Leipzig 1928, S. 2.
- 85) Wolfgang Hellwig, Unternehmensformen der deutschen Tagespresse, GmbH und AG. Phil. Diss. Leipzig 1928, S. 24.
- 86) vgl. Betriebsverfassungsgesetz, § 118.
- 87) ebd.
- 88) Betriebsverfassungsgesetz, § 106, Abs. 2.
- 89) ebd.

IV. ZUR GESCHICHTE DER MASSENPRESSE

- 1) vgl. Kurt Koszyk, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse, Teil II. Berlin 1966, S. 268.
- 2) vgl. Peter Schuppan, Die kulturelle Entwicklung Deutschlands 1897/98 bis 1917. - In: Fritz Klein, Deutschland von 1897/98 - 1917. Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beiträge 9. Berlin (DDR) 1969, S. 395.
- 3) vgl. Walter G. Hoffmann, Das Wachstum der Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Heidelberg 1965, S. 19.
- 4) vgl. Fritz Klein, Deutschland von 1897/98 - 1917. Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beiträge 9. Berlin (DDR) 1969, S. 20.
- 5) vgl. Kurt Koszyk, a.a.O., S. 213f.
- 6) vgl. ebd. S. 268ff.
- 7) Zur allgemeinen Entwicklung der Auflagen der Zeitungen vgl.: Gerhard Muser, Statistische Untersuchungen über die Zeitungen Deutschlands 1885 - 1914. Leipzig 1918, S. 58ff.
- 8) vgl. Günther Heidorn, Monopole - Presse - Krieg. Die Rolle der Presse bei der Vorbereitung des ersten Weltkrieges. Berlin (DDR) 1962, S. 44ff.
- 9) vgl. Kurt Reumann, Entwicklung der Vertriebs- und Anzeigenerlöse im Zeitungsgewerbe seit dem 19. Jahrhundert. - In: Publizistik, 13. Jg. (1968), H. 2/3/4, S. 230. Aufgrund des mangelhaften Materials sind solche Angaben nicht als statistische Werte einzuschätzen, sie deuten nur eine Tendenz an.
- 10) Karl Marx, Das Kapital. Berlin (DDR) 1955, Bd. I, S. 785.
- 11) ebd.
- 12) ebd. S. 413.
- 13) vgl. Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Berlin (DDR) 1961, Bd. 3, S. 254.
- 14) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 414.
- 15) Josef Kulischer, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Münster/Wien 1965, Bd. II, S. 481.
- 16) vgl. ebd. S. 482.
- 17) vgl. Jürgen Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 122.
- 18) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 414.
- 19) ebd.
- 20) Georg Tietz, Hermann Tietz. Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser. Stuttgart 1965, S. 26.
- 21) ebd. S. 61.
- 22) ebd. S. 26.
- 23) ebd. S. 30. Hervorheb. d.V.
- 24) Thronrede vor dem Reichstag am 15.2.1881, zit. n. Jürgen Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 87.

- 25) zit. n. ebd. S. 88. Hervorheb. d.V.
- 26) zit. n. Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 - 1890. Ihre Organisation und Tätigkeit. Leipzig 1964, S. 216.
- 27) vgl. ebd. S. 206.
- 28) vgl. Friedrich Apitzsch, Die deutsche Tagespresse unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes. - In: Das Wesen der Zeitung. Wissenschaftliche Arbeiten aus allen Gebieten der Zeitungskunde, hrg. v. Erich Ewerth. Leipzig 1928, Bd. I, H. 3, S. 44.
- 29) vgl. Dieter Fricke, a.a.O., S. 228.
- 30) Friedrich Engels an Johann Philipp Becker. Marx/Engels, Werke (MEW). Berlin (DDR) 1961ff, Bd. 34, S. 441.
- 31) Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll des Parteitages zu Halle 1890. Berlin 1890, S. 238.
- 32) ebd.
- 33) vgl. Dieter Fricke, a.a.O., S. 231.
- 34) vgl. ebd. S. 239.
- 35) Solche Annoncen boten Heilkräuter mit phantastischer Wirkung an; Quacksalber, Hellseher, Hypnotiseure, Wahrsager offerierten mit ihnen ihre Dienste.
- 36) Protokoll des Parteitages zu Halle, a.a.O., S. 238
- 37) Die sozialistische Presse und das Inseratenwesen. - In: DER SOZIALDEMOKRAT, Nr. 35 v. 30.8.1890.
- 38) vgl. Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1966, S. 11.
- 39) Das Verhältnis der Verkaufs- und Annoncenerlöse der sozialdemokratischen Presse betrug
- | | | |
|------|------|---------|
| 1904 | 64 | : 36 |
| 1908 | 62 | 38 |
| 1912 | 56,5 | : 43,5. |
- Von 1904 bis 1912 stiegen die Verkaufserlöse um 126 %, die Annoncenerlöse um 203 %. (Vgl. Dieter Fricke, a.a.O., S. 136; Kurt Reumann, a.a.O., S. 238.)
- 40) vgl. Kurt Koszyk, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, a.a.O., S. 270; Alvert Tenbergen, Die General-Anzeiger-Presse in Dortmund. Phil. Diss. Leipzig 1937, S. 24ff, 35; Emil Dovifat, Die Anfänge der Generalanzeigerpresse. - In: Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgraphik, 65. Jg., 1928, H. 4, S. 167.
- 41) vgl. Dieter Fricke, Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung 1890 - 1914. Dokumente und Materialien. Leipzig 1962, S. 133, 143; Horst Heenemann, Die Auflagenhöhe der deutschen Zeitungen. Leipzig 1929, S. 74f.
- 42) vgl. Otto Groth, Die Zeitung. Mannheim 1930, Bd. III, S. 151; Walther Heide (Hrg.), Handbuch der Zeitungswissenschaft. Leipzig 1940, Bd. 1, Sp. 2; Kurt Koszyk, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, a.a.O., S. 271; Kurt Koszyk u. Karl H. Pruys, dtv-Wörterbuch zur Publizistik. München 1969, S. 21.

- 43) vgl. Alfred Förster, Die Gewerkschaftspolitik der deutschen Sozialdemokratie. Phil. Diss., Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin (DDR) 1969, S. 32.
- 44) ebd. Reiseunterstützung erhielt der entlassene Arbeiter, der zum Verkauf seiner Arbeitskraft eine andere Stadt aufsuchen mußte.
- 45) vgl. Walther Heide, a.a.O., Bd. I, Sp. 3ff.
- 46) Eduard Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Berlin 1910, Bd. III, S. 257.
- 47) vgl. August Müller, Arbeitersekretariate und Arbeiterversicherung in Deutschland. München o.J. (1904), S. 16.
- 48) zit. n. ebd. S. 31
- 49) vgl. ebd. S. 41.
- 50) vgl. ebd. S. 22.
- 51) Annemarie Lange, Das wilhelminische Berlin. Zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution. Berlin (DDR) 1967, S. 283.
- 52) vgl. Hans Harzmann, Dienst am Kunden. - In: Der Verlag Ullstein zum Welt-Reklame-Kongreß. Berlin 1929, S. 211ff.
- 53) ebd. S. 212.
- 54) ebd. Hervorheb. d.V.
- 55) vgl. August Müller, a.a.O., S. 142ff.
- 56) vgl. Franz Mehring, 1894 - 1904. - In: LEIPZIGER VOLKSZEITUNG v. 1.10.1904.
- 57) Was wir wollen. - In: LEIPZIGER VOLKSZEITUNG v. 29.9.1894.
- 58) Franz Mehring, Konzessionsschulzes. - In: DIE NEUE ZEIT, 21. Jg., I. Bd., Stuttgart 1903, zit. n. Karl-Marx-Universität Leipzig, Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung zur Journalistik. Berlin (DDR) 1961, Bd. I, S. 193.
- 59) Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll des Parteitages zu Dresden 1903. Berlin 1903, S. 180.
- 60) Franz Mehring, Konzessionsschulzes, a.a.O., S. 193.
- 61) vgl. ebd.
- 62) VORWÄRTS v. 3.3.1903.
- 63) vgl. Protokoll des Parteitages zu Dresden, a.a.O., S. 182ff.
- 64) vgl. Kurt Koszyk, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1968, S. 250f; Hermann Diez, Die Zeitungen im großen Kriege. - In: Karl Hönn (Hrg.), Der Kampf des deutschen Geistes im Weltkrieg. Gotha 1915, S. 162.
- 65) vgl. Kurt Koszyk, Deutsche Pressepolitik ..., a.a.O., S. 251f; Alfred Oehlke, 100 Jahre Breslauer Zeitung 1820 - 1920. Breslau 1919, S. 302 f. Oehlke war seit 1896 Eigentümer der BRESLAUER ZEITUNG.
- 66) Anweisungen für das Verhalten und die Beaufsichtigung der Presse, zit. n. Kurt Koszyk, Deutsche Pressepolitik ..., a.a.O., S. 75.

- 67) Aufzeichnungen aus den Pressebesprechungen, 15.3.1915 bis 5.11.1918, zit. n. Kurt Koszyk, Deutsche Pressepolitik ..., a.a.O., S. 189.
- 68) zit. n. H. Binder, Was wir als Kriegsberichterstatler nicht sagen durften! München 1919, S. 17.
- 69) vgl. K.L., Zur Psychologie der Zeitungen und ihrer Leser. - In: FRANKFURTER ZEITUNG v. 6.3.1922; Alfred Oehlke, a.a.O., S. 299f.
- 70) ebd.
- 71) vgl. Horst Heenemann, a.a.O., S. 74ff.
- 72) Ca. 20 % der Exemplare einer Ausgabe des BERLINER LOKALANZEIGERS wurden über den Straßenverkauf und Bahnhofsbuchhandel abgesetzt. Eine Statistik dieser Zeitung zählt nur 2 061 Arbeiter als Abonnenten, jedoch 58 648 Exemplare, die bei "auswärtigen Abonnenten, Bahnhofsbuchhandel, Straßenverkauf usw." abgesetzt wurden. (Vgl. Otto Groth, a.a.O. Bd. I, S. 258.) Da die Zeitung unter den Arbeitern weit verbreitet war, bedeutet das, daß der weitaus größte Teil der letztgenannten Exemplare von Arbeitern gekauft wurde. Eine klassenmäßige Einschätzung der Leserschaft läßt diese Statistik leider nicht zu, da sie die Leser unter klassenunbestimmten Kategorien zusammenfaßt, so z.B. "Frauen, weibliche Berufe", oder "Juweliere, Anstalten, Vereine, Apotheker, Dentisten usw." (Ebd.)
- 73) vgl. Berliner Arbeiterviertel. Seminar "Entwicklung der Berliner Arbeiterviertel bis 1914, Teil I". Architekturakultät der Technischen Universität Berlin. Berlin 1970, S. 98ff.
- 74) vgl. Paul Roth, Das Zeitungswesen in Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart. Halle 1912, S. 39.
- 75) vgl. Otto Groth, a.a.O., Bd. I, S. 733ff, 925ff; Paul Stoklossa, Der Inhalt der Zeitung. Eine statistische Untersuchung. - In: Zeitschr. f. d. ges. Staatswiss. Tübingen, Jg. 66, 1910, S. 560; Heinrich Goitsch, Entwicklung und Strukturwandel des Wirtschaftsteils der deutschen Tageszeitungen. Wirtschafts-u. sozialwiss. Diss. Frankfurt am Main 1939, S. 42ff.
- 76) Ernst Niemeyer, Der Chef vom Deinst. - In: Der Zeitungsverlag. 14. Jg., 1913, Nr. 46, Sp. 969.
- 77) Alfred Oehlke, a.a.O., S. 300.
- 78) ebd.
- 79) The German Press in the U.S. occupied area 1945 - 1948. Special Report of the Military Governor, November 1948, S. 1, zit. n. Reinhart Greuner, Lizenzpresse - Auftrag und Ende. Berlin (DDR) 1962, S. 41.
- 80) A.L. Pope, Die Zukunft der deutschen Presse. - In: Die Deutsche Zeitung. Jg. 3, 1949, H. 9, S. 4.
- 81) vgl. Heinz Boberach (Hrg.), Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Staatssicherheitsdienstes der SS 1939 - 1944. München 1968.
- 82) ebd. S. 260.
- 83) ebd. S. 288.

- 84) zit. n. Reinhart Greuner, a.a.O., S. 269.
- 85) zit. n. Kurt Pritzkolet, Die neuen Herren. Die Mächtigen in Staat und Wirtschaft. Wien/München/Basel 1955, S. 527.
- 86) Direktive JCS 1779, zit. n. James P. Warburg, a.a.O., S. 411. Hervorheb. d.V.
- 87) The German Press ..., S. 2, zit. n. Reinhart Greuner, a.a.O., S. 50.
- 88) A.L. Pope, Stellungnahme der britischen Militärregierung zum täglichen Erscheinen der Zeitungen. - In: Die Deutsche Zeitung, Jg. 3, 1949, H. 5, S. 2.
- 89) vgl. Harold Kurwitz, Dilemma einer Besatzungspolitik. Die Neue Deutsche Presse und die Amerikaner, 1945 - 1949. Unveröff. Manuskript, S. 130.
- 90) zit. n. Verband der deutschen Presse (Hrg.), Pressefreiheit in Westdeutschland - Phrase und Wirklichkeit. Berlin (DDR) 1957, S. 38f.
- 91) zit. n. ebd. S. 39. Hervorheb. d.V.
- 92) zit. n. Harold Hurwitz, a.a.O., S. 427.
- 93) Bericht über Deutschland, hrg. v. Amt des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland. 21. September 1949 bis 31. Juli 1952. Köln 1952, S. 87.
- 94) vgl. Verband der deutschen Presse, a.a.O., S. 34ff.
- 95) DER ABEND v. 10.10.1946.
- 96) vgl. Reinhart Greuner, a.a.O., S. 63, 65.
- 97) Cedric Belfrage, Seeds of Destruction. New York 1954, S. 167.
- 98) vgl. Verband der deutschen Presse, a.a.O., S. 32.
- 99) vgl. Karl Ackermann, Was heißt unabhängige Presse? - In: Die Zeitung. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft der Zeitungsverlegerverbände in der US-Zone. Jg. 3, Nr. 1, 15. März 1948, S. 7.
- 100) Betriebsanweisung für die Presse Nr. 1, zit. n. Reinhart Greuner, a.a.O., S. 113.
- 101) The German Press ..., S. 4, zit. n. Reinhart Greuner, a.a.O., S. 56.
- 102) vgl. Harold Hurwitz, a.a.O., S. 431; Reinhart Greuner, a.a.O., S. 67. Zwischen der Pressepolitik in der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone bestanden keine wesentlichen Unterschiede. In der britischen Zone wurden neben den üblichen überparteilichen Blättern auch Zeitungen zugelassen, die einer Partei nahestanden, sogenannte Parteirichtungszeitungen. Doch auch bei ihnen war jede Kontrolle durch die Partei untersagt. In der französischen Zone wurden den Parteien nach der Landtagswahl im Mai 1947 die Herausgabe je einer Zeitung gestattet.
- 103) vgl. Harold Hurwitz, a.a.O., S. 453ff.
- 104) Rolf Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945 - 1949. Berlin (DDR) 1965, S. 195.

- 105) Zur Ausnahme der französischen Besatzungszone vgl. Anm. 133.
- 106) vgl. Hermann Diez, a.a.O., S. 162
- 107) vgl. Harold Hurwitz, a.a.O., S. 63.
- 108) vgl. ebd. S. 69f.
- 109) vgl. Kurt Pritzkolet, Wem gehört Deutschland? Wien/München/Basel 1957, S. 172.
- 110) Ullstein in einem Leserbrief an die WELT AM SONNTAG v. 5.11.1967.
- 111) Aus einer 1955 in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Umfrage über die soziale Herkunft der Zeitungsredakteure, die nach 1945 diesen Beruf ergriffen hatten, geht hervor, daß 75,2 % Söhne von Angestellten, Unternehmern, Kaufleuten, Beamten und Offizieren waren, während 8,7 % aus Arbeiter- und Handwerkerfamilien stammten. (Vgl. Walter Hagemann (Hrg.), Die soziale Lage des deutschen Journalistenstandes, insbesondere ihre Entwicklung seit 1945. Münster 1956, S. 58ff.)
- 112) zit. n. Kurt Pritzkolet, Wem gehört Deutschland? a.a.O., S. 160.
- 113) Fritz Eberhard in: Manfred Rexin, Deutschland nach 1945 - Anfänge der freien Presse. Sendung des Rias Berlin. Manuskript, S. 11.
- 114) zit. n. Reinhart Greuner, a.a.O., S. 101.
- 115) zit. n. Kurt Pritzkolet, Wem gehört Deutschland? a.a.O., S. 161.
- 116) zit. n. Die Deutsche Zeitung, Jg. 2, 1948, Nr. 3, S. 21.
- 117) vgl. Kurt Pritzkolet, Wem gehört Deutschland? a.a.O., S. 158.
- 118) vgl. Eugen Kogon, Vom Elend unserer Presse. - In: Frankfurter Hefte, 3. Jg., 1948, H. 7, S. 618.
- 119) vgl. Reinhart Greuner, a.a.O., S. 187f.
- 120) vgl. Die Deutsche Zeitung, Jg. 4, 1950, Nr. 3, S. 3.
- 121) Walter J. Schütz, Zeitungsstatistik. - In: Emil Dovifat (Hrg.), Handbuch der Publizistik, Berlin 1969, Bd. II/2, S. 356.
- 122) vgl. Offener Brief des Verbandes der Berufsjournalisten in Bayern an den amerikanischen Hochkommissar McCloy, September 1951, zit. n. Kurt Pritzkolet, Wem gehört Deutschland? a.a.O., S. 155.
- 123) vgl. Kurt Pritzkolet, Wem gehört Deutschland? a.a.O., S. 170ff.
- 124) Reinhart Greuner, Lizenzpresse- Auftrag und Ende. Berlin (DDR) 1962; Verband der deutschen Presse (Hrg.), Pressefreiheit in Westdeutschland - Phrase und Wirklichkeit. Berlin (DDR) 1957.
- 125) Reinhart Greuner, a.a.O., S. 208.
- 126) Verband der deutschen Presse, a.a.O., S. 51.

- 127) ebd. S. 52.
- 128) vgl. ebd. S. 49f; Lizenzenhandbuch deutscher Verlage 1949. Berlin 1949; Deutsche Zeitungs-Verlag GmbH (Hrg.), Handbuch der deutschen Presse. Bielefeld 1951.
- 129) Rudolf Vogel, Presse und Rundfunk in Deutschland. - In: Zeitungs-Verlag. Organ des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, 50. Jg., Nr. 3, S. 147, zit. n. Verband der deutschen Presse, a.a.O., S. 45.
- 130) Rudolf Vogel, Presse und Rundfunk in Deutschland. - In: Zeitungs-Verlag ebd.
- 131) vgl. Die Deutsche Zeitung, Jg. 7, 1953, H. 3, S. 13.
- 132) vgl. Kurt Pritzkolet, Die neuen Herren, a.a.O., S. 531.
- 133) vgl. Walter J. Schütz, Deutsche Tagespresse in Tatsachen und Zahlen. - In: Publizistik, 1. Jg., 1956, H. 1; drs., Die redaktionelle und verlegerische Struktur der deutschen Tagespresse. Ergebnisse einer pressestatistischen Untersuchung. - In: Publizistik, 11. Jg., 1966, H. 1; drs., Zeitungsstatistik. - In: Emil Dovifat (Hrg.), Handbuch der Publizistik. Berlin 1969, Bd. II/2; Bundesinnenministerium (Hrg.), Bericht der Günther-Kommission. Bonn 1968; Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/2403, Vorläufiger Bericht der Kommission zur Untersuchung der Gefährdung von Presseunternehmen und der Folgen für die Meinungsfreiheit in der BRD (Pressekommission). Bonn 1967; Helmut H. Diederichs, Medienkonzentration in der BRD - Konzept und empirischer Überblick. - In: Dieter Prokop (Hrg.), Massenkommunikationsforschung, 1: Produktion. Frankfurt am Main 1972; Auflagenmeldungen der Informationsstelle zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW). Bad Godesberg 1950ff. Bei unseren Angaben der Auflagen stützten wir uns im folgenden stets auf die Angaben der IVW über die verkaufte Auflage.
- 134) vgl. Walter J. Schütz, Zeitungsstatistik, a.a.O., S. 363.
- 135) vgl. Helmut H. Diederichs, a.a.O., S. 75.
- 136) "Zu einer 'Publizistischen Einheit' werden - zunächst unabhängig von ihrer verlegerischen und wirtschaftlichen Struktur - alle 'Ausgaben' zusammengefaßt, die mit einem gemeinsamen (oder bei gleichem Satz im Umbruch geänderten) 'Mantel' - im Regelfall identisch mit den Seiten 1 und 2 des aktuellen politischen Teils - erscheinen." (Walter J. Schütz, Zeitungsstatistik, a.a.O., S. 366.)
- 137) vgl. ebd.; Auflagenmeldungen der IVW; eigene Berechnungen.
- 138) vgl. Leseranalyse 1963. Die Leserschaft der BILD-ZEITUNG, durchgeführt vom DIVO-Institut, Frankfurt am Main. Hamburg o.J. (1963). "Leser pro Nummer von Tageszeitungen insgesamt" sind alle, die am Tag vor der Befragung irgendeine Tageszeitung lasen oder durchsahen. "Leser pro Nummer der BILD-ZEITUNG insgesamt" sind alle, die am Tag vor der Befragung die BILD-ZEITUNG lasen oder durchsahen.
- 139) vgl. Leseranalyse '71 EXPRESS, durchgeführt von contest, Frankfurt am Main. Köln 1971; Institut für Markt- und Verbrauchsforschung der Freien Universität Berlin, Berliner Werbeträger 1964. Berlin 1965, S. 46.

- 140) Hans Dieter Müller, Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München 1968, S. 73ff.
- 141) ebd. S. 76.
- 142) ebd. S. 78.
- 143) ebd. S. 77.
- 144) ebd. S. 78.
- 145) ebd. S. 85.
- 146) ebd. S. 86.
- 147) ebd.
- 148) ebd.
- 149) ebd. S. 87.
- 150) ebd. S. 92.
- 151) ebd.
- 152) ebd. S. 96.
- 153) ebd.
- 154) ebd.
- 155) ebd. S. 93.
- 156) ebd. S. 99.
- 157) Nina Grunenberg, Die Journalisten. Bilder aus der deutschen Presse. Hamburg 1967.
- 158) Hans Dieter Müller, a.a.O., S. 11.
- 159) ebd.
- 160) ebd. S. 101.
- 161) ebd. S. 106.
- 162) ebd.
- 163) vgl. ebd.
- 164) Brief Müllers an das Springer-Hearing v. 1.2.1968.
- 165) Hans Dieter Müller, a.a.O., S. 11.
- 166) Brief ebd.
- 167) Hans Dieter Müller, a.a.O., S. 11.
- 168) ebd.
- 169) ebd. S. 114.
- 170) vgl. ebd. S. 86.
- 171) ebd.
- 172) ebd.
- 173) ebd.
- 174) vgl. Autorenkollektiv, Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland. Berlin (DDR) 1968, S. 89ff; M. Tjaden-Steinhauer u. K.H. Tjaden, Zur Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus. - In: Das Argument, 12. Jg., 1970, H. 9/10, Nr. 61, S. 653ff.

- 175) vgl. Hans Dieter Müller, a.a.O., S. 63ff.
- 176) vgl. ebd. S. 74ff.
- 177) vgl. Autorenkollektiv, Imperialismus heute, a.a.O., S. 119ff, 334ff.
- 178) vgl. ebd. S. 698. Diese von der Bourgeoisie angefertigten Statistiken enthalten jedoch keine Angaben über Streikdrohungen, kurzfristige Arbeitsniederlegungen und Warnstreiks. Besonders können sie keine Auskunft geben über die Streikbereitschaft der Arbeiter.
- 179) vgl. ebd. S. 695.
- 180) "Werden Sie es (den Kauf der Sperrminorität, d.V.) als ein Bekenntnis zu Berlin. Wenn man immer von der Wiedervereinigung redet und auch als Kaufmann davon spricht, muß man auch als Kaufmann das Fazit daraus ziehen. Zumal ich an die Wiedervereinigung glaube." (Axel Springer zit. n. DER SPIEGEL v. 12.9.1956, S. 20.) "Ich rege meine Redakteure fast täglich an, um die Unruhe über das verlorene deutsche Gebiet wach zu halten." (Axel Springer zit. n. ebd.)
- 181) vgl. Autorenkollektiv, Imperialismus heute, a.a.O., S. 698.
- 182) vgl. Qualitative Analyse der BILD-ZEITUNG 1965. Hamburg 1966, S. 34.
- 183) vgl. BILD-ZEITUNG, Verbreitung '67. Hamburg 1967; BILD-ZEITUNG, Verbreitung '70. Hamburg 1970; eigene Berechnungen.

V. STRAIGHT NEWS UND HUMAN INTEREST

- 1) Im Zuge der "reeducation" nach 1945 wurden diese Handbücher als ideologische "care-Pakete" massenhaft nach Deutschland verschickt. Sie sollten der "Demokratisierung" der Presse dienen. Greuner berichtet, daß sie bei den westdeutschen Journalisten Heiterkeit hervorriefen. (Vgl. Reinhart Greuner, Lizenzpresse - Auftrag und Ende. Berlin (DDR) 1962, S. 97.) Hier soll jedoch nicht untersucht werden, wie groß die Differenz zwischen Anspruch dieser Handbücher und Wirklichkeit des Journalismus ist, sondern wie sehr sie die Wirklichkeit der Generalanzeigerpresse ohne Phrase aussprechen.
- 2) vgl. R.E. Wolseley and Laurence R. Campbell, Exploring Journalism. New York 1943, S. 133ff; Gerald W. Johnson, What is News? New York 1926, S. 19ff; Carl Warren, Modern News Reporting. O.O. 1934, S. 19ff; drs. (dt. Übers.), ABC des Reporters. Einführung in den praktischen Journalismus. München 1953.
- 3) vgl. R.E. Wolseley, a.a.O., S. 133.
- 4) ebd.
- 5) Gerald W. Johnson, a.a.O., S. 60.
- 6) Curtis D. MacDougall, Interpretative Reporting. New York 1950, S. 85.
- 7) R.E. Wolseley, a.a.O., S. 134.
- 8) Carl Warren, ABC ..., a.a.O., S. 19.
- 9) Gerald W. Johnson, a.a.O., S. 19; vgl. R.E. Wolseley, a.a.O., S. 133.
- 10) Gerald W. Johnson, a.a.O., S. 20.
- 11) ebd.
- 12) Curtis D. MacDougall, a.a.O., S. 84.
- 13) Carl Warren, Modern ..., a.a.O., S. 33.
- 14) Gerald W. Johnson, a.a.O., S. 19.
- 15) ebd. S. 20.
- 16) ebd. S. 32.
- 17) ebd.
- 18) Curtis D. MacDougall, a.a.O., S. 85.
- 19) vgl. Carl Warren, ABC ..., a.a.O., S. 18.
- 20) Gerald W. Johnson, a.a.O., S. 309.
- 21) ebd. S. 28.
- 22) Curtis D. MacDougall, a.a.O., S. 86. Hervorheb. d.V.
- 23) Carl Warren, ABC ..., a.a.O., S. 24.
- 24) ebd. S. 91.
- 25) ebd. S. 93.
- 26) Gerald W. Johnson, a.a.O., S. 309.
- 27) ebd.

- 28) ebd.
- 29) ebd.
- 30) ebd.
- 31) ebd. S. 28.
- 32) ebd.
- 33) ebd. S. 87.
- 34) Carl Warren, ABC ..., a.a.O., S. 24.
- 35) Curtis D. MacDougall, a.a.O., S. 89.
- 36) Fraser F. Bond, An Introduction to Journalism. New York 1954, S. 184.
- 37) Gerald W. Johnson, a.a.O., S. 309.
- 38) vgl. die Ausführungen zur Nachricht im Kapitel über den bürgerlichen Journalismus.
- 39) BILD-ZEITUNG v. 21.7.1970.
- 40) PARDON-EXTRA v. September 1970, S. 37.
- 41) BILD-ZEITUNG v. 8.8.1970.
- 42) ebd.
- 43) PARDON-EXTRA v. September 1970, S. 39.
- 44) ebd.
- 45) vgl. die Ausführungen zur Nachricht im Kapitel über den bürgerlichen Journalismus.
- 46) CHRIST UND WELT v. 13.10.1967.
- 47) BILD-ZEITUNG v. 28.9.1965.
- 48) Kurt Reumann, Journalistische Stilform. - In: Elisabeth Noelle-Neumann u. Winfried Schulz (Hrsg.), Publizistik. Frankfurt am Main 1971, S. 70.
- 49) vgl. das Kapitel über den bürgerlichen Journalismus.
- 50) zit. n. N. Hansen, Depeschsbureaus und internationales Nachrichtenwesen. - In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 3, 1914, S. 82.
- 51) zit. n. ebd.
- 52) Rudolf Schenda, Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lesestoffe 1770 - 1910. Studien zur Philosophie und Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 5. Frankfurt am Main 1970, S. 312f.
- 53) Carl Warren, ABC ..., a.a.O., S. 36.
- 54) Gerald W. Johnson, a.a.O., S. 85.
- 55) vgl. Carl Warren, ABC ..., a.a.O., S. 48.
- 56) ebd.
- 57) Curtis D. MacDougall, a.a.O., S. 88.
- 58) zit. n. Basil Spiru, Giftmischer. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte bürgerlicher Journalistik. Berlin (DDR) 1960, S. 196f.

- 59) Karl Marx, Das Kapital. Berlin (DDR) 1955, Bd. I, S. 185.
- 60) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (DDR) 1953, S. 14.
- 61) ebd. S. 13.
- 62) Das BERLINER EXTRA-BLATT, die studentische Nachbildung der BILD-ZEITUNG, druckte folgende human-interest-story:

Mädchen-Schlächter wütete in Oberfranken
Zwei auf grauenhafte Weise zerstückelte Mädchenleichen fand ein Polizeihund im Hause des Gelegenheitsarbeiters Andreas Bichel in Regendorf (Oberfranken). Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, hatte Bichel die beiden Mädchen unter dem Vorwand in sein Haus gelockt, ihnen Stellenungen als Dienstmädchen in Nürnberg vermitteln zu können. Seither waren die Mädchen spurlos verschwunden. Bichel geriet dadurch in Verdacht, daß er im Dorf Kleidungsstücke der Verschwundenen zum Kauf anbot. Der Polizeihund Ferdl entdeckte die Leichen in Bichels Schuppen. Auf dem Polizeirevier legte Bichel ein graueneregendes Geständnis ab. Nachdem Bichel die 26jährige Katarina Seidl in sein Haus gelockt hatte, machte er ihr weis, er könne ihre Zukunft voraussagen. Dazu ließ er das Mädchen auf den Boden knien. Was dann geschah, schilderte Bichel der Polizei ohne Zeichen der Rührung. (...) (BERLINER EXTRA-BLATT v. 12.2.1966.)

Es folgt eine detaillierte Schilderung der Tat. Erst eine redaktionelle Erklärung am Schluß der story enthüllt, daß die Verbrechen zu Beginn des 19. Jahrhunderts sich ereigneten. Als Material für diese human-interest-story waren alte Gerichtsakten benutzt worden.

- 63) Kurt Reumann, a.a.O., S. 70.
- 64) vgl. Hans Dieter Müller, Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München 1968, S. 101f; Günter Gaus, Wie das BILD gemacht wird. - In: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG v. 17./18.7.1965; DER SPIEGEL, Nr. 50 v. 7.12.1970, S. 76ff; Gedächtnisprotokoll des Gesprächs mit einem Redakteur des Axel-Springer-Inland-Dienstes (asd) v. 16.2.1971; Gedächtnisprotokoll des Gesprächs mit vier Redakteuren der BZ v. 17.8.1967.
- 65) Gedächtnisprotokoll des Gesprächs mit einem Journalisten der BZ v. 9.2.1971.
- 66) Die aus am. "feature" eingedeutschte Verbalform ist unter den Journalisten in weitem Umlauf. Die Sprachlosigkeit, die für diesen Arbeitsprozeß keine Übersetzung findet, signalisiert abermals die Gleichgültigkeit des Journalisten gegen seine Tätigkeit.
- 67) BILD-ZEITUNG v. 5.6.1967.
- 68) zit. n. BERLINER EXTRA-DIENST v. 10.6.1967, S. 4.
- 69) Hugh Cudlipp, Sensationen für Millionen. Die erstaunliche Geschichte des Daily Mirror. München 1955.
- 70) vgl. Gedächtnisprotokoll v. 9.2.1971.
- 71) vgl. Gedächtnisprotokoll v. 16.2.1971.

- 72) vgl. Gedächtnisprotokoll v. 9.2.1971.
- 73) vgl. Gedächtnisprotokoll v. 17.8.1967.
- 74) Paul Kampffmeyer, Der sozialdemokratische Pressedienst (SPD). Berlin 1929.
- 75) ebd. S. 16f.
- 76) ebd. S. 13f.
- 77) ebd. S. 15.
- 78) ebd.
- 79) ebd. S. 14.
- 80) ebd. S. 20.
- 81) ebd.
- 82) ebd. S. 15.
- 83) Dem widerspricht nicht, daß Kampffmeyer an einer Stelle erklärt: Der sozialdemokratische Pressedienst "heuchelt seinen Benutzern nicht vor, ein sogenannter unparteiischer Dienst zu sein". (Ebd. S. 20.) Die Beschwörung der Parteilichkeit ist eine Phrase. Deshalb vermeidet Kampffmeyer auch sorgfältig, sie ernstzunehmen. Andernfalls müßte er sie in Widerspruch setzen zu seinen eigenen Bestimmungen der Nachricht und seiner Erklärung, Nachrichtenagenturen seien "bisher nie unparteiisch" gewesen. (Ebd. S. 17. Hervorheb. d.V.)
- 84) ebd. S. 22.
- 85) ebd.
- 86) ebd. S. 23.
- 87) W.I. Lenin, Womit beginnen? Werke. Berlin (DDR) 1966, Bd. 5, S. 12.
- 88) ebd. S. 11.
- 89) Theo Pinkus, in: Fragen an Theo Pinkus über seine Arbeit bei der AIZ. - In: Ästhetik und Kommunikation, Jg. 3, H. 10, Januar 1973, S. 70.
- 90) vgl. Aufzeichnungen nach einem Gespräch mit Karl Retzlaw über seine Mitarbeit bei der AIZ. - In: Ästhetik und Kommunikation, a.a.O., S. 84. - Die Illustrierte selber nennt 4600 Kolporteurs. (Vgl. ARBEITER ILLUSTRIERTE ZEITUNG Nr. 41, 1931, S. 838f.)
- 91) vgl. Theo Pinkus, a.a.O., S. 70.
- 92) vgl. ARBEITER ILLUSTRIERTE ZEITUNG ebd. - Über die widersprüchlichen Angaben zur Auflagenentwicklung vgl. Ästhetik und Kommunikation, a.a.O., S. 72.
- 93) vgl. ARBEITER ILLUSTRIERTE ZEITUNG ebd.
- 94) Die Betriebszeitung als jüngste Waffe im Klassenkampf. Berlin o.J. (1926), S. 5.
- 95) W.I. Lenin, Was tun? Ausgew. Werke. Berlin (DDR) 1966, Bd. I, S. 189.
- 96) vgl. ebd. S. 219.

- 97) ebd. S. 220.
- 98) vgl. ebd.
- 99) ebd.
- 100) ebd. S. 189.
- 101) vgl. DIE ZEIT v. 1.10.1971.
- 102) ebd. Hervorheb. d.V.
- 103) vgl. DIE WELT v. 10.1.1967.
- 104) FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 28.1.1967.
- 105) FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 27.10.1967.
- 106) ebd.
- 107) DER SPIEGEL v. 21.2.1972.
- 108) DIE WELT v. 3.4.1968.
- 109) SÜDDEUTSCHE ZEITUNG v. 21.5.1968.
- 110) FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 23./24.5.1968.
- 111) Frederick T.C. Yu, Mass Persuasion in Communist China. New York, London 1964, S. 105.
- 112) Mao Tse-tung, Ansprache an die Redaktionsmitglieder der Zeitung Djin-sui Jibao. Ausgew. Werke. Peking 1969, Bd. IV, S. 257ff.
- 113) Die Überlegungen zur chinesischen Presse stützen sich, abgesehen von der spärlichen Literatur, auf Diskussionen des Arbeitskreises Deutsch-Chinesische Freundschaft. Mitglieder des Arbeitskreises hielten sich längere Zeit in der Volksrepublik China auf.

VI. DIE MASSENPRESSE ALS ORGANISATIONSFORM DER LESER

- 1) Franz Knipping, Pressemonopole - Monopolpresse. Der Konzentrationsprozeß in der westdeutschen Tagespresse, seine Voraussetzungen und seine Ergebnisse. Leipzig 1963, S. 167.
- 2) Es soll hier nicht weiter untersucht werden, woran das Projekt letztlich scheiterte. Folgende Punkte sind dabei wichtig: Unter den Herausgebern bestand Einheit nur über das technische Mittel, die Massenzeitung. Über das Ziel des Mittels selbst war keine politische Einheit herzustellen. Notwendigerweise entstanden so Fraktionskämpfe um die Verfügung über die Zeitung. Sie wurden durch die Geldfrage entschieden. Dies ist zugleich ein Hinweis auf den politischen Idealismus der Unternehmung.
- 3) BERLINER EXTRA-BLATT v. 12.2.1967.
- 4) BERLINER EXTRA-BLATT v. 25.2.1967.
- 5) BERLINER EXTRA-BLATT v. 18.2.1967.
- 6) BERLINER EXTRA-BLATT v. 25.2.1967.
- 7) BERLINER EXTRA-BLATT v. 29.4.1967.
- 8) vgl. ebd.
- 9) ebd.
- 10) Hans Dieter Müller, Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München 1968, S. 68.
- 11) Upton Sinclair hat an der amerikanischen Presse dargestellt, wie "Feldzüge" gegen bestimmte gesellschaftliche "Mißstände" gleichsam an- und abgestellt werden. Um der Auflagensteigerung willen begonnen, werden diese Feldzüge durch die verschiedensten Techniken, wie Aufkauf durch mächtigere Kapitalgruppen, Entlassungen von Redakteuren etc. abgebrochen, wenn die Auflage erhöht ist und die Kritik beginnt, "zu weit" zu gehen. (Vgl. Upton Sinclair, Der Sündenlohn. Eine Studie über den amerikanischen Journalismus. Berlin 1929, S. 190ff.)
- 12) BILD-ZEITUNG v. 25.10.1967.
- 13) ebd.
- 14) ebd.
- 15) ebd.
- 16) ebd.
- 17) BILD-ZEITUNG v. 31.8.1967.
- 18) vgl. Hans Dieter Müller, a.a.O., S. 100.
- 19) BILD-ZEITUNG v. 5.10.1965.
- 20) BILD-ZEITUNG v. 7.10.1965.
- 21) vgl. Hans Dieter Müller, a.a.O., S. 118.
- 22) BILD-ZEITUNG v. 28.4.1958.
- 23) BILD-ZEITUNG v. 29.6.1970.
- 24) ebd.
- 25) BILD-ZEITUNG v. 18.7.1970.

- 26) BILD-ZEITUNG v. 5.10.1967.
- 27) BILD-ZEITUNG v. 29.6.1970.
- 28) BILD-ZEITUNG v. 30.6.1970.
- 29) BILD-ZEITUNG v. 29.6.1970.
- 30) BILD-ZEITUNG v. 26.8.1970.
- 31) ebd.
- 32) BILD-ZEITUNG v. 25.8.1970.
- 33) BILD-ZEITUNG v. 28.8.1970.
- 34) ebd.
- 35) BILD-ZEITUNG v. 16.7.1970.
- 36) BILD-ZEITUNG v. 8.8.1970.
- 37) BILD-ZEITUNG v. 16.7.1970.
- 38) BILD-ZEITUNG v. 8.8.1970.
- 39) BILD-ZEITUNG v. 16.7.1970.
- 40) BILD-ZEITUNG v. 8.8.1970.
- 41) BILD-ZEITUNG v. 16.7.1970.
- 42) BILD-ZEITUNG v. 11.11.1971.
- 43) ebd.
- 44) vgl. Hans-Ulrich Deppe, Zur Morphologie von Unfällen bei der Arbeit. - In: Das Argument, 13. Jg., 1971, H. 11/12, Nr. 69, S. 931f; Industriegewerkschaft Metall (Hrg.), Zweites Weißbuch zur Unternehmermoral. Frankfurt am Main o.J., S. 58ff.
- 45) Wir folgen in dieser Unterteilung: Elmar Altvater, Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus. - In: Probleme des Klassenkampfes, H. 3, Mai 1972, S. 9.
- 46) BILD-ZEITUNG v. 8.8.1970.

47) Es leisteten	von 30 Verbänden 1877	von 50 Verbänden 1894
Unterstützung bei Streiks	25	47
Unterstützung bei Arbeitslosigkeit	3	14
Unterstützung auf der Reise	17	37
Unterstützung an Gemaßregelte	3	25
Rechtsschutz	3	35
Sterbefälle	13	4
Unterstützung bei Invalidität	6	2
Unterstützung bei Umzug	-	23
Unterstützung in besonderen Notfällen	-	50
Krankenunterstützung	16	5

(Vgl. Martin Segitz, Das Unterstützungswesen der Gewerkschaften, insbesondere die Arbeitslosenunterstützung und deren Einführung im deutschen Metallarbeiterverband. Nürnberg 1897, S. 10.)

- 48) Es ist bekannt, daß auch heute die Gelder der Arbeitslosenversicherungen bei einer Massenarbeitslosigkeit nicht ausreichen.
- 49) vgl. Karl Marx, Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen. Marx/Engels, Werke (MEW). Berlin (DDR) 1961ff, Bd. 1, S. 401f.
- 50) ebd. S. 401.
- 51) ebd.
- 52) BILD-ZEITUNG, zit. n. Jürgen Holtkamp, Die BILD-Familie. - In: Bernd Jansen u. Arno Klönne (Hrsg.), Imperium Springer. Köln 1968, S. 110.
- 53) Peter Boenisch, zit. n. DER SPIEGEL, Nr. 50 v. 7.12.1970, S. 73.
- 54) BILD-ZEITUNG v. 29.6.1958.
- 55) BILD-ZEITUNG v. 12.9.1958.
- 56) BILD-ZEITUNG v. 13.5.1970.
- 57) ebd.
- 58) ebd.
- 59) "Der kleine Mann" ist der Titel einer Wahlzeitung der SPD in Sachsen zu den Reichstagswahlen 1898. (Vgl. Protokoll über die Verhandlungen der Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, abgehalten zu Grimmitschau am 4., 5.4.1898. Dresden 1898, S. 17.) Vorher taucht die Wendung durch Anführungszeichen bewußt als Stereotyp gekennzeichnet auf. (Vgl. Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Tätigkeitsberichte und Wahlaufrufe aus den Jahren 1871 - 1893. Berlin 1909, Reprint Berlin (DDR) 1966, S. 187, 189, 201, 241.) Später schreibt Paul Kampffmeyer über Pläne der SPD, genossenschaftliche Zeitungsunternehmen zu gründen: "Der kleine Mann, der Arbeiter sollte selbst diese Aktien erwerben können." (Paul Kampffmeyer, Der sozialdemokratische Pressedienst (SPD). Berlin 1929, S. 7.) An einer anderen Stelle schreibt er: "Die sozialdemokratische Presse basierte schon vor dem Sozialistengesetz (...) auf den Geschäftsanteilen der kleinen Leute (...)" (Ebd.)
- 60) Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Hrg. v. Günther Hillmann. Reinbek bei Hamburg 1969, S. 118.
- 61) ebd.
- 62) ebd. Hervorheb. d.V.
- 63) Wolfgang Müller u. Christel Neusüß, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. - In: Sozialistische Politik, 2. Jg., 1970, Nr. 6/7, S. 14.
- 64) vgl. Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? Ges. Werke. Berlin (DDR) 1970, Bd. 1, 1. Halbbd., S. 411.
- 65) ebd. S. 412.
- 66) Dieser Fehler, dem Hans Dieter Müller zum Opfer gefallen ist, wurde im Abschnitt über die Entwicklung der BILD-ZEITUNG beschrieben.

- 67) vgl. Isolde Rieger, Die wilhelminische Presse im Überblick, 1888 - 1918. München 1957, S. 105; Annemarie Lange, Das wilhelminische Berlin. Zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution. Berlin (DDR) 1967, S. 299; Günther Heidorn, Zur Geschichte der Zeitungstypen in der Weimarer Republik. - In: Wiss. Zeitschr. d. Universität Rostock, 2. Jg., 1963, H. 4, Reihe Gesellschafts- und Sprachwissenschaften, S. 238.
- 68) vgl. Hans Dieter Müller, a.a.O., S. 119.
- 69) vgl. Institut für Demoskopie, Allensbach, zit. n. DER SPIEGEL, Nr. 39 v. 18.9.1972, S. 3.
- 70) Ferdinand Lassalle, Ges. Reden u. Schriften. Hrg. u. eingel. v. Eduard Bernstein. Berlin 1919f. Bd. V, S. 275.
- 71) BILD-ZEITUNG v. 24.10.1963.
- 72) BILD-ZEITUNG v. 25.10.1963.
- 73) BILD-ZEITUNG v. 30.10.1963.
- 74) ebd.
- 75) BILD-ZEITUNG v. 3.1.1966.
- 76) ebd.
- 77) HAMBURGER ABENDBLATT v. 17.8.1971.
- 78) BILD-ZEITUNG v. 17.8.1971.
- 79) BILD AM SONNTAG v. 9.1.1972.
- 80) HAMBURGER ABENDBLATT v. 10.1.1972.
- 81) ARD, Tagesschau v. 14.2.1970.
- 82) BILD-ZEITUNG v. 19.4.1963.
- 83) BILD-ZEITUNG v. 27.4.1963.
- 84) BILD-ZEITUNG v. 30.4.1964.
- 85) BILD-ZEITUNG v. 19.10.1967.
- 86) ebd.
- 87) BILD-ZEITUNG v. 21.10.1967.
- 88) BILD-ZEITUNG v. 26.10.1967.
- 89) BILD-ZEITUNG v. 5.6.1968.
- 90) FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 8.12.1971.
- 91) BILD-ZEITUNG v. 3.5.1963.
- 92) BILD-ZEITUNG v. 30.4.1963.
- 93) ebd.
- 94) BILD-ZEITUNG v. 19.4.1963.
- 95) BILD-ZEITUNG v. 1.4.1970.
- 96) BILD-ZEITUNG v. 3.1.1966.
- 97) BILD-ZEITUNG v. 26.4.1963.
- 98) BILD-ZEITUNG v. 2.5.1963.
- 99) BILD-ZEITUNG v. 30.4.1963.

- 100) BILD-ZEITUNG v. 26.10.1967.
- 101) Karl Marx, Das Kapital. Berlin (DDR) 1955, Bd. II, S. 139.
- 102) ebd. S. 139f.
- 103) BILD-ZEITUNG v. 30.4.1963.
- 104) ebd.
- 105) BILD-ZEITUNG v. 3.5.1963.
- 106) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., Bd. II, S. 138.
- 107) BILD-ZEITUNG v. 19.4.1963.
- 108) BILD-ZEITUNG v. 25.4.1963.
- 109) BILD-ZEITUNG v. 26.4.1963.
- 110) BILD-ZEITUNG v. 27.4.1963.
- 111) BILD-ZEITUNG v. 29.4.1963.
- 112) ebd.
- 113) ebd.
- 114) ebd.
- 115) vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 7.5.1968 u. v. 8.5.1968;
NEUE ZÜRCHER ZEITUNG v. 8.5.1968; Jacques Sauvageot, Alain
Geismar, Daniel Cohn-Bendit, Aufstand in Paris oder ist in
Frankreich die Revolution möglich? Hrg. v. Hervé Bourges.
Reinbek bei Hamburg 1968, S. 104ff.
- 116) BILD-ZEITUNG v. 10.5.1968.
- 117) vgl. Jacques Sauvageot u.a., a.a.O., S. 104.
- 118) BILD-ZEITUNG v. 13.5.1968.
- 119) BILD-ZEITUNG v. 15.5.1968.
- 120) BILD-ZEITUNG v. 18.5.1968.
- 121) FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 18.5.1968.
- 122) BILD-ZEITUNG v. 18.5.1968.
- 123) DIE WELT v. 1.6.1968.
- 124) BILD-ZEITUNG v. 5.6.1968.
- 125) vgl. BILD-ZEITUNG v. 22.5.1968.
- 126) BILD-ZEITUNG v. 24.5.1968.
- 127) Die Angaben über den Streikverlauf beziehen sich im we-
sentlichen auf: Institut für Marxistische Studien und
Forschungen (IMSF), Die Septemberstreiks 1969. Darstel-
lung, Analyse, Dokumente. Frankfurt am Main 1969.
- 128) BILD-ZEITUNG v. 2.9.1969.
- 129) BILD-ZEITUNG v. 5.9.1969.
- 130) BILD-ZEITUNG v. 6.9.1969.
- 131) BILD-ZEITUNG v. 9.9.1969.
- 132) BILD-ZEITUNG v. 10.9.1969.
- 133) FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 10.9.1969.

- 134) BILD-ZEITUNG v. 22.5.1968.
- 135) Horst Holzer, Josef Schmid, Alternativen. - In: Massenkommunikation 1: Produktion, hrsg. v. Dieter Prokop. Frankfurt am Main 1972, S. 133.
- 136) ebd.
- 137) ebd. S. 130.
- 138) Beispielsweise malt sich Conrad Schuhler aus, zu welchen Maßnahmen die Massen greifen könnten, verriet ihnen die Herrschenden bloß, wie es in Wahrheit um die Gesellschaft steht. (Vgl. Conrad Schuhler, Massenmedien in der Bundesrepublik - Mitbestimmung und demokratische Kontrolle. - In: Kulturpolitisches Forum der Deutschen Kommunistischen Partei, 12./13. Juni 1971 in Nürnberg. Reden, Referate, Diskussionsbeiträge (Auszüge), hrsg. v. Parteivorstand der DKP. Hamburg 1972, S. 121f.)

LITERATURVERZEICHNIS

- Adorno, T.W., Else Frenkel-Brunswik et al.: The Authoritarian Personality. New York 1964.
- Adorno, T.W.: Kann das Publikum wollen? - In: Anne Rose Katz (Hrg.): Vierzehn Mutmaßungen über das Fernsehen. München 1963.
- Allgemeiner Studentenausschuß der Freien Universität Berlin: Analyse einer Hysterie. Dokumentation über die Publizität einer verhinderten Protestaktion. Berlin 1967.
- Altrichter, Friedrich: Die seelischen Kräfte des Deutschen Heeres im Frieden und im Weltkrieg. Berlin 1933.
- Apitzsch, Friedrich: Die deutsche Tagespresse unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes. - In: Das Wesen der Zeitung. Wissenschaftliche Arbeiten aus allen Gebieten der Zeitungskunde. Hrg. von Erich Ewerth, Bd. I, H. 3, Leipzig 1928.
- Architekturfakultät der Technischen Universität Berlin: Berliner Arbeiterviertel. Bd. I. Von der ursprünglichen Akkumulation zum Monopolkapitalismus. Berlin 1970.
- Arbeitsgemeinschaft der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten der BRD (ARD) (Hrg.): Rundfunkanstalten und Tageszeitungen. Eine Materialsammlung. Frankfurt 1965-66.
- Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie e.V.: Arbeitskundliche Mitteilungen für den chemischen Betrieb. Folge 19. Wiesbaden 1965.
- Arndt, Helmut: Die Konzentration der Presse und die Problematik des Verlegerfernsehens. Frankfurt 1967.
- Auerbach, Albert: Der Kaufmann und die Sozialdemokratie. Berlin 1891.
- Bachem, Josef Peter: Das Eindringen der Reklame in die deutschen politischen Tageszeitungen. Köln 1929.
- Bain, Robert K.: Die Rolle des Forschers. Eine Einzelfallstudie. - In: Praktische Sozialforschung Bd. 2. Hrg. von René König. Köln/Berlin 1966.
- Baritz, Loren: The Servants of Power. A History of the Use of Social Science in American Industry. Wesleyan university Press 1960.
- Bauer, Helmut: Die Presse und die öffentliche Meinung. München 1965.
- Baumert, Paul Dieter: Die Entstehung des deutschen Journalismus. München 1928.
- Bechtel, Heinrich: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. München 1956.
- drs.: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. München 1967.
- Bechtle, Friedrich R.: Die Nordwürttembergische Politische Presse 1930-49. Diss. München 1952.
- Beckmann, F.W. et al.: Technical Journalism. Ames 1947.

- Behrens, Fritz: Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. I: Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik. Berlin (DDR) 1962.
- Behrens, Karl Christian: Werbung in der Berliner Tageszeitung und im Fernsehen des Senders Freies Berlin. Entwicklungstendenzen seit 1960. Berlin 1965.
- Belfrage, Cedric: Seeds of Destruction. New York 1954.
- Bendix, Reinhard: Herrschaft und Industriearbeit. Frankfurt 1960.
- Bernhardt, Ludwig: Der Hugenbergkonzern. Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse. Berlin 1928.
- Bernstein, Eduard: Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. 3 Bde. Berlin 1910.
- Bestler, Max: Das Absinken der parteipolitischen Führungstätigkeit deutscher Tageszeitungen in den Jahren 1919 bis 1932. Ein Vergleich der Auflagenziffern mit den Wahlziffern der Parteien. Berlin 1941.
- Blankenburg, Erhard: Krichliche Bindung und Wahlverhalten. Die sozialen Faktoren bei der Wahlentscheidung. Olten/Freiburg 1967.
- Blauner, Robert: Alienation and Freedom. Chicago/London 1967.
- Bleeschmidt, Willi: Die Abonnentenversicherung. Wirtsch. und Sozialwiss. Diss. Frankfurt 1931.
- Bleyer, Willard G.: Newspaper Writing and Editing. Boston 1913.
- Bömer, Karl: Bibliographisches Handbuch der Zeitungswissenschaft. Leipzig 1929.
- Brokmeier, Peter (Hrg.): Kapitalismus und Pressefreiheit. Frankfurt 1969.
- Brüssau, Werner: Studien zur publizistischen Form des Presseberichts in den USA. Diss. FU Berlin 1964.
- Brunhuber, Robert: Das deutsche Zeitungswesen. Leipzig 1908.
- Brunöhler, Kurt: Die Redakteure der mittleren und grösseren Zeitungen im heutigen Reichsgebiet von 1800 bis 1848. Phil. Diss. Leipzig 1933.
- Bond, Fraser F.: Breaking into Print. New York 1933.
- drs.: An Introduction to Journalism. New York 1954.
- Braun, Rudolf: Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriebetrieb (Züricher Oberland) unter Einwirkung des Maschinen- und Fabrikwesens im 19. und 20. Jahrhundert. Erlenbach/Zürich/Stuttgart 1965.
- Brauweiler, Roland: Internationale Sozialpolitik. Berlin 1927.
- Broschek, Oswald: Wesen, Organisation und Betrieb der großen deutschen Tageszeitungen. Rechts- und Staatswiss. Diss. Hamburg 1919.
- Bücher, Karl: Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde. Tübingen 1926.
- Büsemeyer, Marianne: Deutsche Illustrierte Presse. Phil. Diss. Heidelberg 1929.

- Buisdorf, Heinrich J.: Die Psychologie der typographischen Aufmachung als zeitungswissenschaftliche Aufgabe. Ingolstadt 1939.
- Bundesinnenministerium (Hrg.): Bericht der Günther-Kommission. Bonn 1968.
- Bungenstab, Karl-Ernst: Umerziehung zur Demokratie? Reeducation. Politik im Bildungswesen der US-Zonen 1945-49. Düsseldorf 1970.
- Caspary, Anna: Ludolf Camphausens Leben. Berlin/Stuttgart 1902.
- Choe, Chungo: Der Ausbruch des Korea-Krieges im Spiegel der Ost- und Westberliner Tageszeitungen. Diss. FU Berlin 1968.
- Clay, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland. Frankfurt 1950.
- Corbin, Charles R.: Why News is News. New York 1928.
- Cron, Helmut: Geschäfte mit dem Leser. Ein Querschnitt durch den Springer-Konzern. - In: Der Journalist, Nr. 10/1957.
- Cudlipp, Hugh: Sensationen für Millionen. Die erstaunliche Geschichte des Daily Mirror. München 1955.
- Dahms, Gustav (Hrg.): Das literarische Berlin. Illustriertes Handbuch der Presse in der Reichshauptstadt. Berlin 1895.
- Daniels, Karlheinz: Substantivierungstendenzen in der deutschen Gegenwartssprache. Nominaler Ausbau des verbalen Denkkreises. Düsseldorf 1963.
- David, F.: Der Bankrott des Reformismus. Berlin 1931.
- de Mendelssohn, Peter: Zeitungsstadt Berlin. Berlin 1959.
- Deutsche Journalistenschule (Hrg.): Praktischer Journalismus. Ein Lehr- und Lesebuch. München 1963.
- Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/2403: Vorläufiger Bericht der Kommission zur Untersuchung der Gefährdung von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der BRD (Pressekommission). Bonn 1967. (= "Günther Bericht")
- Dieckmann, Walter: Information oder Überredung. Diss. Marburg 1964.
- Diederichs, Helmut: Medienkonzentration in der BRD - Konzept und empirischer Überblick. - In: Dieter Prokop (Hrg.): Massenkommunikationsforschung 1: Produktion. Frankfurt 1972.
- Die deutsche Zeitung. Ihr Werden, Wesen und Wirken. Sonderausgabe des Zeitungsverlages zur Eröffnung der internationalen Presseausstellung Köln 1928.
- Diez, Hermann: Das Zeitungswesen. Leipzig 1910.
- Dovifat, Emil: Die Zeitung. Gotha 1925.
- drs.: Der amerikanische Journalismus. Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927.
- drs.: Die Anfänge der Generalanzeigerpresse. - In: Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgraphik. 65. Jg., H. 4, 1928.
- drs.: Auswüchse der Sensationsberichterstattung. Stuttgart 1930.

- drs.: Arbeiterpresse. - In: Handbuch der Zeitungswissenschaft. Berlin 1940.
- drs.: Zeitungslehre. Bd. I, II. Berlin 1955.
- Drahn, Ernst: Sozialistische Witzblätter in Deutschland. - In: Zeitungswissenschaft. 6. Jg., Nr. 5, 1931.
- Dreppenstedt, Enno: Der Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt. Hamburg 1969.
- Dröge, Franz W. und Wilfried B. Lerg: Kritik der Kommunikationswissenschaften. - In: Publizistik. 10. Jg., H. 3, 1955.
- Drube, Herbert: Wie anfällig macht die deutsche Sprache für die Diktatur? - In: Muttersprache 1965, Nr. 75.
- Egloff, Helmut: Arbeits- und Berufsorganisation im deutschen Zeitungsgewerbe. Berlin 1927.
- Ehrenfreund, Norbert: The Birth of a New German Press. The Story of Postwar German Newspaper in the American Occupation Area, 1945 to 1949. Columbia University 1950.
- Eich, Hans: Sprache und Stil der deutschen Presse, besonders nach 1945, und ihre Beurteilung. Diss. München 1956.
- Elkan, Georg: Die preussische Zeitungssteuer. Jena 1922.
- Enzensberger, Hans Magnus (Hrg.): Der nichterklärte Notstand. - In: Kursbuch, H. 12, 1968.
- Erben, Johann: Gesetz und Freiheit in der deutschen Hochsprache der Gegenwart. Norm-Spielraum-Verstöße. - In: Der Deutschunterricht. Jg. 12 (1960), H. 5.
- Erman, Hans: August Scherl. Dämonie und Erfolg in Wilhelminischer Zeit. Berlin 1954.
- Faist, Peter: Von der Behandlung der Nachricht in der amerikanischen Presse. München 1950.
- Feldmann, E.: Theorie der Massenmedien. München 1962.
- Fink, Erwin: Die Abonnentenversicherung in Deutschland. Nürnberg 1917.
- Fischer, Heinz-Dietrich: Die großen Zeitungen. Portraits der Weltpresse. München 1966.
- Förster, Alfred: Die Gewerkschaftspolitik der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes. Phil. Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin (DDR) 1969.
- Forster, Georg: Werke. Bd. I: Reise um die Welt. Frankfurt 1967.
- Friedeburg, Ludwig von: Soziologie des Betriebsklimas. Frankfurt 1963.
- French, John R.P.: Feldexperimente: Änderung in der Gruppenproduktion. - In: Praktische Sozialforschung Bd. 2, Hrg. René König. Köln/Berlin 1966.
- Fricke, Dieter: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1890. Ihre Organisation und Tätigkeit. Leipzig 1964.
- drs.: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung 1890-1914. Dokumente und Materialien. Leipzig 1962.

- Friedmann, Georges: Zukunft der Arbeit. Perspektiven der industriellen Gesellschaft. Köln 1953.
- Frizenschaf, Johannes: Die Wahrheit über die farblose Presse. Bochum 1912.
- Fuchs, Friedrich: Telegraphische Nachrichtenbüros. Berlin 1919.
- Fuchs, Hans: Technik im modernen Zeitungsbetrieb. Phil. Diss. Heidelberg. Stuttgart 1916.
- Fuchs, Karl-Heinz und Friedrich Wilhelm Kölper (Hrg.): Militärisches Taschenlexikon. Frankfurt 1961.
- Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte. Neuwied/Berlin 1969.
- Gardner, Burleigh B. and William F. Whyte: Methods for the Study of Human Relations in Industry. - In: Am. Soc. Rev. 1946, Bd. 11.
- Gaus, Günter: Wie das BILD gemacht wird. Voraussetzungen und Wirkungen eines Massenblattes. - In: Süddeutsche Zeitung 17./18. Juli 1965.
- Glötz, Peter und Wolfgang R. Langenbacher: Manipulation - Kommunikation - Demokratie. Prolegomena zu einer Analyse von "Kapitalismus und Kommunikation". - In: Aus Politik und Zeitgeschehen. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. 21.6.1969.
- Goldthorpe, J.H. and D. Lockwood et al.: The Affluent Worker: Industrial Attitudes and Behavior. Cambridge 1968.
- Goitsch, Heinrich: Entwicklung und Strukturwandel des Wirtschaftsteils der deutschen Tageszeitungen. Wirtschafts- und sozialwiss. Diss. Frankfurt 1939.
- Goode, William and Paul K. Hatt: Methods in Social Research. New York/Tokio o.J.
- Greuner, Reinhart: Lizenzpresse - Auftrag und Ende. Berlin (DDR) 1962.
- Grohall, Ulrich und Roland Dietz (Hrg.): Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung zur Journalistik. 3 Bde. Leipzig 1961ff.
- Grossmann, Heinz und Oskar Negt: Die Auferstehung der Gewalt. Frankfurt 1968.
- Grossmann, Henryk: Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik. Frankfurt 1969.
- drs.: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Frankfurt 1970.
- Groth, Otto: Die Zeitung. 4 Bde. Mannheim 1928-1930.
- Grunenberg, Nina: Die Journalisten. Bilder aus der deutschen Presse. Hamburg 1967.
- Guérin, Daniel: Die amerikanische Arbeiterbewegung 1867-1967. Frankfurt 1970.
- Kaake, Wilmont: Die Sprache der Massenmedien. - In: Publizistik 7 (1962).
- Haas, Albert: Das moderne Zeitungswesen in Deutschland. Bln 14.
- Haeblerlin, Friedrich: Untersuchungen über Stilskriterien, insbesondere des Wortschatzes bei Massenkommunikationsmitteln. Diplomarbeit Göttingen 1965.

- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied 1965.
- Hagemann, Walter: Grundzüge der Publizistik. Münster 1947.
- drs.: Die soziale Lage des deutschen Journalistenstandes insbesondere seit 1945. Düsseldorf 1956.
- Hamburger, Richard: Zeitungsverlag und Annoncenexpedition Rudolf Mosse. Berlin 1928.
- Hammer, Walter: Die Generalanzeiger-Presse. Kritisch beurteilt als ein Herd der Korruption. Leipzig 1911.
- Harzmann, Hans: Dienst am Kunden. - In: Der Verlag Ullstein zum Welt-Reklame-Kongress. Berlin 1929.
- Haug, Wolfgang Fritz: Kritik der Warenästhetik. Frankfurt 1971.
- Heenemann, Horst: Die Auflagenhöhe der deutschen Zeitungen. Leipzig 1929.
- Heerdegen, Ernst: Der Nachrichtendienst der Presse. Leipzig 1920.
- Hegemann, Werner: Das steinerne Berlin. Berlin 1930.
- Heide, Walther (Hrg.): Handbuch der Zeitungswissenschaft. Leipzig 1940-1941.
- Heidorn, Günther: Zur Geschichte der Zeitungstypen in der Weimarer Republik. - In: Wiss. Zeitschr. der Universität Rostock, 2. Jg., H. 4, Reihe Gesellschafts- und Sprachwissenschaften, 1963.
- drs.: Ein Weltkrieg wird vorbereitet. Zur imperialistischen Außenpolitik während der Marokkokrise 1905-1911. Berlin (DDR) 1962.
- drs.: Monopole - Presse - Krieg. Die Rolle der Presse bei der Vorbereitung des ersten Weltkrieges. Berlin (DDR) 1962.
- Heine, Friedrich (Hrg.): Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie. Bearb. und eingel. von Kurt Koszyk. Hannover 1966.
- Held, Adolf: Die deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart. Leipzig 1873.
- Hellwig, Wolfgang: Unternehmensformen der deutschen Tagespresse, GmbH und AG. Phil. Diss. Leipzig 1928.
- Herold, A.: Die Sünden des Berliner Tageblattes. Hannover 1920.
- Herzog, S.: Industrielle und kaufmännische Propaganda. Karlsruhe 1911.
- Keyk, Eduard: Die Allgemeine Zeitung 1798 - 1898. München 1898.
- Hillger, Wolfgang: Die Rolle des Antikommunismus in der antinationalen Politik und Ideologie der rechten SPD-Führer. Diss. Berlin (DDR) 1966.
- Hintze, Manfred: Massenbildpresse und Fernsehen. Gütersloh 1966.
- Hirsch, Carl: Die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation. Leipzig 1876.
- Hönn, Karl: Der Kampf des deutschen Geistes im Weltkrieg. Gotha 1915.

- Hoffmann, Walther G.: Das Wachstum der Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Heidelberg 1965.
- Hofmann, Werner: Springer als Symptom. - In: Jansen/Klönne: Imperium Springer. Köln 1968.
- drs.: Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie. Frankfurt 1968.
- Holzer, Horst: Massenkommunikation und Demokratie in der BRD. Opladen 1969.
- drs.: Gescheiterte Aufklärung. Politik, Ökonomie und Kommunikation in der BRD. München 1971.
- drs.: Politik und Massenmedien. Zum Antagonismus von Presse und Gewerbefreiheit. - In: Manipulation der Meinungsbildung. Hrg. Ralf Zoll. Opladen 1971.
- Hoxie, Robert, Franklin: Scientific Management and Labor. New York 1966 (Reprint).
- Hughes, H.M.: Human Interest Stories and Democracy. - In: Berelson and Janowitz: Reader in Public Opinion and Communication. Glencoe 1953.
- Humboldt, Alexander von: Reise in die Aequinoctial-Gegenden des neuen Kontinents. Übers. v. Therese Forster, 1. Theil. Stuttgart und Tübingen 1815.
- drs.: Kosmos. Entwurf einer physischen Weltbeschreibung, Bd. 2. Stuttgart und Tübingen 1847.
- drs.: Ansichten der Natur. Reclam o.J.
- Hurwitz, Harold: Dilemma einer Besatzungspolitik. Die Neue Deutsche Presse und die Amerikaner. 1945-1949. Manuskript unveröff.
- Hyde, Grant Milnor: Newspaper Handbook. New York/London 1921.
- Jahoda, Marie u.a.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Allensbach 1960.
- Jansen, Bernd und Arno Klönne (Hrgg.): Imperium Springer. Köln 1968.
- Jesper, Karl-Heinz: Zur politisch-ideologischen Funktion der Massenkommunikationsmittel in Westdeutschland. Phil. Hab. Schr. Rostock 1966.
- Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (Hrg.): Arbeit und Freizeit. Arbeitsheft für die Jugendbildungsarbeit. O.O. o.J. (1963).
- Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW): Auflagenmeldungen. Bad Godesberg 1950ff.
- Institut für Demoskopie: Werbeträger-Analyse 1960. Allensbach 1960.
- Institut für Markt- und Verbrauchsforschung der Freien Universität Berlin: Berliner Werbeträger 1964. Zeitungen-Werbefernsehen-Werbefunk. Berlin 1965.
- International Press Institute (IPI): The Active Newsroom. IPI Manual on techniques of news editing, subediting and photo-editing. Zürich 1961.

Johnson, Gerald W.: What is News? New York 1926.

Johnson, Stanley and Julian Harris: The Complete Reporter. A general Text in News Writing and Editing. Complete with Exercises. New York 1942.

Kaiser, Friedhelm: Die Zeitung als Mittel der Nationalerziehung. Leipzig 1934.

Kaiser, Gerhard: Genesis, Struktur und Aufgaben des Systems der politisch-ideologischen Beeinflussung in den Landstreitkräften Deutschlands von der Jahrhundertwende bis zum 2. Weltkrieg. Phil. Diss. Leipzig 1965.

drs.: "Geistige Kriegsführung" und die Amtsgruppe Wehrmachtpropaganda des OKW im 2. Weltkrieg, - In: Der Deutsche Imperialismus und der 2. Weltkrieg. Bd. 3.

Kampffmeyer, Paul: Der Sozialdemokratische Pressedienst. Berlin 1928.

Karl-Marx-Universität Leipzig. Fakultät für Journalistik: Geschichte der deutschen Presse. Lehrbrief 10, 11 u. 12. Leipzig 1965/66.

Kapp, Wilhelm: Staatsform und Zeitung. - In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 86, S. 234ff.

Kauffmann, Heinrich: Das Arbeitersekretariat. Hamburg 1899.

Kellen, Tony: Die Entwicklung des Anzeigen- und Reklamewesens in den Zeitungen. - In: Studien über das Zeitungswesen. Frankfurt 1907.

Kieslich, Günther: Die meinungsbildenden publizistischen Medien. - In: Journalistische Schriftenreihe des deutschen Instituts für publizistische Bildungsarbeit. Bd. 1. Düsseldorf 1960.

Kiener, Franz: Die Zeitungssprache. Eine Deutung ihrer psychologischen Grundlagen. Diss. München 1938.

Kirchner, Joachim: Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens. Leipzig 1928 (Bd. 1), 1931 (Bd. 2).

drs.: Redaktion und Publikum. Gedanken zur Gestaltung der Massenzeitschrift im 19. Jhdt. - In: Publizistik, Jg. 5, 1960, H. 6.

Kisch, Egon Erwin: Gesammelte Werke in Einzelausgaben. Hrg. Bodo Uhse und Gisela Kisch. Berlin und Weimar 1967.

Klapper, Joseph T.: The Effects and Function of Mass Communications. Glencoe 1961.

Kliemann, Horst: Die Haus- und Werkzeitschriften. - In: Zeitschr. für Handelswiss und Handelspraxis. Jg. 15, 1922.

Klein, Fritz: Deutschland von 1897/98 bis 1917. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge). Hrg. Autorenkollektiv. Bd. 8. Berlin (DDR) 1969.

Klippel, Joachim: Geschichte des Berliner Tageblatts von 1872 bis 1880. Dresden 1935.

Knies, Karl: Der Telegraph als Verkehrsmittel. Tübingen 1857.

Knippling, Franz: Die staatsmonopolistische Steuerung journalistischer Massenmedien in Westdeutschland. Habil. Schr. Leipzig 1969.

- drs.: Presse, Rundfunk und Fernsehen in Westdeutschland und Westberlin. - In: Journalistisches Handbuch der DDR. Hrg. v. Verband der Deutschen Journalisten. Leipzig 1960.
- drs.: Monopole und Massenmedien. Berlin (DDR) 1969.
- drs.: Jeder vierte zahlt an Axel Cäsar. Berlin (DDR) 1963.
- drs.: Pressemonopole - Monopolpresse. Der Konzentrationsprozeß in der westdeutschen Tagespresse, seine Voraussetzungen und seine Ergebnisse. Leipzig 1963.
- Kocka, Jürgen: Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847-1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung. Stuttgart 1969.
- König, Erika: Vom Revisionismus zum "Demokratischen Sozialismus". Zur Kritik des ökonomischen Revisionismus in Deutschland. Berlin (DDR) 1964.
- König, René: Beobachtung und Experiment in der Sozialforschung. Köln 1966 (= Praktische Sozialforschung II).
- drs.: Das Interview. Formen, Technik, Auswertung. Köln 1965 (= Praktische Sozialforschung I).
- Kolb, Herbert: "Der inhumane Akkusativ". - In: Sternberger et al.: Wörterbuch des Unmenschen. 3. Aufl. Hamburg 1968.
- Kongreß der deutschen Historiker-Gesellschaft: Monopole und Staat in Deutschland 1917 - 1945. Berlin 1966.
- Korn, Karl: Sprache in der verwalteten Welt. Frankfurt 1958.
- Koszyk, Kurt: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die Sozialdemokratische Presse 1914-1933. Heidelberg 1958.
- drs.: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse. Teil II. Berlin 1966.
- drs.: Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1968.
- Koszyk, Kurt und Karl H. Pruys: dtv-Wörterbuch zur Publizistik. München 1969.
- Kronsbein, Wilhelm: Das heutige Zeitungswesen. Heidelberg 1901.
- Krüger, Otto F.W.: Die Illustrationsverfahren. Leipzig 1914.
- Kuby, Erich: Reizende Leute oder die Geschichte vom deutschen Axel, der auszog, dem Osten das Fürchten zu lehren. - In: Pardon, Oktober 1962, Nr. 2.
- Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 3 und 4. Berlin (DDR) 1961 und 1967.
- Küchenhoff, Erich: BILD-Verfälschungen. Analyse der Berichterstattung der BILD-Zeitung über Arbeitskämpfe, Gewerkschaftspolitik, Mieten und Sozialpolitik. Frankfurt 1972.
- Küpper, Heinz: Wörterbuch der Umgangssprache. Hamburg 1963ff.
- Kürnberger, Ferdinand: Literarische Herzenssachen. Reflexionen und Kritiken. Wien 1877.
- Kuerschner, Joseph: Handbuch der Presse. Für Schriftsteller, Redaktionen, Verleger, überhaupt für alle, die mit der Presse in Beziehung stehen. Berlin 1902.

- Kulischer, Josef: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. 2 Bde. Münster/Wien 1965.
- Kunz, Gerhard: Untersuchungen über Funktionen und Wirkungen von Zeitungen in ihrem Leserkreis. Köln-Opladen 1967.
- Landsberger, Henry A.: Hawthorne Revisited. Management and the Worker. Its Critics and Developments in Human Relations in Industry. New York 1961.
- Landek, Klaus und Hartmut Schmidt: Die Arbeiterkorrespondentenbewegung als ein Moment der Bolschewisierung der KPD in den Jahren 1924 bis 1926. Zur Theorie und Praxis der marxistisch-leninistischen Presse. Magisterarbeit Freie Universität Berlin 1971.
- Lange, Annemarie: Das wilhelminische Berlin. Zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution. Berlin (DDR) 1967.
- Lassalle, Ferdinand: Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes. Berlin 1874.
- Lehmann, Ernst Herbert: Einführung in die Zeitschriftenkunde. Leipzig 1936.
- Lehmann, Hermann: Grenznutzentheorie. Berlin 1968.
- Lehmann, Johannes: Vergleiche zum deutschen und amerikanischen Nachrichtenaufbau. Berlin 1958.
- Lerg, Winfried und Michael Schmolke: Massenpresse und Volkszeitung. Essen 1968.
- Leseranalyse der Abendzeitung. 8 Uhr-Blatt. Nürnberg 1969.
- Leseranalyse der BILD-Zeitung. Die Leserschaft der BILD-Zeitung 1963. Hamburg 1964.
- Leseranalyse der BILD-Zeitung. Die Verbreitung der BILD-Zeitung 1964. Hamburg 1964.
- Leseranalyse der BILD-Zeitung. Qualitative Analyse der BILD-Zeitung. Hamburg 1966.
- Leseranalyse der BILD-Zeitung. Die Verbreitung der BILD-Zeitung 1967. O.O. o.J.
- Leseranalyse Express 1971. Frankfurt: Contest 1971.
- Levenstein, Adolf: Die Arbeiterfrage. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psych-physischen Einwirkungen auf die Arbeiter. München 1912.
- Lévi-Strauss, Claude: Traurige Tropen. Köln/Berlin 1955.
- Lindemann, Margot: Deutsche Presse bis 1815. Geschichte der deutschen Presse. Teil I. Berlin 1969.
- Lippitt, Ronald: Die Strategie der sozialpsychologischen Forschung. Praktische Sozialforschung 2.
- Lorenz, Ernst: Die Entwicklung des deutschen Zeitschriftenwesens. Charlottenburg 1937.
- Lück, Hartmut: Zeitungsdeutsch und Umgangssprache. Untersuchungen zur Sprache des Spiegels. - In: Muttersprache 1963, S. 327ff.

- Lutz, Burkhardt: Arbeitsstudien. Tarifverträge und Gewerkschaften. RKW Auslandsbericht A 19. Frankfurt 1959.
- MacDougall, Curtis D.: Interpretativ Reporting. New York 1950.
- Mac Gill Hughes, Helen: News and the Human-Interest Story. Chicago 1940.
- Maccoby, Eleanor, Theodor Newcomb, Eugene Hartley (Hrsg.): Readings in Social Psychology. New York 1958.
- Märthesheimer, Peter: Publizistik und gewerkschaftliche Aktion. Das Bild der IG-Metall in westdeutschen Zeitungen. Dortmund 1964.
- Mannhart, Franz: Entwicklung und Strukturwandel der Tagespresse in der BRD seit 1945 und ihre Position im öffentlichen Raum. Stuttgart 1959.
- Mataja, Victor: Großmagazine und Kleinhandel. Leipzig 1891.
- Matz, Elisabeth: Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944-46). Ein Beitrag zur Geschichte der Presse in Deutschland. Münster 1969.
- Maulsby, William S.: Getting the News. New York 1925.
- Max, Hubert: Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift. Essen 1942.
- May, Max: Wie der Arbeiter lebt. Berlin 1897.
- Mayo, Elton: The social Problems of an Industrial Civilization. Boston 1945.
- drs.: The human Problems of an Industrial Civilization. New York 1960.
- Mehner, H.: Der Haushalt und die Lebenshaltung einer Leipziger Arbeiterfamilie. - In: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Jg. 11, 1887.
- Meißner, Hans-Heinz: Das Inserat in den grossen deutschen politischen Tageszeitungen von 1850 bis 1870. Phil. Diss. Leipzig 1931.
- Meyer, Arno: Die Organisation des Nachrichtendienstes der Presse. Staatswirtsch. Diss. München 1925.
- Meyer, Hans-Friedrich: Zeitungspreise in Deutschland im 19. Jahrhundert und ihre gesellschaftliche Bedeutung. Phil. Diss. Münster 1967.
- Meyn, Hermann: Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1970.
- Mischke, Karl: Der Berliner Zeitungsmarkt. - In: Das Buchgewerbe in der Reichshauptstadt. Berlin 1914.
- Mittelberg, Ekkehart: Wortschatz und Syntax der BILD-Zeitung. Marburg 1967.
- Moser, Hugo (Hrsg.): Sprachnorm. Sprachpflege, Sprachkritik. Düsseldorf 1968.
- Müller, August: Arbeitersekretariate und Arbeiterversicherung in Deutschland. München o.J. (1904).
- Müller, Hans Dieter: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München 1968.

- Münster, Hans A.: Die moderne Presse. Das Zeitungs- und Zeitschriftenwesen im In- und Ausland. 2 Bde. Kreuznach 1955-56.
- drs.: Geschichte der deutschen Presse in ihren Grundzügen dargestellt. Leipzig 1941.
- Munzinger, Ludwig: Die Entwicklung des Inseratenwesens in den deutschen Zeitungen. Phil. Diss. Heidelberg 1901.
- Muser, Gerhard: Statistische Untersuchungen über die Zeitungen Deutschlands 1885-1914. Leipzig 1918.
- Neidhardt, Friedhelm: Gesellschaftliche Wirkungen der Massenmedien. Untersuchungen zur These von der Angleichung des Menschen. Hamburger Jahrbuch f. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 9. Jg., 1964.
- Niel, Richard: Satztechnisches Taschenlexikon. Wien 1925.
- Niemeyer, Ernst: Der Chef vom Dienst. - In: Der Zeitungs-Verlag. 14. Jg., 1913, Nr. 46.
- Noelle-Neumann, Elisabeth: Umfragen in der Massengesellschaft. Einführung in die Methoden der Demoskopie. Hamburg 1963.
- Noelle-Neumann, Elisabeth und Winfried Schulz (Hrsg.): Publizistik. Das Fischer Lexikon Bd. 9. Frankfurt 1971.
- Norden, Albert: Der Journalist unserer Zeit. - In: Journalistisches Handbuch der DDR. Hrg. Verband der Deutschen Journalisten. Leipzig 1960.
- Oberholtzer, Ellis Paxson: Die Beziehung zwischen Staat und der Zeitungspressen im Deutschen Reich. Berlin 1895.
- Oehlke, Alfred: 100 Jahre Breslauer Zeitung 1820-1920. Breslau 1919.
- Oschilewsky, Walter G.: Vom typographischen Gesicht der Zeitung. - In: Handbuch der publizistischen Praxis. Hrg. Ewald W. Remy. 5. Bd. Bremen 1959.
- Padover, Saul: Experiment in Germany. New York 1946.
- Pantenburg, Josef: Die Entwicklung des Anzeigenwesens der Berliner Presse von der Aufhebung des Intelligenzzwanges bis zu den Generalanzeigen. Phil. Diss. Berlin 1938.
- Peschke, Paul: Geschichte der deutschen Sozialversicherung. Berlin 1962.
- Pfannkuche, A.H.Th.: Was liest der deutsche Arbeiter? Auf Grund einer Enquete beantwortet. Tübingen 1900.
- Pfoh, Werner: Der Kampf der KPD/SED gegen die philosophisch-weltanschaulichen Grundlagen der Schumacher Ideologie (1945-48/49). Diss. Berlin (DDR) 1965.
- Polenz, Peter v.: Sprachnormung und Sprachentwicklung im neueren Deutschland. - In: Deutschunterricht. 16. Jg. (1964), H. 4.
- drs.: Sprachkritik-Sprachwissenschaft. - In: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Frankfurt 1968.
- drs.: Sprachkritik und sprachwissenschaftliche Methodik. - In: Jbch. d. Instit. f. dt. Sprache 1966/67. Düsseldorf 1968.
- Popitz, Heinrich et al.: Technik und Industriearbeit. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen 1964.

- drs.: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen 1957.
- Potsdamer Abkommen. Ausgewählte Dokumente zur Deutschlandfrage 1943 bis 1949. Mit einem Vorwort von Prof. Stef. Doernberg. Hrg. Historische Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens. Berlin 1970.
- Preller, Ludwig: Untersuchungen über die Statistik des redaktionellen Zeitungsinhaltes. Phil. Diss. Leipzig 1922.
- Prinz, Gerhard: Heterostereotype durch Massenkommunikation. Wandlungen des Deutschlandbildes im Economist von 1945-1955. Diss. Erlangen/Nürnberg 1968.
- Pritzkeleit, Kurt: Wem gehört Deutschland? Wien/München/Basel 1957.
- Prokop, Dieter (Hrg.): Massenkommunikationsforschung I: Produktion. Frankfurt 1972.
- Pross, Harry: Deutsche Presse seit 1945. Bern/München/Wien 1965.
- Prüfer, Guntram: Jetzt und überall und hier. Geschichte des Nachrichtenwesens. Köln 1963.
- Rathert, Helmut: Die deutsche Kriegsberichterstattung und Presse als Kampfmittel im Weltkrieg. Phil. Diss. Heidelberg 1934.
- Rationalisierungs Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) (Hrg.): Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Sieben Berichte (Kurzfassung der Ergebnisse). Frankfurt 1970. Bd. 8: H. Kern und M. Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. Frankfurt 1970.
- Reichwein, Roland: Funktionswandlungen der betrieblichen Sozialpolitik. Eine soziologische Analyse der zusätzlichen Sozialleistungen. Köln/Opladen 1965.
- Republikanischer Club Berlin (Hrg.): Springer enteignen? Berlin 1967.
- Reumann, Kurt: Entwicklung der Vertriebs- und Anzeigenerlöse im Zeitungsgewerbe seit dem 19. Jhdt. - In: Publizistik, 13. Jg. (1968), H. 2/3/4.
- Rexin, Manfred: Deutschland nach 1945 - Anfänge der freien Presse. Sendung des RIAS Berlin (Manuskript).
- Rieger, Isolde: Die wilhelminische Presse im Überblick. 1888-1918. München 1957.
- Risse, Heinrich: Das Nachrichtenbedürfnis in einer Provinzgroßstadt und seine Befriedigung durch die Tagespresse. Studie über das Düsseldorf Zeitungswesen 1880-1914. Phil. Diss. Heidelberg 1921.
- Rodens, Franz: Die Zeitungssprache. - In: Vorträge und Abhandlungen des Instituts f. Zeitungswissenschaften Köln, H. 3, 1938.
- Roethlisberger, F.J. and W.J. Dickson: Management and the Worker. Cambridge 1956.

- Roth, Paul: Das Zeitungswesen in Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart. Halle 1912.
- Schenda, Rudolf: Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lesestoffe 1770-1910. Studien zur Philosophie und Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. Bd. 5. Frankfurt 1970.
- Schleich, Paul: Die Abonnentenversicherung. Rechts- und Staatswissenschaftliche Diss. Münster 1919.
- Schlenstedt, Dieter: Die Reportage bei Egon Erwin Kisch. Berlin 1959.
- Schmidt, Ute und Tillmann Fichter: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48. Berlin 1971.
- Schmidtchen, Gerhard: Manipulation-Freiheit negativ. Neuwied/Berlin 1970.
- Schneider, Lothar: Der Arbeiterhaushalt im 18. und 19. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des Heim- und Fabrikarbeiters. Berlin 1967.
- Schneider, Peter und Hermann Meyer (Hrsg.): Die Manipulierbarkeit des Menschen. Mainz 1969.
- Schneider, Peter; Rolf Sülzer und Wilhelm Ubbens: Pressekonformität und studentischer Protest. Die West-Berliner Tagespresse analysiert anhand ihrer Berichterstattung über studentische Aktivitäten aus Anlaß des Besuches des Schahs von Persien in den Monaten April/Juni 1967 im Vergleich mit ausgewählten Tageszeitungen außerhalb Berlins. Berlin 1969.
- Schöne, Walter: Die Zeitung und ihre Wissenschaft. Leipzig 1928.
- Schopenhauer, Arthur: Handschriftlicher Nachlaß. Hrg. Ed. Griesebach. Leipzig o.J.
- Schröder, Herbert: Die Sensation im sozialistischen Journalismus. Diss. Journ. Leipzig 1969.
- Schulz, W. (Hrg.): Der Inhalt der Zeitungen. Düsseldorf 1970.
- Schulze, Fritz: Kosten und Rentabilität des Zeitungsinserates. Heidelberg 1912.
- Schuppan, Peter: Die kulturelle Entwicklung Deutschlands 1897/98 bis 1917. - In: Fritz Klein: Deutschland von 1897/98 - 1917. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge). Hrg. Autorenkollektiv. Bd. 9. Berlin (DDR) 1969.
- Schütz, Walter J.: Deutsche Tagespresse in Tatsachen und Zahlen. - In: Publizistik, 1. Jg. (1956), H. 1.
- drs.: Zeitungsstatistik. - In: Emil Dovifat (Hrg.): Handbuch der Publizistik, Bd. II, 2. Berlin 1969.
- drs.: Die redaktionelle und verlegerische Struktur der deutschen Tagespresse. Ergebnisse einer pressestatistischen Untersuchung. - In: Publizistik, 11. Jg. (1966), H. 1.
- drs.: Veränderungen im deutschen Zeitungswesen zwischen 1954 und 1967. - In: Publizistik, 12. Jg. (1967), H. 4.
- Stamm, Willy (Hrg.): Leitfaden für Presse und Werbung. Essen 1953.

- Starke, Uta: Stand und Tendenz der bürgerlichen Zeitungswir-
kungsforchung in West-Deutschland. Diss. Leipzig 1969.
- Stave, Joachim: Wie die Leute reden. Lüneburg 1964.
- Stoklossa, Paul: Der Inhalt der Zeitung. Eine statistische Un-
tersuchung. - In: Zeitschr. f. die ges. Staatswiss. Tübingen,
Jg. 66, 1910.
- Sturm, Hertha: Masse-Bildung-Kommunikation. Stuttgart 1968.
- Salomon, Ludwig: Geschichte des deutschen Zeitungswesens. Ol-
denburg/Leipzig 1900.
- Segitz, Martin: Das Unterstützungswesen der Gewerkschaften,
insbesondere die Arbeitslosenunterstützung und deren Ein-
führung im deutschen Metallarbeiterverband. Nürnberg 1897.
- Silbermann, Alphons: Bildschirm und Wirklichkeit. Berlin/Frank-
furt/Wien 1966.
- Simon, Hans: Wie entsteht eine Zeitung? Leipzig 1922.
- Sinclair, Upton: Der Sündenlohn. Eine Studie über den amerika-
nischen Journalismus. Berlin 1929.
- Sohn-Rethel, Alfred: Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theo-
rie der gesellschaftlichen Synthesis. Frankfurt 1970.
- Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus. München 1928.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Protokoll des Parteit-
tages zu Halle 1890. Berlin 1890; Protokoll des Parteitages
zu Erfurt 1891. Berlin 1891; Protokoll des Parteitages zu Ber-
lin 1892. Berlin 1892; Protokoll des Parteitages zu Köln 1893.
Berlin 1893; Protokoll des Parteitages zu Stuttgart 1898. Ber-
lin 1898.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Jahrbuch 1954/55. Han-
nover und Bonn o.J.
- Sozialistischer Deutscher Studentenbund: Der Untergang der
BILD-Zeitung. Berlin 1969.
- Spiru, Basil: Giftmischer. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte
bürgerlicher Journalistik. Berlin (DDR) 1960.
- Spoö, Eckart: Die Tabus der deutschen Presse. München 1971.
- Springer, Axel: Über den Begriff des Zeitungsverlegers. Berlin
1967.
- drs.: Viel Lärm um ein Zeitungshaus. Berlin 1967.
- drs. (Hrg.): Studenten und Presse in Berlin. Berlin 1967.
- Tarnow, Fritz: Warum arm sein? Berlin 1928.
- Taylor, Frederick E.: Die Grundsätze wissenschaftlicher Be-
triebsführung. München/Berlin 1919.
- drs.: Scientific Management. Comprising Shop Management, The
Principles of Scientific Management, Testimony before the
Special House Comittee. New York/London 1947.
- Teckentrup, Konrad: Das Text-Anzeigen-Verhältnis. - In: ZV +
ZV 1970, Nr. 16/17.
- Tenbergen, Albert: Die General-Anzeiger-Presse in Dortmund.
Phil. Diss. Leipzig 1937.

- Thomas, Konrad: Die betriebliche Situation der Arbeiter. Stuttgart 1964.
- Thomssen, Wilke: Zum Problem der Scheinöffentlichkeit, inhaltsanalytisch dargestellt an der BILD-Zeitung. Dipl. Frankfurt 1960.
- Traub, Hans: Grundbegriffe des Zeitungswesens. Berlin 1933.
- Tschirch, Fritz: Stehen wir in einer Zeit des Sprachverfalls? - In: Jbch. d. Institut. f. dt. Sprache 1966/67. Düsseldorf 1968.
- Ullstein, Hermann: The Rise and Fall of the House of Ullstein. New York 1943.
- Urwick, L.F.: Why the so-called "Classicists" endure. - In: Management International Review, Vol. 11 (1911), Nr. 1.
- Valeska, Dietrich: Alfred Hugenberg. Ein Manager in der Publizistik. Diss. Berlin 1960.
- Verband der deutschen Presse (Hrg.): Pressefreiheit in Westdeutschland - Phrase und Wirklichkeit. Berlin (DDR) 1957.
- Vossler, Otto: Bismarcks Sozialpolitik. - In: Historische Zeitschrift. Hrg. Karl Alexander von Müller. München/Berlin 1943, Bd. 167.
- Wächtler, Kurt: Studien zum informellen Wortschatz, zur Headline-Syntax und zum betont informellen Stil in amerikanischen Tageszeitungen und Wochenschriften. Diss. Marburg 1951.
- Wallraff, Günter: 13 unerwünschte Reportagen. Köln/Berlin 1969.
- Warburg, James P.: Deutschland - Brücke oder Schlachtfeld. Stuttgart 1949.
- Warren, Carl: Modern News Reporting. O.O. 1934.
- drs.: (dt. Übersetzung) ABC des Reporters. Einführung in den praktischen Journalismus. München 1953.
- Weiß, Hilde: Die "Enquete Ouvrier" von Karl Marx. - In: Friedrich Fürstenberg (Hrg.): Industriesoziologie. Vorläufer und Frühzeit 1835-1934. Neuwied 1959.
- dies.: Abbé und Ford. Kapitalistische Utopien. Berlin 1927.
- Wildemann, Rudolf und Werner Kaltefleiter: Funktion der Massenmedien. Bonn 1965.
- Wolseley, R.E. and Laurence R. Campbell: Exploring Journalism. New York 1943.
- Yu, Frederick T.C.: Mass Persuasion in Communist China. New York/London 1964.
- Zeisel, Hans: Zur Geschichte der Soziographie. - In: Jahoda: Die Arbeitslosen von Marienthal. Allensbach 1960.
- Zankl, Hans-Ludwig: Die Typographie der modernen Zeitung. - In: Gutenberg-Jahrbuch 1955 (Sonderdruck).

Lebenslauf

Ich, Detlef Michel, wurde am 26. Mai 1944 in Türkheim, Kreis Colmar geboren als Sohn des Erich Michel und der Erna Michel, geb. Müller.

Seit 1951 besuchte ich in Braunschweig die Grundschule und das Gymnasium bis zum Abitur im Jahre 1964.

Im Sommersemester 1964 begann ich, Soziologie, Germanistik und Psychologie zu studieren, zunächst in Tübingen, anschließend in München und seit 1966 an der Freien Universität Berlin.

Lebenslauf

Ich, Götz Schmidt, wurde am 24. Juni 1941 in Lodz geboren als Sohn des Wilhelm Konrad Schmidt und der Herta Schmidt, geb. Koth.

Im März 1960 legte ich am Gymnasium Backnang das Abitur ab und studierte anschließend an der Universität Tübingen Germanistik und Philosophie.

Ab Mai 1963 studierte ich an der Freien Universität Berlin Soziologie, Germanistik, Psychologie und Religionswissenschaften.

